

Seufert, Günter (Ed.)

Research Report

Die Kurden im Irak und in Syrien nach dem Ende der Territorialherrschaft des "Islamischen Staates": Die Grenzen kurdischer Politik

SWP-Studie, No. 11/2018

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Seufert, Günter (Ed.) (2018) : Die Kurden im Irak und in Syrien nach dem Ende der Territorialherrschaft des "Islamischen Staates": Die Grenzen kurdischer Politik, SWP-Studie, No. 11/2018, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/252944>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

SWP-Studie

Günter Seufert (Hg.)

Die Kurden im Irak und in Syrien nach dem Ende der Territorial- herrschaft des »Islamischen Staates«

Die Grenzen kurdischer Politik



Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und Sicherheit

SWP-Studie 11
Juli 2018

Für die Regierungen der westlichen Länder ist der Gang der Dinge in Syrien und im Irak ernüchternd. Für die Kurden, die in diesen beiden vom Krieg gezeichneten Staaten leben, ist er dramatisch. Denn mit dem Sieg über den IS endete für die Kurden Syriens und des Irak eine Periode, in der sie sich einerseits einem existenzbedrohenden Gegner gegenübersehen, andererseits aber Teil militärischer Bündnisse waren, auf die sie sich – auch weil die kurdischen Kämpfer für diese Bündnisse unverzichtbar waren – verlassen konnten. Mit dem Ende des Krieges gegen den IS ist diese Unverzichtbarkeit zur Disposition gestellt und die Kurden beider Länder sind erneut mit der Tatsache konfrontiert, dass sie keine natürliche Schutzmacht haben.

Doch wie steht es um die Kurden selbst? Auf welcher wirtschaftlichen, sozialen und politischen Basis beruhen ihre Forderungen nach Selbstbestimmung? Wieweit deckt sich die Politik kurdischer Akteure mit ihrer Rhetorik von einer kurdischen Nation, die durch das Gefühl eines gemeinsamen Schicksals und die Erwartung einer gemeinsamen Zukunft geeint sei und die indes über einen minimalen politischen Konsens verfügt?

Die Autorinnen und Autoren der Studie werfen einen kritischen Blick auf die zeithistorischen, ökonomischen und politischen Parameter des Handelns und Entscheidens kurdischer Akteure. Martin Weiss analysiert die Gründe für das politische Scheitern des Unabhängigkeitsreferendums der irakischen Kurden 2017. Caner Yıldırım und Gülistan Gürbey leuchten das energiepolitische Potential des kurdischen Nord-Irak aus. Arzu Yılmaz deckt Dynamiken des Verhältnisses zwischen den beiden größten kurdischen Parteien des Nahen Ostens auf. Und Katharina Lack schildert die Machtverhältnisse unter den Kurden Syriens.

SWP-Studie

Günter Seufert (Hg.)

Die Kurden im Irak und in Syrien nach dem Ende der Territorial- herrschaft des »Islamischen Staates«

Die Grenzen kurdischer Politik

**Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und Sicherheit**

SWP-Studie 11
Juli 2018

Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Wissenschaft und Politik ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

SWP-Studien unterliegen einem Begutachtungsverfahren durch Fachkolleginnen und -kollegen und durch die Institutsleitung (*peer review*). Sie geben die Auffassung der Autoren und Autorinnen wieder.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, 2018

SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-200
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6372

Inhalt

- 5 **Problemstellung und Schlussfolgerungen**
- 9 **Rückschlag auf dem Weg zur Selbständigkeit –
Kurdistan-Irak vor und nach dem
Unabhängigkeitsreferendum**
Martin Weiss
- 28 **Das energiepolitische Potential Irakisch-Kurdistans**
Caner Yıldırım/Gülistan Gürbey
- 46 **Gegeneinander, miteinander: Die KDP und die PKK in
Sindschar**
Arzu Yılmaz
- 58 **Die Lage in den kurdischen Gebieten Syriens:
Politische Akteure und ihre Entwicklung seit 2011**
Katharina Lack
- 79 **Resümee: Eine insgesamt ernüchternde Bilanz
kurdischer Politik und westlichen Engagements im
Nahen Osten**
Günter Seufert
- 87 **Anhang**
- 87 Abkürzungen
- 88 Die Autorinnen und Autoren

Die Kurden im Irak und in Syrien nach dem Ende der Territorialherrschaft des »Islamischen Staates«. Die Grenzen kurdischer Politik

Anders als erhofft, hat die militärische Niederlage des »Islamischen Staates« (IS) die Lage im Nahen Osten nicht entspannt. Das Gegenteil ist eingetreten.

In Syrien hat der Bürgerkrieg eine neue Eskalationsstufe erreicht, die sich dadurch kennzeichnet, dass sich regionale und globale Konkurrenzen dort zeitweise extrem verschärfen. So warnten Beobachter im ersten Quartal 2018 nicht nur vor einer militärischen Konfrontation zwischen den Nato-Partnern USA und Türkei, sondern auch vor einem direkten Schlagabtausch zwischen den USA und Russland. Gleichzeitig stieg erneut der Blutzoll im Lande selbst, vor allem wegen der großräumigen Offensiven der syrischen Regierung, die mit Hilfe Russlands und des Iran große Geländegewinne erzielte.

Im Irak hat der Sieg gegen den »IS« alte Konfliktlinien erneut hervortreten lassen. Auch dort kann von einem nachhaltigen Erfolg westlicher Politik kaum die Rede sein. Der politischen Integration der drei großen Volksgruppen des Landes, der schiitisch-arabischen Mehrheit, der sunnitisch-arabischen Minderheit und der ebenfalls sunnitischen Kurden, ist Bagdad bisher nicht näher gekommen. Statt dass die erfolgreiche Bekämpfung des IS zu einer Stabilisierung des Landes geführt hätte, verstärkte sich der politische, militärische und zuletzt auch wirtschaftliche Einfluss Teherans in Bagdad.

Für die Regierungen der westlichen Länder ist der Gang der Dinge in Syrien und im Irak deshalb ernüchternd. Für die Kurden, die in diesen beiden vom Krieg gezeichneten Staaten leben und bislang die engsten Verbündeten des Westens vor Ort waren, ist er bedrohlich. Denn mit dem vorläufigen Sieg über den IS endete für die Kurden Syriens und des Irak eine Periode, in der sie sich einerseits einem im wahrsten Sinn des Wortes existenzbedrohenden Gegner gegenüber sahen, andererseits aber Teil militärischer Bündnisse waren, auf die sie sich – auch weil die kurdischen Kämpfer für diese Bündnisse unverzichtbar waren – verlassen konnten. Mit dem absehbaren Ende des Krieges gegen den IS ist diese Unverzichtbarkeit zur Disposition gestellt worden und die Kurden

beider Länder sind erneut mit der Tatsache konfrontiert, dass sie – anders als andere ethnische und religiöse Gruppen im Nahen Osten – keine natürliche Schutzmacht haben.

Die Kurden des Irak haben dies schmerzlich vor und nach dem Referendum vom 25. September 2017 über die Unabhängigkeit ihrer autonomen Region erfahren, als ihre beiden Hauptverbündeten, die USA und die Türkei, aber auch europäische Staaten und die EU, sich erst gegen die Abstimmung stellten und danach wenig gegen die Rollback-Bestrebungen der irakischen Zentralregierung unternahmen.

Fast noch schlechter steht es um die Kurden Syriens. Ihr großer militärischer Partner, die USA, hatte ihnen niemals Versprechungen oder auch nur Hoffnungen dahingehend gemacht, dass Washington sich für einen verfassungsrechtlich verankerten Status ihrer Volksgruppe in einem neuen Syrien einsetzen würde. Die zentrale Aufgabe der kurdischen Kämpfer, der Sieg über den IS, ist erfüllt und ihr weiteres Los hängt letzten Endes daran, wie Washington seine künftigen Interessen in Syrien definiert und vertritt. Werden die USA in Syrien präsent bleiben, um den Einfluss des Iran zurückzudrängen und Israels Sicherheit zu garantieren, wie dies der ehemalige Außenminister Rex Tillerson im Januar 2018 öffentlich erklärte? Oder werden sich die amerikanischen Militärfürsprecher aus Syrien zurückziehen, wie das nur zwei Monate später US-Präsident Donald Trump verkündete? Das Schicksal der syrischen Kurden hängt an diesem seidenen Faden. Denn die Türkei setzt die PYD, die unter den syrischen Kurden tonangebende Partei der demokratischen Union, mit der türkischen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) gleich, mit der sie seit über dreißig Jahren in einem bewaffneten Konflikt steht. Ankara ist deshalb fest entschlossen, die Selbstverwaltung der Kurden in Nord-Syrien zu zerschlagen, und wird dies tun, sobald die USA das Land verlassen haben.

Eine Lösung der Kurdenfrage in diesen beiden Ländern und darüber hinaus wäre damit freilich nicht erreicht. Denn die kurdische Nationalbewegung wächst trotz aller Rückschläge weiter an. Der Abwehrkampf der syrisch-kurdischen Stadt Kobane gegen den IS 2014 und die in Syrien errichtete Selbstverwaltung haben die Internationalisierung der Kurdenfrage auf eine neue Stufe getrieben. In gewisser Weise hat sich ein pankurdisches Nationalbewusstsein herausgebildet, dessen Strahlkraft bisweilen zu bewirken vermag, dass selbst verfeindete kurdische Bewegungen die tiefen Gräben überwinden, die sie sonst getrennt haben.

Hinzu kommt, dass neben Syrien und dem Irak auch alle anderen Staaten des Nahen Ostens nach wie vor keine Anzeichen dafür erkennen lassen, dass sie willens und in der Lage wären, ihren kurdischen Minderheiten die Rechtssicherheit und politische Partizipation zu gewähren, die allein zu einer friedlichen Beilegung der Kurdenfrage führen könnten. Jüngstes Beispiel dafür ist die Überreaktion der irakischen Regierung, die nach dem Referendum den in der Verfassung verankerten Autonomiestatus der irakischen Kurdenregion unterminiert hat. Nicht besser sieht es in der Türkei aus, dem muslimischen Land, das auf die längste parlamentarische Tradition im Nahen Osten zurückblickt und in dem die Mehrheitsbevölkerung und die Kurden am engsten zusammenleben. Trotz dieser strukturellen Vorteile hat es auch die Führung in Ankara bislang nicht vermocht, ihr ethnisch-türkisches Verständnis von der Nation so weit zu relativieren, dass die Integration einer Gruppe mit anderer nationaler Identität möglich wäre. Im Gegenteil, 2015 und 2016 wurde der türkisch-kurdische Konflikt in einer bislang nicht dagewesenen Härte und Brutalität ausgetragen. Der Einmarsch türkischer Truppen in die syrisch-kurdische Stadt Afrin im Januar 2018 und die wiederholten Ankündigungen der türkischen Regierung, in Syrien und im Irak auch an anderer Stelle intervenieren zu wollen, zeigen, dass Ankara weiterhin bereit ist, seinen eigenen Kurdenkonflikt in den Nachbarländern auszutragen.

Doch wie steht es um die Kurden selbst? Auf welcher wirtschaftlichen, sozialen und politischen Basis beruhen ihre Forderungen nach Selbstbestimmung? Bis zu welchem Grad decken sich die Handlungen kurdischer Akteure mit ihrer Rhetorik von einer kurdischen Nation, die durch das Gefühl eines gemeinsamen Schicksals und die Erwartung einer gemeinsamen Zukunft geeint sei und die indes über einen minimalen politischen Konsens verfügt? Hängt doch die Legitimität jeglicher Forderung einer Gruppe nach Selbstbestimmung von der tatsächlichen Existenz dieser Gruppe als wahrnehmbare politische Einheit ab – ganz unabhängig davon, ob sich die Forderung nach Selbstbestimmung auf eine lokale Selbstverwaltung, regionale Autonomie oder gar, wie im Irak, staatliche Unabhängigkeit richtet.

In seinem Beitrag »Rückschlag auf dem Weg zur Selbständigkeit« untersucht Martin Weiss die vielfältigen Gründe dafür, dass sich die Entscheidung der Kurden, das Unabhängigkeitsreferendum im September 2017 abzuhalten, so katastrophal auswirken konnte. Als Kern des Problems identifiziert der Autor

die vormoderne Struktur der kurdischen Politik, in der sich politische Parteien stark auf familiäre Netzwerke und Leitbilder stützen. Das führt nicht nur zu einer geografischen Fragmentierung der Politik, die sich darin ausdrückt, dass die zwei stärksten Parteien jeweils über einen Teil des Landes herrschen, sondern auch zu einer engen Verflechtung von politischer und wirtschaftlicher Macht und damit einhergehend zu Intransparenz und verbreiteter Korruption. Verstärkt wird diese Dynamik durch eine eindimensionale Ökonomie, die sich fast ausschließlich auf Einnahmen aus dem Erdöllexport stützt. Im Mittelpunkt der Parteienkonkurrenz steht die Teilung der so gewonnenen Reichtümer. Die Entwicklung alternativer Wirtschaftszweige tritt in den Hintergrund. Der Streit um die Verteilung von Ressourcen verleitet die konkurrierenden Parteien dazu, sich aller kurdisch-nationalistischen Rhetorik zum Hohn bei ebenfalls miteinander konkurrierenden Regionalmächten – dem Iran und der Türkei – rückzuversichern. Vor diesem Hintergrund kann die Entscheidung der Kurdischen Regionalregierung (KRG) im Irak, das Referendum gegen den Widerstand der Nachbarstaaten durchzuführen, von denen man gleichzeitig abhängig ist, als Spiel mit dem Feuer bezeichnet werden. Gründe dafür, das Risiko trotzdem einzugehen, waren einerseits die durchaus realistische Überlegung, dass mit dem Sieg über den IS die Bedeutung der Kurden für die USA schwinden würde und es das enge Zeitfenster für eine Statusverbesserung zu nutzen galt. Andererseits sollte die nationale Begeisterung, die sich die Führung in Erbil von der Ausrufung des Referendums erhoffte, ein Gegengewicht bilden gegen den wachsenden Unmut in der kurdischen Bevölkerung über die verknöcherten politischen Strukturen der KRG.

In ihrem Artikel »Das energiepolitische Potential Irakisch-Kurdistan« treiben Caner Yıldırım und Gülistan Gürbey die Analyse des Scheiterns der Politik Erbils am Beispiel der kurdischen Energiepolitik weiter. Erst die enge Kooperation mit Ankara hatte es der KRG ermöglicht, gegen den Widerstand Bagdads »kurdisches« Erdöl auf eigene Rechnung über die Türkei zu exportieren. Diese Einkünfte wiederum waren die wirtschaftliche Grundlage für die Überlegungen, einen großen Schritt in Richtung Eigenständigkeit des kurdischen Teilstaats im Nord-Irak zu tun. Als dieser vollzogen war, ging Erbil davon aus, dass der ökonomische Nutzen, der Ankara durch die Exporte entsteht, die sicherheitspolitischen Bedenken der Türkei hinsichtlich der Unabhängigkeit des kurdischen Teilstaats aufwiegen würde. Eine ähnliche

Einschätzung galt offenbar im Hinblick auf die Haltung der USA, deren Energiekonzerne hohe Investitionen in den Erdölsektor Irakisch-Kurdistan getätigt hatten. Doch wie im Falle der Türkei setzten sich auch in den USA längerfristige strategische Erwägungen gegen direkte ökonomische Interessen durch, und Washington wandte sich gegen das Referendum. Innenpolitisch trug die bereits erwähnte Fragmentierung der kurdischen Politik dazu bei, dass das große energiepolitische Potential Kurdistan-Iraks keine stabilisierende Wirkung entfalten konnte. Denn die Einkünfte aus dem Energiebereich wurden viel zu ungleich zwischen den Parteien verteilt, um einheitsstiftend wirken zu können. Dieser Sachverhalt gab dem politischen Streit neue Nahrung.

Zwischen Erbil, der Hauptstadt der KRG, und den von Kurden kontrollierten Territorien im Norden Syriens liegen – noch auf irakischem Staatsgebiet – das Gebirge von Sindschar und die gleichnamige Stadt. In ihrem Beitrag »Gegeneinander, miteinander: die KDP und die PKK in Sindschar« beschreibt Arzu Yılmaz einen weiteren Aspekt gesamtcurdischer Politik: das fragile Verhältnis zwischen der irakischen Demokratischen Partei Kurdistan (KDP) und der türkisch-kurdischen Arbeiterpartei Kurdistan (PKK). Auf internationaler Ebene konkurrieren die beiden Parteien um die Deutungshoheit in der Kurdenfrage im Nahen Osten und damit um den Anspruch der Vertretung der Kurden schlechthin. Die KDP und die PKK dominieren in ihren jeweiligen Herkunftsländern die kurdische Politik, und im Irak und in Syrien stehen sie sich in direkter Konfrontation gegenüber. Die PKK unterhält Stellungen im Nord-Irak, im Revier der KDP also, und die PKK-nahe Partei der demokratischen Union (PYD) drängt in Syrien kleinere, der KDP nahestehende syrisch-kurdische Parteien an den Rand. Doch dies ist nur die eine – bekannte – Seite der Medaille. Am Beispiel der konkreten Verhältnisse im Sindschar-Gebirge leuchtet Arzu Yılmaz in ihrer Mikrostudie wie unter einem Brennglas die ganze Breite der Beziehungen zwischen der KDP und der PKK aus. Sie beobachtet nicht nur den generellen Antagonismus der beiden Bewegungen, sondern auch ihre punktuelle Kooperation. Sie erklärt die spezifischen Stärken und Schwächen der Kontrahenten und zeigt die aktuellen Grenzen pankurdischer Politik, aber auch die Dynamik auf, die diese Ideologie in den letzten Jahren erfahren hat.

»Die Lage in den kurdischen Gebieten Syriens: Politische Akteure und ihre Entwicklung seit 2011«, hat Katharina Lack ihren Artikel überschrieben. Die

Autorin zeichnet die Entstehung kurdischer Parteien in Syrien nach. Sie schildert die Dominanz, die die PYD während des Krieges in Syrien im Verhältnis zu den KDP-nahen Parteien erlangt hat. Lack macht deutlich, dass es neben der Kooperation der PYD mit den USA die Schaukelpolitik gegenüber der syrischen Regierung gewesen ist, die es der beherrschenden Kurdenpartei ermöglicht hat, die Kontrolle über ausgedehnte Territorien zu übernehmen und diese – mit Ausnahme von Kobane – vor der vernichtenden Wirkung des Krieges weitgehend zu schützen. Die Autorin spart nicht mit fundierter Kritik am stark eingeschränkten, spezifischen Demokratieverständnis dieser Organisation. Sie zeigt aber auch auf, dass die Partei im Unterschied zu anderen kurdischen Bewegungen der wenig realistischen Idee eines kurdischen Nationalstaats eine klare Absage erteilt. Am Beispiel Syriens legt der Beitrag außerdem eine der strukturellen Ursachen für die Gewaltsamkeit kurdischer Politik offen, die Tatsache nämlich, dass alle syrisch-kurdischen Parteien entweder Anhängsel irakisch-kurdischer oder türkisch-kurdischer Organisationen sind. Allein mit der jahrzehntelangen systematischen Unterdrückung kurdischer Parteien durch Damaskus ist das nicht zu erklären, gingen die Nachbarstaaten doch nicht viel weniger strikt gegen kurdische Organisationen vor. Doch im Irak und in der Türkei liegen die kurdischen Siedlungsgebiete auch in Gebirgsregionen, die den Kurden Rückzugsmöglichkeiten, den Aufbau militärischer Strukturen und damit Verstetigung ermöglicht haben. Diese geografischen Bedingungen existieren in Syrien nicht, weshalb sich die kurdischen Parteien dort, auf sich allein gestellt, nicht halten konnten. Dass kurdische Parteien im Nahen Osten nur als paramilitärische Organisationen entstehen und überleben konnten, ist ein zentraler Grund für den autoritären und unduldsamen Charakter der kurdischen Politik, eine Eigenschaft, die die Fähigkeit der kurdischen politischen Kräfte, demokratische Strukturen zu entwickeln, hemmt und sie auch deshalb immer wieder an ihre Grenzen stoßen lässt.

Martin Weiss

Rückschlag auf dem Weg zur Selbständigkeit – Kurdistan-Irak vor und nach dem Unabhängigkeitsreferendum

Nicht erst seit der Bedrohung durch den »Islamischen Staat« (IS) und den turbulenten Entwicklungen nach dem kurdischen Unabhängigkeitsreferendum vom 25. September 2017, sondern bereits seit langem ist der Irak einer der konfliktreichsten Staaten im Nahen Osten. Auch die »Autonome Region Kurdistan-Irak«, die lange Zeit als eine prosperierende Insel relativer Stabilität galt und deren Zukunftsaussichten noch in jüngerer Vergangenheit verhalten optimistisch bewertet worden waren,¹ ist heute vom Scheitern bedroht.

Schon seit Jahren sind indes negative Erscheinungen feststellbar, die die konstruktive Entwicklung Kurdistan-Iraks zu beeinträchtigen drohten. Eine wirklich gefährliche Lage aber beschwor letztlich das Unabhängigkeitsreferendum im September 2017 herauf, das eigentlich einen neuen positiven Impuls für die Einheit der autonomen Region geben sollte. Das eindeutig positive Ergebnis des Urnengangs für eine Unabhängigkeit hat das Begehren nach Selbständigkeit der Kurden zwar moralisch gestärkt, de facto aber führte das Referendum zu einer erheblichen Schwächung der irakischen Kurden: Im Zuge der harten militärischen Reaktion Bagdads auf das Referendum verloren die Kurden fast alle von ihnen kontrollierten irakischen Gebiete, die sie vom IS befreit hatten. Diese Territorien hatten sie schon als ihr Eigentum betrachtet, obwohl sie gemäß der irakischen Verfassung nicht zur »Autonomen Region Kurdistan-Irak« gehörten.

Durch das Referendum hat sich der alte arabischkurdische Konflikt erneut verschärft. Der Weg zur

Unabhängigkeit Kurdistan-Iraks ist durch die Volksabstimmung nicht leichter, sondern erheblich schwerer worden.² Das irakische Kurdenproblem wird weiter auf der Tagesordnung der internationalen Gemeinschaft bleiben.

Vom »kurdischen Dubai« zur Problemregion

Der kurdische Teilstaat im Norden des Irak hat bereits lange vor dem Referendum mit strukturellen Problemen zu kämpfen gehabt:

(1) Die wirtschaftliche Situation Kurdistan-Iraks hatte sich in den letzten Jahren verschlechtert und erholte sich nur langsam. Die Erlöse aus den Ölexporten waren wegen des niedrigen Ölpreises deutlich zurückgegangen und der materialaufwendige und teure Krieg gegen den IS verbrauchte einen großen Teil der ohnehin knappen Ressourcen. Nach Angaben der Weltbank hatte sich das ehemals beeindruckende Wachstum in Kurdistan-Irak um fünf Prozent verlangsamt, während sich die Armutsrate verdoppelt hatte.³ Monatlang hatte sich die Kurdische Regionalregierung (KRG) nicht in der Lage gesehen, den Beamten und den Milizsoldaten (Peschmerga) ihre Gehälter zu überweisen. Da der öffentliche Sektor der KRG un-

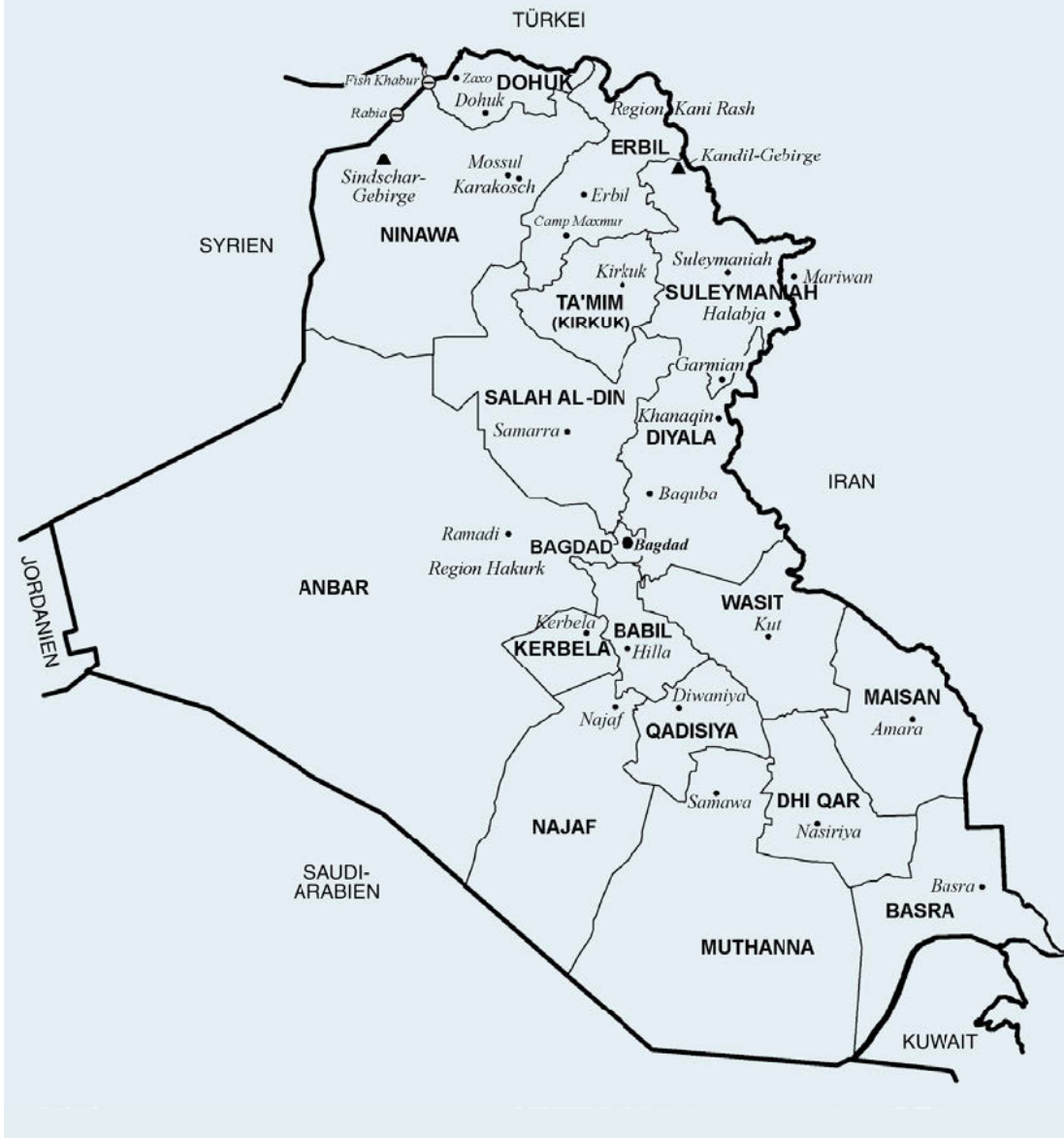
² Walter Posch, »Zu schwach für einen eigenen Staat. Massud Barzani hat den Kurden mit dem Unabhängigkeitsreferendum im Nordirak einen Bärendienst erwiesen«, *Internationale Politik und Gesellschaft* (online), 12.10.2017, <www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/zu-schwach-fuer-einen-eigenen-staat-2353/> (Zugriff am 1.3.2018).

³ The World Bank, »The Kurdistan Region of Iraq Needs an Estimated US\$1.4 Billion this Year to Stabilize the Economy«, *Press Release*, 12.2.2015, <www.worldbank.org/en/news/press-release/2015/02/12/kurdistan-region-iraq-stabilize-economy> (Zugriff am 16.5.2018).

¹ Martin Weiss, »Kurdistan-Irak: Regionalpolitischer Bedeutungszuwachs durch den Kampf gegen den »Islamischen Staat««, in: Günter Seufert (Hg.), *Der Aufschwung kurdischer Politik. Zur Lage der Kurden in Irak, Syrien und der Türkei*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Mai 2015 (SWP-Studie 10/2015), S. 7–25.

Karte 1

Irak



verhältnismäßig stark aufgebläht ist, war und ist von diesen Schwierigkeiten ein großer Teil der Bevölkerung direkt betroffen. Hinzu kam die weite Verbreitung von Korruption und Misswirtschaft. All dies hatte dazu beigetragen, dass die Regierung in der Bevölkerung zunehmend an Rückhalt verlor.⁴

(2) Zwar hatte die internationale Anti-IS-Koalition den »Islamischen Staat« in Syrien massiv zurück-

gedrängt, im Irak bestand aber weiterhin eine etwa tausend Kilometer lange Front gegen die Terrororganisation, die hauptsächlich von den kurdischen Peschmerga gehalten wurde. Die Peschmerga fungierten hier praktisch als Bodentruppen der internationalen Anti-IS-Koalition. Sie zahlten in der Erfüllung dieser Aufgabe einen hohen Blutzoll von über 2000 Gefallenen und 10 000 Verwundeten. Auch nach der Befreiung Mossuls im Sommer 2017 ist die Gefahr durch den »Islamischen Staat« nicht völlig gebannt.

(3) Eine weitere Herausforderung waren die ständig steigenden Flüchtlingszahlen, die im Gesamtirak bis

⁴ Birgit Svensson, »Barzani laufen die Kurden davon«, *Qantara*, 15.2.2016, <<https://de.qantara.de/node/22744>> (Zugriff am 23.3.2018).

zum Juli 2017 auf über 3,3 Millionen angewachsen waren. Bereits 2015 hatte die KRG über eine Million Binnenflüchtlinge aus verschiedenen Regionen des Irak versorgt.⁵ Durch die Kämpfe um Mossul hatte sich diese Zahl erheblich erhöht. So waren allein aus Ost-Mossul 167 000 Menschen nach Irakisch-Kurdistan geflohen.⁶ Im Zuge des monatelangen Kampfes um West-Mossul hatten dann weitere circa 900 000 ihre Heimat verlassen, von denen etwa 400 000 in Kurdistan Aufnahme fanden.⁷ Dieser enormen Herausforderung war und ist die kleine Region kaum gewachsen.

Viele Kurden erwarteten sich von dem Unabhängigkeitsreferendum einen Befreiungsschlag zur Lösung aller Probleme Kurdistan-Iraks.

(4) Stets belastend war vor dem Referendum auch der Zwist der KRG mit der irakischen Zentralregierung in Bagdad über den Ölverkauf. Noch heute ist die Aufteilung der irakischen Einnahmen aus dem Öllexport zwischen Erbil und Bagdad nicht abschließend und für beide Seiten befriedigend geregelt. Die Zentralregierung hatte sich weitgehend geweigert, Erbil jene 17 Prozent des Staatsbudgets zu zahlen, die Kurdistan nach der Verfassung des Irak zustehen. Bagdad hatte dies damit begründet, dass Erbil »kurdisches« Öl direkt und damit »illegal« exportiere.

(5) Weiterhin offen war auch die Frage, ob die sogenannten »Umstrittenen Gebiete« (Disputed Areas) beim Irak bleiben oder Kurdistan zugeschlagen werden sollten. Das Referendum zu dieser Frage, das der irakischen Verfassung gemäß in diesen Gebieten abzuhalten wäre, hat bis heute nicht stattgefunden. Die Kurden wollten an den Territorien, die sie seit 2014 besetzt hatten, insbesondere an Kirkuk, um jeden Preis festhalten. Dies erklärt sich einerseits mit der von vielen Kurden geteilten Auffassung, Kirkuk sei das »kurdische Jerusalem«. Viel wichtiger war aber die Tatsache, dass nach dem Ausbleiben der irakischen Zahlungen die Erlöse aus dem Verkauf des Öls,

das in Kirkuk gefördert wurde, die Haupteinnahmequelle Kurdistan-Iraks bildeten.

(6) In Kurdistan selbst waren bereits vor dem Referendum die alten Rivalitäten zwischen den kurdischen Parteien wiederaufgeflammt, was 2015 zum Zerfall der bis dahin regierenden Allparteienkoalition und zu einer jahrelangen Arbeitsunfähigkeit des Regionalparlaments geführt hatte. Erst im September 2017 trat das Parlament nach langer Pause wieder zusammen, um das von der Regionalregierung geplante Referendum parlamentarisch abzusegnen.

Das für den 25. September 2017 angesetzte Unabhängigkeitsreferendum wurde in seiner Bedeutung weithin psychologisch überhöht. Viele Kurden erwarteten sich davon so etwas wie einen Befreiungsschlag zur Lösung aller Probleme des Landes. Obwohl die Kurdische Regionalregierung die Abstimmung im Vorfeld nur als Willensbekundung des kurdischen Volkes deklariert hatte, die nicht sofort in eine Sezession von Bagdad münden würde, erhielten die Kurden dafür nicht die von ihnen erhoffte internationale Unterstützung. Im Gegenteil: Die meisten Staaten sahen in dem Referendum ganz überwiegend die Gefahr, dass damit nicht nur der Irak, sondern unter Umständen die ganze Region weiter destabilisiert werden würde. So sprach sich nicht nur Bagdad, sondern mit wenigen Ausnahmen die gesamte Staatengemeinschaft gegen seine Durchführung aus.

Mangelnde innere Konsolidierung: Die Entwicklung der innerkurdischen Machtverhältnisse von 1992 bis 2018

Das politische Leben der irakischen Kurden wird seit jeher von Stämmen und innerhalb der Stämme von dominanten Familien geprägt, die in ihren jeweiligen Regionen den Ton angeben. Auch die Entstehung der beiden großen irakisch-kurdischen Parteien, der Kurdischen Demokratischen Partei (KDP) und der Patriotischen Union Kurdistans (PUK), hat an den feudalen Machtstrukturen bislang wenig geändert. KDP und PUK waren immer Instrumente der beiden in Kurdistan führenden Familien Barzani und Talabani, die die Politik weitgehend bestimmen. Dies galt vor und während der Herrschaft von Saddam Hussein und umso mehr nach der Errichtung der Autonomen Region Kurdistan-Irak.

Ein kurzer Blick auf die Inhaber zentraler Staatsämter macht die Konzentration der Macht deutlich. Der Barzani-Clan herrscht mit Hilfe der KDP, die 1946

⁵ »More Funds Needed to Support Displaced in Kurdistan Region of Iraq«, *United Nations Iraq* (online), 31.3.2015, <www.uniraq.org/index.php?option=com_k2&view=item&id=3556:more-funds-needed-to-support-diplaced-in-kurdistan-region-of-iraq-kri&Itemid=605&lang=en> (Zugriff am 16.4.2015).

⁶ Ministry of Interior, Joint Crisis Coordination Centre, *Priority Projects for 2017, Executive Summary*, Erbil, April 2017.

⁷ Ebd.

gegründet worden und seither die größte Partei der irakischen Kurden ist. Ihr Vorsitzender Masud Barzani ist der Sohn des legendären Kurdenführers und Gründers der KDP Mustafa Barzani. Masud Barzani war von 2005 bis zu seinem Rücktritt am 1. November 2017 Präsident Kurdistans. Sein Onkel Hoshyar Zebari war erst Außenminister und dann Finanzminister des Irak. Masuds Neffe Nechirvan Barzani ist der heutige Ministerpräsident Kurdistans, und Masuds ältester Sohn Masrur ist Chef des Kurdistan Region Security Council.

Die 1975 gegründete Patriotische Union Kurdistans wird von der Talabani-Familie dominiert. Ihr Führer, der am 3. Oktober 2017 in Berlin verstorbene Jalal Talabani, war von 2005 bis 2014 Staatspräsident des Irak. Seine Ehefrau Hero Talabani ist heute eine der einflussreichsten Personen in der PUK. Jalal Talabanis Sohn Qubad bekleidet das Amt des Vize-Ministerpräsidenten in Kurdistan. Ein anderer Sohn, Lahur Talabani, ist der Chef der Kurdistan Intelligence Agency und leitet »Zanjari«, die Anti-Terror-Einheit der PUK.

Politische Macht ermöglicht die Vermehrung privaten Reichtums; dieser wiederum führt zu einer Stärkung der politischen Macht.

Diese beiden Clans sowie einige weitere wichtige Familien verfügen neben politischem Gewicht auch über erhebliche wirtschaftliche Macht. Ihr Reichtum beruht nicht nur auf Großgrundbesitz, sondern auch auf Privatfirmen, die ihnen gehören oder an denen sie beteiligt sind, und nicht zuletzt auf dem Einfluss, den sie auf die Entscheidungen staatseigener Unternehmen ausüben können. Politische Macht ermöglicht die Vermehrung privaten Reichtums; dieser wiederum führt zu einer Stärkung der politischen Macht. Dieses System der Verflechtung von politischer und wirtschaftlicher Herrschaft in Kurdistan-Irak wird immer öfter als nepotistisch, von manchen sogar als kleptokratisch bezeichnet.⁸

⁸ Aras Ahmed Mhamad, »Meritocracy or Cleptocracy: Kurdistan's Leadership in Turmoil«, in: *Newsweek*, 30.3.2016; Michael Rubin, »Be Very Worried about Barzani Family Power Struggle«, *Commentary* (online), 18.1.2015, <<https://www.commentarymagazine.com/foreign-policy/middle-east/iraq/worried-barzani-family-power-struggle/>> (Zugriff am 14.6.2018).

Nach der ersten Regionalwahl in Kurdistan 1992 regierten KDP und PUK gemeinsam und gleichberechtigt, obwohl die KDP zwei Sitze mehr gewonnen hatte. Dieser Konsens hielt jedoch nicht lange. Bereits 1993 kam es zwischen den Milizen beider Parteien zu bewaffneten Auseinandersetzungen, die schließlich zu einer faktischen Teilung des Landes führten. Erst 1998 fanden KDP und PUK auf Druck der USA zu einem Burgfrieden. Seither beherrscht die KDP den Nordwesten Kurdistans um die Stadt Erbil und die PUK den Südosten um die Stadt Suleymaniah. 2003 schlossen sich KDP und PUK zur Demokratischen Patriotischen Allianz Kurdistans (kurz: »Kurdische Allianz«) zusammen, in die auch ein paar kleinere Parteien integriert wurden.

Im Jahr 2008 kam mit der Gründung einer neuen Partei unter dem Namen Gorran (Wandel) Bewegung ins festgefahrene politische System. Gorran forderte ein Ende des faktischen Machtmonopols von KDP und PUK. Die neue Partei machte die weit verbreitete Korruption und Patronage zum Thema und entwickelte sich in kürzester Zeit zu einem ernsthaften Konkurrenten für die KDP und die PUK. Bei der Wahl 2009 erhielt Gorran auf Anhieb fast ein Viertel aller Stimmen.

Die nächste Wahl im Jahr 2013 läutete das Ende des Machtmonopols der beiden alten Parteien ein. Gorran wurde zur zweitstärksten Kraft nach der KDP, kleinere islamistische Parteien erhielten verstärkt Zulauf. KDP und PUK erreichten zusammen nur eine hauchdünne und damit extrem instabile Mehrheit von einem Sitz, weshalb sich Präsident Masud Barzani gezwungen sah, eine Allparteienregierung zu bilden. So wurden die ethnischen und religiösen Minderheiten erstmals in die Regierungsverantwortung einbezogen, eine positive Lösung, die im Nahen Osten keineswegs selbstverständlich ist.

Die kurdische Allparteienregierung war jedoch nicht von Stabilität gekennzeichnet. Durch den krankheitsbedingten Ausfall des PUK-Vorsitzenden Jalal Talabani verlor die PUK ihre zentrale Führungsfigur und zerfiel in mehrere konkurrierende Fraktionen. Parallel dazu lebten die alten Gegensätze zwischen der KDP und der PUK wieder auf und noch im Wahljahr brach die »Kurdische Allianz« auseinander.⁹

Andererseits zeigte sich schnell, dass die neue Partei Gorran, obwohl sie formal großzügig an der Regierung beteiligt wurde, nicht bereit war, sich der

⁹ Hemin Salih, »KDP Ends Strategic Agreement with PUK«, in: *Bas News* (Erbil), 17.9.2014.

Politik der KDP und des Präsidenten unterzuordnen. Die junge Partei lehnte es insbesondere ab, Masud Barzani eine weitere außerplanmäßige Verlängerung seiner Amtszeit als Präsident zuzugestehen. Barzani, dessen zweite Amtsperiode bereits 2013 abgelaufen war und der nach der Verfassung kein drittes Mal für das Amt kandidieren durfte, hatte es vermocht, das Parlament für eine außerordentliche Verlängerung seiner Präsidentschaft um weitere zwei Jahre zu gewinnen, die im August 2015 abliefen. Barzani insistierte auf einer erneuten Verlängerung und rechtfertigte dieses Ansinnen mit der Ausnahmesituation des Krieges gegen den IS.

Im gleichen Jahr eskalierte der Streit zwischen der KDP und den anderen Parteien über das Prozedere zur Wahl des Präsidenten. Im Oktober 2015 spitzten sich die Proteste wegen ausgebliebener Lohnzahlungen zu. Insbesondere in der Region Suleymaniah kam es im Zuge von Demonstrationen zu Gewaltakten. Bei Angriffen und Brandanschlägen auf KDP-Büros verloren ein KDP-Funktionär und durch den Einsatz der Sicherheitskräfte mehrere Demonstranten ihr Leben. Die KDP beschuldigte Gorran, die Bevölkerung aufgewiegelt und die Anwendung von Gewalt befürwortet zu haben. Als Strafmaßnahme wurden vier Minister der Gorran entlassen und durch KDP-Politiker ersetzt. Dem amtierenden Parlamentspräsidenten von Gorran, Yousif Mohammed Sadiq, wurde der Zutritt zum Regionalparlament untersagt.¹⁰ Die Folge war die Einstellung der Parlamentsarbeit und das Ende der Allparteien-Regierungskoalition.

Ab diesem Zeitpunkt wurde Kurdistan-Irak von der nun deutlich dominierenden KDP unter Präsident Masud Barzani regiert. Die erneute Verlängerung von Barzanis Amtsperiode war weder vom Parlament noch von der Bevölkerung autorisiert worden. Als Legitimation diente die Entscheidung des Consultative Councils (Shura) vom August 2015, der zufolge es Barzani erlaubt sein sollte, bis zur Neuwahl eines Nachfolgers weiter zu regieren.¹¹ Die Konstituierung dieses Gremiums aus den zwölf höchsten Richtern des Landes war 2008 vom Parlament beschlossen worden, als Instanz, die mögliche Differenzen zwischen dem Parlament, der Regierung und dem Präsidenten lösen sollte.

10 Isabel Coles, »Political Crisis Escalates in Iraq's Kurdistan«, *Reuters*, 12.10.2015.

11 Persönliche Mitteilung von Hemin Hawrami, Senior Advisor von Präsident Barzani, Mai 2017.

Im September 2017 kündigte Barham Salih, der bisherige stellvertretende Vorsitzende der PUK und frühere Premierminister an, mit einer neuen Partei namens »Bündnis für Demokratie und Gerechtigkeit« zur nächsten Regionalwahl anzutreten.¹² Damit wurde die PUK, die seit dem krankheitsbedingten Ausfall und Tod von Talabani schon in mehrere Flügel zerfallen war, noch weiter geschwächt.

Weder das Parlament noch die Bevölkerung hatten der erneuten Verlängerung von Barzanis Amtsperiode zugestimmt.

Wegen der bedeutenden Rolle Kurdistan-Iraks im Kampf gegen den IS betrachtete die internationale Gemeinschaft die internen Konflikte und die damit einhergehende politische Instabilität mit Sorge. Im Mai 2017 verkündeten KDP und PUK, das Regionalparlament gemeinsam einzuberufen¹³ und im November 2017 Parlaments- und Präsidentschaftswahlen abzuhalten. Zu diesen Wahlen ist es jedoch bisher aufgrund der Auseinandersetzungen um das Unabhängigkeitsreferendum und dessen Folgen nicht gekommen. Bei den gesamtirakischen Parlamentswahlen am 12. Mai 2018 traten KDP und PUK mit getrennten Listen an.

Die Diskussionen über Unabhängigkeit und Territorien

Das Verlangen der irakischen Kurden nach Unabhängigkeit ist älter als der Staat Irak. Entsprechende Aspirationen hat es schon im Osmanischen Reich gegeben. Nach dessen Zerfall erkannten England und Frankreich in den Verhandlungen von Sèvres 1920 erstmals das Selbstbestimmungsrecht der Kurden an. Dem in Sèvres geschlossenen Vertrag zufolge sollten die Kurden autonome Regionen erhalten. Auch deren Zusammenschluss zu einem eigenen Staat wurde

12 »Former KRG PM Barham Salih Registers Own Political Entity to Run in Elections«, *Rudaw*, 16.9.2017,

<<http://www.rudaw.net/english/kurdistan/160920173>>

(Zugriff am 27.3.2018).

13 »KDP, PUK to Reactivate Iraqi Kurdistan Parliament without Gorran«, *E Kurd Daily*, 10.5.2017, <<http://ekurd.net/kdp-puk-reactivate-parliament-2017-05-10>>

(Zugriff am 11.7.2017).

nicht ausgeschlossen.¹⁴ Doch schon im Frieden von Lausanne 1923 und auch, als der Irak 1930 seine Unabhängigkeit errang, war davon nicht mehr die Rede. In den folgenden Jahrzehnten wechselten sich Zeiten der Duldung kurdischer Bemühungen um mehr Selbstbestimmung mit Phasen intensiver Repression ab. Der brutalste Versuch, die kurdischen Unabhängigkeitsbestrebungen zu unterdrücken, war die sogenannte Anfal-Kampagne unter Saddam Hussein in den Jahren 1988/89, die Dimensionen eines Völkermords annahm. Nach Schätzungen von »Genocide-Watch« wurden im Zuge dieser Operation 182 000 Kurden getötet, etwa eine Million vertrieben und das kurdische Siedlungsgebiet im Irak weitgehend verwüstet.¹⁵ Erst 1991 verschaffte die Einrichtung einer Flugverbotszone, die hauptsächlich von den USA und Großbritannien überwacht wurde, den Kurden die Gelegenheit zur Rückkehr.

Unter internationalem Schutz erlebte Kurdistan-Irak daraufhin einen beachtenswerten Aufschwung zu einer florierenden Region. Dies war zwar nicht die ersehnte Unabhängigkeit, immerhin aber wurde der kurdische Nord-Irak in der irakischen Verfassung von 2004 als »Autonome Region Kurdistan« mit eigenem Parlament und eigener Regierung anerkannt. Die Region entsendet Abgeordnete in das irakische Parlament und stellt auch seit 2005 den Staatspräsidenten.

Gleichwohl hielten die Kurden ihren Anspruch auf eine künftige völlige Eigenstaatlichkeit aufrecht. Sie forderten außerdem, dass auch die Gebiete, die vor der Arabisierungspolitik Saddam Husseins überwiegend kurdisch besiedelt gewesen waren, ihrer Verwaltung unterstellt würden. Bei diesen sogenannten »disputed areas« handelt es sich vorwiegend um die Provinz Kirkuk und Teile von vier weiteren Provinzen, aus denen unter Saddam Hussein viele Kurden vertrieben und in denen dafür Araber angesiedelt wurden. In all diesen Landesteilen gibt es seit der osmanischen Zeit zudem eine turkmenische Minderheit. Im Sindschar-Gebirge leben die Kurdisch sprechenden Jesidi, die sich jedoch mehr über ihre Religion als über ihre ethnische Zugehörigkeit definieren. Wie wichtig diese umstrittenen Gebiete sowohl für

die Kurden als auch für den Zentralstaat sind, zeigt sich daran, dass nach Angaben der Internationalen Energieagentur (IEA) allein 40 Prozent des im Irak produzierten Öls aus der Provinz Kirkuk stammen.¹⁶

Die irakische Verfassung von 2005 sieht die Zuordnung der umstrittenen Gebiete an Kurdistan-Irak für den Fall vor, dass sich bis Ende 2007 eine Mehrheit für den Beitritt zur Autonomen Region entscheidet.

Die irakische Verfassung von 2005 kam diesen Forderungen der Kurden weit entgegen. Ihr Artikel 140 sieht die Zuordnung der umstrittenen Gebiete an Kurdistan-Irak für den Fall vor, dass sich bei einer Volksabstimmung, die bis spätestens 2007 in diesen Gebieten hätte abgehalten werden müssen, die Mehrzahl der Wähler für den Beitritt zur Autonomen Region entscheidet.¹⁷ Vorbedingung für dieses Referendum wiederum sollten eine Normalisierung der Verhältnisse, die Rückkehr von Flüchtlingen und eine Volkszählung sein.

Das Referendum nach Artikel 140 hat bis heute nicht stattgefunden. Faktisch aber beherrschten die Kurden bis zum Unabhängigkeitsreferendum 2015 fast alle diese Territorien, spätestens seit sie im Kampf gegen den IS Kirkuk und die umliegenden Gebiete eingenommen hatten. Viele Kurden vertrauten darauf, dass damit Fakten geschaffen worden waren und sich die Frage eines Referendums über die umstrittenen Gebiete erledigt hätte. Der kurdische Ministerpräsident Nechirvan Barzani hatte am 5. Juni 2017 vollmundig festgestellt: »Es gibt keine umstrittenen Gebiete mehr«.¹⁸

14 Ali Homam Ghasi, *Die Kurden. Waisenkinder des Universums*, Berlin 1994, S. 17f.

15 Shakhawan Shorsh, »Anfal«. *The Iraqi State's Genocide against the Kurds*, o.O.: The Center of Halabja against Anfalization and Genocide of the Kurds (CHAK), Februar 2007, <http://www.genocidewatch.org/images/Iraq_07_02_Anfal_The_Iraqi_State_s_Genocide_against_the_Kurds.pdf> (Zugriff am 9.10.2017).

16 »Die unendliche Geschichte um Kirkuk«, *Civika Azad* (online), 6.4.2017, <<http://civaka-azad.org/die-unendliche-geschichte-um-kirkuk/>> (Zugriff am 27.3.2018).

17 Awat Asadi, *Der Territorialkonflikt zwischen der irakischen Zentralregierung und Kurdistans Regionalregierung*, Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2013 (KAS Auslandsinformationen 8/2013), S. 71.

18 »We no longer have disputed areas«, siehe »Nechirvan Barzani Says Iraq's Kirkuk No Longer Disputed Area«, *E Kurd Daily*, 8.6.2017, <<http://ekurd.net/barzani-kirkuk-disputed-area-2017-06-08/>> (Zugriff am 27.3.2018).

Ziele der inländischen Akteure und ihrer regionalen Verbündeten

Im Irak Saddam Husseins hatte nicht nur die Minderheit der Kurden, sondern auch die Bevölkerungsmehrheit der Schiiten unter der Dominanz der Sunniten zu leiden. Der Sturz des Diktators und die amerikanische Besatzung veränderten die inner-irakischen Machtverhältnisse zugunsten der Schiiten. Dies führte jedoch zu neuen Konflikten. So war es nur folgerichtig, dass sich die inländischen Akteure an die Nachbarstaaten wandten und um Hilfe baten. Diese wiederum boten gern Unterstützung an, da sie auf diese Weise Gelegenheit erhielten, eigene Interessen und Ziele durchzusetzen.

Die fragile türkisch-kurdische Allianz

Die vor dem Referendum überaus engen Bindungen zwischen Kurdistan-Irak und der Türkei hatten sowohl politische als auch wirtschaftliche Gründe. Politisch passte das Entstehen einer weitgehend von Bagdad unabhängigen kurdischen Region bestens zu der (neo-osmanischen) Strategie Ankaras, zwischen sich und der arabischen Welt einen von der Türkei abhängigen oder zumindest der Türkei gegenüber freundlich gesonnenen Pufferstaat zu haben. Die politische Annäherung war so weit gegangen, dass die KDP sich beim türkischen Verfassungsreferendum 2017 über die Einführung des Präsidialsystems für ein »Ja« und damit für eine Ausweitung der Macht des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan ausgesprochen hatte.¹⁹

Auf wirtschaftlicher Ebene hatte die enge Zusammenarbeit mit der Türkei Kurdistan-Irak erst lebensfähig gemacht. Der grenzübergreifende Austausch mit der Türkei hatte noch während der Herrschaft Saddam Husseins unter dem Schutz der Flugverbotszone begonnen und Kurdistan-Irak einen enormen ökonomischen Boom beschert, von dem auch die türkische Wirtschaft in Südost-Anatolien profitierte. Denn es waren überwiegend türkische Firmen, die den Wiederaufbau der Infrastruktur und der zerstörten Wohngebäude übernahmen. Darüber hinaus importierte die Autonome Region in großem Umfang türkische Waren des täglichen Bedarfs und landwirt-

schaftliche Produkte. So exportierte die Türkei 2016 Dienstleistungen und Güter im Wert von insgesamt 7,64 Milliarden US-Dollar nach Kurdistan-Irak.²⁰ Besonders intensiv entwickelte sich die Kooperation im Energiesektor. Im Dezember 2015 einigten sich Kurdistan-Irak und die Türkei darauf, künftig gemeinsam Gas zu fördern. Zu diesem Zweck erwarb der türkische Ölkonzern TPAO für 1,5 Milliarden US-Dollar große Anteile an kurdischen Gasfeldern.²¹ Diese Vereinbarung schuf eine mustergültige »Win-win«-Situation: Kurdistan-Irak erhielt dringend benötigte Devisen und die Türkei konnte ihre Energieimporte diversifizieren und so ihre Abhängigkeit von einzelnen Anbietern vermindern.

Ankara befürchtet, dass ein selbständiger Staat Kurdistan-Irak die Autonomiebestrebungen der circa 13 Millionen Kurden in der Türkei anstacheln würde.

Die Beziehungen der Türkei zu Kurdistan-Irak waren und sind jedoch ambivalent. Einerseits wurden gegenseitige Besuche auf höchster politischer Ebene Normalität, andererseits war dieses gute Verhältnis durch die Ambitionen der irakischen Kurden auf Eigenstaatlichkeit dauernd belastet. Die Befürchtung Ankaras, dass ein selbständiger Staat Kurdistan-Irak die Autonomiebestrebungen der circa 13 Millionen Kurden in den östlichen und südöstlichen Provinzen der Türkei anstacheln würde, konnte von Erbil nie ganz ausgeräumt werden.

Der Hauptkonfliktstoff zwischen der Türkei und Kurdistan-Irak ist aber nicht die Politik Erbils, sondern die Anwesenheit der türkisch-kurdischen PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) auf dem Gebiet der Autonomen Region.²² Ungeachtet ihrer ethnischen Verwandtschaft besteht eine tiefe ideologische Kluft zwischen der PKK und den großen irakischen Kurdenparteien. Während die PKK aus einer marxistischen Studentenorganisation entstanden ist und Konzepte des Kollektivs und des Gemeineigentums bei ihr noch heute eine wichtige Rolle spielen, sind die irakischen

19 »Barzani's KDP Supports ›Yes‹ Vote in Turkey Referendum«, *E Kurd Daily*, 14.4.2017, <<http://ekurd.net/barzani-supports-turkey-referendum-2017-04-14>> (Zugriff am 27.3.2018).

20 »Turkey Exports by Country«, *Trading Economics* (online), <<https://de.tradingeconomics.com/turkey/exports-by-country>> (Zugriff am 10.10.2017).

21 »Erdogan expandiert: Türkei kauft sich in irakische Gasfelder ein«, in: *Deutsche Wirtschaftsnachrichten*, 13.12.2015.

22 Siehe zum Verhältnis der PKK zur KDP den Beitrag von Katharina Lack in diesem Band.

Kurden eindeutig Verfechter der Marktwirtschaft. Seit langem nutzt die PKK in ihrem Kampf gegen das türkische Militär neben Nord-Syrien auch Kurdistan-Irak als Rückzugsgebiet. Als Reaktion auf Anschläge von dort haben die türkischen Luftstreitkräfte immer wieder PKK-Stellungen im Nord-Irak angegriffen, worunter auch die kurdische Zivilbevölkerung zu leiden hatte. Mehrfach ist die Türkei mit Bodentruppen in beachtlicher Stärke in den Norden des Irak eingerückt und Ankara unterhält dort sogar militärische Stützpunkte, die von der KRG geduldet werden.

Seit 2016 versucht die PKK, sich auch im Sindschar-Gebirge festzusetzen.

Das Verhältnis der irakischen Kurden zur PKK ist mehr als gespannt. In den 1990er Jahren war es zwischen der KDP und der PKK zu blutigen Auseinandersetzungen gekommen, die sich über mehrere Jahre hingezogen hatten. Die PKK verlagerte danach ihre Stellungen im Nord-Irak von der türkeinahen Grenzregion, die unter KDP-Kontrolle stand, in das Kandil-Gebirge nahe der iranischen Grenze. Da die dort tonangebende PUK deutlich PKK-freundlicher ist, brachte dieser Umzug für das Verhältnis der Türkei zu den irakischen Kurden keine wesentliche Entspannung. Wie fern sich KDP und PKK und wie nah sich dagegen PUK und PKK stehen, zeigt die Tatsache, dass eine Konferenz des PKK-nahen Kurdischen Nationalkongresses (KNK),²³ die im Juli 2017 in Erbil von Barzani verhindert worden war, daraufhin mit der PUK als Gastgeber in Suleymaniah stattfand.²⁴

Seit 2016 versucht die PKK, sich auch im Sindschar-Gebirge festzusetzen, das sich westlich von Mossul bis an die syrische Grenze erstreckt.²⁵ Der Sindschar ist Teil der zwischen Bagdad und Erbil umstrittenen Gebiete, und die Bestrebungen der PKK, in dem Gebirge Fuß zu fassen, lösten umgehend Drohungen Barzanis

aus, die PKK mit Gewalt zu vertreiben.²⁶ Noch unterschiedener waren die Reaktionen der Türkei: Ankara war so sehr daran gelegen, die Etablierung einer weiteren PKK-Hochburg zu verhindern, dass die türkische Luftwaffe trotz deutlicher internationaler Kritik im April 2017 PKK-Stellungen im Sindschar-Gebirge massiv bombardierte.

Der Iran als Partner und Gegner der kurdischen Parteien im Irak

An seiner Nordwestgrenze stößt Kurdistan-Irak an den Iran. In den dortigen iranischen Grenzprovinzen leben circa fünf Millionen Kurden. Deren Kampf um Autonomie innerhalb des iranischen Staates wurde von Teheran immer wieder blutig unterdrückt, wie die Ermordung der Führer der Kurdischen Demokratischen Partei-Iran (KDP-I), Abdul Rahman Ghassemlou 1998 in Wien und Sadegh Sharafkandi 2002 in Berlin (Mykonos-Attentat), zeigt. Die Tatsache, dass die heutige Führung der KDP-I, eine Schwesterpartei von Barzanis KDP, im Nord-Irak Asyl genießt, belastet seit Jahren das Verhältnis Teherans zur KDP.

Deutlich besser sind dagegen die Beziehungen Irans zur PUK. Teheran sieht in dem Projekt eines unabhängigen Kurdistans an seiner Westgrenze eine direkte Bedrohung seiner Interessen und scheut sich deshalb nicht, Kurdistan-Irak mit allen Mitteln zu destabilisieren. In den 1990er Jahren fokussierte sich die iranische Regierung dabei auf den internen Konflikt zwischen den kurdischen Parteien und unterstützte die PUK gegen die KDP. Auch nach dem Zerbrechen der Kurdischen Allianz schlug sie sich auf die Seite der PUK und nun auch der Partei Gorran. Belege dafür sind die vielen Iran-Besuche der PUK-Führer (sogar der kranke Talabani reiste 2017 nach Teheran), die diversen Trainingsmaßnahmen für PUK-Kader²⁷ und die zunehmende Intensität der Kontakte der PUK zum Milizenbündnis »Volksmobilisierung« (Haschd asch-Scha'bi), das unter iranischer Ägide steht.²⁸

23 Der [KNK \(Kongra Netewiya Kurdistan\) ist eine 1999 gegründete PKK-nahe kurdische Exilorganisation mit Sitz in Brüssel](#).

24 »KNK National Unity Workshop Starts in Sulaimani, Iraqi Kurdistan«, *E Kurd Daily*, 16.7.2017, <<http://ekurd.net/knk-unity-workshop-sulaimani-2017-07-16>> (Zugriff am 17.5.2018).

25 »PKK Tries to Conquer Shingal to Build Their First Canton on KRG Territory«, *Kurdpress*, 1.1.2015. Siehe zum Verhältnis von PKK und KDP in Sindschar den Beitrag von Arzu Yilmaz in diesem Band.

26 »KRG Rejects Formation of Sinjar Canton/Erbil Warns PKK Not to Intervene in Kurdistan Internal Affairs«, *BasNews* (Erbil), 17.1.2015.

27 »PUK – Tehran Branch in Kurdistan«, *Mesop*, 30.3.2017, <<http://www.mesop.de/mesop-news-puk-the-tehran-branch-in-kurdistan-iran-training-puk-electoral-officials/>> (Zugriff am 27.3.2018).

28 »The Most Dangerous Coalition in Middle East«, *Mesop News Analysis*, 28.3.2017, <<http://www.mesop.de/mesop-news-analysis-the-most-dangerous-coalition-in-middle-east-iran>>

Der Sturz Saddam Husseins durch die USA und die anschließende Zerschlagung der Baath-Partei haben die sunnitische Dominanz im Irak beendet und die bis dato politisch unterrepräsentierten Schiiten zur stärksten Kraft in Bagdad gemacht. Damit wurde dem Einfluss Teherans auf den Irak Tür und Tor geöffnet, was sich besonders unter der Regierung Nuri al-Maliki zeigte. Der Wechsel von Maliki zu Haider al-Abadi hat daran grundsätzlich nichts geändert. Zwar gilt Abadi als eher pro-westlich orientiert, doch ist die Stellung Teherans dadurch bisher nicht wesentlich geschwächt worden. Denn als Führer der schiitisch-islamischen Dawa-Partei verfügt Maliki nach wie vor über eine starke Position, und gleichzeitig wächst die Macht einer Reihe anderer schiitischer Organisationen, die von Teheran gesteuert werden, allen voran die Badr-Organisation, die als einflussreichstes Instrument der iranischen Politik im Irak gilt.²⁹ Sie ist die dominante Kraft innerhalb des Bündnisses Haschd asch-Scha'bi. Die Badr-Organisation und die »Quds-Brigaden« unter Führung des iranischen Generals Qassem Soleimani sind im Irak die schlagkräftigsten Milizen im Kampf gegen den IS und ein wirkungsvolles Mittel Teherans zur Durchsetzung seiner Ziele im Nachbarland.

Dass Irans Einflussnahme auf die irakischen Schiiten aber nicht unumstritten ist, zeigen seit Juli 2017 verschiedene Äußerungen und Gesten schiitischer Politiker im Irak, die eindeutig als Beginn einer Distanzierung von Teheran gewertet werden können. So kündigte Ammar al-Hakim, bisheriger Chef des weitgehend von Teheran gelenkten »Islamischen Rates« (Supreme Council for the Islamic Revolution in Iraq, SCIRI) seinen Rückzug aus dieser schiitischen Dachorganisation und die Gründung einer neuen Partei an. Der ebenfalls sehr einflussreiche Geistliche und Milizenführer Muktada al-Sadr besuchte demonstrativ Saudi-Arabien, Irans Hauptgegner in der Region, wo er mit allen Ehren empfangen wurde. Der höchste schiitische Würdenträger im Irak, Ajatollah al-Sistani, denkt laut über die Bildung eines »Zivilstaats« nach, was für die iranische Führung mit ihrem Staatsverständnis der »Statthalterschaft des Rechtsgelehrten« einen Affront bedeutet. Ein weiteres Signal der Distanzierung war, dass Ministerpräsident Haider

al-Abadi der Amtseinführung des iranischen Präsidenten Hassan Rouhani ferngeblieben ist.³⁰

Der Sturz Saddam Husseins durch die USA hat die sunnitische Dominanz im Irak beendet und die Schiiten zur stärksten Kraft in Bagdad gemacht.

Unabhängig davon, wie eng die Bindung der irakischen Schiiten an Teheran ist, wird die Stellung der kurdischen Peschmerga, die vor dem Hintergrund des desolaten Zustands der irakischen Armee lange als mächtigste militärische Kraft im Irak galten, von den erstarkten schiitischen Milizen gefährdet. Erste Zusammenstöße zwischen den vom Iran gesteuerten Milizen und den Peschmerga hatten bereits vor dem Referendum darauf hingedeutet, dass sich hier eine neue Front aufbaut.

Irakische Sunniten ohne starke Partner

Die jahrzehntelang dominierenden irakischen Sunniten erlitten mit Saddam Husseins Sturz und der darauf folgenden amerikanischen Besatzung einen gravierenden Bedeutungsverlust. Durch die Entlassung aller Führungspersonlichkeiten der Baath-Partei aus Schlüsselpositionen in Verwaltung und Militär hat der von den USA eingesetzte Zivilverwalter Paul Bremer die Sunniten politisch weitgehend entmachteter. Die Spannungen zwischen Sunniten und Schiiten wurden durch den autokratischen Regierungsstil des schiitischen Premiers Maliki zusätzlich verschärft.

Seither versuchen die Sunniten, immerhin ein Viertel der irakischen Bevölkerung, ihre alte Position wiederzuerlangen. Dem steht nicht nur die Tatsache entgegen, dass sie numerisch in der Minderheit sind, sie müssten auch erst ihre interne Spaltung überwinden. Ein pragmatischer Flügel ist bereit, sich mit den machthabenden Schiiten zu arrangieren, um wenigstens einen Teil des Einflusses, über den die Sunniten unter Saddam verfügten, zurückzugewinnen. Andere Gruppierungen streben eine Autonomie innerhalb des Irak an, also einen föderalen sunnitischen Teilstaat analog zur Autonomen Region Kurdistan.³¹ Und

[baghdad-puk-pkk-under-the-leadership-of-qassem-soleimani/](#) (Zugriff am 27.3.2018).

²⁹ Guido Steinberg, *Die Badr-Organisation. Irans wichtigstes politisch-militärisches Instrument in Irak*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, April 2017 (SWP-Aktuell 27/2017).

³⁰ Ali Sadrzadeh, »Kurden, Trump, Iraks Schiiten: Raue Winde gen Teheran«, *Iran Journal* (online), 24.8.2017, <<http://iranjournal.org/politik/iran-kurden-schiiten>> (Zugriff am 27.3.2018).

³¹ Arnold Hottinger, »Der Alltag des Krieges. Trotz langsamer Fortschritte der Armee gegen den IS in Mossul hat in

nicht zuletzt gibt es Kräfte innerhalb der sunnitischen Minderheit, die nach wie vor mit dem IS sympathisieren. Diese interne Fraktionsbildung macht die irakischen Sunniten für die sunnitischen Nachbarstaaten zu einem schwer zu berechnenden Partner.

Weder Saudi-Arabien noch Syrien erschienen lange Zeit willens oder in der Lage, sich im stärkeren Maße zugunsten der Sunniten im Irak einzusetzen. Dies jedoch wird sich schnell ändern, wenn der Einfluss des Iran im Irak weiter wächst. So hat Riad bereits wieder diplomatische Beziehungen mit Bagdad aufgenommen.

Neuer Hoffnungsträger Russland

Nicht erst seit seiner massiven Intervention in den Syrien-Konflikt, sondern schon davor wurde erkennbar, dass Russlands Interesse an Kurdistan wächst. Offensichtlich verfolgt Moskau dabei nicht nur ökonomische, sondern auch geostrategische Ziele. Das erlahmende Interesse der USA an Kurdistan-Irak öffnet Räume, die zunehmend von Russland gefüllt werden. Diverse Reisen kurdischer Spitzenpolitiker nach Moskau und vor allem das ausgeprägte wirtschaftliche Engagement Russlands in der Region sprechen eine deutliche Sprache.

Seit 2012 engagiert sich Gazprom Neft im Nord-Irak, wo der russische Ölgigant inzwischen auf den drei Ölfeldern Garmian, Halabia und Shakal aktiv ist. Am 2. Juni 2017 unterzeichnete der kurdische Ministerpräsident Nechirvan Barzani einen Kontrakt mit zwanzigjähriger Laufzeit mit Rosneft, in dem der staatliche russische Ölkonzern Investitionen in Höhe von drei Milliarden US-Dollar in Kurdistan in Aussicht stellte.³² Weil die dafür vorgesehenen großen Ölfelder um Kirkuk seit Oktober 2017 aber nicht mehr unter kurdischer Kontrolle sind, war zunächst offen, ob diese russischen Investitionen wie geplant getätigt werden konnten. Ende Mai 2018 verkündete Rosneft jedoch, dass auf dem »St. Petersburg International Economic Forum« ein Vertrag zur Entwicklung der Öl- und Gas-Infrastruktur mit der KRG unter-

Bagdad bereits der Streit um die Zukunft der sunnitischen Minderheit begonnen«, *Journal21.ch* (online), 10.5.2017, <www.journal21.ch/der-alltag-des-krieges> (Zugriff am 27.9.2017).

32 Mahmut Bozarslan, »Iraqi Kurdistan-Russia Oil Deal Could Have Major Implications for Region«, in: *Al-Monitor*, 12.6.2017.

zeichnet worden ist, der auch die Planung einer neuen Erdgaspipeline einschließen soll.³³

Vorgeschichte des Unabhängigkeitsreferendums

Bereits im Juli 2014 hatte der damalige Präsident Kurdistan-Iraks, Masud Barzani, die Diskussion über eine Abstimmung eröffnet, in der die Kurden Nord-Iraks über ihre Unabhängigkeit von Bagdad entscheiden sollten.³⁴ US-Außenminister John Kerry jedoch bat Barzani, einen entsprechenden Urnengang auf die Zeit nach dem Sieg über den »Islamischen Staat« zu verschieben.

Hinsichtlich der völkerrechtlichen Zulässigkeit eines solchen Referendums berufen sich die Kurden gern auf frühere Fälle, in denen Teilgebiete von Staaten über ein Referendum Unabhängigkeit erlangten. Als Beispiel dafür wird gern Montenegro angeführt, dessen Trennung von Serbien nach einem Referendum die Weltgemeinschaft akzeptierte, auch wenn bei dem Urnengang nur ganz knapp das notwendige Quorum erreicht worden war.³⁵ Zudem sei das von allen Gegnern einer kurdischen Unabhängigkeit immer wieder vorgebrachte Argument des »Prinzips der Unantastbarkeit der territorialen Integrität von Staaten« nicht anwendbar. Denn dieses Prinzip beziehe sich nach dem Urteil des Internationalen Gerichtshofs von 2010 zu Kosovo auf das Verhältnis von Staaten untereinander und schließe deshalb die Möglichkeit nicht aus, dass sich Teile von Staaten für unabhängig erklären.³⁶

Zwar ist die Rechtslage alles andere als eindeutig, doch die Kurden hofften, die internationale Gemeinschaft werde bei einem klar positiven Ergebnis des Referendums den Entschluss der Bevölkerung anerkennen. Am 7. Juni 2017 beschlossen 15 kurdische Par-

33 John J. Catherine, »Russia's Rosneft Announces Pipeline Deal with KRG«, *Kurdistan 24*, 25.5.2018, <www.kurdistan24.net/en/news/91e63afc-f113-4471-9599-30c221a2a508> (Zugriff am 7.6.2018)

34 Markus Bickel, »Abschied vom Irak – Das kurdische Unabhängigkeitsreferendum könnte zur Änderung der Kolonialgrenzen führen«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), 10.7.2014.

35 »Montenegro wird unabhängig. ›Wir haben unseren eigenen Staat«, in: *FAZ*, 22.5.2006.

36 International Court of Justice, *Accordance with International Law of the Unilateral Declaration of Independence in Respect of Kosovo, Advisory Opinion*, Den Haag, 22.7.2010.

teien, das Plebiszit über die künftige Unabhängigkeit von Kurdistan-Irak am 25. September 2017 abzuhalten.³⁷ Die Abstimmung sollte sowohl auf dem Territorium des von keiner Seite her in Frage gestellten kurdischen Teilstaats als auch unter Einbeziehung der Kurden in den umstrittenen Gebieten durchgeführt werden.³⁸ Insbesondere das letztere Ansinnen stieß im Irak auf starken Widerstand, gehörten diese Territorien doch nicht zur Autonomen Region Kurdistan-Irak, sondern wurden von ihr nur militärisch kontrolliert. Deshalb war die Abstimmung in diesen Zonen für den Irak inakzeptabel, ganz abgesehen davon, dass Bagdad mit einer Abspaltung dieser Gebiete auch das ölreiche Kirkuk verlieren würde.

Die Kurden hofften, die internationale Gemeinschaft werde bei einem klar positiven Ergebnis des Referendums den Entschluss der Bevölkerung anerkennen.

Masud Barzani hatte immer wieder betont, dass ein positives Votum nicht automatisch eine sofortige Unabhängigkeitserklärung nach sich ziehen werde.³⁹ Das Votum solle vielmehr für die Weltöffentlichkeit den Willen der kurdischen Bevölkerung dokumentieren und als Basis für Verhandlungen mit der Zentralregierung dienen. Vermutungen, dass Barzani von der prekären wirtschaftlichen Lage ablenken und mit dem Referendum primär seine Macht stützen wollte, gab es ebenso wie den Verdacht, dass es ihm dabei allein um die Verwirklichung seines politischen Vermächtnisses ging. Unter den kurdischen Parteien im Irak standen die KDP und die christlichen Parteien voll hinter dem Referendum. PUK und Gorran waren in dieser Frage gespalten.

37 »Kurden im Irak kündigen Unabhängigkeitsreferendum an«, *Zeit Online*, 7.6.2017, <www.zeit.de/politik/ausland/2017-06/irak-referendum-unabhaengigkeit-kurden-kurdistan-wahlen> (Zugriff am 13.9.2017).

38 »All Kurdistan! Independence Referendum Covers Disputed Areas«, *Mesop News*, 7.6.2017, <<http://www.mesop.de/mesop-news-all-kurdistan-independence-referendum-covers-disputed-kurdish-areas/>> (Zugriff am 27.3.2018).

39 Konkret äußerte sich Barzani wie folgt: »The outcome doesn't mean we will immediately embark (on independence) but it will show the international community, what the population wants«, zitiert nach »Referendum on Kurdistan's Independence to Be Held this Year: Barzani«, *Mesop*, 25.3.2017.

Die Tatsache, dass die Kurden selbst in Sachen Referendum nicht mit einer Stimme sprachen, schwächte ihre Verhandlungsposition gegenüber Bagdad. Meinungsunterschiede gab es auch darüber, ob das Parlament gehört werden müsse oder nicht. PUK und Gorran machten die Einbeziehung des Parlaments zu einer Vorbedingung, die KDP war zuerst der Ansicht, darauf verzichten zu können, sprach sich dann aber ebenfalls dafür aus, dass das Parlament zuvor eine Entscheidung würde fällen müssen. Zum anderen gab es einen Dissens über den richtigen Zeitpunkt des Referendums. Insbesondere im Süden und in der Stadt Suleymaniah setzte sich eine Kampagne unter dem Motto »Nicht jetzt« für eine Verschiebung der Abstimmung ein. Letztlich votierte im Regionalparlament dann aber am 15. September 2017 eine große Mehrheit für die Abhaltung des Referendums.

Im Irak stehen sowohl Schiiten als auch Sunniten einer kurdischen Unabhängigkeit seit jeher ablehnend gegenüber. Einige wenige Stimmen, die die Initiative zu dem Referendum nicht von vornherein missbilligten, verstummten schnell und bald hatte sich in Bagdad die harte Linie einer strikten Ablehnung durchgesetzt. Insbesondere schiitische Politiker drohten unverhohlen mit Gewalt. Maliki erklärte, dass Bagdad die Schaffung eines »zweiten Israel im Nord-Irak« nicht dulden werde.⁴⁰ Der Kommandeur der schiitischen Miliz Haschd asch-Scha'bi, Hadi al-Amiri, prophezeite sogar, ein Trennungsprozess werde unvermeidlich einen »blutigen Ausgang« (bloody outcome) haben.⁴¹ Es war deshalb offensichtlich, dass – wenn das Referendum positiv ausgehen sollte – eine sofortige Umsetzung des Votums schon angesichts des heftigen innerirakischen Widerstands sehr schwer werden würde.⁴² Die Gefahr, dass aus diesem Konflikt ein neuer innerirakischer Bürgerkrieg erwachsen könnte, war real.

In Teheran hatte sich der religiöse Führer Ayatollah Ali Khamenei offen gegen das Referendum ausgesprochen, da es den Irak spalte. Präsident Hassan Rouhani hatte den kurdischen Plan sogar als »in-

40 »Irakischer Vizepräsident will kein »zweites Israel« dulden«, *Spiegel Online*, 17.9.2017, <www.spiegel.de/politik/ausland/irak-kurden-referendum-bagdad-will-kein-zweites-israel-dulden-a-1168381.html> (Zugriff am 18.9.2017).

41 »Top Shiite Militia Leader Says Iraq's Partition Will Have »Bloody Outcome««, *Ekurd Daily*, 24.9.2017, <<http://ekurd.net/iraq-partition-bloody-outcome-2016-09-24/>> (Zugriff am 27.3.2018).

42 Rainer Hermann, »Noch kein Kurdistan«, in: *FAZ*, 23.8.2014.

akzeptabel« bezeichnet.⁴³ Die iranischen Kurden dagegen begrüßten das Referendumsvorhaben und kritisierten die Ablehnung durch das iranische Regime. Die KDP-I deutete iranische Bombenangriffe auf Irakisch-Kurdistan und das Zurückhalten von Wassern des Kleinen Zab als Versuche, Erbil durch massiven Druck von der Durchführung des Referendums abzubringen.⁴⁴

Im Irak stehen sowohl Schiiten als auch Sunniten einer kurdischen Unabhängigkeit seit jeher ablehnend gegenüber.

Ankara, das seit langem gute Beziehungen zu Erbil pflegt, war immer darauf bedacht, dass Kurdistan Teil des Irak bleibt. Mehr noch, in der türkischen Führung wird eine kurdische Eigenstaatlichkeit seit jeher als »casus belli« bezeichnet. Zu groß ist dort die Befürchtung, dass eine solche Staatsgründung eine verhängnisvolle Sogwirkung auf die Kurden in der Türkei haben könnte. Entsprechend beschwor Erdoğan in einem Statement im Juli 2017 die territoriale Integrität des Irak und forderte die Kurden auf, keine einseitigen Schritte zu unternehmen und auf das Referendum zu verzichten.⁴⁵ Auf kurdischer Seite herrschte jedoch lange die Hoffnung, die Türkei könne das Referendum tolerieren, wenn Erbil Ankara dafür mehr Freiheiten bei der Bekämpfung der PKK im Nord-Irak einräumen würde.⁴⁶

Damaskus war zu diesem Zeitpunkt wegen seines eigenen Kurdenproblems, des Kampfes gegen den IS und aufgrund des Bürgerkriegs zu sehr mit seinen internen Konflikten beschäftigt, als dass es sich aktiv in innerirakische Belange hätte einmischen können.

43 »Iran's Khamenei Says Tehran Opposes Referendum in Iraqi Kurdistan«, *E Kurd Daily*, 21.6.2017, <<http://ekurd.net/khamenei-referendum-kurdistan-2017-06-21>> (Zugriff am 27.3.2018).

44 »Iran Pressuring Iraqi Kurdistan to Cancel Independence Referendum: KDPI«, *E Kurd Daily*, 6.7.2017, <<http://ekurd.net/iran-pressuring-iraqi-kurdistan-2017-07-06>> (Zugriff am 27.3.2018).

45 »Turkey's Erdogan Says Iraqi Kurdistan Should Avoid Independence Vote«, *E Kurd Daily*, 10.7.2017, <<http://ekurd.net/erdogan-kurdistan-avoid-independence-2017-07-10>> (Zugriff am 27.3.2018).

46 Christian Meyer, »Hundert Jahre Scheitern«, in: FAZ, 25.8.2017.

Internationale Reaktionen

Obwohl die internationale Staatengemeinschaft theoretisch dem Selbstbestimmungsrecht der Völker verpflichtet ist, reagierten die wichtigsten Staaten auf den kurdischen Vorstoß ähnlich negativ wie die unmittelbaren Nachbarn Iraks. Ein wichtiger Grund dafür war die territoriale Überdehnung des Referendums, das heißt die Absicht der Kurden, die Abstimmung auch in den umstrittenen Gebieten durchzuführen.

In den USA überwogen die Stimmen, die das Referendum ablehnten, nur wenige sprachen sich dafür aus. Die Hoffnung der Kurden, dass sich in Washington unter Präsident Trump eine positivere Haltung durchsetzen könnte, erfüllten sich nicht.⁴⁷ Die amerikanische Regierung in Person von Außenminister Rex Tillerson sprach sich ausdrücklich gegen die Abstimmung aus.⁴⁸ Im US-Kongress machte das House Armed Services Committee die Freigabe von Hunderten Millionen Dollar für die Peshmerga von Erbils »Beteiligung an der Regierung eines geeinten Irak« abhängig.⁴⁹ Der US-Sondergesandte für den Kampf gegen den IS, Brett McGurk, bemühte sich bei einem Besuch in Erbil vergeblich, das Referendum auf das Frühjahr 2018 verschieben zu lassen.⁵⁰

In verschiedenen Hauptstädten der EU meldeten sich Politiker und andere Persönlichkeiten zu Wort, die aufgrund langjähriger Beziehungen zu den irakischen Kurden der angestrebten Unabhängigkeit Kurdistans positiv gegenüberstanden. Die wichtigsten EU-Staaten jedoch brachten klar zum Ausdruck, dass sie das Referendum ablehnten. Die offiziellen Gremien

47 Morgan Kaplan, »For Iraqi Kurds, Trump Brings Hope for Independence«, *Foreign Affairs* (online), <<https://www.foreignaffairs.com/articles/2017-04-12/iraqi-kurds-trump-brings-hope-independence>> (Zugriff am 27.9.2017).

48 »Tillerson Says U.S. Is against Kurdistan Independence Vote: Iraqi PM«, *E Kurd Daily*, 25.6.2017, <<http://ekurd.net/tillerson-kurdistan-independence-2017-06-25>> (Zugriff am 27.3.2018).

49 »Participation in the government of a Unified Iraq«, zitiert nach »U.S. Threatens to Cut Payments to Peshmerga if Kurdistan Breaks with Baghdad«, *E Kurd Daily*, 29.6.2017, <<http://ekurd.net/us-cut-payments-peshmerga-2017-06-29>> (Zugriff am 27.3.2018).

50 »McGurk: Entire Coalition Can't Support 'Ill-advised' Kurdish Referendum«, *Rudaw*, 14.9.2017, <<http://www.rudaw.net/english/kurdistan/140920176>> (Zugriff am 27.3.2018).

der EU und das EU-Parlament haben sich nicht explizit, aber indirekt gegen das Referendum ausgesprochen, indem sie dem Erhalt der staatlichen Einheit des Irak höchste Priorität einräumten.⁵¹

»Der Kampf der Peschmerga gegen den ›Islamischen Staat‹ verteidigt zugleich die Sicherheit Deutschlands« (Außenminister Gabriel, April 2017).

Die Bundesregierung betrachtete die Kurden im Nord-Irak als wichtiges Bollwerk gegen den IS, was es zu unterstützen galt. »Der Kampf der Peschmerga gegen den ›Islamischen Staat‹ verteidigt zugleich die Sicherheit Deutschlands«, sagte Außenminister Sigmar Gabriel im April 2017 bei einem Besuch in Kurdistan-Irak.⁵² Deutschlands Waffenlieferungen in dieses Konfliktgebiet, die 2014 begannen, waren in der kurdischen Öffentlichkeit vielfach als Unterstützung des Unabhängigkeitswunsches der Region Kurdistan-Irak verstanden worden. Berlin hat diese Interpretation stets strikt zurückgewiesen. In der deutschen Regierung überwog eindeutig die Furcht vor den Folgen eines Zerfalls des irakischen Staates.⁵³ Außenminister Gabriel erteilte daher den kurdischen Referendumsplänen eine deutliche Abfuhr,⁵⁴ was in Erbil große Enttäuschung auslöste. Vom Deutschen Bundestag gab es dazu kein Votum, nur unterschiedliche Stellungnahmen einzelner Bundestagsabgeordneter.

Deutsche Waffenlieferungen gab es 2017 nicht mehr und sollte es nach Aussage von Außenminister Gabriel auch künftig nicht mehr geben.⁵⁵ Diese für die Kurden enttäuschende Entscheidung war aber weniger auf die Einwände der Bundesregierung gegen die kurdischen Unabhängigkeitsbestrebungen zurückzuführen. Der Grund dafür lag eher in der Befürchtung, dass diese Waffen in innerirakischen Konflikten, zum Beispiel zwischen den Kurden und den

Haschd-asch-Scha'bi-Milizen, eingesetzt oder dereinst gegen die Zentralregierung gerichtet werden könnten.

Neben dieser Fülle von Staaten, die das geplante Unabhängigkeitsreferendum skeptisch beurteilten und größtenteils ablehnten, gab es nur wenige Länder, die dem Vorhaben der Kurden positiv gegenüberstanden:

In Russland wurde auf die langen historischen Beziehungen zu den irakischen Kurden abgehoben und auf die wirtschaftliche Kooperation der Firmen Gazprom und Rosneft mit der Autonomen Region Kurdistan hingewiesen. Der russische Außenminister Sergej Lawrow betonte in einem Interview, dass die Kurden selbstverständlich das Recht hätten, ihre Unabhängigkeitsaspirationen in einem Referendum zu äußern. Dieser Prozess müsse aber friedlich verlaufen, wobei Moskau sowohl Bagdad als auch Erbil unterstützen werde.⁵⁶

Israel ist einer der wenigen Staaten, die die Unabhängigkeitsbestrebungen von Kurdistan-Irak ohne Wenn und Aber befürworteten. Dies beruht zu einem großen Teil auf der in Israel verbreiteten Sympathie für die Kurden, deren Kampf um einen eigenen Staat viele Israelis an die eigene Geschichte erinnert. Viel mehr noch aber betrachtet Tel Aviv die Kurden als wichtige Verbündete gegen die Araber und als Partner in dem Bemühen, den Einfluss des Iran in der Region einzudämmen. Kurdistan-Irak profitiert daher seit langem von politischer und militärischer Unterstützung durch Israel.⁵⁷

Israel ist einer der wenigen Staaten, die die Unabhängigkeitsbestrebungen von Kurdistan-Irak ohne Wenn und Aber befürworteten.

Insgesamt ist festzustellen, dass der Druck auf die irakischen Kurden, auf das Referendum zu verzichten immer stärker wurde, je näher das Datum des Urnengangs heranrückte. Am 18. September 2017 entschied der Oberste Gerichtshof des Irak, das Referendum sei so lange auszusetzen, bis das Gericht über diverse

51 »EU Parliament President Says We Need Stability in Iraq«, *E Kurd Daily*, 23.6.2017, <<http://ekurd.net/eu-stability-iraqi-kurdistan-2017-06-23>> (Zugriff am 27.3.2018).

52 »Gabriel ›total schockiert‹ im ehemaligen IS-Gebiet«, *Focus* (online), 20.4.2017, <https://www.focus.de/politik/deutschland/konflikte-gabriel-besucht-die-kurden-region-im-nordirak_id_6992517.html> (Zugriff am 27.3.2018).

53 Hermann, »Noch kein Kurdistan« [wie Fn. 42].

54 Auswärtiges Amt, *Außenminister Gabriel zur Ankündigung eines Unabhängigkeitsreferendums der Kurden im Nordirak*, Pressemitteilung, Berlin, 8.6.2017.

55 »Gabriel ›total schockiert‹« [wie Fn. 52].

56 »Sergej Lavrov to Rudaw: Referendum Is Expression of Kurdish People's Aspirations«, *Rudaw*, 24.7.2017, <<http://www.rudaw.net/english/interview/24072017>> (Zugriff am 27.3.2018).

57 Rachel Avraham, »Why the Kurds Should Have an Independent State«, *Jerusalem Online*, 23.2.1017, <<http://www.jerusalemonline.com/blogs/rachel-avraham/op-ed-why-the-kurds-should-have-a-state-26848>> (Zugriff am 27.3.2018).

Verfassungsklagen, unter anderem von Ministerpräsident Abadi, entschieden habe. Zuvor hatte sich auch schon das irakische Parlament gegen das Referendum ausgesprochen. Ministerpräsident Abadi kündigte den Einsatz der Armee an, sollte es im Umfeld der Abstimmung zu Gewaltausbrüchen kommen.⁵⁸

Am 22. September 2017 lehnte schließlich auch der UN-Sicherheitsrat das Referendum in einer einstimmigen Entschließung ab. Darin brachte der Rat seine Überzeugung zum Ausdruck, dass das Referendum »eine potentiell destabilisierende Wirkung« habe. Generalsekretär António Guterres erklärte, dass »jede Frage zwischen der Zentralregierung und der Regionalregierung von Kurdistan in einem strukturierten Dialog und einem konstruktiven Kompromiss behandelt werden« müsse.⁵⁹

Ergebnis des Referendums und die Reaktionen darauf

Trotz aller Warnungen wurde die Volksabstimmung am Montag, den 25. September 2017 planmäßig durchgeführt. Präsident Masud Barzani hatte sich in eine Lage manövriert, aus der er ohne einen totalen Gesichtsverlust nicht mehr herauskommen konnte. Am Wahltag blieb es insgesamt ruhig, und es wurden währenddessen und im Nachgang keine gewichtigen Anschuldigungen bezüglich Unregelmäßigkeiten oder Wahlfälschungen erhoben.

Zur Abstimmung kam die Frage »Wollen Sie, dass die Region Kurdistan und die kurdischen Gebiete, die außerhalb der Regionalverwaltung liegen, ein unabhängiger Staat werden?« In der Autonomen Region Kurdistan waren 3,3 Millionen, in den umstrittenen Gebieten 1,9 Millionen Personen wahlberechtigt. Am 27. September 2017 verkündete die Wahlkommission das eindeutige Ergebnis des Referendums:⁶⁰ 92,7 Prozent Zustimmung bei einer Wahlbeteiligung von 72 Prozent.

58 »Kurden-Referendum als gefährliche Eskalation«, *Tagesschau*, 17.9.2017, <www.tagesschau.de/ausland/kurden-referendum-103.html> (Zugriff am 27.3.2018).

59 »UN-Chef warnt Kurden vor Referendum«, *Tagesschau*, 18.9.2017, <www.tagesschau.de/ausland/kurden-referendum-101.html> (Zugriff am 27.3.2018).

60 Kurdistan Regional Government, *KHERC: Yes Wins by 92,78 Percent at Kurdistan Independence Referendum*, 28.9.2017, <<http://cabinet.gov.krd/a/d.aspx=040000&I=12&a=55861>> (Zugriff am 14.5.2018).

Wie zu erwarten, wurde das Referendum von allen Seiten, die sich zuvor dagegen ausgesprochen hatten, auch im Nachhinein deutlich kritisiert. Masud Barzani erneuerte sein Angebot an Bagdad, nun in konstruktive Verhandlungen einzutreten, was die Zentralregierung strikt ablehnte. Ministerpräsident Abadi erklärte die Abstimmung für illegal und damit ungültig und forderte die Kurden ultimativ auf, das Referendum für nichtig zu erklären. Gleichzeitig schloss Bagdad den Luftraum über dem Nord-Irak für internationale Flüge, so dass keine Flugzeuge aus dem Ausland in Erbil oder Suleymaniah landen konnten.

Ebenso wie die irakische Regierung verurteilten auch die Türkei, der Iran und Syrien das Referendum. In Ankara sprach Präsident Erdoğan von der Möglichkeit, im Nord-Irak einzumarschieren, eine Drohung, die mit Militärübungen an der türkisch-kurdischen Grenze unterstrichen wurde. Darüber hinaus zog Erdoğan laut in Betracht, die Pipeline zu schließen, mittels der das kurdische Öl zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan transportiert wird, eine Maßnahme, die das »land-locked country« Kurdistan-Irak schwer treffen würde. Auch der Iran schloss seine Grenze zu Kurdistan.

Die Kurdische Regionalregierung war damit weitgehend isoliert. Sie blieb jedoch trotz der für das Überleben der Autonomen Region gefährlichen Drohungen gelassen und setzte weiterhin auf Dialog. Masud Barzani versicherte immer wieder, dass es nach dem Referendum – anders als in Katalonien, wo wenige Tage später eine analoge Abstimmung stattgefunden hatte – nun nicht sofort eine Unabhängigkeitserklärung geben werde, sondern dass die KRG mit Bagdad in Verhandlungen treten wolle.

Die Drohungen der Nachbarländer, die auf die ökonomische Verwundbarkeit Kurdistans zielten, wurden in der Folge kaum wahrgemacht. Offensichtlich setzte sich in Ankara und Teheran die realpolitische Erkenntnis durch, dass man mit einem Handelsboykott gegen Kurdistan-Irak gleichzeitig auch der eigenen Wirtschaft Schaden zufügen würde. Der politische Druck Bagdads auf Erbil aber wuchs, vor allem, nachdem Premierminister Abadi in Teheran vom schiitischen Religionsführer Ali Khamenei Unterstützung zugesagt worden war.⁶¹

Abadi, der unter dem Druck jener Schiiten steht, die von Teheran unterstützt werden und seinem Vorgänger Maliki folgen, und der bei den irakischen

61 Christoph Ehrhardt, »Schuss nach hinten«, in: *FAZ*, 27.10.2017.

Parlamentswahlen 2018 wiedergewählt werden wollte, nutzte die Gelegenheit, Stärke zu demonstrieren. Er machte seine Ankündigung, militärisch einzugreifen, wahr und startete Mitte Oktober 2017 eine Offensive, mit der die Kurden aus den von ihnen besetzten Gebieten vertrieben werden sollten. An verschiedenen Stellen begann die irakische Armee in enger Zusammenarbeit mit den schiitischen Volksmobilisierungseinheiten gegen die Kurden vorzugehen. Die bedrängten Peschmerga mussten nach nur wenigen Gefechten vor der erdrückenden Übermacht weichen und räumten die von ihnen bis dato kontrollierten Territorien. Offensichtlich hatte sich unter ihnen die Einsicht durchgesetzt, dass auch die verbündeten Amerikaner der irakischen Armee nicht in den Arm fallen würden. Der für die Kurden schmachvolle Rückzug war daher die einzig rationale Reaktion.

In Erbil wurde versucht, das erzwungene Zurückweichen mit einem »Verrat« der PUK zu erklären. Diese habe in Geheimgesprächen mit den schiitischen Milizen und dem Befehlshaber der iranischen Quds-Brigaden Qassem Soleimani den kurdischen Rückzug aus Kirkuk vereinbart, was die PUK nur halbherzig dementierte. Im Nachhinein ist festzustellen, dass dieser »Verrat« immerhin ein schlimmeres Blutvergießen verhindert hat und damit eine friedenswahrende Qualität hatte. Politisch aber wurde dieses Resultat mit einer größeren Abhängigkeit der PUK von Teheran erkaufte.

Am 10. Oktober 2017 erklärte Masud Barzani in einer nichtöffentlichen Sitzung des kurdischen Regionalparlaments, dass er zum 1. November 2017 sein Amt als Präsident niederlegen und auch für eine weitere Ausübung seiner Funktion bis zur Wahl eines neuen Präsidenten nicht zur Verfügung stehen werde.⁶² Diese Entscheidung wurde weithin als Ausdruck seiner Resignation über die internationale Verurteilung des Referendums und den danach erzwungenen Gebietsverlust gedeutet. Die Bewertung der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, dass Barzani »nun vor den Trümmern seines Schaffens stehe«,⁶³ geht indes wohl zu weit. Da er wichtige Funktionen wie den Vorsitz im

»Hohen Politischen Rat« behält, wird Masud Barzani, selbst aus der zweiten Reihe heraus, weiterhin eine einflussreiche Rolle in Kurdistan-Irak spielen.

In derselben Parlamentssitzung wurden die Machtbefugnisse des Präsidenten bis zu den Neuwahlen auf den Ministerpräsidenten, den Justizminister und das Parlament verteilt.

Besonders problematisch ist der Machtwechsel in denjenigen Gebieten, die zuvor unter kurdischer Herrschaft standen, für die dort lebenden religiösen Minderheiten.

Am 18. Oktober 2017 hat die irakische Regierung ihr Ziel erreicht, in den von den Kurden besetzten Gebieten die staatliche Oberhoheit wiederherzustellen und die Autonomie Kurdistan-Iraks auf ihr verfassungsgemäßes Normalmaß zurückzustutzen.⁶⁴ Dass große Territorien beim Abzug der Kurden an die schiitischen Volksmobilisierungseinheiten fielen, ließ die Regierung Abadi in Bagdad zu, obwohl damit das Gewaltmonopol des irakischen Staates abermals geschwächt und der Einfluss des Iran weiter gestärkt wurde.

Besonders problematisch ist der Machtwechsel in den Gebieten, die zuvor unter kurdischer Herrschaft standen, für die dort lebenden religiösen Minderheiten. Viele Siedlungen der Jesidi, der Shabak und der Christen in der Ninawa-Ebene waren im August 2014 vom IS erobert⁶⁵ und in den Jahren 2016 und 2017 sukzessive von den Kurden wieder befreit worden. Trotz großer Zerstörungen waren viele der Vertriebenen zurückgekehrt. Der erzwungene Rückzug der Kurden und die weitgehende Übernahme dieser Gebiete durch die schiitischen Milizen führte dazu, dass Zehntausende der erst kurz zuvor zurückgekommenen Christen, Jesidi und Shabak erneut flohen und wieder in der Autonomen Region Kurdistan Aufnahme fanden.

Da die schiitischen Milizen versuchten, auch Territorien der kurdischen Autonomie-Region zu erobern, kam es im November zu neuerlichen Kämpfen. Solange Bagdad solche Angriffe zulässt und Kurdistan-

62 »Kurdischer Präsident Barzani übergibt Macht an das Parlament und Kabinett – Neuwahlen im Frühjahr 2018«, *Yahoo!-Nachrichten Deutschland* (online), 28.10.2017, <<https://de.nachrichten.yahoo.com/kurdischer-praesident-barzani-uebergibt-macht-das-parlament-und-kabinett-neuwahlen-im-fruehjahr-2018-055434489.html>> (Zugriff am 27.3.2018).

63 Christoph Erhardt, »Abschied aus der irakischen Sackgasse«, in: *FAZ*, 30.10.2017.

64 Seth J. Frantzman, »Kurds Outraged as Iraqi Forces Occupy Areas KRG Controlled for Years«, in: *Jerusalem Post*, 18.10.2017.

65 Otmar Oehring, *Christen und Jesiden im Irak. Aktuelle Lage und Perspektiven*, Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2017.

Irak als autonome Region und damit die verfassungsmäßige Ordnung des Irak in Frage stellt, ist eine friedliche Beilegung des Konflikts illusorisch.

Mitte Oktober 2017 beschloss das kurdische Regionalparlament, die ursprünglich für den November 2017 vorgesehenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen auf den Sommer 2018 zu verschieben. Als Grund dafür wurde unter anderem genannt, dass Bagdads Verbot internationaler Flüge nach Erbil und Suleymaniah im Ausland lebende Kurden an der Wahl hindere. Entscheidender dürften jedoch Konflikte zwischen den Parteien und die Tatsache gewesen sein, dass es für die Präsidentschaftswahlen noch keine Kandidaten gab. Inzwischen wurde der Wahltermin auf den 30. September 2018 festgelegt.

Alle weiteren Entwicklungen werden davon abhängen, ob, wann und inwieweit Bagdad auf die kurdischen Normalisierungswünsche eingeht. Diesbezüglich wird es wiederum nicht zuletzt darauf ankommen, ob die inzwischen angelaufenen internationalen Bemühungen, hier einen positiven Einfluss auszuüben, Erfolg haben werden. Dass die Zentralregierung Anfang April 2018 das Verbot internationaler Flüge nach Erbil und Suleymaniah⁶⁶ aufgehoben hat, wird als ein – wenn auch sehr spätes, so doch wichtiges – erstes Einlenken Bagdads gewertet. Ganz im Gegensatz dazu steht jedoch der Beschluss des irakischen Parlaments, der KRG künftig statt 17 Prozent nur noch 11 Prozent des Staatshaushalts zur Verfügung zu stellen. Auch wenn die frühere Quote schon häufig nicht vollständig gezahlt worden ist, stellt diese Entscheidung nun eine offizielle Abkehr von der bisher gültigen innerirakischen Vereinbarung zwischen der Zentralregierung und der KRG dar.⁶⁷

Wie geht es weiter nach den gesamt-irakischen Wahlen vom 12. Mai 2018?

Wie sich das Verhältnis der KRG zur irakischen Zentralregierung künftig entwickelt, wird maßgeblich davon abhängen, ob die Kurden nach den Wahlen

66 »Baghdad Begins Lifting Sanctions on Kurdistan«, *Mesop*, 20.3.2018, <www.mesop.de/mesopotamia-news-detailed-report-baghdad-begins-lifting-sanctions-on-kurdistan/> (Zugriff am 17.5.2018).

67 »Money Cut for Kurds. Iraqi Parliament Approves Budget, Kurdish Lawmakers Boycott Vote«, *Mesop*, 4.3.2018, <www.mesop.de/mesop-news-south-kurdistan-money-cut-for-kurds-iraqi-parliament-approves-budget-kurdish-lawmakers-boycott-vote/> (Zugriff am 17.5.2018).

vom 12. Mai 2018 wieder bereit sein werden, eine aktive Rolle im Gesamtstaat zu spielen. Da in jedem Fall größere Koalitionen zu einer Regierungsbildung notwendig sein werden, käme den kurdischen Parteien ein wichtiger Part als Mehrheitsbeschaffer zu. Der Premierminister der kurdischen Regionalregierung Nechirvan Barzani erklärte nach den Wahlen, dass die Kurden eine ernsthafte Rolle beim Regierungsbildungsprozess spielen wollen.⁶⁸

Sollte es Muktada al-Sadr wie angekündigt gelingen, eine konfessionsübergreifende und weitgehend von Teheran unabhängige Koalition zu bilden, könnten die Kurdenparteien dabei ein wichtiger Partner sein. Sie wären zwar nicht alleiniger Mehrheitsbeschaffer, aber doch ein gewichtiger Faktor in einer nicht-schiitisch dominierten und eher säkularen Regierung. Andererseits werden die Kurden aber auch von den Teheran-nahen Parteien von Maliki und Amiri umworben, wie ein Treffen der beiden schiitischen Politiker am 22. Mai 2018 in Bagdad mit einer hochrangigen KDP-PUK-Delegation gezeigt hat.⁶⁹

Da sich das politische Gewicht der Kurden nach dem Desaster des Referendums erheblich verringert hat, kann davon ausgegangen werden, dass sie bei jeglicher Regierungsbildung nicht mehr an so prominenter Stelle mit Ministerposten bedient werden dürften, wie dies früher der Fall war. Der Ministerpräsident der KRG Nechirvan Barzani hat diese neuen Gegebenheiten zur Kenntnis genommen und erst einmal eines der folgenden Ressorts gefordert: Außen, Öl, Verteidigung, Innen oder Finanzen. Voraussetzung für eine Regierungsbeteiligung der Kurden sei jedoch die Vorlage eines Regierungsprogramms, das auf den Prinzipien Konsens, Partnerschaft und einer ausgewogenen Repräsentation beruhe.⁷⁰

Diesen nachvollziehbaren und maßvollen Äußerungen stehen Einlassungen des Generalsekretärs des kurdischen Peschmerga-Ministeriums, Jabar Yawar,

68 Nechirvan Barzani äußerte sich dazu in einer Pressekonferenz nach den Wahlen folgendermaßen: »We the Kurdistan parties will seriously be a part of that formation Process«, KRG-Representation in the United States, *Newsletter*, Mai 2018, <<http://campaign.r20.constantcontact.com/render?m=1102913833397&ca=6f1d8771-9b0d-4393-8ca4-38bc8c5a0e82>> (Zugriff am 7.6.2018).

69 Kosar Nawzad, »Spokesman Hints that Maliki, Amiri, and the Kurds Could Form Iraqi Government«, *Kurdistan 24*, 25.5.2018, <www.kurdistan24.net/en/news/4ce08fc0-a44e-4d0b-92a5-1d6aacc5e90d> (Zugriff am 7.6.2018).

70 Information von Präsidentenberater Hemin Hawrami vom 29.5.2018.

entgegen. Yawar will die Rückkehr der Peshmerga in die umstrittenen Gebiete und die Wiedererhöhung des kurdischen Anteils am nationalen Budget auf 17 Prozent zur Bedingung für eine Regierungsbeteiligung in Bagdad machen.⁷¹ Da diese Forderungen in Bagdad sofort abgelehnt wurden, ist damit zu rechnen, dass die Regierungsbildung im Irak wieder einmal konfliktreich und langwierig werden wird und die Kurden wohl nicht alle ihre Wünsche werden durchsetzen können.

Zuvor allerdings ist zu klären, ob und inwieweit die Wahlen überhaupt anerkannt werden. Im ganzen Land, gerade aber auch in Kurdistan gab es schwerwiegende Vorwürfe des Wahlbetrugs mit der Folge, dass die Unabhängige Hohe Wahlkommission die Resultate aus über 1000 Wahllokalen für ungültig erklärte.⁷² Offensichtlich, so die Kommission, seien insbesondere die elektronischen Wahlmaschinen manipuliert worden. Zudem hätten viele Binnenflüchtlinge, vor allem auch Jesidi, die in Flüchtlingslagern leben, keine Möglichkeit zur Stimmabgabe erhalten. Das Ausmaß der Unregelmäßigkeiten führte zu heftigen Demonstrationen und zu der Forderung, die vielen strittigen Stimmen manuell neu auszuzählen, statt sie en bloc für ungültig zu erklären. Am 6. Juni 2018 beschloss dann das (alte) Parlament, alle 11 Millionen Wahlzettel noch einmal und nun von Hand auszuzählen. Der Vertrauensverlust der politischen Parteien, der sich schon in der niedrigen Wahlbeteiligung von unter 50 Prozent gezeigt hatte, dürfte sich durch die Wahlfälschungen im Gesamt-Irak, speziell aber in Irakisch-Kurdistan, noch deutlich verstärken.

Fazit und Schlussfolgerungen für den Umgang mit Kurdistan-Irak

Seit dem letzten Golfkrieg haben sich die Kurden im Irak und in Syrien von lange unterdrückten Minderheiten zu Volksgruppen entwickelt, deren Freiheitsbestrebungen von der Staatengemeinschaft nicht

länger ignoriert werden können. Im Irak verfügen die Kurden seit anderthalb Jahrzehnten im Einklang mit der Verfassung über einen föderalen Teilstaat, in Syrien haben sie sich de facto territoriale Autonomie erobert und in der Türkei überwand die kurdische Partei HDP die hohe Zehn-Prozent-Hürde und zog ins Parlament ein. Nur im Iran fordern die verfolgten Kurdenparteien immer noch weitgehend erfolglos mehr Rechte ein. Doch trotz aller Fortschritte ist die Situation für die Kurden in allen genannten Staaten nach wie vor unbefriedigend und extrem unsicher.

Nirgends geht es den Kurden jedoch um einen Gesamtstaat, der alle kurdischen Territorien umfasst. Dieses von Teilen des kurdischen Volkes durchaus ersehnte Fernziel dürfte in absehbarer Zukunft ein unrealistischer Wunschtraum bleiben. Die Kurden streben dagegen seit längerem an, in ihren Heimatstaaten föderale Gebietskörperschaften mit weitgehender Autonomie zu erhalten. Dies ist im Irak mit Kurdistan-Irak schon weitgehend verwirklicht. Die Zukunft wird zeigen, ob in Syrien mit »Rojava« etwas Ähnliches erreichbar ist. Fakt ist, dass schon diese beiden Ansätze kurdischer Staatlichkeit die regionale Ordnung, die vor etwa hundert Jahren mit dem Sykes-Picot-Abkommen aufgerichtet wurde, ins Wanken gebracht haben und bestehende Grenzen in Frage stellen.⁷³

Zum wichtigsten Player im irakischen Machtgefüge hat sich inzwischen der Iran entwickelt.

Die Macht des IS ist gebrochen und die vorübergehend von ihm beherrschten Gebiete sind weitgehend befreit. Im Irak steht nach den Wahlen vom 12. Mai 2018 nun die Neuverteilung der Macht auf der Tagesordnung. Zum wichtigsten Player im irakischen Machtgefüge hat sich der Iran entwickelt, der über die schiitischen Parteien und schlagkräftige Milizen inzwischen über mehr Einfluss auf die irakischen Schiiten verfügt als die Regierung in Bagdad. Infolgedessen gibt es seit Jahren Konflikte zwischen Schiiten und Sunniten, die für den Irak selbst, aber auch für die Region gefährlichen Zündstoff bergen. Es bleibt abzuwarten, ob das Ergebnis der Parlamentswahlen vom 12. Mai 2018 dazu angetan ist, diesen gefährlich schwelenden Konflikt zu entschärfen.

Die Beispiele Jemen und Katar haben gezeigt, dass Saudi-Arabien und die Golfstaaten auf jegliche Erwei-

⁷¹ Sangar Ali, »Peshmerga's Return to Disputed Territories Condition to Form Iraqi Government: Kurdish Official«, *Kurdistan 24*, 30.5.2018, <www.kurdistan24.net/en/news/95fe80a6-5e73-4b52-bf3d-2bd767cfb8fd> (Zugriff am 7.6.2018).

⁷² Kosar Nawzad, »Iraq's Electoral Commission Voids Votes from 1,021 Polling Stations«, *Kurdistan 24*, 29.5.2018, <www.kurdistan24.net/en/news/3ae684ec-8df4-4b5f-9a72-1c67f3c32909> (Zugriff am 7.6.2018).

⁷³ Bickel, »Abschied vom Irak« [wie Fn. 34].

terung des iranischen Einflusses auf der arabischen Halbinsel sehr empfindlich reagieren. Noch ist nicht abzusehen, wie sie sich gegenüber der iranischen Herausforderung im Irak verhalten werden und was ihre eventuellen Gegenmaßnahmen für die Kurden bedeuten werden. Offen ist auch, inwieweit nach der Aufkündigung des Atomabkommens die Verschärfung der Tonlage von US-Präsident Trump gegenüber Teheran die Gefahr erhöht, dass der Irak zu einem weiteren Schauplatz des USA-Iran-Konflikts wird.

Die bisherige Politik der internationalen Staatengemeinschaft, der Einheit des Irak Priorität vor dem Selbstbestimmungsrecht der Kurden einzuräumen, konnte die kurdischen Unabhängigkeitsbestrebungen nicht eindämmen. Die inneren Entwicklungen im Irak waren jedenfalls nicht dazu angetan, die Kurden nach dem Sieg über den IS davon zu überzeugen, ihre Zukunft weiterhin im Gesamtverband des irakischen Staates zu sehen.

Mit ihrer Entscheidung, die Volksabstimmung durchzuführen, haben die Kurden den Widerstand Bagdads, Teherans und Ankaras, aber auch der internationalen Gemeinschaft und ihres bisher wichtigsten Verbündeten, der USA, sträflich ignoriert und sich damit in eine gefährliche Isolation manövriert. Die harte Reaktion Bagdads und der dadurch erzwungene Rückzug der Kurden aus Kirkuk und großen Teilen der umstrittenen Gebiete haben das Ziel einer kurdischen Unabhängigkeit in weite Ferne gerückt.

Die internationale Gemeinschaft wäre gut beraten, Erbil und Bagdad umgehend ihr Instrumentarium zur friedlichen Bewältigung eines Trennungsprozesses anzubieten.

Trotz dieses Rückschlags halten die Kurden an ihrem Streben nach Souveränität fest. Solange sie bereit sind, ihr Ziel der Selbständigkeit gewaltlos zu verfolgen, und es über Lösungen anvisieren, die in friedlichen Verhandlungen erreicht werden und mit Bagdad abgestimmt sind, sollte sich die übrige Welt den Bemühungen der Kurden nicht grundsätzlich verschließen. Der eindeutige Freiheitswille einer Nation kann nicht ignoriert werden. Voraussetzung dafür wird allerdings sein, dass Bagdad seine kompromisslose Ablehnung diesbezüglicher Ambitionen revidiert. Falls es irgendwann wieder zu Verhandlungen über den Status von Irakisch-Kurdistan kommt, sollten diese ohne Vorbedingungen und ergebnisoffen geführt werden. Jedes Resultat, sei es nur ein erweiter-

ter Autonomiestatus, eine Konföderation oder doch eine völlige Trennung vom Irak, muss von beiden Seiten akzeptiert werden.

Sollten die irakischen Kurden und die Zentralregierung in Bagdad je ernsthafte Scheidungsverhandlungen aufnehmen, ist zu befürchten, dass diese nicht reibungslos verlaufen werden. Es ist eher unwahrscheinlich, dass die Konfliktparteien in Bagdad und Erbil allein in der Lage sein werden, ihr zukünftiges Verhältnis einvernehmlich zu gestalten. Höchste Priorität sollte daher der Vermeidung gewalttätiger Auseinandersetzungen zukommen. Die internationale Gemeinschaft wäre gut beraten, umgehend ihr Instrumentarium zur friedlichen Bewältigung eines Trennungsprozesses anzubieten. So böte sich eine von den Vereinten Nationen eingerichtete Moderation an. Die am 10. August 2017 vom UN-Sicherheitsrat aufgewertete UNAMI (United Nations Assistance Mission for Iraq), die im Irak die humanitären und entwicklungspolitischen Maßnahmen der UN-Organisationen koordiniert, könnte hierbei eine unterstützende Rolle spielen.

Unabdingbare Voraussetzung für jede Neujustierung des Verhältnisses zwischen Bagdad und Erbil wird eine innere institutionelle Konsolidierung Irakisch-Kurdistans sein. Die Autonome Region muss sich den vorhandenen Demokratiedefiziten stellen, die Korruption bekämpfen und die Elemente der Rechtsstaatlichkeit stärken. Für die dringend notwendigen internen Versöhnungsprozesse der Kurdenparteien gibt es bisher kaum Unterstützung von außen. Deutsche Institutionen, zum Beispiel die politischen Stiftungen, könnten hierbei »gute Dienste« leisten und mit Hilfe von Mediation, Parlamentsberatung und längerfristig angelegten gesellschaftspolitischen Projekten positive Wirkungen erzielen. Dies gilt ebenso für Maßnahmen im Bereich Good Governance.

Unabhängig davon, ob Kurdistan-Irak auf Dauer im irakischen Staat bleibt oder irgendwann einmal selbständig wird, braucht die Region nachhaltige Unterstützung bei der Bewältigung ihrer humanitären und ökonomischen Probleme. Deutschland hat mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit, des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums der Verteidigung seit Jahren bilateral und multilateral viele wichtige Hilfsmaßnahmen in einem Gesamtumfang von circa einer Milliarde Euro gefördert. So wurden im zivilen Bereich Schulen mit Platz für über 20 000 Schüler gebaut, über 60 000 Jobs für Flüchtlinge in

sogenannten »Cash-for-Work«-Programmen geschaffen und etwa einer Million Menschen Zugang zu sauberem Trinkwasser ermöglicht.⁷⁴ Solche wertvollen Hilfsprojekte sollten weitergeführt werden. Substantielle Unterstützung leisteten auch deutsche Nichtregierungsorganisationen wie die Deutsche Welthungerhilfe, HELP, das Deutsche Rote Kreuz, die kirchlichen Hilfswerke und andere. Auch verschiedene Städte und Bundesländer engagieren sich seit langem in der Hilfe für Kurdistan, zum Beispiel Nordrhein-Westfalen, die Stadt Hannover sowie Baden-Württemberg, besonders im Bereich der Aufnahme von traumatisierten jesidischen Frauen und Kindern.

Die nach wie vor prekäre Situation in den Flüchtlingslagern und den zerstörten Städten wie Mossul erfordert, dass die deutschen Leistungen im Bereich der humanitären Hilfe, der Linderung der Folgen von Flucht und des Wiederaufbaus nicht reduziert, sondern ausgeweitet und weitergeführt werden. Langfristig noch wichtiger wird die Förderung privater wirtschaftlicher Investitionen zur Unterstützung der noch schwachen Binnenwirtschaft und zur Schaffung dringend benötigter Arbeitsplätze sein.

74 Timot Szent-Ivanyi, »Mehr Hilfe für Entwicklungsländer«, in: *Frankfurter Rundschau*, 18.7.2017, <<http://www.fr.de/politik/flucht-zuwanderung/giz-mehr-hilfe-fuer-entwicklungslaender-a-1315175>> (Zugriff am 17.10.2017).

Caner Yıldırım/Gülistan Gürbey

Das energiepolitische Potential Irakisch-Kurdistans

Im Oktober 2017 begann die irakische Zentralregierung eine militärische Offensive gegen die Autonome Region Kurdistan-Irak (Kurdistan Regional Government, KRG).¹ Der Angriff war die Antwort auf das Unabhängigkeitsreferendum der Kurden. Bagdad wurde dabei von dem schiitischen Milizenbündnis Haschd asch-Scha'bi (Volksmobilisierungseinheiten) unterstützt, das vom Iran gesteuert wird. Die irakische Regierung besetzte die zwischen Bagdad und Erbil umstrittenen Gebiete, einschließlich der ölreichen Stadt Kirkuk, und untergrub damit die gesamte Energieexportpolitik der KRG.

Die Zentralregierung zeigte sich außerdem entschlossen, auch den Grenzübergang Fish Khabor, der unumstritten innerhalb der autonomen Region liegt, und die Infrastruktur für Ölexporte in die Türkei unter ihre Kontrolle zu bringen. Bagdad will der KRG auch die Einnahmen entreißen, die die Autonome Region aus der Verwaltung der Grenzübergänge zur Türkei und zum Iran sowie des internationalen Flughafens von Erbil bezieht, und versucht, Kurdistan-Irak wirtschaftlich völlig von sich abhängig zu machen und die Region auf diese Weise auch politisch ans Gängelband zu nehmen. Im irakischen Staatshaushalt für 2018 wurde der Etat für die autonome Region deutlich reduziert. Zudem soll die entsprechende Budgetzahlung erstmals nicht mehr direkt an die KRG gehen, sondern separat an die einzelnen kurdischen Provinzen erfolgen – ein unmissverständlicher Hinweis darauf, dass die Zentralregierung den Autonomiestatus der Region und die irakische Verfassung von 2005 offen in Frage stellt.²

1 Siehe zur Politik und Gesellschaft in Kurdistan-Irak Gülistan Gürbey/Sabine Hofmann/Ferhad Ibrahim Seyder (Hg.), *Between State and Non-State. Politics and Society in Kurdistan-Iraq and Palestine*, New York 2017.

2 Omar Sattar, »Iraqi Budget Drives another Wedge between Baghdad, Kurds«, *Al-Monitor*, 9.3.2018, <www.al-monitor.com/pulse/ru/contents/articles/originals/2018/03/iraq-budget-kurdistan.html>; siehe zu Verletzungen der iraki-

Die internationale Gemeinschaft hatte das Unabhängigkeitsreferendum nicht anerkannt, weil sie eine Destabilisierung des Irak fürchtete. Das bisherige Vorgehen Bagdads lässt den Schluss zu, dass die Zentralregierung nicht bereit ist, die irakische Verfassung von 2005 als Basis für eine Neuaushandlung der Beziehungen zu Erbil zu betrachten, obwohl die Verfassung die einzige von allen Parteien anerkannte Grundlage des bilateralen Verhältnisses darstellt. Damit scheint eine Perpetuierung des historischen Konflikts zwischen Erbil und Bagdad vorgezeichnet. Sowohl die kurdischen Bestrebungen nach einer Ausweitung der Selbstverwaltung als auch die Frage, auf welches wirtschaftliche Fundament sich ein autonomes kurdisches Gemeinwesen stützen könnte, bleiben auf der Tagesordnung.

Energiepolitische Bestandsaufnahme

Der Irak ist mit einer Produktionskapazität von fast 5 Millionen Barrel pro Tag (barrels per day, bpd)³ der zweitgrößte Produzent in der OPEC (Organisation

schen Verfassung durch die irakische Zentralregierung Robert Ford, »Kurdish Referendum: Thinking, Not Threats«, *Asharq Al-Awsat*, 23.9.2017, <<https://eng-archive.aawsat.com/robert-ford/opinion/kurdish-referendum-thinking-not-threats>> (Zugriff jeweils am 6.4.2018); ein Bericht der KRG vom 24.9.2017 dokumentiert die Verletzung von mehr als 50 der insgesamt 144 Artikel der irakischen Verfassung durch die Zentralregierung, Kurdistan Regional Government, »Report: The Constitutional Case for Kurdistan's Independence«, Erbil, 24.9.2017, <<http://cabinet.gov.krd/a/d.aspx?s=040000&l=12&a=55856>> (Zugriff am 9.12.2017).

3 Vgl. Rania El Gamal/Maha El Dahan/Stanley Carvalho, »Iraq Nears Oil Output Capacity of 5 Million bpd, Committed to OPEC Cuts«, *Reuters*, 13.1.2018, <<https://www.reuters.com/article/us-oil-opec-iraq/iraq-nears-oil-output-capacity-of-5-million-bpd-committed-to-opec-cuts-idUSKBN1F20E6>> (Zugriff am 13.4.2018).

erdölexportierender Länder) und liegt mit nachgewiesenen Reserven von 153 Milliarden Barrel Erdöl an fünfter Stelle im weltweiten Nationenvergleich. Die nachgewiesenen Erdgasreserven belaufen sich auf 130 Billionen Kubikfuß (Trillion cubic feet, Tcf).⁴ Die irakischen Vorkommen sind jedoch geografisch und damit auch ethnokonfessionell ungleich verteilt. Die größten Reserven und Ressourcen hat man im schiitischen Süden, im kurdischen Norden und in den sogenannten umstrittenen Gebieten einschließlich Kirkuks lokalisiert. Obwohl Kurdistan-Irak reich an Öl und Gas ist, vernachlässigte das Regime Saddam Husseins (1979–2003) die Region als Antwort auf kurdische Autonomiebestrebungen systematisch. Es fand so gut wie keine energiewirtschaftliche Erschließung statt. Heute zählt die autonome Region zu jenen seltenen Fällen in der jüngeren Geschichte, in denen ein signifikanter Energiesektor in nur einem Jahrzehnt aus dem Boden gestampft wurde.

Ölexporte der KRG und Streit ums Öl mit Bagdad

Die öffentlichen Einnahmen der KRG bestehen bis zu 90 Prozent aus Erdölexporten. Damit ist die autonome Region in hohem Maße abhängig von Erlösen aus dem Ölverkauf, die sie entweder direkt bezieht oder über Mittelübertragungen der irakischen Zentralregierung im Gegenzug für Exporte über die staatliche SOMO erhält (siehe Kasten, S. 30). Der Streit um das Öl zwischen der irakischen Zentralregierung und der KRG hat dramatische Folgen für die finanzielle Stabilität der autonomen Region. Die Geschichte des Konflikts lässt sich in fünf Phasen⁵ unterteilen. Während in den ersten drei Phasen Aktionen und Reaktionen beider Seiten zu einer Intensivierung der Spannungen führten, gingen Bagdad und Erbil in der vierten Phase zu einer begrenzten Kooperation über. Diese war allerdings fragil, weil sie extern induziert war und nicht auf einer politisch-rechtlichen Lösung des Öl-Disputs basierte. So kam es in der letzten Phase

zum Zusammenbruch der Kooperation gleich nach der Befreiung Mossuls und dem Referendum.

Phase 1: Kurdische Erdölgewinnung und Verfassungsstreit (2002–Juli 2007)

Bereits im Juli 2002, also noch vor dem Fall Saddam Husseins, unterzeichneten die KRG und das türkische Unternehmen Genel Enerji (seit 2011 Genel Energy), unterstützt von großen türkischen Investoren, den ersten Explorations- und Produktionsvertrag. Im Jahr 2004 folgte eine Vereinbarung mit dem norwegischen Öl- und Gasunternehmen DNO. Überschattet vom Irakkrieg und inmitten der sicherheitspolitisch instabilen Übergangszeit erregten die kurdischen Aktivitäten wenig Aufmerksamkeit. Die von Bagdad unabhängige Erdölgewinnung in der kurdischen Region wurde erst mit dem Inkrafttreten der irakischen Verfassung im Jahr 2005 und dem Beginn eines Verfassungsstreits zu einem innenpolitisch relevanten und umstrittenen Thema. Die föderale Verfassung des Irak gewährt den »Regionen« im Irak weitreichende Autonomie. Bislang hat sich jedoch nur Kurdistan-Irak als »Region« etabliert. Auf einer zweiten administrativen Ebene ist der Irak in 18 Provinzen (Gouvernements) gegliedert, von denen sich mehrere zu einer Region zusammenschließen können.

In der irakischen Verfassung ist hinsichtlich der Energiepolitik das Verhältnis zwischen der Zentralregierung und den Regionalregierungen bzw. den Regierungen der Provinzen, in denen Erdöl gefördert wird (producing governorates), unzureichend geregelt. Die Bestimmungen lassen stark voneinander abweichende Interpretationen zu. Laut Artikel 111 sind die Öl- und Gasressourcen Eigentum aller Iraker.⁶ Artikel 112 besagt, dass die Zentralregierung zusammen mit den produzierenden Provinzen und Regionalregierungen das Management des geförderten Öls und Gases übernehmen wird, das aus bereits existierenden Feldern stammt.⁷ Diese Formulierung impliziert aus

⁴ Vgl. BP Statistical Review of World Energy June 2017, London, Juni 2017.

⁵ Siehe dazu Silvia-Lucretia Nicola, *Adding »Oil« to the Fire? International Economic Cooperation and the Dynamics of Contentions. The Case Study of the Autonomous Region of Kurdistan*, Felsberg: Felsberger Institut für Bildung und Wissenschaft e.V., Mai 2017 (Working Paper Nr. 9).

⁶ »Oil and gas are owned by all the people of Iraq in all the regions and governorates«, *Iraqi Constitution*, Artikel 111, <http://mnr.krg.org/images/pdfs/Iraqi_Constitution.pdf> (Zugriff am 5.5.2017); siehe ferner Guido Steinberg, *Die neue Kurdenfrage. Irakisch-Kurdistan und seine Nachbarn*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Mai 2011 (SWP-Studie 12/2011), S. 13.

⁷ »The federal government, with the producing governorates and regional governments, shall undertake the management of oil and gas extracted from present fields, provided that it distributes its revenues in a fair manner in

Erdöl- und Erdgassektor in Kurdistan-Irak und Kirkuk

(1) Reserven und Ressourcen

Definition: *Nachgewiesene Reserven* (proved reserves) sind Vorkommen, die derzeit mit den heutigen technischen Möglichkeiten wirtschaftlich gefördert werden können. *Nachgewiesene Ressourcen* (contingent resources) sind Vorkommen, die derzeit mit der heutigen Technik nicht profitabel förderbar sind.

Kurdistan-Irak: 6,7 Mrd. Barrel Erdöl; 39,7 Tcf Erdgas (Reserven und nachgewiesene Ressourcen).^a

Kirkuk: 4,4 Mrd. Barrel Erdöl; 2 Tcf Erdgas (Reserven).

(2) Geologie und Geografie

Förderwürdigkeit: Die kurdischen Ölfelder sind kleiner und schwieriger auszuschöpfen als die Vorkommen in Kirkuk und im Süden des Irak. Geologische Probleme führen zu Reduzierungen der Annahmen über Reserven und zu Produktionsrückgängen.

Verteilung: Erdöl ist vorwiegend im Norden der KRG und in Kirkuk zu finden. Gasvorkommen sind verstärkt im Zentrum und im Süden der KRG lokalisiert.

Binnenregion: Kurdistan-Irak hat keinen Zugang zum Meer. Somit sind Entwicklungs- und Exportkosten höher und die Abhängigkeit von Nachbarstaaten größer.

^a Schätzungen der KRG fallen deutlich höher aus (45 Mrd. Barrel Erdöl; 200 Tcf Erdgas). Diese Zahlen schließen jedoch vermutete, aber nicht nachgewiesene Ressourcen (prospective resources) und Explorationspotential mit ein, siehe Robin Mills, *A Rocky Road: Kurdish Oil & Independence*, Bagdad: Iraq Energy Institute, Februar 2018, S. 28–29.

(3) Management

Das *Ministerium für natürliche Ressourcen* (Ministry of Natural Resources, MNR) der KRG ist das Pendant zum *Ölministerium* (Ministry of Oil) der Zentralregierung. Es ist verantwortlich für die Entwicklung, Produktion und Vermarktung der natürlichen Ressourcen in der Autonomen Region.

Die *North Oil Company (NOC)* des Ölministeriums in Bagdad ist eine operative Einheit zur Entwicklung und Produktion der natürlichen Ressourcen im Norden.

Die *State Oil Marketing Organization (SOMO)* des Ölministeriums beansprucht die alleinige Zuständigkeit in Angelegenheiten der Vermarktung und des Verkaufs von Öl für sich.

(4) Produktionskapazität^b

Kurdistan-Irak (inklusive des umstrittenen Khurmala-Feldes): 335 000 bpd.

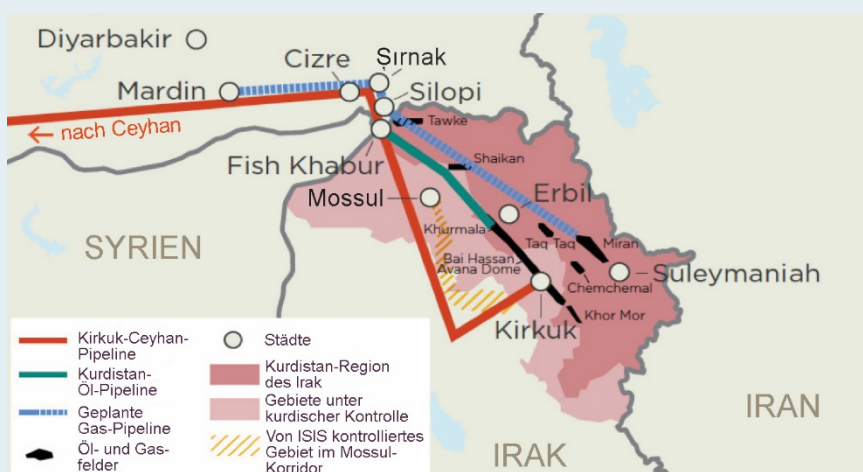
Kirkuk (Bai Hassan, Avana Dome, Baba Dome; Jambur; Khabbaz): 385 000 bpd.

(5) Pipeline-Infrastruktur

Die *KRG-Pipeline* wurde im Januar 2014 in Betrieb genommen und ist in Fish Khabur mit dem türkischen Abschnitt der *Kirkuk-Ceyhan-Pipeline* verbunden, die zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan führt. Der irakische Abschnitt der *Kirkuk-Ceyhan-Pipeline* ist seit März 2014 außer Betrieb.

^b Gesamtwerte für das Jahr 2017, Ahmed Tabaqchali, *Statehood in the Kurdistan Region of Iraq through an Economic Lens*, Suleymaniah: Institute of Regional and International Studies, Februar 2018.

Karte 2 – Öl- und Gasfelder in Kurdistan-Irak und Kirkuk und die wichtigsten Pipelines



Territoriale Situation vor dem Referendum und dem Sieg gegen den IS.

Sicht der KRG, dass diese Bestimmung nicht für neu erschlossene Felder gilt. Die Bagdader Zentralregierung hingegen spricht der KRG auf Grundlage von Artikel 111 das Recht ab, eigenständig Explorationsverträge abzuschließen, und fordert, dass alle Exporte ausschließlich über die staatliche SOMO erfolgen. Die KRG sollte einen verfassungsrechtlich garantierten Anteil am jährlichen Gesamtbudget erhalten, der in politischen Verhandlungen und basierend auf einer UN-Schätzung über die Bevölkerungsgröße der Autonomen Region auf 17 Prozent (nach dem Abzug von Bundesausgaben) festgelegt, aber nicht in der Verfassung kodifiziert wurde.⁸ Allerdings zahlt die Zentralregierung dieses Budget oft nur unvollständig, verspätet oder sie friert die Zahlungen an die KRG ganz ein, um Druck auf Erbil auszuüben. Der Anspruch Bagdads auf totale Kontrolle der Energieexportpolitik hat dem historisch tief verwurzelten Misstrauen der irakischen Kurden gegen den Zentralstaat, das auf den extremen Gewalterfahrungen unter dem Regime Saddam Husseins gründet, neuen Auftrieb gegeben.

In der irakischen Verfassung ist das Verhältnis zwischen Bagdad und den Regionen in Sachen Energiepolitik nur unzureichend geregelt.

Hinzu kommt, dass der Erdöl-Disput mit einem territorialen Disput eng verbunden ist. Die Anfänge des Streits um die umstrittenen Gebiete, einschließlich Kirkuks, liegen ebenfalls weit in der Vergangenheit. Der Konflikt ist vor allem auf die systematische ethnische Säuberungs- und Arabisierungspolitik Saddam Husseins in den 1970er und 1980er Jahren zurückzuführen. Die Kontrolle der Kurden über Kirkuk war und ist auch von strategischer Bedeutung, denn die dortigen Erdöllagerstätten erhöhten die Ölreserven der KRG zwischenzeitlich um 40 Prozent.⁹ Mit Kirkuk wäre die wirtschaftliche Unabhängigkeit eines kurdischen Staates gesichert. Die Frage der Zugehörigkeit dieser Gebiete sollte gemäß Artikel 140 der irakischen Verfassung bereits Ende 2007 mit Hilfe eines Referendums geklärt werden. Die Zentralregie-

rung hat dieses Referendum aber bis heute immer wieder verschoben.

Phase 2: Bemühungen um die Legalisierung des kurdischen Energiesektors (August 2007–Oktober 2011)

In Abwesenheit eines föderalen Rahmengesetzes für den Öl- und Gassektor sowie eines Revenue-Sharing-Gesetzes verabschiedete die KRG im August 2007 ein eigenes Erdöl- und Erdgasgesetz, mit dem Erbil sich selbst ermächtigte, von Bagdad unabhängige Verträge über die Exploration und Produktion von natürlichen Ressourcen in der autonomen Region zu schließen.¹⁰ Zwischen Ende 2007 und 2008 begannen mittelgroße Ölkonzerne wie zum Beispiel OMV aus Österreich, die MOL Group aus Ungarn, die Korea National Oil Corporation aus Südkorea und die Talisman Energy aus Kanada (seit 2015 Repsol Oil & Gas Canada Inc.) in verstärktem Umfang, sich in Kurdistan-Irak zu engagieren. Der US-amerikanische Konzern Hunt Oil investierte sogar in den umstrittenen Gebieten. Grundlage dieser Kooperationen sind individuell ausgehandelte Production Sharing Contracts (PSCs),¹¹ die den Konzernen eine Miteigentümerschaft an den Ölfeldern gewähren und typisch sind für Explorationen in geologisch riskanten Gebieten. Nach der Abgabe eines Förderzinses (Royalty) in Höhe von 10 Prozent der Bruttoeinnahmen an die kurdische Regionalregierung sind die Konzerne berechtigt, bis zu 40 Prozent der Produktionserträge zur Deckung ihrer Ausgaben zu nutzen (cost oil). Aus den verbleibenden Einnahmen (profit oil) erhalten sie 15 bis 30 Prozent.¹² Damit stehen die von der Autonomieregierung lancierten PSCs im fundamentalen Gegensatz zu Technical Service Contracts (TSCs), wie sie das Ölministerium in Bagdad abschließt. Im Rahmen von TSCs werden die Mineralölkonzerne als reine Auftragnehmer mit einer festen Vergütung von typischerweise 1 bis 2 US-Dollar

⁸ Vgl. María Lasa Aresti, *Oil and Gas Revenue Sharing in Iraq*, New York: Natural Resource Governance Institute, Juli 2016, S. 16.

⁹ Vgl. Robin Mills, *Under the Mountains: Kurdish Oil and Regional Politics*, Oxford: Oxford Institute for Energy Studies (OIES), Januar 2016 (OIES Paper: WPM 63), S. 18.

¹⁰ Zum Erdöl- und Erdgasgesetz der KRG siehe *Oil and Gas Law of the Kurdistan Region – Iraq, Law No. (22) – 2007*, <http://mnr.krg.org/images/pdfs/Kurdistan_Oil_and_Gas_Law_English_2007.pdf> (Zugriff am 5.5.2017).

¹¹ Vgl. Ministry of Natural Resources, *A New PSC*, Erbil, 25.8.2013, <<http://mnr.krg.org/index.php/en/the-ministry/contracts/new-psc>> (Zugriff am 15.5.2017).

¹² Bagdad bestreitet die Legalität dieser Zahlungsvereinbarungen der KRG mit Ölkonzernen, siehe »Baghdad Won't Honor KRG Payment Deals with Int'l Oil Companies: Report«, *Rudaw*, 9.2.2018, <www.rudaw.net/english/business/090220181> (Zugriff am 17.2.2018).

pro Barrel (Remuneration Fee per Barrel, RFB) behandelt. In einem groben Vergleich sind die PSCs der KRG bei hohen Ölpreisen für die Partnerkonzerne um ein Vielfaches profitabler als die TSCs der irakischen Zentralregierung. Bei niedrigen Ölpreisen machen die Ölfirmen, die PSCs unterzeichnet haben, allerdings Verluste, während die mit TSCs Gewinne einfahren.¹³

Die Regierung in Bagdad hat den kurdischen Verträgen mit internationalen Mineralölkonzernen Legitimität und Legalität abgesprochen.

Die irakische Zentralregierung hat den kurdischen Verträgen über Produktionsbeteiligungen mit internationalen Mineralölkonzernen Legitimität und Legalität abgesprochen¹⁴ und Strafmaßnahmen gegen die jeweiligen Unternehmen eingeleitet. Die KRG dagegen betrachtet die Energiepolitik der Zentralregierung als rückständig und autoritär, da die föderalen Öl- und Gasgesetze und die staatliche Ölvermarktungsagentur SOMO aus der Zeit des Regimes von Saddam Hussein stammen und schon damals als Kontrollinstrumente systematisch gegen die irakischen Kurden eingesetzt wurden.¹⁵ Tatsächlich wurden der Kurdischen Region bereits unter dem Baath-Regime Erdöl- und Erdgaseinnahmen vorenthalten.¹⁶

13 Vgl. Robin Mills, *A Rocky Road: Kurdish Oil & Independence*, Bagdad: Iraq Energy Institute, Februar 2018, S. 33. Für die Exploration und Produktion von elf neuen Blöcken mit einer riskanteren geologischen Beschaffenheit bot Bagdad nun ein hybrides Vertragsmodell an, das eine Lizenzgebühr von 25 Prozent und eine Nettoerlösbeteiligung vorsieht, die durch das jeweils niedrigste Gebot bestimmt wird, siehe Joseph Green, »Cost Control Is Key in Iraq's New Contract Model«, *LNG Industry* (online), 2.5.2018, <www.lngindustry.com/liquefaction/02052018/cost-control-is-key-in-iraqs-new-contract-model/> (Zugriff am 9.5.2018).

14 Die irakische Zentralregierung sieht in PSCs einen Verstoß gegen Artikel 111 der irakischen Verfassung, siehe »Iraq Oil and Gas Regime Part II«, *Reedsmith* (online), 4.7.2013, <www.reedsmith.com/en/perspectives/2013/07/iraq-oil-and-gas-regime-part-2> (Zugriff am 15.5.2017).

15 Vgl. Nicola, *Adding »Oil« to the Fire?* [wie Fn. 5], S. 20.

16 Vgl. David Romano, »Iraq's Descent into Civil War: A Constitutional Explanation«, in: *The Middle East Journal*, 68 (Herbst 2014) 4, S. 547–566 (560f).

Phase 3: Anstrengungen zur Konsolidierung einer von Bagdad unabhängigen Energieexportpolitik (November 2011–November 2014)

Nachdem kleinere und mittlere Unternehmen durch Erdöl- und Erdgasexplorationen die wirtschaftliche Rentabilität der Ölgewinnung in der kurdischen Region nachgewiesen hatten, traten auch große, finanzstarke und politisch mächtige Erdölkonzerne wie ExxonMobil, Chevron, Gazprom Neft und Total (2011/12) mit Investitionen auf den Plan. Dies war ein wichtiger Schritt zur Konsolidierung einer von Bagdad unabhängigen Energiepolitik der autonomen Region. Weil die KRG wegen der unvollständigen und verspäteten Zahlungen Bagdads dringend finanzielle Einnahmen generieren musste, stoppte sie den Erdöl-export über die Pipeline-Infrastruktur der Zentralregierung und ging schrittweise dazu über, den Rohstoff selbständig auszuführen. Das Öl wurde zunächst innerhalb der autonomen Region, zu Preisen weit unter dem Marktwert, verkauft und in kleinen Mengen per Lastkraftwagen in die Türkei und in den Iran exportiert.¹⁷

Im Februar 2014 setzte die irakische Regierung die Budgetzahlungen an die KRG vollständig aus.

Eine weitere Maßnahme auf dem Weg zur energie-wirtschaftlichen Ablösung von Bagdad war die Fertigstellung einer separaten Exportpipeline (siehe Kasten, S. 30), die es der KRG ermöglichte, kurdisches Erdöl in eigener Regie und jetzt auch in signifikanten Mengen in und über die Türkei zu exportieren. Im Januar 2014 erfolgten die ersten direkten Erdölausfuhren über die neu gebaute Leitung zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan. Die irakische Zentralregierung setzte daraufhin im Februar 2014 die Budgetzahlungen an die KRG, die für die wirtschaftliche Stabilität der autonomen Region von existentieller Bedeutung sind, vollständig aus. Ungeachtet dessen verkündete die KRG am 23. Mai 2014, dass sie nun auch erstmals

17 Vgl. Patrick Osgood/Kamran Al-Najar/, »Kurdistan Exports Nearly Zero as Payment Hopes Thin«, *Iraq Oil Report* (online), 20.12.2012, <www.iraqoilreport.com/news/kurdistan-exports-nearly-zero-as-payment-hopes-thin-9531/> (Zugriff am 10.5.2017).

Öl nach Europa geliefert habe.¹⁸ Bagdad konnte jedoch mit Drohungen gegen Ölhändler und durch diplomatischen Druck auf Regierungen verhindern, dass die Lieferung entgegengenommen wurde. Der erste erfolgreiche Verkauf erfolgte erst im Juni 2014: Knapp über 1 Million Barrel Erdöl wurden für mehr als 100 Millionen US-Dollar über die Türkei nach Israel abgesetzt.¹⁹ Die Konfrontationen im Zusammenhang mit diesen Ölverkäufen markierten einen bis dahin absoluten Tiefpunkt in den Beziehungen zwischen Erbil und Bagdad.

Phase 4: Fragile Kooperation mit Bagdad (Dezember 2014–September 2017)

Mit dem Ende der Amtszeit des irakischen Ministerpräsidenten Nuri al-Maliki (2006–2014), dessen Zentralisierungspolitik eine autoritäre schiitische Handschrift trug,²⁰ und nach dem Amtsantritt des neuen Premierministers Haider al-Abadi kamen sich Bagdad und Erbil zunächst wieder näher. Finanzielle Engpässe auf beiden Seiten, die sich durch den Fall des Erdölpreises und den Kampf gegen den gemeinsamen Feind IS verschärft hatten, machten eine begrenzte Zusammenarbeit notwendig. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die umstrittenen Gebiete. Nachdem sich die irakische Armee während des Vormarsches des IS auf Mossul Anfang Juni 2014 weitgehend kampflos zurückgezogen hatte, brachten kurdische Peschmerga etwa einen Monat später wichtige Ölfelder in Kirkuk unter ihre Kontrolle. Die KRG übernahm den Betrieb an der Avana Dome Formation (mittlerer Teil des Kirkuk-Feldes) und am benachbarten Bai Hassan-Feld. Das geförderte Öl exportierte sie über die neu gebaute eigene Pipeline nach Ceyhan (Türkei). Andere Felder wie Jambur, Khabbaz und die Baba Dome-Formation (südlicher Teil des Kirkuk-Feldes) wurden weiterhin von der staatlichen North Oil Company (siehe Kasten, S. 30) betrieben.

18 Siehe Kurdistan Regional Government, *KRG Statement on First Oil Sales through Pipeline Export*, Erbil, 23.5.2014, <<http://cabinet.gov.krd/a/d.aspx?l=12&a=51589>> (Zugriff am 16.5.2017).

19 Vgl. Patrick Osgood/Ben van Heuvelen/Ben Lando, »Kurdistan Sells First Pipeline Exports«, *Iraq Oil Report* (online), 24.6.2014, <www.iraqoilreport.com/news/kurdistan-sells-first-pipeline-exports-12566/> (Zugriff am 23.8.2017).

20 Siehe dazu Toby Dodge, »Iraq's Road Back to Dictatorship«, in: *Survival: Global Politics and Strategy*, 54 (Mai 2012) 3, S. 147–168.

Beide Seiten unterzeichneten am 2. Dezember 2014 eine Vereinbarung zur Regelung der Exporte aus dem kurdischen Gebiet und Kirkuk, die eine Wiederaufnahme der föderalen Budgetzahlungen an die KRG und zusätzliches Geld für die Peschmerga vorsah. Das Abkommen scheiterte jedoch, vor allem weil Bagdad den Haushaltsanteil doch nicht vollständig überwies.²¹ Ab Mitte August 2015 exportierte die KRG das Öl wieder vollständig unilateral. Die North Oil Company setzte ihre Exporte aus Kirkuk über die KRG-Pipeline zunächst fort, stoppte diese aber im März 2016, um den Druck auf Erbil zu erhöhen.²² Am 19. August 2016 wurde eine neue Vereinbarung getroffen, der zufolge die North Oil Company das von ihr produzierte Öl aus Kirkuk erneut über die KRG-Pipeline nach Ceyhan leiten sollte. Die Einnahmen wurden gleichmäßig zwischen beiden Seiten verteilt. Trotz dieser begrenzten Kooperation hielt die irakische Zentralregierung an ihrem politischen und juristischen Widerstand gegen die eigenständige Energieexportpolitik der KRG fest. Somit war noch längst keine dauerhafte Vereinbarung oder gar verfassungsrechtliche Lösung erreicht. Vielmehr war der Erdölstreit auf die Zeit nach der Befreiung Mossuls vom IS verlagert worden.²³

Phase 5: Verlust Kirkuks und Zusammenbruch der Kooperation mit Bagdad (Oktober 2017–Gegenwart)

Mit dem Unabhängigkeitsreferendum, das die KRG im September 2017 abhielt, haben sich die Beziehungen zwischen Bagdad und Erbil wieder dramatisch verschlechtert. Die irakische Zentralregierung betrachtete das Referendum als verfassungswidrig und war fest entschlossen, die vollständige Kontrolle über die Energieexportpolitik und die Ölfelder in den umstrittenen Gebieten, auch mit militärischer Gewalt, zu-

21 Vgl. John Roberts, *Iraqi Kurdistan Oil and Gas Outlook*, Washington, D.C.: Atlantic Council, September 2016, S. 8.

22 Vgl. Patrick Osgood/Ben van Heuvelen/Kamran Al-Najar, »Baghdad Pressures KRG with Kirkuk Crude Export Cut«, *Iraq Oil Report* (online), 17.3.2016, <www.iraqoilreport.com/news/baghdad-pressures-krk-kirkuk-crude-export-cut-18358/> (Zugriff am 12.5.2017).

23 Siehe dazu ein Interview mit dem irakischen Ölminister Jabar al-Luaibi: »Baghdad-Erbil Oil Disputes on Hold until Mosul Liberation«, *Al-Monitor*, 9.3.2017, <www.al-monitor.com/pulse/originals/2017/03/iraq-oil-minister-dispute-erbil-krk-export-turkey-luaibi.html> (Zugriff am 12.5.2017).

rückzugewinnen. Am 14. September 2017 hatte das Parlament in Bagdad mehrheitlich für die Absetzung des Gouverneurs der ölreichen und umstrittenen Provinz Kirkuk, Nadschmeddin Karim, gestimmt, der sich für eine Teilnahme Kirkuks am Unabhängigkeitsreferendum stark gemacht hatte.²⁴ Am 16. Oktober, nur wenige Tage nach dem Referendum, eroberten irakische Streitkräfte gemeinsam mit dem vom Iran gesteuerten schiitischen Milizenbündnis Haschd asch-Scha'bi Kirkuk und besetzten die umstrittenen Ölfelder. Die Kurden zogen sich kurz darauf aus weiteren umstrittenen Gebieten zurück, die sie seit dem Fall Saddam Husseins 2003 beherrscht hatten. Die irakische Zentralregierung ließ sogar erkennen, dass sie beabsichtigte, ihre militärische Offensive auf Fish Khabur, die ökonomische Hauptschlagader der KRG, auszuweiten. Die Übernahme der Kontrolle über den Grenzübergang und die dortige Ölinfrastruktur durch die irakische Zentralregierung wäre eine ernsthafte Bedrohung für die wirtschaftliche Unabhängigkeit der kurdischen Region und die Autonomie ihrer Energieexportpolitik.²⁵ Mit der Besetzung der Ölfelder Avana Dome und Bai Hassan durch die irakischen Streitkräfte wurden die Ausfuhren aus Kirkuk vollständig unterbrochen. Die North Oil Company ließ zwar zwischenzeitlich wieder Öl über die KRG-Pipeline exportieren, jedoch ordnete das irakische Ölministerium am 31. Oktober 2017 einen Stopp an.²⁶ Nach der militärischen Offensive Bagdads lagen die Exportraten teilweise weit unter der Hälfte des ursprünglichen Niveaus von rund 600 000 bpd.²⁷

24 Vgl. »Iraqi MPs Vote to Sack Kirkuk Governor as Kurdish Referendum Nears«, *Middle East Eye* (online), 14.9.2017, <www.middleeasteye.net/news/iraqi-mps-vote-remove-kirkuk-governor-kurdish-referendum-nears-430631973> (Zugriff am 17.9.2017).

25 Vgl. Rhys Dubin, »Why the Fight for Fishkhabour Is So Important for Iraqi Kurds«, *Foreign Policy* (online), 1.11.2017, <<http://foreignpolicy.com/2017/11/01/why-the-fight-for-fishkhabour-is-so-important-for-kurds-iraq-attack-fishkhabour-feyshkhabour/>> (Zugriff am 2.12.2017).

26 Vgl. Ben Lando, »Baghdad Halts Kirkuk Oil Exports to Turkey«, in: *Iraq Oil Report* (online), 31.10.2017, <www.iraqoilreport.com/news/baghdad-halts-kirkuk-oil-exports-turkey-26354/> (Zugriff am 1.12.2017).

27 Vgl. Tsvetana Paraskova, »Kurdistan's Oil Exports Still Below Pre-Conflict Levels«, *Oilprice.com*, 23.11.2017, <<https://oilprice.com/Latest-Energy-News/World-News/Kurdistan-Oil-Exports-Still-Below-Pre-Conflict-Levels.html>> (Zugriff am 4.12.2017).

Die irakische Zentralregierung verlangt, dass die KRG kein Erdöl mehr eigenmächtig exportiert und sämtliche Vertriebsaktivitäten an die staatliche SOMO übergibt. Erst dann können ihrer Ansicht nach die Öllieferungen aus Kirkuk über die KRG-Pipeline wieder aufgenommen werden.²⁸ Allerdings plant Bagdad auch Exporte in den Iran und den Wiederaufbau der eigenen Erdölexportpipeline in die Türkei und erwägt eine Instandsetzung und Erweiterung einer inländischen Pipeline, die zu Raffinerien in Bagdad und Baidshi führt.²⁹ Die Umsetzung dieser Optionen würde jedoch viel Zeit in Anspruch nehmen und zahlreiche (sicherheits-)politische Probleme aufwerfen. Die KRG willigte inzwischen ein, die Öleinnahmen an die irakische Zentralregierung abzuführen, wenn diese der autonomen Region wieder den ursprünglich vereinbarten Budgetanteil (17 Prozent) zahlt. Im irakischen Staatshaushalt für das Jahr 2018 wurde indes im Hinblick auf den Etat für Kurdistan kein bestimmter Prozentsatz angegeben. In dem Haushaltsbeschluss heißt es stattdessen, dass die autonome Region einen ihrer Bevölkerung entsprechenden Anteil erhalten soll. In einem früheren Entwurf wurde dieser Anteil auf nur 12,67 Prozent festgelegt. Die KRG widerspricht den Schätzungen der irakischen Zentralregierung.³⁰

Erdöl- und Erdgaspolitik der KRG – Ziele, Strategien und Kooperationen

Das vorrangige Ziel der KRG war und ist es, durch die Entwicklung einer eigenständigen, modernen und wettbewerbsfähigen Energieexportpolitik die finanzielle und politische Abhängigkeit von der irakischen Zentralregierung zu überwinden. Beim Aufbau eines eigenen Energieexportsektors setzte die KRG auf stra-

28 Vgl. »Iraq Wants Control of Kurdish Region's Oil Exports: State Firm«, *Reuters*, 2.11.2017, <www.reuters.com/article/us-mideast-crisis-iraq-kurds-oil/iraq-wants-control-of-kurdish-regions-oil-exports-state-firm-idUSKBN1D21G8> (Zugriff am 2.12.2017).

29 Vgl. Samya Kullab/Ben Lando, »No Easy Solution for Stranded Kirkuk Crude«, *Iraq Oil Report* (online), 30.11.2017, <www.iraqoilreport.com/news/no-easy-solution-stranded-kirkuk-crude-26777/> (Zugriff am 2.12.2017).

30 Vgl. Ahmed Aboulenein/Ahmed Rasheed, »Iraqi Parliament Approves Budget, Kurdish Lawmakers Boycott Vote«, *Reuters*, 3.3.2018, <www.reuters.com/article/us-mideast-crisis-iraq-budget/iraqi-parliament-approves-budget-kurdish-lawmakers-boycott-vote-idUSKCN1GF0PP> (Zugriff am 5.3.2018).

tegische Kooperationen. Dazu gehörte zum einen eine marktliberale, investorenfreundliche Wirtschaftspolitik, die internationale Erdölkonzerne anziehen sollte. Zum anderen war die KRG bestrebt, durch eine friedliche Nachbarschaftspolitik und überregionale Kooperationen energiepolitische Beziehungen zu etablieren, die eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten schaffen und auch auf politischer Ebene Partnerschaften entstehen lassen.

Internationale Erdölgesellschaften

Mit ihrem investorenfreundlichen Ansatz wollte sich die KRG das Image einer marktliberalen und prosperierenden Region verschaffen, deren Sicherheit im Interesse des Westens liegt. Kurdistan-Irak konzentrierte sich auf die Zusammenarbeit mit Unternehmen aus den USA, Kanada, England, Frankreich, Spanien, Norwegen, Dänemark, der Schweiz, Österreich und Ungarn. Mit der Fokussierung auf westliche Konzerne wollte die KRG die politische Unterstützung der westlichen Regierungen gewinnen. Die Kooperationen mit der Turkish Energy Company (TEC), die Ankara eigens für Aktivitäten in Kurdistan-Irak gründete, und mit der Firma Genel Enerji in der Anfangszeit waren entscheidend für die Unterstützung von Seiten der Türkei.

Indem die KRG Explorationsfelder in den sogenannten umstrittenen Gebieten vergab, wollte sie ihre Ansprüche auf diese Gebiete untermauern. Prominentestes Beispiel ist der Fall ExxonMobil.³¹ Der weltgrößte nichtstaatliche Energiekonzern unterzeichnete im November 2011 Production Sharing Contracts (PSCs) für sechs Explorationsfelder in Kurdistan-Irak.³² Drei dieser sogenannten Blöcke (Qara Hanjeer, Alqush und Bashiqa) befinden sich in den umstrittenen Gebieten. Auf ExxonMobil folgten weitere große Mineralölkonzerne, die zuvor wegen ihres Engagements im Irak und möglicher Gegenmaßnahmen der Zentral-

regierung in Bagdad von Aktivitäten in der kurdischen Region abgesehen hatten.

Mit den energiewirtschaftlichen Abkommen verband die KRG auch die Hoffnung auf politische Rückendeckung, vor allem aus Moskau.

Die international agierenden Ölkonzerne, die sogenannten Majors, bringen finanzielle und technische Ressourcen mit in die Kooperation und steigern die Reputation des Partners. Mit den energiewirtschaftlichen Abkommen verband die KRG auch die Hoffnung auf politische Rückendeckung, vor allem aus Moskau, die allerdings in der Krise rund um das Referendum ausblieb. Die KRG und der russische Ölkonzern Rosneft hatten zwischen Februar und Oktober 2017 eine Reihe von Vereinbarungen getroffen.³³ Unter anderem gewährte der russische Energieriese der Autonomen Region Kurdistan einen Vorschuss in Höhe von 1,5 Milliarden US-Dollar, rückzahlbar in Form von Erdölexporten binnen drei bis fünf Jahren. Zusammen mit weiteren Vorauszahlungen, die sie von internationalen Mineralölhändlern erhielt, kam die KRG durch diese Deals in die Lage, Schulden gegenüber anderen Mineralölkonzernen begleichen zu können. Rosneft hat sich ferner für 1,8 Milliarden US-Dollar mit 60 Prozent an der kurdischen Pipeline beteiligt. Bereits bis Ende 2017 sollte die Kapazität der Leitung von 700 000 bpd auf 1 000 000 bpd erhöht werden. Exporte in dieser Größenordnung sind ohne Zugriff auf die Vorkommen im umstrittenen Kirkuk-Gebiet unrealistisch. Allerdings gehört Rosneft zu 20 Prozent dem britischen Mineralölunternehmen BP, das vom irakischen Ölministerium beauftragt wurde, die Produktion der Kirkuk-Felder auf 1 000 000 bpd zu steigern.³⁴ Diese Beziehung könnte ausschlaggebend sein für eine Wiederaufnahme der Exporte über die KRG-Pipeline.³⁵ Außerdem haben die Autonomie-

31 Vgl. Missy Ryan/Steven Mufson, »How Exxon, under Rex Tillerson, Won Iraqi Oil Fields and Nearly Lost Iraq«, in: *Washington Post*, 9.1.2017, <www.washingtonpost.com/world/national-security/how-exxon-under-rex-tillerson-won-iraqi-oil-fields-and-nearly-lost-iraq/2017/01/09/5f6efa28-d40c-11e6-9cb0-54ab630851e8_story.html> (Zugriff am 20.5.2017).

32 Inzwischen hat der Konzern aufgrund eines Rückgangs der Produktion drei Felder (Arbat East, Betwata und Qara Hanjeer) wieder aufgegeben, siehe »ExxonMobil Exits Kurdistan Region Blocks«, *The Oil & Gas Year* (online), 6.12.2016, <www.theoilandgasyear.com/news/exxonmobil-exits-kurdistan-region-blocks/> (Zugriff am 20.5.2017).

33 Vgl. Ahmed Tabaqchali, »Rosneft in the Kurdish Region: Moscow's Balancing Act«, *IraqInContext* (online), 3.11.2017, <www.iraqincontext.com/single-post/2017/11/03/Rosneft-in-the-Kurdish-Region-Moscows-Balancing-Act> (Zugriff am 10.3.2017).

34 Vgl. Aref Mohammed, »UPDATE 2-Iraq, BP Sign Kirkuk Oilfield Development Contract, Official Says«, *Reuters*, 7.5.2018, <<https://af.reuters.com/article/commoditiesNews/idAFL8N1SE4Y6>> (Zugriff am 9.5.2018).

35 Vgl. David Sheppard »BP Strikes Deal with Iraq to Exploit Giant Kirkuk Field«, in: *Financial Times*, 18.1.2018,

regierung und Rosneft den Bau einer Gaspipeline mit einer Kapazität von bis zu 30 Milliarden Kubikmeter pro Jahr (billion cubic meters per year, bcm/y) auf BOOT-Basis (Build, Own, Operate, Transfer) vereinbart. Der Ölkonzern investiert hierfür 1 Milliarde US-Dollar. Erste Gasexporte sind für 2020 geplant, zunächst in die Türkei und anschließend nach Europa. Rosneft verkündete zudem die Erschließung von fünf Öl-Blöcken ab 2021, darunter Felder in den mittlerweile von Bagdad kontrollierten umstrittenen Gebieten, mit Reserven im Umfang von bis zu 670 Millionen Barrel Erdöl. Angesichts der deutlichen Reduzierungen der Annahmen über die Reserven in der Autonomen Region erscheinen diese Zahlen jedoch zu optimistisch. Das kurdische Rohöl soll über die Türkei an die Raffinerien von Rosneft in Deutschland geliefert werden. Die deutsche Tochtergesellschaft von Rosneft hält Beteiligungen an den drei Raffinerien Bayernoil bei Ingolstadt, PCK in Schwedt (Oder) und MiRO in Karlsruhe.³⁶

Türkei

Durch die strategische Partnerschaft mit der Türkei konnte die Autonome Region Kurdistan ihre Legitimität als De-facto-Staat auf internationaler Ebene erhöhen und sich wirtschaftlich einen von der irakischen Zentralregierung unabhängigen Zugang zu den internationalen Märkten verschaffen. Die energiepolitische Zusammenarbeit mit Ankara basiert auf einem umfassenden Paket von Vereinbarungen, das am 6. November 2013 unterzeichnet wurde und für mindestens 50 Jahre gültig sein sollte. Im Rahmen dieser Kooperation wurde die unabhängige KRG-Pipeline errichtet. Des Weiteren einigte sich Erbil mit der Turkish Energy Company, die der staatlichen BOTAŞ/Petroleum Pipeline Corporation gehört, auf Gaslieferungen, die nach dem Bau einer Gaspipeline schrittweise von anfänglich 4 bcm/y auf 10 bcm/y im Jahr 2020 und schließlich 20 bcm/y im Jahr 2025 erhöht werden sollten. Mittlerweile aber ist der Gasbedarf der Türkei zurückgegangen.³⁷ Ein von Ankara kontrolliertes Zahlungssystem garantierte den Schutz vor

<www.ft.com/content/dd55468c-fc46-11e7-a492-2c9be7f3120a> (Zugriff am 28.2.2018).

³⁶ Vgl. Mineralölwirtschaftsverband e.V., *Rosneft Deutschland ist neues Mitglied im MWV*, Berlin, 30.1.2017,

<<https://www.mwv.de/presse/rosneft-neues-mitglied/>> (Zugriff am 19.8.2017).

³⁷ Vgl. Gulmira Rzayeva, *Turkey's Gas Demand Decline: Reasons and Consequences*, Oxford: OIES, April 2017 (Energy Insight 11).

Zugriffen durch Bagdad. Die Erlöse aus dem Erdölhandel wurden und werden über die türkische Halkbank an die Kurdische Regionalregierung transferiert. Dank dieser Kontrolle über die Einnahmen des für die irakischen Kurden existentiellen Energiesektors avancierte die Türkei quasi zu einem »Finanzpatron« der KRG.³⁸

Die bis dahin engen Beziehungen zwischen Ankara und Erbil beruhten auf intensiven Kontakten zwischen der türkischen Regierungspartei, der Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP), und der Kurdischen Demokratischen Partei (KDP) sowie auf guten persönlichen Beziehungen zwischen dem türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan, dem nicht mehr amtierenden Präsidenten der Autonomen Region Kurdistan-Irak Masud Barzani und dessen Neffen, dem Ministerpräsidenten der KRG Nechirvan Barzani.³⁹ Jenseits der energiepolitischen Partnerschaft verbinden Ankara und Erbil aber auch gemeinsame sicherheitspolitische Interessen, die vor dem Hintergrund der Anschläge der PKK auf die Pipeline-Infrastruktur wiederum auch für die energiewirtschaftliche Kooperation relevant sind. Beide Seiten sind gegen eine Präsenz der PKK in der Grenzregion zur Türkei und besonders im Sindschar-Gebiet im Nord-Irak.⁴⁰

Jenseits der energiepolitischen Partnerschaft verbinden Ankara und Erbil auch gemeinsame sicherheitspolitische Interessen.

Das Unabhängigkeitsreferendum indes hat die guten Beziehungen zwischen der Türkei und der KRG auf eine ernste Probe gestellt. Die türkische Regierung hatte Masud Barzani dazu gedrängt, auf die Durch-

³⁸ Siehe dazu Denise Natali, »Turkey's Kurdish Client State«, *Al-Monitor*, 14.11.2014, <www.al-monitor.com/pulse/originals/2014/11/turkey-krq-client-state.html> (Zugriff am 24.5.2017).

³⁹ Siehe dazu Gülistan Gürbey, »Von der Konfrontation zur Kooperation: Die Annäherung zwischen Kurdistan-Irak und der Türkei«, in: Günter Seufert (Hg.), *Der Aufschwung kurdischer Politik. Zur Lage der Kurden in Irak, Syrien und der Türkei*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Mai 2015 (SWP-Studie 10/2015), S. 25–36.

⁴⁰ Vgl. »KRG Won't Allow PKK to Attack Turkey, Threaten Its Security, PM Barzani Says«, *Daily Sabah*, 29.3.2018, <www.dailysabah.com/politics/2018/03/29/krq-wont-allow-pkk-to-attack-turkey-threaten-its-security-pm-barzani-says> (Zugriff am 14.4.2018).

führung des Referendums zu verzichten. Ankara sah in der Volksabstimmung und in der Vorbildwirkung, die von ihr möglicherweise ausgehen könnte, eine Gefahr für die nationale Sicherheit der Türkei.⁴¹ Im Hinblick auf Kirkuk duldet die Türkei bis zum Unabhängigkeitsreferendum die faktische Kontrolle der Kurden. Sie präferiert aber einen Sonderstatus für die rohstoffreiche Region und eine gleichberechtigte politische Partizipation aller ethnischen Gruppen. Eine Einverleibung der Stadt und der Region Kirkuk in das kurdische Territorium lehnt sie ab. Nicht zuletzt betrachtet die türkische Regierung im Rahmen ihrer neo-osmanischen Regionalpolitik ehemalige osmanische Gebiete ohnehin als natürliche Einflussphären. Auch hat sie zumindest verbal eigene Ansprüche auf Kirkuk (und Mossul) angemeldet.⁴²

Nach dem Referendum erklärte Ankara umgehend, fortan die irakische Zentralregierung als alleinige legitime Autorität im Irak zu betrachten und von nun an über sämtliche Angelegenheiten in Sachen Grenzübergänge, Flughäfen und Energie mit Bagdad direkt zu verhandeln.⁴³ Die Türkei drohte sogar damit, die Pipeline-Verbindung zu kappen.⁴⁴ Die Schließung der Pipeline hätte verheerende ökonomische Folgen für die KRG. Allerdings kam es zu keiner Unterbrechung der internationalen Ölverkäufe über den türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan. Mit der Anerkennung Bagdads als einzig rechtmäßiger Instanz in der irakischen Energieexportpolitik würde Ankara freilich seinen Einfluss auf die KRG dramatisch reduzieren und außerdem die eigene rechtliche Position unterminieren. Denn der Irak hat im Jahr 2014 wegen des

Verkaufs kurdischen Öls über die Türkei ein Verfahren vor dem Internationalen Schiedsgerichtshof der Internationalen Handelskammer (ICC) eingeleitet – gegen die Türkei als Beklagte.⁴⁵ Bagdad und Ankara befinden sich seit dem Referendum in schwierigen Verhandlungen über die weitere Gestaltung der Öl-Exporte in die Türkei, die durch ausstehende Schulden der KRG noch verkompliziert werden.⁴⁶ Mit der Rückkehr irakischer Sicherheitskräfte an die türkische Grenze würde die Türkei zwar Handlungsspielraum gegenüber der Regierung in Bagdad verlieren. Allerdings hat Ankara ein Interesse daran, mit dem Irak zu kooperieren, um die PKK zu bekämpfen und die kurdischen Gebiete in Syrien zu isolieren und die kurdische Selbstverwaltung dort zu zerschlagen.⁴⁷ Die Regierung Erdoğan hatte lange Zeit einen deutlich konfrontativeren Kurs der KRG gegenüber der PKK erwartet und weitete nach dem Referendum ihre grenzüberschreitenden Militäraktionen aus. Dazu gehört auch die Errichtung neuer Militärstützpunkte in den Regionen Hakurk und Kani Rash.⁴⁸

Iran

Die KRG strebte eine Diversifikation ihrer Öl- und Gasexporte an und prüfte deshalb auch Alternativen zur Türkei. Sie bemühte sich vor allem, die energiepolitische Kooperation mit dem Iran auszuweiten, um eine Balance in ihren Beziehungen zu Ankara und zu Teheran herzustellen. Die Regierung in Erbil verband mit einer solchen Balance die Hoffnung, dass

41 Vgl. Burcu Arik, »Turkey: Kurdish Referendum Threatens National Security«, *Anadolu Agency*, 23.9.2017, <<http://aa.com.tr/en/middle-east/turkey-kurdish-referendum-threatens-national-security/917283>> (Zugriff am 28.9.2017).

42 Siehe dazu Nick Danforth, »Turkey's New Maps Are Reclaiming the Ottoman Empire«, *Foreign Policy* (online), 23.10.2016, <<http://foreignpolicy.com/2016/10/23/turkeys-religious-nationalists-want-ottoman-borders-iraq-erdogan/>> (Zugriff am 13.4.2018).

43 Vgl. Ayse Humeyra Atilgan, »Turkey Sees Baghdad as Iraq's »Legitimate Authority««, *Anadolu Agency*, 25.9.2017, <<http://aa.com.tr/en/middle-east/turkey-sees-baghdad-as-iraqs-legitimate-authority/918797>> (Zugriff am 28.9.2017).

44 Vgl. Umit Bektas/Ece Toksabay, »We Have the Tap: Turkey's Erdogan Threatens Oil Flow from Iraq's Kurdish Area«, *Reuters*, 25.9.2017, <www.reuters.com/article/us-mideast-crisis-kurds-referendum-turke/we-have-the-tap-turkeys-erdogan-threatens-oil-flow-from-iraqs-kurdish-area-idUSKCN1C018V?il=0> (Zugriff am 28.9.2017).

45 Vgl. »Update 4-Iraq Seeks Arbitration against Turkey on Kurdish Oil Sale«, *Reuters*, 23.5.2014, <<http://uk.reuters.com/article/iraq-kurds-idUKL6N00927W20140523>> (Zugriff am 22.8.2017).

46 Vgl. Kadhim Ajrash, »Iraq's Oil Export Talks with Turkey Complicated by \$4 Billion Debt«, *Bloomberg*, 2.11.2017, <www.bloomberg.com/news/articles/2017-11-02/iraq-to-restart-kirkuk-oil-exports-this-month-via-kurdish-pipe> (Zugriff am 1.12.2017).

47 Vgl. Amberin Zaman, »Ankara Still Frosty toward KRG as Barzani Exits«, *Al-Monitor*, 30.10.2017, <www.al-monitor.com/pulse/originals/2017/10/massoud-barzani-steps-down-assuage-turkey.html> (Zugriff am 1.12.2017).

48 Vgl. Kubra Chohan, »Ankara Offers Cooperation to Baghdad to End PKK in Iraq«, *Anadolu Agency*, 16.10.2017, <<http://aa.com.tr/en/middle-east/ankara-offers-cooperation-to-baghdad-to-end-pkk-in-iraq/939041>>; Yilmaz Kazandioğlu, »Turkish Army Establishes Bases in N. Iraq«, *Anadolu Agency*, 29.3.2018, <<https://aa.com.tr/en/middle-east/turkish-army-establishes-bases-in-n-iraq/1102669>> (Zugriff jeweils am 3.5.2018).

dadurch eine Politik des Ausgleichs gefördert, Abhängigkeitsverhältnisse und Gewaltpotentiale reduziert und in der Region insgesamt mehr Sicherheit geschaffen werden könnten. Die Exporte in den Iran erfolgten lediglich in kleineren Mengen über Lastkraftwagen. Es gab aber auch Pläne zum Bau einer Pipeline in das Nachbarland, die eine Kapazität von bis zu 250 000 bpd hätte haben sollen und von Koy Sandschah im Gouvernement Erbil nach Kermanschah geführt hätte, eine vor allem von Kurden bewohnte Grenzprovinz im Westen des Iran. Eine Pipeline-Verbindung in den Iran wäre besonders im Sinne der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) gewesen, die dadurch mehr Kontrolle über die Energieexportpolitik der Autonomen Region gewonnen hätte.

Teherans Ziel war es, die Unabhängigkeitsbemühungen der irakischen Kurden durch eine moderate Energiekooperation einzudämmen.

Der Iran wollte in diese Vorhaben allerdings die irakische Zentralregierung miteinbeziehen, die ihre Zustimmung davon abhängig machte, dass auch Öl aus Kirkuk in den Iran exportiert würde. Für diesen Fall war davon auszugehen, dass die Regierung in Bagdad darauf bestünde, alleinige und direkte Empfängerin der Einnahmen zu sein.⁴⁹ Diese Konstellation hätte die Bestrebungen der KRG, eine eigenständige Energieexportpolitik zu etablieren, untergraben und Widerstand auf kurdischer Seite ausgelöst.⁵⁰ Ziel Irans war es, die Unabhängigkeitsbemühungen der irakischen Kurden durch eine moderate Energiekooperation einzudämmen. Als Reaktion auf das Referendum stoppte der Iran den Handel mit Ölprodukten mit der KRG.⁵¹ Bei der Eroberung Kirkuks und der umstrittenen Ölfelder spielte der Iran nicht nur über das schiitische Milizenbündnis Haschd asch-Scha'bi eine maßgebliche Rolle. Qassem Soleimani,

Kommandeur der Quds-Brigaden, einer Eliteeinheit der iranischen Revolutionsgarden, soll persönlich einige kurdische Politiker der PUK dazu gedrängt haben, die Ansprüche auf Kirkuk aufzugeben und ihre Peschmerga-Verbände zurückzuziehen.⁵² Inzwischen haben Bagdad und Teheran einen sogenannten Swap-Deal, also den Tausch von Erdöl, beschlossen. In einer ersten Phase soll Erdöl im Umfang von bis zu 60 000 bpd per Lkw aus Kirkuk in das iranische Kermanschah exportiert werden. Der Iran soll im Gegenzug die gleiche Menge Rohöl an die südlichen Häfen Iraks liefern. Später wollen die beiden Länder den Bau einer Pipeline in Angriff nehmen, um die Tankwagen zu ersetzen.⁵³ Allerdings ist die Umsetzung dieses Projekts aufgrund großer Sicherheitsprobleme gefährdet.⁵⁴

Europäische Union

Die KRG beabsichtigt, auf mittlere Sicht durch Gaslieferungen nach Europa nicht nur die eigenen Exporterlöse zu steigern, sondern auch die geopolitische Bedeutung und Legitimität der kurdischen Energieexportpolitik wesentlich zu erhöhen. Auf Seiten der Europäischen Union trifft sich dieses Kalkül mit den eigenen Bemühungen, die Abhängigkeit von Russland zu reduzieren und eine sichere Energieversorgung zu organisieren. Ein Schlüsselprojekt der europäischen Energiepolitik ist dabei die Pipeline-Trasse des südlichen Gaskorridors. Die Transanatolische Pipeline (TANAP), deren Inbetriebnahme für 2018 vorgesehen ist, soll zunächst 16 bcm/y von dem Shah-Deniz-II-Gasfeld in Aserbaidschan in die Türkei befördern. Durch eine Verbindung mit der im Bau befindlichen Transadriatischen Pipeline (TAP) soll das Gas ab 2019 nach Europa transportiert werden. Die geplante Kapazitätserweiterung der Transanatolischen Pipeline auf 60 bcm/y macht die Inklusion zusätzlicher Lieferan-

49 Vgl. Bijan Khajehpour, »Iran's Pipeline Politics Reaches Iraqi Kurdistan«, *Al-Monitor*, 29.6.2016, <www.al-monitor.com/pulse/originals/2016/06/iran-kurdistan-regional-government-pipeline-energy-deal.html> (Zugriff am 31.5.2017).

50 Vgl. Sara Al-Qaher, »Iraq and Iran Agree to Resolve Dispute on Joint Oil Fields«, *Al-Monitor*, 5.3.2017, <www.al-monitor.com/pulse/originals/2017/03/iran-iraq-oil-sulaymaniyah-kirkuk.html> (Zugriff am 26.5.2017).

51 Vgl. »Iran Bans Transport of Oil Products to and from Kurdistan Region«, *NRT*, 29.9.2017, <www.nrtv.com/EN/Details.aspx?Jimare=16773> (Zugriff am 30.9.2017).

52 Vgl. Ken Dilanian/Carol E. Lee/Vivian Salama, »Iranian General Helped Iraqis Seize Kirkuk From U.S. Allies«, *NBC News*, 18.10.2017, <www.nbcnews.com/news/mideast/iranian-general-helped-iraqis-seize-kirkuk-u-s-allies-n811026> (Zugriff am 1.12.2017).

53 Vgl. »Iraq and Iran Sign Kirkuk Oil Swap Deal«, *Reuters*, 9.12.2017, <www.reuters.com/article/us-iran-iraq-oil/iraq-and-iran-sign-kirkuk-oil-swap-deal-idUSKBN1E30JE> (Zugriff am 14.4.2018).

54 Vgl. Adnan Abu Zeed, »Iran Says IS Resurgence Could Hamper Oil Deal with Iraq«, *Al-Monitor*, 14.3.2018, <<https://www.al-monitor.com/pulse/originals/2018/03/iraq-kurdistan-kirkuk-oil-basra.html>> (Zugriff am 14.4.2018).

ten wie Kurdistan-Irak notwendig. Allerdings hat die EU die irakische Zentralregierung und die KRG aufgefordert, in der Energiepolitik zusammenzuarbeiten.⁵⁵ In der Zwischenzeit hat sich außerdem Moskau durch den Eintritt von Rosneft Einfluss auf die zukünftige Gasexportpolitik der KRG gesichert. Zudem gehörte die im Bau befindliche Transanatolische Pipeline schon in der Vergangenheit zu den Angriffszielen der PKK: Am 30. Juli 2015 verübte sie einen Anschlag auf einen Güterzug, der Konstruktionsmaterialien für das Projekt lieferte.⁵⁶ Demnach müssten zur Verwirklichung dieses überregionalen Energieprojekts große (sicherheits-)politische Hürden überwunden werden.

Herausforderungen für eine kurdische Energiepolitik

Rechtliche Herausforderungen

Das Ölministerium in Bagdad geht seit langem mit juristischen Mitteln gegen die unilaterale Energieexportpolitik der KRG vor. Im Februar 2007 begann das Ministerium, eine Schwarze Liste zu erstellen: Jenen internationalen Mineralölkonzernen, die in der kurdischen Region aktiv waren, verweigerte es die Teilnahme an Lizenzerteilungsrunden im Irak. Doch wurde diese Strategie entscheidend untergraben, als es dem US-Energieriesen ExxonMobil gelang, Explorationsverträge mit der KRG zu unterzeichnen und gleichzeitig Anteile am südirakischen Ölfeld West-Qurna-1 zu behalten. Gazprom Neft und Total, deren Aktivitäten im föderalen Irak wesentlich geringer sind, folgten kurz darauf diesem Beispiel. Inzwischen scheint die Praxis des »Blacklistings« von Konzernen, die in der KRG aktiv sind, deutlich gelockert worden zu sein. Neben ExxonMobil, Gazprom Neft und Total konnten sich auch Crescent Petroleum, Dana Gas und Bashneft (Tochterunternehmen von Rosneft) für die fünfte Ausschreibungsrunde des irakischen Ölministeriums am 25. April 2018 qualifizieren. Crescent Petroleum erhielt den Zuschlag für gleich drei Explo-

rationsblöcke.⁵⁷ Chevron führte zwischenzeitlich Gespräche über eine Übernahme des Majnoun-Ölfelds im Südirak.⁵⁸

Die Kurdische Regionalregierung trifft Vorkehrungen, um die Identität ihrer Ölabnehmer zu verdecken.

Auf den Beginn unilateraler KRG-Pipeline-Exporte reagierte die irakische Zentralregierung außerdem mit rechtlichen Maßnahmen gegen verschiedene Glieder der Lieferkette. Ins Visier gerieten auf diese Weise die türkische Regierung und der staatliche türkische Pipeline-Betreiber BOTAŞ. Bagdad drohte zudem juristische Schritte gegen die Inspektoren am Mittelmeerhafen Ceyhan an und verklagte den wichtigsten Reedereipartner der KRG, Marine Management Services (MMS). Die Zentralregierung übte auch Druck auf marokkanische Behörden aus, die daraufhin den von Ceyhan aus gestarteten Öltanker United Leadership aufforderten, den Hafen Mohammedia zu verlassen. Italien sah sich gezwungen, Mineralölhändler und Raffinerien vor möglichen Klagen der irakischen Regierung zu warnen. In einem weiteren Fall leitete Bagdad gerichtliche Schritte in den USA ein, um den Öltanker *United Kalavryta* daran zu hindern, kurdisches Öl in Texas zu entladen.⁵⁹

Die Kurdische Regionalregierung trifft verschiedene Vorkehrungen, um die Verfolgung ihrer Erdöltransporte zu erschweren und die Identität ihrer Kunden zu verdecken. Zu diesen Bemühungen gehören der Transfer auf andere Öltanker vor der Küste von Malta, der Einsatz von Köderschiffen und der Export nach bzw. über Aschkelon in Israel.⁶⁰ Der Irak und Israel unterhalten keine offiziellen diplomatischen

⁵⁵ Vgl. Council of the European Union, *Council Conclusions on Iraq*, Foreign Affairs Council Meeting, Luxemburg, 23.6.2014, <www.consilium.europa.eu/media/28032/143337.pdf> (Zugriff am 6.4.2018).

⁵⁶ Vgl. Ufuk Sanli, »How the PKK Is Entering Energy Wars«, *Al-Monitor*, 16.3.2016, <www.almonitor.com/pulse/en/originals/2016/03/turkey-israel-pkk-shadow-player-energy-wars.html> (Zugriff am 10.6.2017).

⁵⁷ Vgl. Maher Chmaytelli, »No Oil Majors Win Contracts in Iraq Oil Licensing Round«, *Reuters*, 26.4.2018, <<https://uk.reuters.com/article/uk-iraq-oil-gas/no-oil-majors-win-contracts-in-iraq-oil-licensing-round-idUKKBN1HX2V2>> (Zugriff am 9.5.2018).

⁵⁸ Vgl. »Iraq Says in Talks with Chevron about Majnoun Oilfield«, *Reuters*, 27.2.2018, <www.reuters.com/article/us-iraq-oil/iraq-says-in-talks-with-chevron-about-majnoun-oilfield-idUSKCN1GB16A> (Zugriff am 14.3.2017).

⁵⁹ Vgl. Robert Pirog, *Kurdish Oil Exports and U.S. Policy*, Washington, D.C.: Congressional Research Service, September 2014 (Memorandum).

⁶⁰ Vgl. Dmitry Zhdannikov, »Exclusive: How Kurdistan Bypassed Baghdad and Sold Oil on Global Markets«, *Reuters*, 17.11.2015, <www.reuters.com/article/us-iraq-kurdistan-oil/idUSKCN0T61HH20151117> (Zugriff am 6.6.2017).

Beziehungen, so dass Bagdad gegen diese Empfänger von Öl aus der KRG keine rechtlichen Maßnahmen einleiten kann. Weitere nennenswerte Importeure sind einzelne europäische Staaten wie Griechenland und Italien. Nichtsdestotrotz setzt die irakische Zentralregierung ihre juristischen Vorstöße fort. Als Reaktion auf eine Verschiffung von Rohöl aus Kurdistan-Irak ging Bagdad gerichtlich gegen Vitol, den weltweit größten unabhängigen Mineralölhändler, und dessen Tochtergesellschaften vor. Der Federal Court of Canada ordnete am 29. Juni 2017 die Beschlagnahme einer Ladung an, die sich auf einem Schiff in kanadischen Gewässern befand.⁶¹ Aufgrund solcher rechtlichen Unsicherheiten ist die KRG gezwungen, signifikante Preisnachlässe zu gewähren, die ihr finanzielles Defizit vergrößern und sie dazu zwingen, neue Schulden aufzunehmen.

Ökonomische Herausforderungen

Die Regierungseinnahmen der KRG lagen 2016, nach Abzug der Zahlungen an die internationalen Mineralölkonzerne, im Mittel bei unter 400 Millionen US-Dollar im Monat. Im ersten Halbjahr 2017 betrug der Nettoumsatz (einschließlich Vorauszahlungen) 3,3 Milliarden US-Dollar.⁶² Das größte Problem, mit dem Erbil zu kämpfen hatte, war der starke Rückgang des internationalen Erdölpreises von 115 US-Dollar pro Barrel im Juni 2014 auf 35 US-Dollar pro Barrel im Dezember 2015. Der durchschnittliche Verkaufspreis belief sich 2017 auf 54 US-Dollar pro Barrel.⁶³ Und noch andere Faktoren verstärken die Unsicherheit rund um die kurdischen Exporteinnahmen. So streitet die KRG mit der Zentralregierung in Bagdad über die Modalitäten gemeinsamer Exporte. Zudem kommt es zu temporären Ausfällen der Pipeline-Exportinfrastruktur und die internationalen Ölkonzerne ringen aufgrund von Zahlungsnöten der

61 Vgl. Nia Williams, »Update 2-Canada Orders Seizure of Oil Tanker Carrying Crude from Iraqi Kurdistan«, *Reuters*, 4.7.2017, <www.reuters.com/article/canada-iraq-tanker-idUSL1N1JV0TQ> (Zugriff am 10.7.2017).

62 Vgl. Deloitte, »Kurdistan Regional Government of Iraq. Oil Production, Export, Consumption and Revenue for the Period 1 January 2017 to 30 June 2017«, 13.1.2018, <http://cabinet.gov.krd/uploads/documents/2018/Deloitte_Report_on_KRG_Oil_Export_Consumption_and_Revenues_for_First_Half_of_2017_ENG_KU_AR.pdf> (Zugriff am 14.4.2017).

63 Vgl. U.S. Energy Information Administration (eia), *Short-Term Energy Outlook*, Washington, D.C.: eia, März 2018.

KRG und geologisch bedingter Erschwernisse mit Produktionsschwierigkeiten. Der schwerste Schlag für die Autonome Region ist freilich der Verlust der Ölfelder in Kirkuk.

Auf der Ausgabenseite gefährdet ein aufgeblähter öffentlicher Sektor, der im Verhältnis zur Bevölkerung zu den größten weltweit gehört, die Haushaltsbilanz. Lohn- und Gehaltszahlungen, Renten und sonstige Personalkosten lagen Anfang 2015 bei durchschnittlich 750 Millionen US-Dollar im Monat, konnten aber durch starke Gehalts- und Zulagenkürzungen auf 450 Millionen US-Dollar gesenkt werden. Eine Verzögerung der Gehaltszahlungen von mehr als drei Monaten hatte im Oktober 2015 wochenlang gewaltsame Proteste ausgelöst.⁶⁴ Auch nach dem Referendum kam es im Dezember 2017 zu blutigen Demonstrationen⁶⁵ und im März 2018 schlugen Sicherheitskräfte Proteste mit massiver Gewalt nieder.⁶⁶ Die finanzielle Belastung, der die KRG ausgesetzt ist, ist durch den Zustrom von circa 2 Millionen Flüchtlingen und Binnenvertriebenen zusätzlich vergrößert worden. Die in diesem Rahmen anfallenden Sozialausgaben betragen allein für das Jahr 2015 1,4 Milliarden US-Dollar.⁶⁷

Die Schulden der KRG haben sich auf schätzungsweise 25 Milliarden US-Dollar summiert.

Aus all diesen ungünstigen finanziellen Entwicklungen resultierte ein Haushaltsdefizit, das 2014 noch bei 6,5 Milliarden US-Dollar lag, inzwischen jedoch grob geschätzt auf 1 Milliarde US-Dollar reduziert werden konnte. Die Schulden der KRG haben sich auf

64 Vgl. »KRG Says Delayed Salaries to Be Paid this Month«, *Rudaw*, 20.10.2015, <www.rudaw.net/english/kurdistan/201020151> (Zugriff am 6.6.2017).

65 Vgl. Gul Tuysuz/Hamdi Alkshali/Muwafaq Mohammed, »At Least 6 Killed During Violent Protests in Kurdistan«, *CNN*, 19.12.2017, <<https://edition.cnn.com/2017/12/19/middleeast/iraq-kurdish-protests/index.html>> (Zugriff am 14.4.2018).

66 Vgl. Amnesty International, »Iraq: Violence against Protesters and Journalists in Kurdistan Region Shows Blatant Disregard for Freedom of Expression«, *Amnesty.org*, 28.3.2018, <www.amnesty.org/en/latest/news/2018/03/iraq-violence-against-protesters-and-journalists-in-kurdistan-region-shows-blatant-disregard-for-freedom-of-expression/> (Zugriff am 14.4.2018).

67 Vgl. Sibel Kulaksiz, *The Kurdistan Region of Iraq – Assessing the Economic and Social Impact of the Syrian Conflict and ISIS*, Washington, D.C.: World Bank Group, 1.1.2015.

schätzungsweise 25 Milliarden US-Dollar summiert. Sie setzen sich zusammen aus Bankverbindlichkeiten (6 Mrd. US-Dollar), Rückständen bei der Zahlung von Gehältern (8,4 Mrd. US-Dollar), Verbindlichkeiten bei privaten in- und ausländischen Auftragnehmern (5,2 Mrd. US-Dollar), beträchtlichen Darlehen der türkischen Regierung (1,4 Mrd. US-Dollar) und Verpflichtungen aus zahlreichen Vorauszahlungsverträgen mit internationalen Ölhändlern und mit Rosneft (4 Mrd. US-Dollar).⁶⁸

Mit der Übernahme der Ölfelder Avana Dome und Bai Hassan durch die staatliche SOMO hat die KRG die Kontrolle über 280 000 bpd verloren und damit rund die Hälfte ihres gesamten Exportvolumens, was sich dramatisch auf die Einnahmen der Region, die Finanzierbarkeit des öffentlichen Sektors und die Spielräume zur Rückzahlung der Schulden auswirkt. Die Mineralölkonzerne, die das für die Regierungseinnahmen entscheidende Öl produzieren, werden unter diesen finanziellen Umständen ihre Investitionen drosseln und Produktionserweiterungspläne verworfen müssen, wodurch Exportsteigerungen in Kurdistan-Irak erst mal außer Sichtweite geraten. Bagdad fordert zudem die Rückgabe des Khurmala-Feldes, das bereits seit Juli 2009 von der kurdischen KAR Group betrieben wird und etwa 110 000 bpd produziert. Der Verlust dieses Feldes würde praktisch einem Ende des kurdischen Ölsektors gleichkommen.⁶⁹ Khurmala ist geologisch Teil des Kirkuk-Feldes, liegt aber außerhalb des Gouvernements Kirkuk im umstrittenen Maxmur-Distrikt der Provinz Erbil.

(Sicherheits-)politische Herausforderungen

Die Etablierung einer eigenen Energieexportpolitik hat die Abhängigkeit Irakis-Kurdistans von der Zentralregierung in Bagdad verringert, seine Abhängigkeit von der Türkei und seine Anfälligkeit für Einmischungen des Iran aber erhöht. Die dominanten kurdischen Parteien KDP und PUK verfügen über je eigene territoriale Einflussphären und pflegen unterschiedliche politische und (sicherheits-)politische

Verbindungen in der Region. Die türkisch-kurdische Energiepartnerschaft, die sich zu einem wesentlichen Teil den guten grenzüberschreitenden Parteibeziehungen und dem guten Verhältnis zwischen Masud Barzani und Recep Tayyip Erdoğan verdankt, hat die innerkurdische Position der KDP gestärkt. Dies hängt auch damit zusammen, dass der lukrative Erdöllexport in die Türkei über das von der KDP kontrollierte Territorium im Norden erfolgt und die von Masud Barzani geführte Partei auch die Einnahmen weitestgehend kontrollierte. Die PUK hat der KDP vorgeworfen, die Erlöse aus dem Erdölverkauf nicht gerecht zu verteilen, sondern eine Klientelpolitik zu betreiben und Investitionen im eigenen Herrschaftsbereich zu tätigen, während die von der PUK kontrollierten Gebiete (der südliche Teil der autonomen Region) vernachlässigt worden seien. Um ihre Position innerhalb der Autonomen Region zu verbessern und den Machtzuwachs der KDP einzudämmen, hat die PUK ihre Allianz mit dem Iran und ihre freundschaftlichen Beziehungen zur Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) intensiviert.

Die PKK wendet sich ihrerseits entschieden gegen die strategische Partnerschaft der KRG mit der Türkei, da aus ihrer Sicht unter anderem die türkische Wirtschaft davon profitiert.⁷⁰ Am 29. Juli 2015 verübte sie einen Bombenanschlag auf den türkischen Abschnitt der Kirkuk-Ceyhan-Pipeline, woraufhin die Ölverkäufe der KRG im Juli und August 2015 zurückgingen.⁷¹ Zu einem erneuten Ausfall der Pipeline-Verbindung kam es zwischen dem 17. Februar und dem 10. März 2016 nach einer weiteren Attacke, dieses Mal in der Nähe von Urfa in der Türkei, für die ebenfalls die PKK verantwortlich gemacht wird.⁷² Das Exportvolumen fiel dadurch auf etwas mehr als die Hälfte des ursprünglichen Niveaus.

Im Zentrum der innerkurdischen energiepolitischen Konkurrenz stehen die Stadt Kirkuk und die sie umgebende Region. Während die KDP ab Juli 2014 wich-

⁶⁸ Vgl. Ahmed Tabaqchali, *Statehood in the Kurdistan Region of Iraq through an Economic Lens*, Suleymaniah: Institute of Regional and International Studies, Februar 2018.

⁶⁹ Vgl. Nussaibah Younis, »Baghdad and KRG Locked in a Standoff«, *Atlantic Council* (online), 1.2.2018, <www.atlanticcouncil.org/blogs/menasource/baghdad-and-kr-g-locked-in-a-standoff> (Zugriff am 19.2.2017).

⁷⁰ Vgl. »PKK Official Says Group Opposes KRG-Turkey Natural Gas Agreement«, *Rudaw*, 18.2.2016, <www.rudaw.net/english/kurdistan/180220161> (Zugriff am 6.4.2018).

⁷¹ Vgl. Ministry of Natural Resources, *Ministry of Natural Resources Update on Interruptions to the Export Pipeline*, Erbil, 18.8.2015, <<http://mnr.krg.org/index.php/en/press-releases/473-ministry-of-natural-resources-update-on-interruptions-to-the-export-pipeline>> (Zugriff am 3.5.2017).

⁷² Vgl. »Pipeline Sabotaged by PKK Costing KRG \$14m a Day in Losses: Minister«, *Rudaw*, 23.2.2016, <www.rudaw.net/english/kurdistan/230220165> (Zugriff am 3.5.2017).

tige Ölfelder im Nordwesten Kirkuks militärisch kontrollierte, waren Peschmerga der PUK im Osten und Südosten der Ölprovinz stationiert. Am 2. März 2017 übernahmen Letztere vorübergehend Einrichtungen der staatlichen North Oil Company in Kirkuk und unterbrachen kurzzeitig den Export. Grund dafür war die Unzufriedenheit der PUK mit dem Exportdeal zwischen der KRG und der North Oil Company vom 19. August 2016 hinsichtlich der Verteilung der Einnahmen und der Transparenz im Allgemeinen. Gemäß einer neuen, am 8. März 2017 in Kraft getretenen Vereinbarung zwischen der KRG und der irakischen Zentralregierung wurde die Kapazität der Erdölraffinerie in Kirkuk auf 40 000 bpd erweitert.⁷³ Doch die Sanktionsmaßnahmen des Iran, nämlich die Schließung der Grenzen und der Stopp des Ölhandels, gefährdeten das wirtschaftliche Fundament der PUK, die damit auch an politischer Relevanz einzubüßen drohte. Die PUK entschied sich schließlich deshalb bei der Offensive der irakischen Zentralregierung gegen Kirkuk zu einer Kooperation mit Bagdad und dem Milizenbündnis Haschd asch-Scha'bi.⁷⁴ Partikuläre Interessen der Parteien und persönliche Ambitionen der Kurden-Führer verkomplizieren so die energie- und sicherheitspolitischen Strukturen Kurdistan-Iraks, die dringend reformiert und stabilisiert werden müssen.

Die sicherheitspolitische Situation in Kirkuk und in anderen umstrittenen Gebieten hat mit der militärischen Eroberung durch die Regierungstruppen und die Haschd asch-Scha'bi eine neue Dimension erreicht. Vor allem die verstärkte Präsenz der schiitischen Milizen in Territorien, die sie früher selbst kontrollierte, nimmt die KRG als große Bedrohung wahr. Diese Milizen werden für Angriffe auf die kurdische Zivilbevölkerung, insbesondere in Tuz Khormato in der Provinz Salah ad-Din am 16. Oktober 2017, verantwortlich gemacht.⁷⁵ Mehr als 180 000

Zivilisten aus den umstrittenen Gebieten, überwiegend Kurden, wurden im Zuge des Konflikts zwischen Bagdad und Erbil vertrieben.⁷⁶

Schlussfolgerungen und Perspektiven

Die Führungseliten der Autonomieregion haben begonnen zu verstehen, dass Kurdistan-Irak als reiner »Rentierstaat« mit einem überproportional großen öffentlichen Sektor und kostspieligen staatlichen Subventionen nicht überlebensfähig ist. Mit den destruktiven Folgen der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Krise wuchs der politische Wille, dringend notwendige Reformen auf den Weg zu bringen. Tatsächlich konnten die Regierungsausgaben halbiert und das Haushaltsdefizit deutlich reduziert werden. Allerdings muss der Umfang des nach wie vor überdimensionierten Staatsapparats dringend weiter zurückgestutzt werden.⁷⁷ Im Rahmen dieses Umstrukturierungsprozesses arbeitete die KRG mit einer Vielzahl von Partnern wie der Weltbank und den Vereinten Nationen zusammen. Am 30. Mai 2016 präsentierten das kurdische Ministerium für Planung und die Weltbank einen gemeinsamen Fahrplan für Reformen zur Stabilisierung und Diversifizierung der kurdischen Wirtschaft, mit dessen Hilfe die ökonomische Krise überwunden und mittel- bis längerfristig die Abhängigkeit vom Ölsektor reduziert werden sollte.⁷⁸

Der Erfolg der wirtschaftlichen Stabilisierung wird trotz Kostensenkungsmaßnahmen und zukünftigen Diversifikationen zu einem wesentlichen Teil von der Legitimität, Profitabilität und Stabilität der kurdischen Energieexportpolitik abhängen. In Anbetracht

[khurmatu-amid-indiscriminate-attacks-lootings-and-arson/](#) (Zugriff am 6.4.2018).

⁷⁶ Vgl. »More than 180,000 People, Mostly Kurds, Displaced by Iraqi-Kurdish Conflict«, *Reuters*, 2.11.2017, <[www.reuters.com/article/us-mideast-crisis-iraq-kurds-refugees/more-than-180000-people-mostly-kurds-displaced-by-iraqi-kurdish-conflict-idUSKBN1D220A](#)> (Zugriff am 30.11.2017).

⁷⁷ Vgl. Alan Mohtadi, »What's Required for Kurdistan to Overcome Its Economic Crisis?«, in: *Jerusalem Post*, 23.1.2018, <[www.jpost.com/Middle-East/Whats-required-for-Kurdistan-to-overcome-its-economic-crisis-539605](#)> (Zugriff am 19.2.2018).

⁷⁸ Vgl. World Bank, *The Kurdistan Region of Iraq – Reforming the Economy for Shared Prosperity and Protecting the Vulnerable: Executive Summary*, Washington, D.C.: World Bank Group, 30.5.2016, S. 2.

⁷³ Vgl. Omar Sattar, »Conflict over Kirkuk Oil Returns«, *Al-Monitor*, 19.3.2017, <[www.al-monitor.com/pulse/originals/2017/03/kirkuk-patriotic-union-of-kurdistan-erbil-sulaimaniya.html](#)> (Zugriff am 7.6.2017).

⁷⁴ Vgl. Harith Hasan Al-Qarawee, »Intra-Kurdish Division and Abadi's Options«, *Atlantic Council* (online), 17.10.2017, <[www.atlanticcouncil.org/blogs/menasource/intra-kurdish-division-and-abadi-s-options](#)> (Zugriff am 30.11.2017).

⁷⁵ Vgl. Amnesty International, »Iraq: Fresh Evidence that Tens of Thousands Forced to Flee Tuz Khurmatu amid Indiscriminate Attacks, Lootings and Arson«, *Amnesty.org*, 24.10.2017, <[www.amnesty.org/en/latest/news/2017/10/iraq-fresh-evidence-that-tens-of-thousands-forced-to-flee-tuz](#)>

der oben genannten rechtlichen, ökonomischen und (sicherheits-)politischen Herausforderungen lassen sich folgende Schlussfolgerungen ableiten:

Erstens sollte sich die KRG bemühen, ihre Energiepolitik auf eine juristisch solide Grundlage zu stellen. Sie sollte deshalb selbst das größte Interesse an einer eindeutigen und rechtsverbindlichen Lösung für den Erdöl- und Territorialdisput mit Bagdad haben. Die Abwärtskorrektur der Schätzungen wichtiger Reserven in Kurdistan-Irak und der Verlust der Ressourcen in Kirkuk erhöhen zusätzlich die Notwendigkeit zu handeln. Vor der militärischen Offensive der Zentralregierung entstammte mehr als die Hälfte der kurdischen Produktion aus Feldern im Kirkuk-Gebiet. Auch wenn der Machtwechsel in Kirkuk die Dringlichkeit einer Zusammenarbeit mit Erbil für Bagdad zunächst reduziert, könnte eine Revenue-Sharing-Vereinbarung, die auch das nach wie vor von der KRG kontrollierte Khurmala-Feld miteinschließt, eine Win-Win-Situation für beide Seiten herbeiführen. Denn auch wenn Bagdad plant, das Erdöl aus Kirkuk über alternative Routen zu exportieren, wird die Umsetzung eines solchen Vorhabens Zeit in Anspruch nehmen und die politische Dimension des Konflikts kann nicht einfach ignoriert werden. Eine nachhaltige Vereinbarung zwischen Bagdad und Erbil würde zur Normalisierung der Lage beitragen und der KRG ermöglichen, mit Preisnachlässen auf kurdisches Öl Schluss zu machen.⁷⁹

Die KRG sollte sich bemühen, ihre Energiepolitik auf eine juristisch solide Grundlage zu stellen.

Zweitens muss die KRG die Profitabilität ihrer Energieexporte steigern. Die Einnahmerückgänge, die sie insbesondere durch den Verlust der Kirkuk-Felder erlitten hat, sollte sie zumindest teilweise durch Produktions- und Exportzuwächse in der Autonomen Region Kurdistan-Irak kompensieren. Die KRG hat angesichts der großen Vorkommen im Kirkuk-Gebiet lange Zeit ihr »Kerngeschäft« vernachlässigt. Sie sollte Einnahmen aus dem Ölgeschäft zweckgebunden für regelmäßige und transparente Zahlungen an die internationalen Ölkonzerne einsetzen, die zumindest deren Kosten decken und das nötige Vertrauen für

Investitionen zur Produktionssteigerung aufbauen. Die Erfüllung bestehender Exportvereinbarungen, die Ausfuhren aus den umstrittenen Gebieten mit einkalkulierten, und die Rückzahlung der angehäuften Schulden sind jedoch ohne eine Übereinkunft mit Bagdad nicht möglich.

Insbesondere Gaslieferungen in die Türkei und eine mittelfristige Integration in den südlichen Gas-korridor über die Transanatolische Pipeline würden die Energieexporterlöse der KRG deutlich steigern und die Anbindung an Europa verbessern. Der Zugang zum europäischen Energiemarkt würde allerdings unter der Kontrolle des russischen Mineralunternehmens Rosneft erfolgen und somit dem politischen Einfluss Moskaus unterstehen. Eine Vereinbarung zwischen der russischen und der türkischen Regierung soll es bereits geben.⁸⁰ Jedoch wurde dieser Deal vor dem Referendum und den Vergeltungsmaßnahmen der irakischen Zentralregierung getroffen. Derzeit befinden sich die Bagdader Regierung und Rosneft in Gesprächen. Bagdad fordert eine Aufklärung über Verträge zwischen dem russischen Konzern und der KRG.⁸¹

Drittens muss die KRG eine Reihe von (sicherheits-)politischen Herausforderungen bewältigen. Die Parteienkonkurrenz um die Kontrolle über die natürlichen Ressourcen, insbesondere in den umstrittenen Gebieten, hat in der Vergangenheit die Stabilität der Erdölexporte gefährdet und die Durchführung geplanter Gasexporte erschwert. Die Gasressourcen befinden sich größtenteils unter der Kontrolle der PUK, Exporte in die Türkei müssten aber KRG-Territorium passieren. Um parteipolitische Rivalitäten zukünftig auszuschalten und die Kontinuität der Energieexporte sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die KRG zum einen die jetzt noch bestehenden parallelen Sicherheitsstrukturen zusammenführt und eine übergeordnete Kommandostruktur für die Peschmerga-Verbände der einzelnen Parteien etabliert und zum anderen die Voraussetzungen für Transparenz und Fairness in der Einnahmenverteilung

⁸⁰ Vgl. »Rosneft-KRG Deal Will Create Stability, Development: Spokesperson«, *Rudaw*, 18.9.2017, <www.rudaw.net/english/interview/18092017> (Zugriff am 19.9.2017).

⁸¹ Vgl. »Iraqi Government Seeks Clarification from Rosneft about Energy Deal with Kurdistan Region«, *Reuters*, 21.10.2017, <<https://uk.reuters.com/article/uk-mideast-crisis-iraq-kurds-russia/iraqi-government-seeks-clarification-from-rosneft-about-energy-deal-with-kurdistan-region-idUKKBN1CQ0G>> (Zugriff am 2.12.2017).

⁷⁹ Vgl. Alan Mohtadi, »Compromise Is Key to Kurdistan Oil Recovery«, *The National* (online), 6.2.2018, <www.thenational.ae/business/compromise-is-key-to-kurdistan-oil-recovery-1.702203> (Zugriff am 16.4.2018).

schaft und die innerkurdische Demokratisierung selbst forciert.

Darüber hinaus stellen ethnokonfessionelle Rivalitäten um die bedeutenden Ressourcen in Kirkuk ein ernstzunehmendes Sicherheitsproblem dar. Die militärische Offensive der irakischen Zentralregierung hat – auch weil Bagdad das vom Iran gelenkte schiitische Milizenbündnis Haschd asch-Scha‘bi zu seinem Bündnispartner machte – den Zerfall des Irak weiter vorangetrieben und könnte in einem Worst-Case-Szenario zu einem Bürgerkrieg führen, der sich wiederum zu einem regionalen Stellvertreterkrieg ausweiten könnte. Eine friedliche Lösung des Konflikts, beispielsweise durch einen Sonderstatus für die multiethnische Provinz Kirkuk, ist nur durch Verhandlungen zwischen Bagdad und Erbil zu erreichen, die von der internationalen Gemeinschaft vermittelt und überwacht werden müssten.

Ferner hängt die Stabilität der kurdischen Energieexportpolitik auch ganz elementar von der Sicherheit der Exportrouten ab. Hierbei ist vor allem der Faktor PKK von entscheidender Bedeutung. Die finanziell folgenschweren Ausfälle der Pipeline im Sommer 2015 und Frühling 2016 haben die Verletzlichkeit der kurdischen Energieexportpolitik sichtbar gemacht. Hinzu kommt, dass der türkische Abschnitt der geplanten Erdgaspipeline durch die mehrheitlich von Kurden besiedelte Provinz Şırnak verläuft, die zwischen Juli 2015 und November 2016 von der erneuten Eskalation im türkisch-kurdischen Konflikt besonders betroffen war.⁸² Eine dauerhafte Stabilisierung der Sicherheitslage kann nur erreicht werden, wenn die türkische Regierung und die PKK zum Friedensprozess zurückkehren und Letztere sich aus den Grenzregionen zur Türkei und dem Sindschar zurückzieht.⁸³

Schließlich ist hervorzuheben, dass die von Bagdad unabhängige Energieexportpolitik, auf die die KRG hingearbeitet hat, zwar mit dem Bestreben Irakisch-Kurdistan nach staatlicher Unabhängigkeit eng verwoben ist, nicht aber primär daraus resultierte. Viel-

mehr ist sie eine Reaktion auf die exklusive Bagdader Politik, die das historisch bedingt tief verwurzelte Misstrauen der Kurden reaktiviert und deren Bedrohungswahrnehmung erhöht hat.⁸⁴ Deshalb wäre es sinnvoll, die Bemühungen der KRG um eine eigenständige Energieexportpolitik in einem größeren Zusammenhang zu betrachten und sich dafür einzusetzen, dass die verfassungsmäßigen Rechte der Autonomen Region Kurdistan-Irak in der Energiepolitik von Bagdad geachtet werden.

Auch ist zu konstatieren, dass die KRG entscheidend dazu beigetragen hat, dass der Irak nicht auseinandergefallen ist, indem sie bisher von einer aktiven Sezessionspolitik abgesehen hat. Selbst als Bagdad das in der irakischen Verfassung vorgesehene Referendum über die umstrittene Kirkuk-Region hinausschob und die verfassungsmäßigen Zahlungen an die KRG unterband oder auch als der Öl-Disput eskalierte, forderte Erbil nicht die Loslösung von Bagdad, sondern stets die Einhaltung der irakischen Verfassung.⁸⁵

Die KRG hat entscheidend dazu beigetragen, dass der Irak nicht auseinandergefallen ist.

Grundsätzlich ist die KRG an einem friedlichen Modus Vivendi mit Bagdad interessiert. Eine Loslösung vom Irak sollte einvernehmlich erreicht werden. Um den Weg dahin zu ebneten, startete die Autonome Region noch vor dem Referendum erfolglose Gespräche mit Bagdad. Das durchgeführte Referendum zur staatlichen Eigenständigkeit sollte die Legitimität der Verhandlungen über eine Unabhängigkeit nach innen sicherstellen und nach außen dokumentieren. Inzwischen akzeptiert die KRG die Entscheidung des obersten irakischen Bundesgerichts, dass gemäß dem ersten Verfassungsartikel die Loslösung einer Region nicht erlaubt ist. Erbil hat nun zu einem Dialog auf der Grundlage der irakischen Ver-

⁸² Vgl. Gülistan Gürbey, »Erneute Gewalteskalation im türkisch-kurdischen Konflikt«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 67 (Februar 2017) 9–10, S. 10–17.

⁸³ Im März 2018 hat die PKK ihre Kräfte aus dem Sindschar zurückgezogen, allerdings blieben die mit ihr eng verbundenen Widerstandseinheiten Sindschars (YBS) vor Ort. Des Weiteren hat Bagdad in dem Gebiet Truppen stationiert, vgl. Fehim Tastekin »Erdogan Keeps Finger on Trigger as PKK Exits Sinjar«, *Al-Monitor*, 26.3.2018, <www.al-monitor.com/pulse/originals/2018/03/turkey-iraq-sinjar-pkk-withdraw-from-yazidi-region.html> (Zugriff am 14.4.2018).

⁸⁴ Vgl. Gareth Stansfield, *Kurdistan Rising: To Acknowledge or Ignore the Unravelling of Iraq?*, Washington, D.C.: Brookings, Juli 2014 (Middle East Memo Nr. 33); Raad Alkadiri, »Oil and the Question of Federalism in Iraq«, in: *International Affairs*, 86 (November 2010) 6, S. 1315–1328 (1320f).

⁸⁵ Vgl. Dylan O'Driscoll, »Autonomy Impaired: Centralisation, Authoritarianism and the Failing Iraqi State«, in: *Ethnopolitics*, 16 (September 2017) 4, S. 315–332 (323f).

fassung aufgerufen.⁸⁶ Die Berufung auf die irakische Verfassung ist ein positiver Lösungsansatz. Deshalb sollten die kurdischen Bemühungen um eine friedliche Beilegung der gegenwärtigen Krise unterstützt und Bagdad zur Einhaltung der irakischen Verfassung gedrängt werden.

Fakt ist letztendlich, dass der Irak nach wie vor ein zwischen Sunniten, Schiiten und Kurden zerrissener Staat ist. Ob diese fragile Staatlichkeit überwunden werden kann, ist nicht abzusehen. Im Grunde hängt dies weniger von den Kurden ab als davon, wie inklusiv die irakische Zentralregierung in Zukunft agieren wird. Vor diesem Hintergrund ist es ratsam, die kurdischen Unabhängigkeitsbestrebungen nicht reflexartig von vornherein abzublocken, sondern sie konstruktiv in friedensorientierte Prozesse einzubeziehen, um in der gesamten Region zu mehr Stabilität zu gelangen.

86 Vgl. Kurdistan Regional Government, *KRG Statement on the Iraqi Federal Supreme Court's Interpretation of the Article 1 of the Constitution*, Erbil, 14.11.2017, <http://gov.krd/a/d.aspx?s=040000&l=12&a=56019> (Zugriff am 3.12.2017).

Arzu Yilmaz*

Gegeneinander, miteinander: Die KDP und die PKK in Sindschar

Als Reaktion auf das Referendum vom 25. September 2017 zur Unabhängigkeit Kurdistans vom Irak nahmen Truppen Bagdads am 17. Oktober 2017 Kirkuk und alle diejenigen Gebiete ein, die zwischen Bagdad und Erbil umstritten sind, sich aber seit 2014 in der Hand der Kurdischen Regionalregierung (KRG) befanden. Offiziell gilt dies auch für die Stadt und den Distrikt Sindschar, die an den Hängen des gleichnamigen Gebirges liegen. In einer Länge von etwa 100 Kilometern zieht sich die Bergkette von der syrischen Grenze in west-östlicher Richtung bis zur Wüste von Mossul. Das circa 30 Kilometer breite Gebirge ist sowohl für Erbil als auch für die kurdischen Kantone in Syrien von hohem strategischem Wert. Wie in den meisten anderen umstrittenen Gebieten erfolgte auch der Machtwechsel in Sindschar ohne Gefechte. Trotzdem befindet sich Sindschar noch immer in kurdischer Hand. Denn bei den Truppen, die Bagdad in die Region entsandte, handelte es sich um Einheiten der Volksmobilisierung (Haschd asch-Scha'bi), die ausschließlich aus kurdischen Jesidi bestehen,¹ der Volksgruppe, die in Sindschar die Mehrheit bildet. Sie stießen auf Peschmerga-Einheiten Erbils, die ebenfalls nur Jesidi in ihren Reihen haben.² Mehr noch, auch Einheiten der türkisch-kurdischen PKK³ haben die Gegend nicht verlassen. Sie einigten sich mit den Jesidi-Truppen

Bagdads auf eine Teilung der Gebiets Herrschaft. Im Dezember 2017 kontrollierten PKK-Einheiten das Stadtzentrum von Sindschar, Bagdad-treue Milizen das Umland. Die Einheiten der PKK in der Region haben sich bisher auch erfolgreich gegen Versuche Bagdads gewehrt, den Grenzübergang Fish Khabur nach Syrien – den sie kontrollieren und der für die Verbindung zu den dortigen kurdischen Kantonen zentral ist – zu übergeben.⁴

Wie kommt es, dass die PKK sich Bagdad gegenüber stärkeren Widerstand erlauben kann als Erbil? Wie konnte die Organisation, deren Beziehungen zur Führung der irakischen Kurden bekanntermaßen angespannt sind, unter der Oberhoheit Erbils in Sindschar existieren? Und was verrät die in den letzten Jahren zu beobachtende Koexistenz von PKK und KDP in Sindschar über Entwicklungen in den kurdischen Bewegungen des Nahen Ostens?

Der »Islamische Staat«: Wendepunkt in den Beziehungen der kurdischen Parteien

Die gemeinsame Bedrohung durch den »Islamischen Staat« (IS) hatte zur Folge, dass die miteinander konkurrierenden politischen Bewegungen der Kurden im Nahen Osten sich erstmals in ihrer Geschichte auf ein geschlossenes Vorgehen verständigten. Bis dahin hatte die Tatsache, dass das historische Siedlungsgebiet der Kurden zu vier verschiedenen Staaten gehört, die kurdischen Organisationen in diesen Ländern allesamt zum inneren Feind des jeweiligen Staates, aber gleichzeitig auch immer wieder zum Verbündeten von Nachbarländern gemacht. Dies hatte nicht nur eine Zusammenarbeit der kurdischen Bewegungen verhindert, sondern auch zu bewaffneten Auseinander-

* Übersetzt aus dem Türkischen von Günter Seufert.

1 »Iraqi Forces, Shiite Militia Control Series of Peshmerga-held Areas«, *Rudaw*, 17.10.2017, <www.rudaw.net/english/kurdistan/17102017/> (Zugriff am 17.12.2017).

2 Die Fermanda Hêza Parastina Êzîdîxan [Bataillon der Verteidigungsbrigade Jesidistans] und die Fermanda Hêza Peşmergeyên Şengal [Bataillon der Peschmerga-Brigade Sindschars].

3 Die *PKK (Partiya Karkerên Kurdistan, dt. Arbeiterpartei Kurdistans) ist die militärisch und damit auch politisch dominierende Kraft der kurdischen Nationalbewegung in der Türkei. In den USA und in der EU wird sie als Terrororganisation eingestuft.*

4 Gespräch der Autorin mit Amina Zikri, Abgeordnete des kurdischen Regionalparlaments, am 14.12.2017 in Dohuk.

setzungen unter ihnen geführt.⁵ Es waren die Angriffe des »Islamischen Staates« (IS) auf Sindschar, das die Kurden Schengal nennen, auf das kurdische Flüchtlingslager Maxmur⁶ im Irak und schließlich auf die syrisch-kurdische Grenzstadt Kobane, die es den kurdischen Organisationen ermöglichten – und sie zwangen –, ein neues Kapitel in ihren Beziehungen untereinander aufzuschlagen.

In den 1990er Jahren war es wiederholt zu Zusammenstößen zwischen den Kämpfern der türkisch-kurdischen PKK und den Peschmerga-Milizen der irakischen Kurden gekommen. Die Angriffe des IS öffneten den Weg dafür, dass die YPG,⁷ der bewaffnete Arm der syrischen Kurdenpartei PYD,⁸ in Sindschar kämpften, die HPG⁹-Milizen der PKK sowohl in Sindschar als auch bei Maxmur eingesetzt wurden und Peschmerga-Verbände aus dem Irak die syrisch-kurdische Stadt Kobane verteidigten. Damit relativierte sich – zumindest für die kurdischen Bewegungen – nicht nur die Bedeutung der jeweiligen nationalstaatlichen Grenzen, es wurden auch die innerkurdischen Grenzen verschoben, die bis dato den militärischen und politischen Einflussbereich der verschiedenen Kurdenorganisationen im Nahen Osten markiert hatten. In den Augen der Kurden waren die Grenzen zwischen den Nationalstaaten ohnehin durchlässig geworden. Dazu beigetragen hatten der nun schon über dreißig Jahre anhaltende bewaffnete Krieg der PKK mit dem türkischen Militär, die dadurch ausgelösten Flucht- und Wanderungsbewegungen, der stetig wachsende innerkurdische Handel, die

Verdichtung der Kommunikationsstrukturen unter den kurdischen Gemeinschaften und eine allgemeine politische Mobilisierung der kurdischen Bevölkerung.

Der gemeinsame Kampf gegen den IS veränderte das Verhältnis der kurdischen Bewegungen untereinander und ihr internationales Image.

All diese Entwicklungen hatten bereits vor dem Angriff des IS zur Stärkung eines kurdischen Nationalbewusstseins geführt, das sich heute auf ein jenseits aller nationalstaatlichen Grenzen bestehendes »Kurdistan« bezieht. Dass es seit 1998/99 nicht mehr zu längeren bewaffneten Auseinandersetzungen unter den Kurden gekommen ist, hat diesen Prozess beschleunigt.

Der gemeinsame Kampf gegen den IS veränderte nicht nur das Verhältnis der kurdischen Bewegungen untereinander, sondern auch ihr internationales Image. Seit dem Ende des Ersten Weltkriegs hatten die Kurden entweder als Unruhestifter gegolten, deren Nationalbewegungen in den einzelnen Ländern die Stabilität der Staaten des Nahen Ostens gefährdeten, oder sie waren primär als Opfer der autoritären Regime dieser Staaten wahrgenommen worden. Nun fanden sie sich in der Sicht des Westens plötzlich in der Rolle eines befreundeten und gar verbündeten militärischen Akteurs wieder, eine Rolle, aus der sie nicht nur internationale Legitimität bezogen, sondern die ihnen auch zu einer Steigerung ihrer militärischen Schlagkraft verhalf.¹⁰ Eine weitere Veränderung betrifft die innerkurdischen Kräfteverhältnisse. Besonders die erhöhte militärische Präsenz der PKK, die auch nach der Abwehr des IS in der Autonomen Region Kurdistan andauert, hat zu einem Anwachsen der innerkurdischen Spannungen beigetragen. Zwar hatte sich die PKK bereits 1984 im irakischen Kurdistan festgesetzt, doch war ihr Rückzugsgebiet bis 2014 im Großen und Ganzen auf die gebirgigen Regionen des Irak an den Grenzen zur Türkei und zum Iran beschränkt gewesen. Der Krieg gegen den IS hat es ihr

5 Vgl. dazu Arzu Yılmaz, *Atruş'tan Maxmur'a: Kürt Mülteciler ve Kimliğin Yeniden İnşası* [Von Atruş nach Maxmur: Kurdische Flüchtlinge und die Rekonstruktion von Identitäten], Istanbul: İletişim, 2016, S. 152 – 163.

6 Das Flüchtlingslager Maxmur, circa 100 Kilometer süd-südwestlich von Erbil im Irak gelegen, wurde 1998 von den Vereinten Nationen gegründet. In ihm leben circa 12 000 ehemalige Bewohner von Dörfern des türkisch-kurdischen Grenzgebiets, die 1994 in den Irak geflüchtet sind, nachdem die türkische Armee im Zuge der Bekämpfung der PKK (siehe unten Fn. 23) die Zwangsräumung der Siedlungen angeordnet hatte. Die türkische Regierung betrachtet die Verwaltung des Camps als Teil der PKK-Strukturen, weshalb sie die Schließung des Lagers fordert.

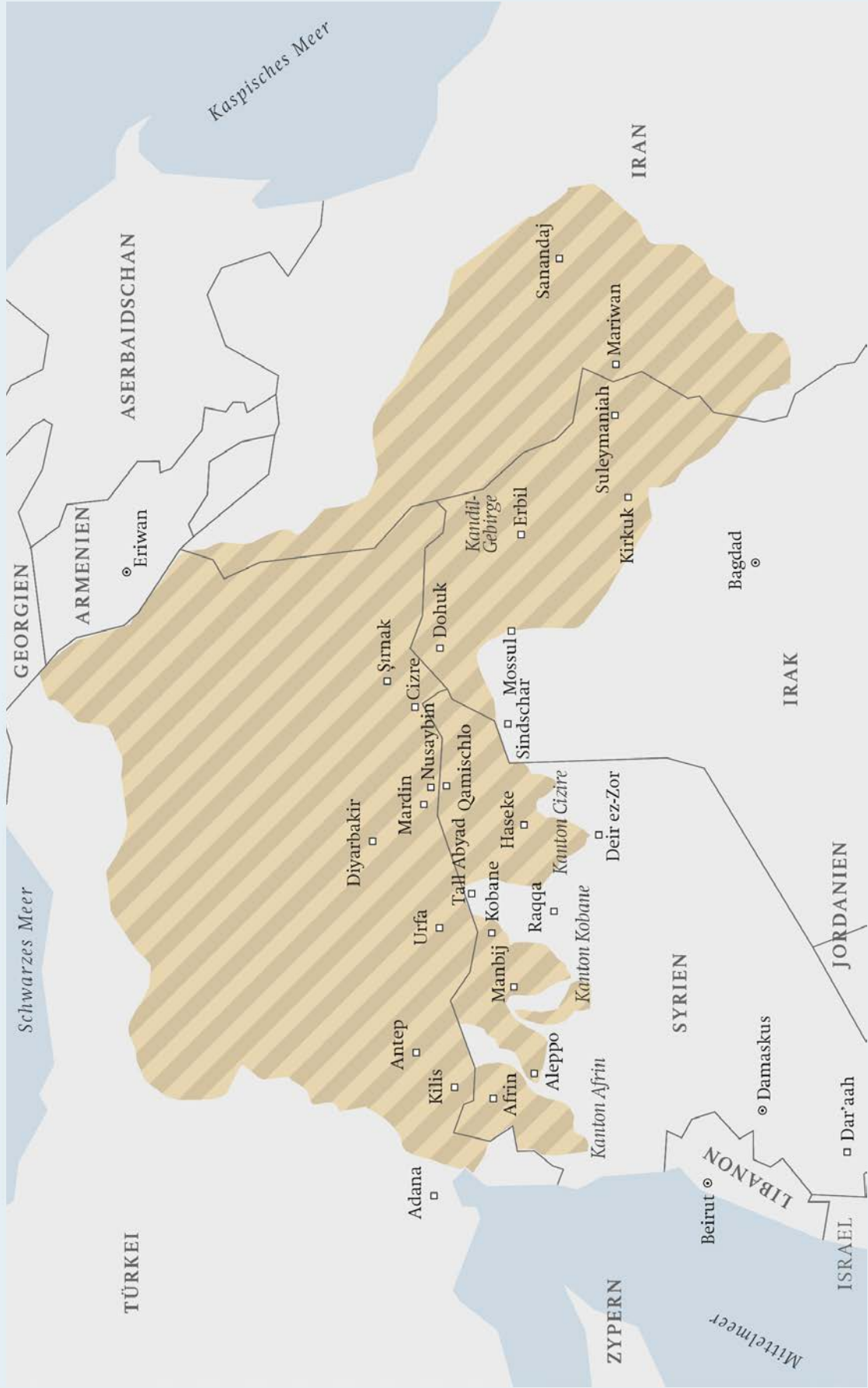
7 [Yekineyên Parastina Gel \(Volksverteidigungseinheiten\)](#).

8 [Partiya Yekîtiya Demokrat \(Partei der Demokratischen Union\), der PKK nahestehende kurdische Partei in Syrien. Sie ist heute die bestimmende Kraft der kurdischen Nationalbewegung in diesem Land.](#)

9 [Hêzên Parastina Gel \(Volksverteidigungskräfte\), der bewaffnete Arm der türkisch-kurdischen PKK.](#)

10 [Bill Allison, »In Fight against ISIS, Kurds Turn to Allies on K Street«, *Foreign Policy* \(online\), 26.10.2015, <<http://foreignpolicy.com/2015/10/26/in-fight-against-isis-kurds-turn-to-allies-on-k-street/>>; \[Matt Bradley/Joel Parkinson, »A Personal War. America's Marxist Allies against ISIS«, in: *The Wall Street Journal*, 24.7.2015, <\\[www.wsj.com/articles/americas-marxist-allies-against-isis-1437747949\\]\\(http://www.wsj.com/articles/americas-marxist-allies-against-isis-1437747949\\)> \\(Zugriff jeweils am 24.4.2018\\).\]\(#\)](#)

Von Kurden besiedelte Gebiete in der Türkei, in Irak, Iran und Syrien



ermöglicht, sich auch in Khanaqin, Kalar, Kirkuk, Maxmur und Sindschar auszubreiten, Gegenden, die nach der irakischen Verfassung von 2005 zu den sogenannten »Umstrittenen Gebieten« (Disputed Areas) gehören und auf deren Verwaltung die irakische Zentralregierung und die KRG gleichermaßen Anspruch erheben. Der erfolgreiche Kampf der Kurden gegen den IS führte außerdem dazu, dass der innerkurdische Machtkampf heute nicht nur im Irak zwischen der KDP¹¹ und der PUK,¹² sondern auch in Syrien zwischen der PYD und dem Kurdischen Nationalrat in Syrien (KNC)¹³ ausgetragen wird. Die Hauptakteure der innerkurdischen Rivalität bleiben jedoch sowohl im Irak als auch in Syrien die PKK und die KDP. Denn so wie die politische Praxis und Rhetorik der PYD jene der PKK widerspiegeln, so die Praxis und Rhetorik des KNC jene der KDP. Tatsächlich gibt es sehr enge politische und militärische Verbindungen zwischen der PKK und der PYD auf der einen und der KDP und dem KNC auf der anderen Seite.¹⁴

Verändert haben sich auch die Kräfteverhältnisse zwischen den Staaten der Region, die stets eine zentrale Rolle in der innerkurdischen Auseinandersetzung gespielt haben. Die deutliche Schwächung der Regierungen im Irak und in Syrien hat auf regionaler Ebene nur noch den Iran und die Türkei als maßgebliche externe Akteure des innerkurdischen Streits übriggelassen. Bagdad und Damaskus können heute nur noch auf die Kurden ihres eigenen Landes, aber nicht mehr auf die Kurden ihrer Nachbarstaaten einwirken. Ankara und Teheran dagegen werden die Zukunft des Nahen Ostens und damit auch die Zukunft Kurdistans entscheidend mitbestimmen. Freilich bestehen trotz der Veränderungen im regionalen Kräftegleichgewicht vorerst die alten Allianzen fort. Die PKK lehnt sich in ihrem Kampf gegen die Türkei an den Iran an, und für die KDP ist die Rückenbedeckung durch die Türkei ein unentbehrlicher Faktor

in ihren Bemühungen, sich des Irans zu erwehren. Gleichzeitig beschuldigen sich KDP und PKK gegenseitig, die Interessen ihrer jeweiligen Bündnispartner über die nationale Sache der Kurden zu stellen. Dabei sehen beide kurdische Organisationen die Anlehnung an den Staat, der sie protegiert, als für das eigene Überleben absolut notwendig an. Ohne oder gar gegen die Türkei kann die KDP die von ihr angestrebte Unabhängigkeit Irakisch-Kurdistans nicht erreichen und ohne den Iran kann die PKK dem türkischen Druck auf die kurdischen Kantone in Syrien nicht widerstehen. Doch jenseits dieser PKK-KDP-Konfrontation, in der beide Akteure gerade auch wegen ihres Verhältnisses zu den Nachbarstaaten gefangen sind, hat die Dynamik des Krieges gegen den IS dazu geführt, dass die Widersacher mitunter den direkten Kontakt gesucht und sogar zu punktueller Zusammenarbeit gefunden haben. Dafür war Sindschar von 2014 bis zum Oktober 2017 ein gutes Beispiel: Dort gab es Scharmützel zwischen den kurdischen Einheiten beider Seiten und trotzdem einigte man sich auf die Herausbildung einer gemeinsamen Verteidigungslinie. Im Nebeneinander der PKK und der KDP im kurdischen Nord-Irak endete der politische Einfluss der PKK exakt dort, wo die militärische Kontrolle der KDP begann und umgekehrt. Vor dem Oktober 2017 konnte in Sindschar also von einem gleichzeitigen Gegen- und Miteinander von KDP und PKK gesprochen werden – eine für beide Organisationen neue Erfahrung.

Die Stadt Sindschar und ihr Gebirge

Die Stadt Sindschar und das gleichnamige Gebirge besitzen große strategische Bedeutung. Der militärische Wert des Höhenzugs, dessen höchster Gipfel, der Mera, 1469 Meter misst, zeigte sich etwa 1991, als das Regime von Saddam Hussein die Berge als Abschussrampe für einen Raketenangriff auf Israel nutzte. Auch für das innerkurdische Kräfteverhältnis vor dem Oktober 2017 war die Kontrolle über Sindschar von Bedeutung. Ob die syrisch-kurdische PYD und mit ihr die PKK oder aber die irakisch-kurdische KDP und damit die KRG¹⁵ die Stadt und die Berge beherrschten, hatte Auswirkungen weit über die Region hinaus. Die Stadt Sindschar liegt an der Fernstraße Nr. 47, die

11 [Kurdistan Democratic Party \(Demokratische Partei Kurdistans\), die stärkste Partei unter den irakischen Kurden.](#)

12 [Patriotic Union of Kurdistan \(Patriotische Union Kurdistans\), die zweitstärkste Kraft unter den irakischen Kurden.](#)

13 [Kurdish National Council \(Kurdischer Nationalrat\), ein Zusammenschluss KDP-naher kurdischer Parteien in Syrien.](#)

14 [Richard Spencer, »Who Are the Kurds? A User's Guide to Kurdish Politics«, in: The Telegraph, 5.7.2015. <\[www.telegraph.co.uk/news/worldnews/middleeast/syria/11198326/Who-are-the-Kurds-A-users-guide-to-Kurdish-politics.html\]\(http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/middleeast/syria/11198326/Who-are-the-Kurds-A-users-guide-to-Kurdish-politics.html\)> \(Zugriff am 14.4.2017\). Siehe zum Kurdischen Nationalrat auch den Beitrag von Katharina Lack in diesem Band.](#)

15 [Kurdistan Regional Government \(Kurdische Regionalregierung\), die in der irakischen Verfassung anerkannte Regierung des kurdischen Autonomiegebiets im Irak.](#)

Die Jesidi

Die Nord- und Südausläufer des Sindschar-Gebirges sind das Hauptsiedlungsgebiet der kurdischsprachigen Jesidi (kurdisch: Ezidi), das sogenannte Jesidistan (Ezidixan). Dass sich die Siedlungen der Jesidi heute an den Ausläufern des Höhenzugs konzentrieren, ist eine Folge der Arabisierungspolitik Saddam Husseins. Um die Volksgruppe seiner Kontrolle zu unterwerfen, hatte Saddam die Jesidi im Jahre 1975 gezwungen, ihre Dörfer in den Bergen zu verlassen und sich in der Nähe der Ebene anzusiedeln. Damals wurden in der Region Sindschar 165 jesidische Dörfer niedergehauen. Ihre Einwohner wurden neu angelegten gemischt jesidisch-arabischen Siedlungen (sogenannte Mucemma) zugewiesen. Es waren diese Siedlungen in einer Größe zwischen Dorf und Marktflecken, in denen die Jesidi beim Angriff durch den IS 2014 die meisten Opfer zu beklagen hatten. Offiziellen Angaben zufolge hatten Stadt und Provinz Sindschar vor dem Angriff 350 000 Einwohner. Trotz aller Arabisierungsmaßnahmen stellten die Jesidi immer noch die große Mehrheit. Circa ein Drittel der Bevölkerung bestand aus kurdischen und arabischen Sunniten. Arabische Schiiten, Turkmenen und Christen bildeten kleinere Gruppen.^a Bis zum Oktober 2017 lebten nur noch circa 40 000 Personen in Stadt und Region Sindschar, rund 8200 Familien. Die meisten Jesidi, die 2014 flüchten konnten, sind heute in den Flüchtlingslagern von Dohuk und Zaxo in Irakisch-Kurdistan untergebracht. An zweiter Stelle als Exil rangiert die Türkei.

Sehr wenige der früheren Einwohner waren vor dem Oktober 2017 nach Sindschar zurückgekehrt. Die Sicherheit war noch lange nicht wiederhergestellt. Die Infrastruktur, die durch den Angriff des IS 2014 fast vollkommen zerstört worden war, harrte noch ihres Wiederaufbaus. Weder von der KRG noch von internationalen Gebern hatte es dafür einen Plan oder finanzielle Hilfe gegeben. Die Stadt und ihre Region gehören zu den zwischen Erbil und Bagdad umstrittenen Gebieten. Das Unabhängigkeitsreferendum vom 25. September wurde auch in Sindschar abgehalten. Es hatte seine Schatten vorausgeworfen und die politischen Spannungen vor Ort erhöht. An Hauswänden sah man Parolen wie: »Keine Arabisierung, keine Kurdifizierung – wir sind und bleiben Jesidi«.^b Diese Haltung tiefen Misstrauens allen sogenannten »Freunden« gegenüber drückt sich in der Überzeugung der Jesidi aus, sie seien im Laufe der Geschichte bereits 73 Mal Opfer von Massakern geworden. Sie manifestiert sich aber auch in der aktuellen Tendenz, eigene Verteidigungseinheiten und eigene politische Strukturen aufzubauen.

Die PKK sah in ihrem Modell lokaler und regionaler Selbstverwaltung eine geeignete Antwort auf diese Ab-

sichten der Jesidi.^c Deren Reaktionen darauf waren jedoch sehr gemischt. Ausschlaggebend dafür dürfte die Einbindung der von der PKK propagierten Selbstverwaltung in die allgemeinen Strukturen der Kurdenorganisation sein. Da die PKK international als Terrororganisation gelistet ist, brächte eine solche Integration handfeste Sicherheitsrisiken mit sich. Dies war sicher ein Grund dafür, dass die »Jesidische Bewegung für Reform und Fortschritt« (Ezidi Movement for Reform and Progress), deren Führer der Regierung in Bagdad nahestehen, Tag für Tag mehr Zulauf fand.^d Auch die KDP hatte unter den Jesidi großen Einfluss. Sie versprach, die Jesidi als anerkannte religiöse Minderheit zu schützen, unterstützte den Aufbau eigener Jesidi-Milizen und kündigte die Einführung einer Quotenregelung für die direkte Vertretung der Jesidi im kurdischen Regionalparlament von Erbil an. Die KDP wandte sich jedoch gegen die von der PKK verfolgte Strategie, der Region Sindschar den Status eines selbstverwalteten Gebiets innerhalb des KRG-Territoriums zuzugestehen. Für die KDP waren und sind die Jesidi und Sindschar ein natürlicher Teil Irakisch-Kurdistans. Vor dem Oktober 2017 dominierten die PKK und die KDP sowohl politisch als auch militärisch jeweils einen Teil der Region. Die Ungewissheit über das zukünftige Verhältnis der Kontrahenten zueinander stand nicht nur einer Normalisierung des Alltagslebens im Wege. Die Spannung zwischen beiden Parteien haben zu einer Militarisierung der Region geführt und gleichzeitig die Fähigkeit beider Parteien geschwächt, die Region zu kontrollieren und nach außen hin zu sichern.

a International Organization for Migration (IOM), *IOM-Iraq Special Report. Increased Incidents of Suicide among Yazidis in Sinjar, Ninewa*, Juli 2011, <https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/Full%20Report_279.pdf> (Zugriff am 1.5.2017).

b Notiert während des Aufenthalts der Autorin in Sindschar im April 2017.

c Einen Abriss dieses Modells liefert Tomáš Kaválek, *Competing Interests in Shingal District: Examining the PKK-linked Structures, Defusing Tensions*, Erbil: Middle East Research Institute, 2017, <www.meri-k.org/wp-content/uploads/2017/06/Shingal-Report.pdf> (Zugriff am 27.2.2018). Siehe dazu auch den Beitrag von Katharina Lack in diesem Band.

d [Christine van den Toorn/Sarah Mathieu-Comtois/Wladimir van Wilgenburg](http://www.meri-k.org/wp-content/uploads/2017/06/Shingal-Report.pdf), *Sinjar after ISIS. Returning to Disputed Territory*, Utrecht: Pax for Peace, Juni 2016, <<http://ais.edu.krd/iris/sites/default/files/pax-iraq-sinjar-web.pdf>> (Zugriff am 10.4.2017).

vom Mittelmeer zum Golf von Basra führt. Für Irakisch-Kurdistan haben die Stadt und die Straßenverbindung als Alternative zu den Routen über den Iran und über die Türkei große Bedeutung. Für die Wirtschaft des syrischen Kurdengebiets ist der Verkehrsweg über Sindschar eine zentrale Lebensader.¹⁶

Die Übernahme Sindschars durch die KDP ab 2003

Als die USA 2003 den Irak besetzten, eröffnete sich für die KRG die Chance, ihren politischen und militärischen Einfluss auf kurdische Siedlungsgebiete auszuweiten, die jenseits der offiziellen Grenzen der Kurdischen Regionalverwaltung liegen. Gleich nach dem Einmarsch der USA übernahm Erbil in der Mehrzahl der Disputed Areas stillschweigend die Verwaltung. Das galt auch für Sindschar, das sich von dieser Zeit an bis 2014 ohne Unterbrechung unter der ständigen und absoluten Kontrolle der kurdischen Regionalregierung befand. Als die KRG-Milizen am 12. März 2003 in Sindschar einzogen, wurden sie – nach den Berichten von Augenzeugen – von den Einwohnern mit Trommeln und Flöten empfangen.

Die Einigung der KDP mit den jesidischen Notabeln zementierte die traditionelle Hierarchie, die unter den Jesidi herrschte.

Dem herzlichen Willkommen waren jedoch zwei Tage harter Verhandlungen Erbils mit jesidischen Notabeln vorausgegangen. Denn das Verhältnis der Jesidi zur KRG und der dort herrschenden KDP war keineswegs ungetrübt. Sindschar liegt außerhalb des kurdischen Stammlands im Irak und war deshalb eines der Gebiete, in denen die Arabisierungspolitik Saddam Husseins früh und nahezu ungehindert einsetzen konnte. Unter den Jesidi hatten sich Strömungen herausgebildet, die dem Regime gegenüber loyal waren und den Kurden Erbils ihre aktive Rolle beim Sturz Saddam Husseins nicht verziehen. Diese Gruppen warfen den Kurden außerdem mangelndes Interesse an der Region und ihren Bewohnern vor. Hinzu

kam, dass in Sindschar Jesidi aus Dohuk Zuflucht gefunden hatten, die dort von der KDP und ihren Milizen marginalisiert und unterdrückt worden waren. Die Verhandlungen der KDP mit den jesidischen Notabeln im Jahr 2003 fanden trotzdem schnell einen guten Abschluss. Die Einigung zementierte freilich die traditionelle Hierarchie, die in der jesidischen Bevölkerung herrschte, und die Unzufriedenheit mit den Privilegien der Elite sollte es später der PKK erlauben, unter den Jesidi Fuß zu fassen. Tatsächlich waren alle Jesidi, die ab 2003 in der Stadt Sindschar und in den umliegenden Marktflecken und Dörfern in führende politische und administrative Ämter gelangten, Angehörige der führenden Clans und Familien. Erstmals seit dem Bestehen des Irak schaffte es auch ein Jesidi aus Sindschar in die 100-köpfige irakische Nationalversammlung, die 2004 als Übergangsparlament etabliert wurde. Bei den Wahlen 2006 zogen auf der Liste Kurdistan, die 73 Abgeordnete ins Parlament entsandte, sieben Jesidi in das Hohe Haus ein, davon einer aus Sindschar.¹⁷

Mit dieser formalen Repräsentation der Volksgruppe war jedoch kein entsprechender politischer Einfluss der Jesidi verbunden. Dies lag daran, dass die Jesidi fast ausschließlich über die KDP in die jeweiligen Ämter gelangten. Im irakischen Parlament kamen sechs der sieben jesidischen Abgeordneten von der KDP und nur einer von der PUK. Den Grund für diese Dominanz der KDP sieht Haydar Şeşo, der seinerzeit als erster Jesidi ins irakische Parlament einzog, in einer Absprache der KDP mit der PUK aus dem Jahre 2006. Beide Parteien hatten sich damals darauf geeinigt, die Disputed Areas ähnlich unter sich aufzuteilen wie das Stammland der KRG. Dem Abkommen zufolge hatte sich diejenige der beiden Parteien, die sich in einer bestimmten Region in der Minderheitenposition befand, aus diesem Raum zurückzuziehen und ihn der jeweils anderen ganz zu überlassen.¹⁸ Dies führte dazu, dass sich die PUK auf Kirkuk konzentrierte und die KDP ihre Energie auf Sindschar richtete.¹⁹ Der Monopolcharakter des Einflusses der

¹⁶ [Fabrice Balanche, »Rojava Seeks to Break out in Syria«, Washington, D.C.: The Washington Institute for Near East Policy, 12.4.2017 \(Policy Watch 2784\), <www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/view/rojava-seeks-to-break-out-in-syria> \(Zugriff am 15.4.2017\).](#)

¹⁷ [Die irakische Verfassung von 2005 erkennt die Jesidi nach den Muslimen und den Christen als dritte Religionsgemeinschaft im Irak an, siehe die englische Version der Verfassung, Iraqi Constitution, Artikel 2, <www.wipo.int/wipolex/en/text.jsp?file_id=230000> \(Zugriff am 15.4.2017\).](#)

¹⁸ Siehe zur territorialen Machtteilung zwischen der KDP und der PUK den Beitrag von Martin Weiss in diesem Band.

¹⁹ Gespräch mit Haydar Şeşo, Chef der PKK-nahen Schutztruppe für Jesidistan (Fermana Hêza Parastina Êzîdxan), am 29. März 2017 in Sindschar.

KDP auf die Jesidi wurde noch dadurch akzentuiert, dass die circa 550 000 Jesidi des Irak²⁰ ganz überwiegend in und um Dohuk und in der Ebene von Mossul leben und damit in Regionen, in denen ebenfalls der Einfluss der KDP bestimmend ist.²¹ Der Angriff Al-Qaida-naher Gruppen auf Jesidi in Mossul 2007,²² bei dem circa 100 Personen den Tod fanden, trug entscheidend zur Vertiefung der Beziehungen zwischen Irakisch-Kurdistan und den Jesidi bei, die sich von der KRG Schutz erhofften. So kam es, dass 2014 das öffentliche und politische Leben der Jesidi in Sindschar aufs Engste mit der KRG verflochten war.

Die PKK in Sindschar zwischen 2003 und 2014

Möglichkeiten, ihren Einfluss im Irak über die Kandil-Berge hinaus auszudehnen, boten sich der PKK bereits Anfang der 1990er Jahre. Nach Sindschar vorzustoßen, hat sie damals indes nicht versucht. Dies zum einen deshalb, weil es ihr vor allem darum ging, sich nahe der Grenze zur Türkei festzusetzen, und zum anderen, weil sich Sindschar in jener Zeit unter der Kontrolle des Regimes von Saddam Hussein befand. Die Situation änderte sich 1994, als die Bewohner grenznaher kurdischer Dörfer, die von der türkischen Armee niedergerissen worden waren, in den Irak flüchteten und das Flüchtlingslager Maxmur entstand.²³ Über

20 [United Nations Human Settlements Programme \(UN-Habitat\). Emerging Land Tenure Issues among Displaced Yazidis from Sinjar, Iraq, November 2015.](https://unhabitat.org/emerging-land-tenure-issues-among-displaced-yazidis-from-sinjar-iraq) <<https://unhabitat.org/emerging-land-tenure-issues-among-displaced-yazidis-from-sinjar-iraq/>> (Zugriff am 5.3.2017).

21 Angesichts dieser Hegemonie der KDP unter den Jesidi in Sindschar ist es erstaunlich, dass sich dort bis 2014 auch eine circa tausendköpfige Peschmerga-Einheit der PUK halten konnte, die sich während des Angriffs des IS ebenfalls sofort zurückzog.

22 »Bombings Take High Toll in Villages Around Mosul«, [National Public Radio \(US\), <www.npr.org/templates/story/story.php?storyId=12794127>](http://www.npr.org/templates/story/story.php?storyId=12794127) (Zugriff am 10.3.2017).

23 Die Flüchtlinge wurden erst in einem vom UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) errichteten Lager Atruş, in der Nähe von Dohuk, untergebracht. Das Camp geriet aber bald unter die Kontrolle der PKK. Auf Druck der Türkei eskalierten 1995 die Spannungen zwischen der KDP und der PKK zu einem bewaffneten Konflikt. Die Flüchtlinge wurden daraufhin in das noch heute bestehende Lager nahe des Dorfes Maxmur umgesiedelt, 40 Kilometer von Mossul entfernt. Auch in dem neuen Lager gibt die PKK den Ton an.

das Lager hatte die PKK Zugang nach Mossul und es winkte die Möglichkeit, eine direkte Verbindung nach Damaskus zu etablieren. Damit gewann Sindschar für die PKK strategische Bedeutung. Denn mit der Nutzung des Grenzübergangs Rabia würde sich für die Kurdenmiliz die Chance eröffnen, ihre Stellungen, die sich im Irak in der Region Haftanin entlang des Zab-Flusses befanden, aus Syrien zu versorgen.

Es sollte jedoch bis zur Besetzung des Irak durch die USA im Jahr 2003 dauern, bis die PKK unter den Jesidi in Sindschar erstmals Fuß fassen konnte. Dabei ging die Kurdenorganisation extrem vorsichtig vor. Gleichwohl gelang es ihr bereits im Februar 2004, einen (ständigen) »Demokratischen Freiheitskongress der Jesidi«²⁴ zu etablieren und dafür 270 Mitglieder zu rekrutieren. Die Strategie der PKK, in Sindschar die jesidische (und nicht eine übergreifende kurdische) Identität in den Mittelpunkt zu stellen, fand besonders bei der Jugend Anklang. Das war der Moment, in dem die Spannungen zwischen der PKK und der KDP offen hervortraten. Doch die mächtige irakische Kurdenpartei kann die Aktivitäten der PKK in Sindschar nicht ganz unterbinden. Die kurdische Identität wurde mehr und mehr zum gemeinsamen Nenner der Jesidi, der PKK und der KDP und beugte gewissermaßen einer Eskalation des Konflikts zwischen den beiden konkurrierenden Organisationen vor. Mit dem Beginn des syrischen Bürgerkriegs 2012 und besonders mit der Ausrufung kurdischer Kantone wuchs die Bedeutung Sindschars für die PKK. Doch politisch wirklich einflussreich wurde die PKK in Sindschar erst durch den Überfall des »Islamischen Staates« im Sommer 2014.

Der Angriff des »Islamischen Staates« und die Ad-hoc-Kooperation der KRG-Peschmerga und PKK-naher Milizen

Nachdem der »Islamische Staat« (IS) Mossul erobert hatte, nahm man an, er werde sich nun auf den Süden des Irak und auf einen Angriff Bagdads konzentrieren. Die irakische Regierung rief ihre Truppen zur Verteidigung der Hauptstadt zurück, und die Kurden übernahmen auch die letzten Disputed Areas. Doch es kam anders. Weniger als zwei Monate nach dem Fall Mossuls wandte sich der IS nach Norden und griff Anfang August 2014 Sindschar an. 1292 Jesidi wurden

24 [Tevgera Azadi Demokrasiye Ezidiya \(TEVDA\). Der Freiheitskongress steht der PKK nahe.](http://www.tevgera.gov.tr/tevdadevri/tevdadevri-2004-02-24)

ermordet, 6255 entführt. Bis zum Frühjahr 2018 wurden insgesamt 21 Massengräber entdeckt. Tausende Jesidi werden bis heute vermisst. Hunderttausende flüchteten, nach Irakisch-Kurdistan, in die Türkei und nach Europa.²⁵ Nur zwei Tage nach dem Angriff verloren die KRG-Milizen die Kontrolle über sämtliche dort gelegene Disputed Areas und am dritten stand der IS bereits 30 Kilometer vor Erbil.

Um die Einnahme des gesamten KRG-Gebiets durch den IS zu verhindern, setzten die USA ihre Luftwaffe ein. Damit war ein entscheidender Wendepunkt in der Politik der amerikanischen Regierung markiert, die bis dahin des Öfteren erklärt hatte, nicht direkt in den Krieg eingreifen zu wollen. Nur wenige Tage später formten die USA eine internationale Koalition gegen den IS.²⁶ Die Türkei, die von Barzani nachdrücklich um Unterstützung gebeten wurde, wies den Hilferuf zurück und verwies zur Begründung auf das drohende Schicksal der türkischen Geiseln, die der IS bei der Besetzung des türkischen Konsulats in Mossul genommen hatte. Anders der Iran, der sofort Waffen lieferte, wofür Barzani dem Land ausdrücklich dankte.

Zum ersten Mal kämpften Einheiten der PKK Seite an Seite mit den Peschmerga der KRG für die Verteidigung Kurdistans.

Doch es war die PKK, deren militärischer Beistand gegen den IS zum entscheidenden Faktor wurde. Zum ersten Mal kämpften Einheiten der PKK Seite an Seite mit den Peschmerga der KRG für die Verteidigung Kurdistans. Als es ihnen relativ schnell gelang, den IS zurückzuschlagen, ließ es sich der Präsident der KRG, Masud Barzani, nicht nehmen, der PKK in aller Form für ihren Einsatz zu danken.²⁷ Besonders in Sindschar spielten die Kämpfer der PKK die zentrale Rolle im Kriegsgeschehen. Denn die in Sindschar stationierten

Einheiten der Peschmerga, insgesamt 11 000 Mann stark, hatten sich bereits am ersten Tag des Angriffs zurückgezogen.²⁸ Ein Teil der Bevölkerung war daraufhin sofort nach Norden in das Territorium Irakisch-Kurdistans geflohen. Doch nur einen Tag später, am 4. August, hatte ein neuer Vorstoß des IS Sindschar im Norden vom Territorium der Autonomen Region Kurdistan abgeriegelt. Zehntausende Jesidi waren im Gebirge zurückgeblieben. In dieser Situation gelang es den YPG-Milizen der syrischen Kurdenpartei PYD, vom Nordosten Syriens aus über den syrisch-irakischen Grenzübergang Rabia 50 Kilometer nach Süden in die irakische Region Sindschar vorzustoßen und den so etablierten Korridor dazu zu nutzen, innerhalb von zwei Tagen circa 15 000 jesidische Familien ins syrische Kurdistan zu geleiten. 5000 Familien wurden in einem Flüchtlingslager bei Haseke untergebracht, das die YPG selbst angelegt hatte. Der Rest wurde mit Fahrzeugen erneut über den Grenzübergang Rabia – und als dieser nur einen Tag später, am 5. August, dem IS in die Hände fiel, über den Grenzübergang Fish Khabur – nach Irakisch-Kurdistan gebracht.²⁹

Es war dieser von den PKK-nahen Milizen, allen voran der YPG, errichtete lebensrettende Korridor, über den drei Tage nach dem Angriff des IS, am 6. August, die ersten 300 Peschmerga nach Sindschar zurückkehrten. Begleitet wurden sie von einer 50 Mann starken Einheit der YPG. Am 7. August 2014 schloss sich dann sogar ein PKK-Verband in der Stärke von 150 Mann den dort kämpfenden Milizen der KDP und der YPG an. Die Kämpfer der PKK kamen mit dem Autobus direkt aus den irakischen Kandil-Bergen an der iranischen Grenze. Für ihren Marsch durch Irakisch-Kurdistan hatten sie die ausdrückliche Genehmigung des Präsidenten der KRG, Masud Barzani, erhalten.³⁰ Dadurch erfuhr die Öffentlichkeit erstmals von einer Kooperation der KDP mit der PKK, doch die beiden Parteien hatten bereits vor dem Angriff des IS

25 »Iraq: Women Suffer under ISIS. For Sunnis, Lives Curtailed; for Yezidis, New Accounts of Brutal Rapes«, *Human Rights Watch*, 5.4.2016, <www.hrw.org/news/2016/04/05/iraqi-women-suffer-under-isis> (Zugriff am 10.5.2017).

26 Thomas L. Friedman, »Obama on the World. President Obama Talks to Thomas L. Friedman about Iraq, Putin and Israel«, in: *The New York Times*, 8.8.2014, <www.nytimes.com/2014/08/09/opinion/president-obama-thomas-l-friedman-iraqi-and-world-affairs.html> (Zugriff am 14.4.2017).

27 »Barzani ile PKK'nın teşekkür buluşması« [Als Dank: Treffen Barzanis mit der PKK], T24, 15.8.2014, <<http://t24.com.tr/haber/barzani-ile-pkknin-tesekkurl-bulusmasi,267711>> (Zugriff am 18.3.2017).

28 Der Chef der KDP in Sindschar, Serbest Babiri, und der Direktor des Militärischen Geheimdienstes der Partei, Sait Kestesi, wurden später entlassen und zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Gespräch mit Ca'afar Eminki, Stellvertretender Sekretär des Regionalparlaments Kurdistan, am 17.4.2017 in Erbil.

29 Circa 5000 der insgesamt auf 20 000 geschätzten Familien von Sindschar zogen es vor, in der Stadt zu bleiben, Gespräch mit Serbest Lezgin, Stellvertretender Peschmerga-Minister, Dohuk, 9.4.2017.

30 Gespräch mit dem HPG-Mitglied Piroz am 8.4.2017 in Sindschar.

miteinander kommuniziert und sich verständigt. Vertreter der PKK in Sindschar berichten, dass es zwischen ihrer Organisation und der KDP eine ganze Reihe von Verhandlungen über den Umgang mit den Jesidi von Sindschar gegeben habe. Sie behaupten, sie hätten der KDP sogar angeboten, die Männer der Jesidi in militärischen Einheiten zusammenzufassen, die unter dem gemeinsamen Befehl von PKK und KDP stehen sollten. Sindschar sollte auf diese Weise zum Ausgangspunkt einer parteiübergreifenden kurdischen Zusammenarbeit werden.³¹ Diese Erklärungen stehen in klarem Widerspruch zu den öffentlichen Stellungnahmen der PKK.³²

Der Feldzug zur Befreiung Sindschars und zunehmende Spannungen zwischen der KDP und der PKK

Die Planungen für den Feldzug zur Befreiung Sindschars vom IS zogen sich länger als ein Jahr hin. Während dieser Zeit verkündeten sowohl die KRG als auch die PKK, sie würden jeweils an militärischen Konzepten für eine solche Offensive arbeiten. Doch es war die Anti-IS-Koalition, die Anfang November 2015 mit ihren Luftschlägen den Angriff auf die Stellungen der Terrormiliz in Sindschar begann. Daraufhin rückten die Truppen der KRG und der PKK getrennt voneinander gegen den IS vor. Gegen Ende der Operation kam es gewissermaßen zu einem Wettlauf der Kämpfer beider Parteien um die Rückeroberung der Stadt. Später behaupteten beide, sie – und nicht die anderen Truppen – hätten Sindschar vom IS befreit.³³ Letzten Endes gaben jedoch die öffentlichen Stellungnahmen Washingtons den Ausschlag dafür, dass der

Feldzug zur Befreiung Sindschars auf internationaler Ebene als Erfolg der Kurdischen Regionalregierung verbucht wird.³⁴

Von da an drängte die KRG die PKK dazu, Sindschar zu verlassen. Zur Begründung verwies sie darauf, dass die Kontrolle über die Region elementar für die Sicherheit Irakisch-Kurdistan sei. Außerdem habe die KRG ihre Milizen nach der erfolgreichen Verteidigung Kobanes aus dem syrischen Kurdistan – wo PKK-nahe Kräfte bestimmend sind – ebenfalls zurückgezogen.³⁵ Die PKK reagierte auf dieses Ansinnen nicht eindeutig: Murat Karayilan, Mitglied des Exekutivrats der KCK,³⁶ erklärte, die PKK sei grundsätzlich bereit, ihre Verbände aus Sindschar abzuziehen.³⁷ Ein anderes Mitglied desselben Rats, Bese Hozat, äußerte sich in komplett entgegengesetzter Weise.³⁸ Gleichzeitig tauchten in der Presse Berichte auf, denen zufolge in Sindschar ein weiterer selbstverwalteter Kanton ausgerufen werden solle.³⁹

Doch anders als die gegenseitigen Beschuldigungen jener Tage es vermuten lassen, kämpften die Einheiten beider Kurdenorganisationen bei der Kampagne zur Befreiung Sindschars Seite an Seite. Beide wollten jedoch vermeiden, dass Bilder davon über die internationale Presse an die Öffentlichkeit gelangten. So forderte etwa die KDP, dass die PKK ihre Fahnen und ihre Öcalan-Poster abnimmt, während Einheiten der Peshmerga einen von der PKK gehaltenen Kontrollpunkt passieren. Die (von der Situation erzwungene

31 Gespräch mit Zeki Şingali, Mitglied des Zentralkomitees der PKK, am 9.4.2017 in Sindschar.

32 »Yezidi Commander: PKK Trained Us to Protect Our Iraqi Identity«, *Rudaw*, 6.3.2016, <www.rudaw.net/english/kurdistan/06032017> (Zugriff am 12.12.2017).

33 Siehe die Berichterstattung der PKK-nahen Website ANF News, »Êzîdî Kûrtler, Şengal'in özgülleşmesini kutladı« [[Die jesidischen Kurden feiern die Befreiung Sindschars](https://anfturke.net/kurdistan/ezidi-kurtler-sengal-in-ozgurlesmesini-kutladi-58184)]. <<https://anfturke.net/kurdistan/ezidi-kurtler-sengal-in-ozgurlesmesini-kutladi-58184>>. und die Darstellung desselben Ereignisses aus Sicht der KDP, »Barzani'den müjde: Şengal'in kurtuluşu kutlu olsun!« [[Barzani: Heil der Befreiung Sindschars!](http://www.kurdistan-post.eu/tr/guncel/barzaniden-mujde-sengalin-kurtulusu-kutlu-olsun)], in: *Kurdistan-Post*, 12.11.2015, <www.kurdistan-post.eu/tr/guncel/barzaniden-mujde-sengalin-kurtulusu-kutlu-olsun> (Zugriff jeweils am 24.4.2018).

34 Gespräch mit Serbest Lezgin [wie Fn. 29] am 3.4.2017.

35 Siehe zum Konflikt zwischen der PKK und der KDP in Sindschar: Tomáš Kaválek, *Competing Interests in Shingal District: Examining the PKK-linked Structures, Defusing Tensions*, Erbil: Middle East Research Institute, 2017, <www.meri-k.org/wp-content/uploads/2017/06/Shingal-Report.pdf> (Zugriff am 27.2.2018).

36 [Koma Civakên Kurdistan \(Union der Gemeinschaften Kurdistans\) ist der Dachverband aller unter PKK-Kontrolle stehenden Organisationen, einschließlich der Partei PKK selbst](http://www.koma-civakên-kurdistan.com).

37 »PKK to Withdraw from Iraq's Sinjar, Senior PKK Figure Says«, *E Kurd Daily*, 30.12.2016, <<http://ekurd.net/pkk-to-withdraw-sinjar-2016-12-30>> (Zugriff am 25.5.2017).

38 »PKK Militants Will not Withdraw from Sinjar«. *The Kurdish Organization Aims at Establishing Yazidis' Autonomy*, *soL International*, 10.1.2017, <<https://news.sol.org.tr/pkk-militants-will-not-withdraw-sinjar-171391>> (Zugriff am 25.5.2017).

39 Baxtiyar Goran, »PKK Declares So-called ›Autonomy‹ in Peshmerga-controlled Shingal«, *Kurdistan 24*, 20.8.2017, <www.kurdistan24.net/en/news/dc6ea92a-a066-4231-9443-c58797465a14> (Zugriff am 24.4.2018).

begrenzte) Zusammenarbeit wurde am letzten Tag des Feldzugs offenbar, als im Zentrum Sindschars neben der Flagge der KRG auch die der PKK gehisst wurde. Ein Kommandant der Peschmerga beschrieb das Verhältnis der beiden Parteien in jenen Tagen mit folgenden Worten: »Wir kämpften nebeneinander, aber ohne vorherige Absprache. Wir hielten lediglich Kontakt bei der Bekämpfung des gemeinsamen Feindes.«⁴⁰

Ausblick

Die Ereignisse in Sindschar werfen ein Schlaglicht auf die Dynamik der kurdischen Politik im Nahen Osten. Nach wie vor ist das Handeln der politischen und militärischen Hauptakteure KDP und PKK primär von dem Konflikt bestimmt, den sie mit ihrem jeweiligen Nationalstaat – dem Irak hier und der Türkei dort – austragen. Und wie schon in den vergangenen Jahrzehnten sind die kurdischen Bewegungen im Nahen Osten auch heute auf eine zumindest punktuelle Zusammenarbeit mit Nachbarstaaten angewiesen, wollen sie in der Auseinandersetzung mit der Zentralregierung ihres Heimatlands bestehen. Unverändert auch verschärft diese Konstellation ohnehin bestehende Konkurrenzen und ideologische Konflikte zwischen den einzelnen kurdischen Organisationen.

Doch anders als in der Vergangenheit haben es die kurdischen Bewegungen in den letzten Jahren weitgehend vermieden, in eine militärische Konfrontation gegeneinander einzutreten. Im Gegenteil, erstmals kam es zu einer punktuellen militärischen Kooperation, begleitet von einer Rhetorik, die das letztendlich Gemeinsame der Interessen der Kurden in allen Ländern herausstellte. Es mehren sich die Anzeichen dafür, dass an die Stelle prinzipieller Feindschaft Interessensdivergenzen getreten sind, über die verhandelt werden kann.

So war für die KPD und die KRG nicht die bloße Präsenz der PKK in Sindschar das primäre Problem, sondern die Tatsache, dass diese Präsenz den Regionalmächten Türkei und Iran Trümpfe in die Hand gab, die sie gegenüber Erbil ausspielen könnten. Die Türkei drohte damit, sie werde die Schaffung eines »zweiten Kandil«, sprich die Errichtung einer weiteren Basis der PKK im Irak, nicht akzeptieren.⁴¹ Ankara

hatte wiederholt gewarnt, dass es selbst militärisch in Sindschar intervenieren könne.⁴² Mit ihrer Ankündigung, notfalls militärisch gegen die PKK vorzugehen, versuchte die KRG einer solchen Entwicklung vorzubeugen.⁴³ Denn eine Intervention der Türkei hätte unweigerlich zu einer Verschiebung des von der KRG-Regierung angesetzten Referendums⁴⁴ über eine Unabhängigkeit Irakisches Kurdistan geführt, ganz so, wie dies schon 2014 aufgrund der Angriffe des IS der Fall gewesen war.

Trotz all der unversöhnlichen Rhetorik zwischen der KDP und der PKK ist es in den letzten Jahren nur einmal zu einer bewaffneten Auseinandersetzung gekommen, und zwar im März 2017 in Khanasor.⁴⁵ Einer der Gründe für die Zurückhaltung der Parteien war sicher, dass weder die PKK noch die KDP auf sich allein gestellt militärisch in der Lage gewesen wären, Sindschar zu halten. Doch daneben spielte zweifellos auch ein wachsendes Kurdistan-Bewusstsein eine Rolle. Beide Parteien betonten in den letzten Jahren, dass es kein Kurdistan der PKK und/oder der KDP, sondern nur ein Kurdistan aller Kurden gebe.⁴⁶ Damit einher geht eine neue, realistischere Wahrnehmung des eigenen Durchsetzungsvermögens. Während sowohl die PKK als auch die KDP in den 1990er Jahren noch geglaubt hatten, sie könnten die jeweils andere Partei zurückdrängen, war in den 2000er Jahren jedem der beiden Kontrahenten primär daran gelegen, die Macht in dem von ihm kontrollierten Gebiet zu festi-

stehung eines neuen strategischen Stützpunkts der PKK im Irak, von dem aus Angriffe auf die Türkei unternommen werden können.

42 »Sincar'da ikinci Kandil'e izin yok« [Keine Duldung eines zweiten Kandil in Sindschar], in: *Milliyet*, 11.1.2017, <www.milliyet.com.tr/sincar-da-ikinci-kandil-e-izin-gundem-2376430/> (Zugriff am 5.6.2017).

43 Amberin Zaman, »KRG PM: Talk of Iraqi Kurdish Independence Red Line for Iran. But not Turkey«, in: *Al-Monitor*, 23.12.2016, <www.al-monitor.com/pulse/originals/2016/12/krq-iraq-kurdistan-region-nechirvan-barzani-iran-turkey.html> (Zugriff am 10.3.2017).

44 »Kurdish Independence Vote to Include Disputed Areas«, *MEMO Middle East Monitor (online)*, 15.6.2017, <www.middleeastmonitor.com/20170615-kurdish-independence-vote-to-include-disputed-areas/> (Zugriff am 17.7.2017).

45 »Son dakika... Peşmerge ve PKK Sincar'da çatıştı! İlk atışmalar aktı...« [Aktuell: Zusammenstoß zwischen Peschmerga und PKK in Sindschar], in: *Milliyet*, 3.3.2017, <www.milliyet.com.tr/son-dakika-pesmerge-ve-pkk-dunya-2406648/> (Zugriff am 14.4.2017).

46 Gespräch mit Zeki Şingali [wie Fn. 31] am 9.4.2017.

40 Gespräch mit Serbest Lezgin [wie Fn. 29] am 3.4.2017.

41 Seit den 1990er Jahren befindet sich das Hauptquartier der PKK in den Kandil-Bergen im Nord-Irak, direkt an der Grenze zum Iran. Insofern meint »zweites Kandil« die Ent-

gen. De facto lief das auf die Erkenntnis hinaus, dass die Macht geteilt werden muss. Einer wirklichen Konsolidierung ihres Verhältnisses stand jedoch die Tatsache entgegen, dass beide Parteien auch in der »Geografie« der jeweils anderen einen nicht zu negierenden politischen Einfluss hatten und haben. In gewisser Hinsicht ist deshalb die politische Auseinandersetzung an die Stelle der militärischen getreten.

Die PKK hat den Vorteil, dass sie in allen vier Teilen Kurdistans sowohl als militärischer als auch als politischer Akteur präsent ist.

In dieser neuen Konstellation liegt der Vorteil der PKK darin, dass sie in allen vier Teilen Kurdistans sowohl als militärischer als auch als politischer Akteur präsent ist. Freilich ist es ihr nicht gelungen, sich auf globaler Bühne vom Makel der Terrororganisation zu befreien, und gilt sie deshalb international nicht als legitimer Akteur. Die KDP wiederum hat es trotz ihres breiten Rückhalts in der Staatengemeinschaft nicht vermocht, eine Organisationsstruktur aufzubauen, die sich mit jener der PKK auch nur annähernd messen kann. Dies liegt sicher auch daran, dass die KDP keine klaren politischen Vorstellungen für die anderen Teile Kurdistans hat, eine Schwäche, die im Verlauf des Krieges in Syrien deutlich hervortrat. Das Machtvakuum, das in den kurdischen Gebieten Syriens nach dem Rückzug der Regierungstruppen entstand, war gleichzeitig ein wichtiger Grund dafür, dass sich die Konkurrenz zwischen der PKK und der KDP vorübergehend weiter verschärfte. Die Versuchung, einen unnachgiebigen Kurs zu verfolgen, war dort für beide Organisationen groß, und letztendlich hat wohl nur der Totalangriff des IS auf Kurdistan einen Waffengang zwischen den beiden kurdischen Parteien verhindert. Gleichzeitig jedoch hat der vom IS entfesselte Krieg dazu beigetragen, dass die jeweiligen Einflusszonen beider Parteien durchlässiger geworden sind.

Nirgends traten all diese Faktoren so deutlich hervor wie in Sindschar. Dort haben sie dazu geführt, dass die PKK und die KDP nicht gegen-, sondern nebeneinander gekämpft haben. Mehr noch, beide haben erkannt, dass sie in einer allgemeinen Kriegssituation gegen Bedrohungen, die sich gegen die Kurden richten, allein nicht bestehen können. Diese Erkenntnis schließt es heute weitgehend aus, dass eine der beiden kurdischen Parteien mit dem Gedan-

ken spielt, sich auf eine dauerhafte bewaffnete Auseinandersetzung mit der anderen einzulassen.

Aktueller Nachtrag

Zwei neuere Entwicklungen bestätigen die These, dass die miteinander konkurrierenden kurdischen Bewegungen es trotz aller Gegensätze vermeiden, erneut gegeneinander in Stellung gebracht zu werden: Am 22. März 2018 überschritten türkische Spezialeinheiten die Grenze zum Irak und errichteten im kurdischen Nord-Irak zwei neue Militärbasen.⁴⁷ Die Aktion richtete sich gegen die Präsenz bewaffneter Verbände der PKK und ihr nahestehender Einheiten in der Region. Die erneute Intervention Ankaras erfolgte nur fünf Tage nach der Einnahme der syrisch-kurdischen Stadt Afrin durch türkische Truppen am 18. März. Die neuen türkischen Basen dienen insbesondere der Vorbereitung eines Feldzugs gegen die Stadt und Region Sindschar. Die PKK erklärte daraufhin am 1. April, sie habe ihre Kämpfer aus Sindschar abgezogen. Die von ihr aufgestellten und ausgebildeten »Widerstandseinheiten Sindschars« (YBŞ), die aus Jesidi der Region bestehen, sind jedoch nach wie vor unter Waffen und nehmen – in Absprache mit der irakischen Zentralregierung – in einigen Orten Polizeiaufgaben wahr.⁴⁸ Der türkische Präsident Erdoğan beharrt auf der Auflösung auch dieser Einheiten, und der Nationale Sicherheitsrat in Ankara erklärt die gesamte Kurdenregion im Irak zum potentiellen Interventionsgebiet des türkischen Militärs.⁴⁹ Obwohl sie durch die Maßnahmen der irakischen Zentralregierung nach dem Unabhängigkeitsreferendum geschwächt ist, hat es die Kurdische Regionalregierung bisher vermieden, sich dem türkischen Druck zu

⁴⁷ »Asker Irak sınırını geçti« [Das Militär hat die Grenze zum Irak überschritten], in: *Cumhuriyet*, 23.3.2018, <www.cumhuriyet.com.tr/haber/dunya/947694/Asker_Irak_sinirini_getti.html#> (Zugriff am 24.4.2018).

⁴⁸ »Sincar kaymakamı: PKK'lılar Suriye'ye geçti, YBŞ'liler ise bölgede« [Der Landrat von Sindschar: Die Angehörigen der PKK sind nach Syrien ausgewichen, die YBŞ sind nach wie vor präsent], *Diken*, 2.4.2018, <www.diken.com.tr/sincar-kaymakami-pkk-suriyeye-getti-ybs-ise-bolge/> (Zugriff am 24.4.2018).

⁴⁹ Sedat Ergin, »Askeri aktivizm bölge politikasına yerleşiyor« [Militärischer Aktionismus bestimmt die Regionalpolitik], *Hürriyet*, 30.3.2018, <www.hurriyet.com.tr/yazarlar/sedat-ergin/askeri-aktivizm-bolge-politikasina-yerlesiyor-40788633> (Zugriff am 24.4.2018).

beugen. Der Sprecher des Peschmerga-Ministeriums schloss kategorisch jegliche Intervention seiner Truppen in diesen Konflikt aus.⁵⁰ Noch weiter vorgewagt hatte sich davor das kurdische Regionalparlament in Erbil anlässlich des Einmarschs türkischer Truppen in die syrisch-kurdische Stadt Afrin. Am 30. Januar verurteilte das Parlament auf Initiative der KDP die türkische Offensive, und am 4. Februar besuchte eine Delegation des Parlaments die damals noch umkämpfte Stadt.⁵¹

50 Omar Sattar, «How Will Sinjar Crisis End as Tensions Mount between Baghdad and Ankara?», *Al-Monitor*, 9.4.2018, <www.al-monitor.com/pulse/originals/2018/04/sinjar-iraq-kurdistan-turkey-pkk.html> (Zugriff am 24.4.2018).

51 Amberin Zaman, »KRG Delegation Arrives in Afrin as Turkey Offensive Softens Kurdish Split«, *Al-Monitor*, 13.2.2013, <www.al-monitor.com/pulse/originals/2018/02/kurdish-disunity-nation.html> (Zugriff am 24.4.2018).

Katharina Lack

Die Lage in den kurdischen Gebieten Syriens: Politische Akteure und ihre Entwicklung seit 2011

Unter den Akteuren des Konflikts in Syrien sind die Kurden im Norden des Landes seit Mitte 2012 einen Sonderweg gegangen. Sie etablierten schrittweise eine sogenannte Demokratische Selbstverwaltung (engl. Democratic Self-Administration, DSA) mit eigenen Institutionen und Sicherheitsorganen, die faktisch neben den Verwaltungs- und Sicherheitsstrukturen des syrischen Machtapparats präsent sind. Unter den kurdischen Gebieten werden hier jene Teile Nord-Syriens verstanden, in denen bis 2011 ein Großteil bzw. die Mehrheit der Bewohner kurdisch war. Es handelt sich um die Gebiete, die bei Ausrufung der DSA im Herbst 2013 zu den drei »Kantonen« der DSA deklariert wurden: Cizire (arab. al-Jazira) im Norden der Provinz Haseke (Bevölkerung vor allem Kurden, Araber und assyrisch-aramäische Christen); Kobane (kurd. Kobanî, arab. 'Ayn al-'Arab) im Nordosten der Provinz Aleppo (Bevölkerung neben Kurden vor allem Araber) und schließlich Afrin (kurd. Efrîn, traditionell Kurd Dagħ, Kurdenberg, genannt) im Nordwesten der Provinz Aleppo (mehrheitlich kurdisch).¹ Weitere Abschnitte des Grenzgebiets zur Türkei, darunter Tall Abyad und Manbij, sind stärker gemischt besiedelt (Araber, Turkmenen, Kurden, Assyro-Aramäer). Darüber hinaus gibt es in Aleppo und Damaskus kurdische Stadtviertel.

Die Rolle der kurdischen Parteien bis 2011

Seit der Unabhängigkeit Syriens hat die Regierung in Damaskus die Präsenz der Kurden in den Grenzgebie-

¹ Zu den Siedlungsgebieten siehe Harriet Allsopp, *The Kurds of Syria*, London/New York 2014, S. 18; Jordi Tejel, *Syria's Kurds: History, Politics and Society*, Abingdon/New York 2009, S. 8–11.

ten in erster Linie als eine Angelegenheit der nationalen Sicherheit wahrgenommen.² Während sie den Ansatz verfolgte, die übrige syrische Bevölkerung durch die arabische Sprache zu integrieren bzw. zu assimilieren und ab 1963 politisch durch die Baath-Ideologie zu einen, ergriff sie gegen die Kurden diskriminierende Maßnahmen. Im Jahr 1962 wurden circa 120 000 Kurden durch einen arabisch-nationalistisch motivierten Zensus der syrischen Staatsangehörigkeit beraubt. Es entstanden zwei Gruppen: die als staatenlose Ausländer registrierten sogenannten *ajanib* und die nicht-registrierten sogenannten *maktumin* (»Verborgene«). Die Angehörigen beider Gruppen, die 2010 etwa 300 000 Personen umfassten, hatten nur begrenzten Zugang zu Bildung und Arbeit und konnten kein Grundeigentum erwerben.³ Im Zuge ihrer Arabisierungspolitik (Bildung eines sogenannten »Arabischen Gürtels«) siedelte die syrische Regierung seit den 1970er Jahren Araber aus dem Euphrat-Tal in insgesamt 34 Ortschaften entlang der Grenze zur Türkei an.⁴ Darüber hinaus unterband sie systematisch Manifestationen kurdischer Kultur: Die kurdische Sprache (Kurmancî) durfte nicht unterrichtet werden und ihr öffentlicher Gebrauch, bis hin zur

² Allsopp, *The Kurds of Syria* [wie Fn. 1], S. 27.

³ Europäisches Zentrum für Kurdische Studien (EZKS), *Stateless Kurds in Syria. Illegal Invaders or Victims of a Nationalistic Policy*, Berlin 2010 (Kurwatch-Report Nr. 5; für die Kurwatch-Reports Nr. 1–11, auf die im Folgenden mitunter verwiesen wird, siehe <<http://www.kurwatch.org/?cid=186&z=en>>); Allsopp, *The Kurds of Syria* [wie Fn. 1], S. 24–25, 148–159. Die Bedeutung des Zensus für die Frage der Staatsangehörigkeit war im Vorfeld kaum kommuniziert worden. Ausschlussentscheidungen betrafen im Nachgang vor allem Kurden.

⁴ Allsopp, *The Kurds of Syria* [wie Fn. 1], S. 25–27.

Eintragung kurdischer Namen in Personenstandsregister war stark eingeschränkt.⁵

Die kurdischen Parteien,⁶ die mit Ausnahme der PYD (Partei der Demokratischen Union, 2003 gegründeter syrischer Zweig der PKK, s.u.) und der Kurdischen Zukunftsbewegung in Syrien (2004 von Mish'al Tammo gegründet, s.u.) ihren Ursprung überwiegend in der 1957 gegründeten Kurdischen Demokratischen Partei – Syrien (KDP-S) haben, sind kurdisch-nationalistisch und laizistisch orientiert.⁷ Eine islamistische kurdische Partei gibt es in Syrien, anders als in der Türkei und in der Region Kurdistan-Irak, nicht.⁸ Nach 2013 sind einige neue kurdische Parteien gegründet worden, die links orientiert sind.

Die syrischen Parteien waren bis 2012 der Führungsrolle der Baath-Partei untergeordnet. Nur diejenigen Parteien, die mit der Baath in der Nationalen Progressiven Front verbunden waren, durften legal arbeiten. Bis heute gelten alle kurdischen Parteien als illegal.⁹ Eine Beteiligung an Wahlen war ihnen seit der Machtübernahme der Baath nicht möglich. Jedoch duldete Damaskus ihre Existenz und versuchte,

die Führung der Parteien zu kooptieren.¹⁰ Im Gegenzug verfolgten die kurdischen Parteien einen Ansatz, der direkte Konfrontationen vermied, und organisierten ihre Mitglieder in geheimen Zellen.¹¹

Die PYD ist Teil eines von der PKK geführten »Parteien-Komplexes«.

Bis 2011 unterhielt keine der syrisch-kurdischen Parteien eine eigene bewaffnete Organisation. Die Baath-Regierung duldete es hingegen, dass kurdische Bewegungen in den Nachbarländern, insbesondere im Irak und die PKK in der Türkei, in Syrien Rekruten anwarben. Auch bot sie dem irakisch-kurdischen Oppositionspolitiker Jalal Talabani (1933 – 2017; irakischer Staatspräsident von 2005 – 2014) und dem Gründer und Vorsitzenden der PKK Abdullah Öcalan in Damaskus Zuflucht.¹² Neben der Sicherung regional-politischer Interessen sah sie in dieser Strategie ein probates Mittel, um syrischen Kurden ein Ventil bzw. ein Betätigungsfeld außer Landes zu bieten. Die Spielräume für diese »Ventil-Strategie« verengten sich jedoch erstmals, als Assad 1998 auf Druck der Türkei den PKK-Führer Öcalan zur Ausreise aus Syrien zwang, und in noch stärkerem Maße durch die Entwicklung im Irak ab 2003.¹³

Die PYD ist Teil eines von der PKK geführten »Parteien-Komplexes«.¹⁴ Im syrisch-kurdischen Parteinenspektrum nimmt sie eine Sonderstellung ein. Ihre Gründung in den Kandil-Bergen 2003 erfolgte im Zusammenhang mit einem Strategiewechsel der PKK nach der Inhaftierung Öcalans. Im Rahmen dieser

5 Ebd., S. 27 – 28, 104, 124 – 27. Die Sprachpolitik wurde unter Bashar al-Assad selektiv, nicht jedoch für das Kurdische, gelockert. Zum Beispiel durfte Aramäisch in einem staatlich geförderten Zentrum gepflegt werden, Ian Black, »Endangered Aramaic Language Makes a Comeback in Syria«, in: *The Guardian*, 14.4.2009, <www.theguardian.com/world/2009/apr/14/aramaic-revival-syria> (Zugriff am 4.6.2017).

6 Siehe für einen Überblick über die syrischen kurdischen Parteien Annex 1, S. 76ff (Stand Mai 2018).

7 Für eine Darstellung der Genese der kurdischen Parteien in Syrien siehe Christian Sinclair/Sirwan Kajjo, »The Evolution of Kurdish Politics in Syria«, *Middle East Research and Information Project* (online), 31.8.2011, <www.merip.org/mero/mero083111> (Zugriff am 28.5.2017); EZKS, *Who Is the Syrian-Kurdish Opposition? The Development of Kurdish Parties, 1956–2011*, Berlin 2011 (Kurdwatch-Report Nr. 8).

8 Für eine Diskussion des Zusammenhangs von islamischer Religion und kurdischer Identität in Syrien siehe Tejel, *Syria's Kurds* [wie Fn. 1], S. 95 – 102. Allsopp zufolge wendet sich die kurdische Jugend vom Islam ab, *The Kurds of Syria* [wie Fn. 1], S. 4.

9 Die Führungsrolle der Baath wurde in der Verfassung von 2012 aufgehoben. Mit Legislativdekret Nr. 100/2011 wurde die Gründung von Parteien neu geregelt. Parteien dürfen unter anderem nicht auf regionaler oder ethnischer Basis beruhen, vgl. »Damascus: New Party Law Makes Creation of Kurdish Parties Impossible«, *Kurdwatch*, 29.7.2011, <www.kurdwatch.org/?aid=1834&z=en> (Zugriff am 4.6.2017).

10 Tejel, *Syria's Kurds* [wie Fn. 1], S. 85 – 89. Ein Element dieser Kooptierung war der Zwang für die Führer der kurdischen Parteien, sich mit den Sicherheitsdiensten auszutauschen, die die kurdisch-nationalistischen Ambitionen einzuhegen bzw. auf Projekte zu lenken versuchten, die Damaskus genehm waren.

11 Allsopp, *The Kurds of Syria* [wie Fn. 1], S. 29.

12 Tejel, *Syria's Kurds* [wie Fn. 1], S. 73 – 77, 85. Zu der Unterstützung Syriens für die PKK (1978 – 1998) siehe Magdalena Kirchner, *Why States Rebel. Understanding State Sponsorship of Terrorism*, Opladen 2016, S. 175 – 185.

13 Tejel, *Syria's Kurds* [wie Fn. 1], S. 79 – 81. Der Zustrom syrischer Kurden zur PKK riss allerdings auch in den 2000er Jahren nicht ganz ab, siehe ebd., S. 168.

14 Joost Jongerden/Ahmet H. Akkaya, »Democratic Federalism as a Kurdish Spring«, in: Mohammed M. A. Ahmed/Michael M. Gunter (Hg.), *The Kurdish Spring. Geopolitical Changes and the Kurds*, Costa Mesa, CA: Mazda Publishers, 2013, S. 163 – 185 (165).

Kursänderung bildete die PKK Ableger in Syrien, im Irak und im Iran. Die PYD sollte in Syrien transnationale PKK-Netzwerke an lokalspezifische Gegebenheiten anpassen.¹⁵ Nach dem Abschluss des Adana-Abkommens 1998,¹⁶ in dem Damaskus und Ankara eine Sicherheitskooperation vereinbart hatten, griff die syrische Regierung gegenüber der PKK und der PYD mit großer Härte durch: PKK-Mitglieder wurden an die Türkei ausgeliefert, PYD-Aktivist*innen verfolgt, zu langen Haftstrafen verurteilt und systematisch gefoltert.¹⁷

Die Entwicklungen im Irak, vor allem die Verhandlungen über die neue Verfassung 2004/05 und die Wahl Talabanis zum Staatspräsidenten 2005, ermutigten die jüngere Generation der syrischen Kurden, höhere Risiken einzugehen.¹⁸ Sie entdeckten die Straße als Forum für Protestaktionen und brachten so den Führungsanspruch der Parteien ins Wanken. Die Unruhen in Qamischlo (arab. Al-Qamishli) vom 12. März 2004 zum Beispiel, die als Auseinandersetzung zwischen kurdischen und arabischen Fußballfans begannen, in teils aggressive kurdische Demonstrationen übergingen und mit dem Einsatz tödlicher Gewalt seitens der Sicherheitskräfte endeten,¹⁹ waren

15 International Crisis Group (ICG), *The PKK's Fateful Choice in Northern Syria*, Ankara/Qamishlo/Brüssel, 4.5.2017 (Middle East Report Nr. 176), S. 3; EZKS, *Who Is the Syrian-Kurdish Opposition?* [wie Fn. 7], S. 14–15.

16 Nachdem Ankara mit militärischer Gewalt gedroht hatte, stimmte Präsident Hafez al-Assad im Oktober 1998 im Adana-Abkommen einer Reihe von politischen Konzessionen zu. Unter anderem willigte Syrien ein, seine Unterstützung für die PKK einzustellen und deren Vorsitzenden Abdullah Öcalan auszuweisen, siehe Michael M. Gunter, *Out of Nowhere. The Kurds of Syria in Peace and War*, London 2014, S. 40–41.

17 Tejel, *Syria's Kurds* [wie Fn. 1], S. 79; EZKS, *What Does the Syrian-Kurdish Opposition Want? Politics between Erbil Sulaymaniyah, Damascus and Qandil*, Berlin 2013 (Kurdwatch Report Nr. 9), S. 11. Viele wurden in Haft zu Tode gefoltert, so Hosheng Ossi, »Die PKK und das Assad-Regime: Eine Geschichte von Zwist und Eintracht im Einklang mit den Träumen des Gründers [gemeint ist Öcalan]« (Arab.), in: *Al-Hayat*, 7.4.2015, <<http://bit.ly/SWP18Ssrt01>> (Zugriff am 3.6.2017).

18 Bereits am 8. März 2004, als die Interimsverfassung des Irak veröffentlicht wurde, verlegte Damaskus vorsorglich zusätzliche Sicherheitskräfte in die kurdischen Gebiete Syriens, Tejel, *Syria's Kurds* [wie Fn. 1], S. 117.

19 Eine Analyse der Ereignisse liefert EZKS, *The »Al-Qamishli Uprising«. The Beginning of a »New Era« for Syrian Kurds?*, Berlin 2009 (Kurdwatch Report Nr. 4); Tejel, *Syria's Kurds* [wie Fn. 1], S. 114–118.

nicht von den Parteien gesteuert worden. Lediglich die PYD und die Yekîî (Partei der) Einheit²⁰ hatten den Protestierenden ihre Unterstützung versichert.

In Reaktion auf diese kurdische *Intifada* und die zögerlich-abwartende Position der meisten Parteien gründete Mish'al Tammo mit der Kurdischen Zukunftsbewegung in Syrien eine Partei, die an der Funktionsweise einer zivilgesellschaftlichen Initiative orientiert war und eine vergleichsweise begrenzte Mitgliederzahl hatte, jedoch zu einer der sichtbarsten Kräfte im syrisch-kurdischen Spektrum wurde.²¹ Im Juni 2005 protestierten erneut Zehntausende Kurden in Qamischlo gegen Damaskus. Auslöser war die Ermordung des regierungskritischen kurdischen Religionsgelehrten Sheikh Ma'shuq al-Khaznawi.²² Auch bei diesen Protesten standen die kurdischen Parteien – bis auf Azadî (Partei der) Freiheit, Yekîî und die Kurdische Zukunftsbewegung – am Rande.²³

Die kurdischen Parteien und die Revolution von 2011

Ebenso wie die syrische Opposition insgesamt waren die kurdischen Parteien auf die Welle der Proteste kaum vorbereitet, die ab dem 18. März 2011 von der Stadt Dar'aa aus Syrien erfasste. Die ersten Demonstrationen in den kurdischen Gebieten wurden Anfang April in Amuda und Qamischlo von einer unabhängigen Protestbewegung organisiert. Analog zu anderen syrischen Städten bildeten die Aktivist*innen in den kurdischen Gebieten improvisierte Strukturen und operierten im Verborgenen. Sie standen im Dialog mit den überwiegend zögerlichen Parteien und bil-

20 Siehe zu dieser Partei Tejel, *Syria's Kurds* [wie Fn. 1], S. 111–114.

21 EZKS, *The »Al-Qamishli Uprising«* [wie Fn. 19], S. 20.

22 Khaznawi sagte vor seinem Tod: »Either the regime will change, or the regime must go [...] The reason I and others can speak out is because the Americans are trying to get rid of dictators and help the oppressed«, zitiert in Estanislao Oziewicz, »Syria Denies Knowledge of Missing Cleric«, *Globe and Mail*, 18.5.2005, <www.theglobeandmail.com/news/world/syria-denies-knowledge-of-missing-cleric/article18227521/> (Zugriff am 16.5.2017); Thomas Pierret, *Religion and State in Syria: The Sunni Ulama from Coup to Revolution*, New York 2013, S. 132–133.

23 EZKS, *The »Al-Qamishli Uprising«* [wie Fn. 19], S. 17–18.

deten Netzwerke aus Freiwilligen.²⁴ Auch stimmten sie sich zunehmend mit den Koordinierungskomitees (*tansiqiyat*) in den arabischen Städten ab.²⁵ Sie übernahmen die in ganz Syrien verbreiteten Parolen und ergänzten diese um kurdisch-spezifische Forderungen: Das kurdische Wort für Freiheit, *azadî*, wurde auf die syrische Fahne geschrieben²⁶ und neben dem arabischen Slogan »Das Volk will den Sturz des Regimes« skandiert. Die Wahl des Schlagworts *azadî* als Freitagsmotto der syrienweiten Demonstrationen am 20. Mai 2011, ein Ergebnis intensiver kurdisch-arabischer Verhandlungen,²⁷ wirkte in den kurdischen Gebieten stark mobilisierend, denn es signalisierte erstmals eine positive Anerkennung der Existenz der Kurden auf syrischem Boden.²⁸ Auf Plakaten der kurdischen Koordinierungskomitees erschienen immer öfter selbstbewusste Statements wie »Die kurdische Frage ist eine [...] Vaterlandsfrage par excellence – von heute an lassen wir uns von niemandem mehr an den Rand drängen.«²⁹

24 Schriftliche Mitteilung von Shepal Ibrahim, ehemaliges Mitglied der Union der Koordinierungskomitees der kurdischen Jugend in Syrien, an die Autorin vom 29.5.2017.

25 »Most Demonstrators Do not Pray«. Interview [with] Jan Qamishloki, Kurdish Activist«, *Kurdwatch*, 29.6.2011, <www.kurdwatch.org/html/en/interview1.html> (Zugriff am 22.6.2017).

26 Siehe »France 24-Dokumentation über die syrische Revolution in Qamishli« (Arab.), *Youtube*, September 2011, Minuten 1:00 – 1:19, <www.youtube.com/watch?v=XwT00kXEz5s> (Zugriff am 28.5.2017).

27 Bei der Auswahl des Schlüsselbegriffs *azadî* als Freitagsmotto wurde als Zugeständnis an die kurdischen Aktivistinnen auf die ansonsten übliche landesweite Mehrheitsabstimmung unter den Koordinierungskomitees verzichtet, da der kurdische Vorschlag beim Voting wahrscheinlich keine Mehrheit erhalten hätte. Ebenso war zuvor im April einmal bei einem Freitagsmotto mit christlicher Bedeutung (Karfreitag) verfahren worden, Information aus einem Interview mit Jamshid Hussein, einem ehemaligen Mitglied der Union der Koordinierungskomitees der kurdischen Jugend, Berlin, 24.6.2017.

28 Diesen Punkt betonte Mish'al Tammo im Interview mit *Al-Arabiya*, August 2011: »Dialog mit dem kurdischen Politiker Mish'al at-Tammu auf dem Kanal al-'Arabiyya« (Arab.), *Youtube*, Minuten 8:00 – 8:30, <www.youtube.com/watch?v=3zLIg4GnjfA> (Zugriff am 28.5.2017).

29 »Al-qadiyya al-kurdiyya ... hiya qadiyyat watan bi-imtiyaz wa-lan naqbal ba'd al-yawm an yatimm tahmishna min ahad«; siehe das am 9.9.2011 aufgenommene Video der Demonstration »Freitag des internationalen Schutzes« in Qamischlo, *Youtube*, Minuten 0:30 – 0:38,

Da die Vorsitzenden der meisten kurdischen Parteien davor zurückscheuten, Damaskus herauszufordern, vertiefte sich die Kluft zu den Aktivisten.³⁰ Einzig die Zukunftsbewegung suchte den Schulterschluss mit den Demonstranten, was ein Zerwürfnis Mish'al Tammos mit den meisten Parteien zur Folge hatte.³¹

Damaskus verfolgte 2011 das Ziel, einen kurdisch-arabischen Zusammenschluss der Protestbewegungen zu verhindern.

Auch PYD-Aktivistinnen beteiligten sich zunächst an den Kundgebungen. Der PKK-nahe Fernsehsender *Roj-TV* befürwortete den Arabischen Frühling und ermunterte zu Protesten auch in Syrien, noch bevor sie in Dar'aa begannen. Ab etwa Juni 2011 änderte sich der Syrien-Diskurs von *Roj-TV*: Man kritisierte die Verwendung von Slogans der syrischen Opposition durch Kurden und die enge Abstimmung mit den Protesten in den arabischen Landesteilen, zum Beispiel die Übernahme der Praxis, sich als Ausgangspunkt der Freitagsdemonstrationen an den Moscheen zu sammeln.³² Wie in vielen syrischen Städten hatte die Wahl der Moschee als Treffpunkt wohlgermerkt auch hier pragmatische, nicht religiöse Gründe.³³ Die kurdischen Koordinierungskomitees kamen im Frühjahr und Sommer mehrfach mit dem damaligen PYD-Vorsitzenden Salih Muslim zusammen, konnten aber keine gemeinsame Linie aushandeln. Die Forderungen der PYD liefen zu diesem Zeitpunkt darauf hinaus, nicht den »Sturz des Regimes« zu verlangen und die Symbole der Kurden von denen der sogenannten arabischen Opposition zu trennen bzw. die arabisch-kurdische Zusammenarbeit innerhalb der Protestbewegung zu beenden.³⁴ Als es der PYD nicht gelang,

<www.youtube.com/watch?v=MSejd4Nzz0I> (Zugriff am 28.5.2017).

30 Allsopp, *The Kurds of Syria* [wie Fn. 1], S. 196 – 198; schriftliche Auskunft von Shepal Ibrahim, 29.5.2017.

31 EZKS, *Who Is the Syrian-Kurdish Opposition?* [wie Fn. 7], S. 20.

32 Hosheng Ossi, »Die Partei der Demokratischen Union (PYD): Das Verhängnis der Identität und die Unklarheit der ihr [d.h. der PYD] lokal und regional vorgeschriebenen Projekte und Rollen (Teil 2)« (Arab.), *Kurdish-Swedish Studies Center* (NLK-S), 25.6.2017 <<http://bit.ly/SWP18Ssr02>> (Zugriff am 26.6.2017); Gespräch mit Hosheng Ossi am 22.6.2017.

33 »Most Demonstrators Do not Pray« [wie Fn. 25].

34 Shepal Ibrahim, schriftliche Auskunft vom 29.5.2017; Interview mit Jamshid Hussein am 24.6.2017.

die Stoßrichtung der Demonstrationen nach ihren Wünschen zu ändern, kam es zum Bruch, der am 22. Juli 2011 in Qamischlo in besonders plakativer Form dadurch zum Ausdruck kam, dass sich der gemeinsam begonnene Protestmarsch in zwei verschiedene Richtungen aufspaltete.³⁵ Infolge dieser Differenzen erreichten die kurdischen Demonstrationen zwar durchaus ein Niveau, das Damaskus beunruhigte, verharteten aber unter ihrem Potential.

Auch Damaskus verfolgte das Ziel, einen kurdisch-arabischen Zusammenschluss der Protestbewegungen zu verhindern,³⁶ und bediente sich dazu einer Zuckerbrot-und-Peitsche-Strategie: Am 7. April 2011 erließ Präsident Assad Dekret 49/2011, das die Wiedereinbürgerung von zuvor staatenlos gemachten Kurden und ihrer Nachfahren ermöglichte. Es richtete sich an die registrierten sogenannten *ajanib*. Die Gesamtzahl der auf der Basis dieses Erlasses Eingebürgerten, geschätzt wohl circa 100 000, ist offiziell nicht veröffentlicht worden.³⁷ Auch wurde Dekret 49/2008 aufgehoben, das durch die Beschränkung des Land-erwerbs in sogenannten Grenzgebieten die Kurden besonders benachteiligt hatte.³⁸

Im Unterschied zum Vorgehen in arabischen Städten vermied es der Sicherheitsapparat in den kurdischen Gebieten zunächst, gegen Demonstrationen mit tödlicher Gewalt vorzugehen.³⁹ Die Repression wurde

aber ab Juli/August 2011 gezielt verschärft, nachdem Versuche, die Protestbewegung durch Kooptierung oder Einschüchterung der kurdischen Parteien einzuhegen, kaum Wirkung gezeigt hatten.⁴⁰ Gegenüber den Schlüsselfiguren der Proteste ging der Staat nun sehr hart vor: Der kurdische Aktivist Miral Cheikha wurde Ende August 2011 auf einer Demonstration im arabischen Viertel von Haseke festgenommen und zu 18 Jahren Haft verurteilt.⁴¹ Der Schriftsteller Hussein Eisso, der kurdische und arabische Oppositionelle unterstützt hatte, wurde Anfang September verhaftet und nach Damaskus überstellt; seitdem gehört er zu den Verschwundenen.⁴² Shepal Ibrahim, eine zentrale Figur in der Union der kurdischen Koordinierungskomitees, wurde Ende September vom Geheimdienst in Qamischlo entführt und zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt, die er im berüchtigten Gefängnis Saydnaya antrat. Außerdem wurde ihm die Staatsangehörigkeit entzogen.⁴³

Vor allem in Mish'al Tammu sah Damaskus eine besondere Bedrohung, da er intensiv an der Vernetzung mit der gesamtsyrischen Opposition arbeitete.⁴⁴

und November 2011 landesweit etwa 3500 Todesopfer infolge der Repression verzeichnete, wurden in diesem Zeitraum in den kurdischen Gebieten weniger als zehn Menschen getötet, siehe UN Human Rights Council, *Report of the Independent International Commission of Inquiry on the Syrian Arab Republic* (A/HRC/S-17/2/Add.1), Genf, 23.11.2011, Ziff. 21, 41–51, <www.ohchr.org/Documents/Countries/SY/A.HRC.S-17.2.Add.1_en.pdf> (Zugriff am 12.4.2018).

40 Trotz ihrer Distanz zur Protestbewegung ließen sich die meisten kurdischen Parteien von Damaskus nicht vereinnahmen, EZKS, *Who Is the Syrian-Kurdish Opposition?* [wie Fn. 7], S. 20.

41 Schriftliche Auskunft des Betroffenen, der Syrien verlassen konnte, vom 29.5.2017.

42 »Hussein Essou – Peaceful Activist«, *Human Rights Watch* (online), 11.9.2013, <<https://www.hrw.org/news/2013/09/11/hussein-essou-peaceful-activist>> (Zugriff am 29.5.2017).

43 UN, OHCHR, *Mandates of the Working Group on Arbitrary Detention etc.*, Genf, 2.11.2012, S. 1–2, <[https://spdb.ohchr.org/hrdb/22nd/public-UA_Syrie_02.11.12_\(9.2012\)_1.pdf](https://spdb.ohchr.org/hrdb/22nd/public-UA_Syrie_02.11.12_(9.2012)_1.pdf)> (Zugriff am 4.6.2017). Shepal Ibrahim, der im Mai 2013 nach internationaler Vermittlung freikam, vermutet, dass das harte Vorgehen gegen ihn unter anderem auf seine Ablehnung eines Treffens mit Präsident Assad zurückzuführen ist; schriftliche Auskunft vom 29.5.2017.

44 »The development of a Syrian-national position within the Kurdish political scene set off alarm bells. Mish'al at-Tammu advocated for this position, which was not only a danger to the Syrian regime, but also to the rest of the Kurdish politicians who advocated for a very different position.

35 Interview mit Jamshid Hussein am 24.6.2017; schriftliche Mitteilungen von Abdulhamid Tammu an die Autorin vom 3.6.2017 und 3.7.2017.

36 Ein desertierter Befehlshaber des syrischen Allgemeinen Sicherheitsdienstes in Serê Kaniyê/Ra's al-'Ayn berichtet: »Under no circumstances were there to be joint Kurdish-Arab protests, which could have become dangerous for the regime«, siehe »The Syrian Regime's Crisis Center Gave the PKK Instructions to Murder Kurdish Politicians, and the PKK Carried them out. [Interview mit] Muhammad al-Nasir«, *Kurdwatch*, 18.5.2014, <<http://kurdwatch.org/index?e3117>> (Zugriff am 10.6.2017).

37 Allsopp, *The Kurds of Syria* [wie Fn. 1], S. 148–149 und S. 173; Zahra Albarazi, *The Stateless Syrians*, Tilburg: Tilburg University Statelessness Programme, Mai 2013, S. 18–22, <www.refworld.org/pdfid/52a983124.pdf> (Zugriff am 17.6.2017). Thomas McGee zufolge hat sich das Problem staatenloser Kurden durch Flucht in die Nachbarländer verlagert, siehe *Statelessness Displaced: Update on Syria's Stateless Kurds*, Eindhoven: Institute on Statelessness and Inclusion, Juni 2016, S. 1–4, <www.institutesi.org/WP2016_02.pdf> (Zugriff am 17.6.2017).

38 Allsopp, *The Kurds of Syria* [wie Fn. 1], S. 27.

39 Während das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) zwischen März

Am 8. September 2011 entging Tammo in Qamischlo einem Anschlagversuch, und am 7. Oktober 2011, nur kurz nach seiner Wahl ins Generalsekretariat des Syrischen Nationalrats (SNR),⁴⁵ wurde er von einem Kommando maskierter Männer erschossen.⁴⁶ Am 30. September 2011 war in Qamischlo erstmals ein kurdischer Demonstrant angeschossen worden; und am 8. Oktober 2011 wurden mehrere Personen auf dem Trauerzug für Tammo durch Schüsse der Sicherheitskräfte getötet und verletzt.⁴⁷

Nach der Ermordung Tammos erreichte die Mobilisierung der Regimegegner in Nord-Syrien einen Höhepunkt. Der Trauermarsch einte einen Großteil der kurdischen und arabischen Öffentlichkeit in Qamischlo und darüber hinaus. Hinter der Revolutionsfahne⁴⁸ und der kurdischen Nationalfahne skandierten ein Demonstrationszug mit über 50 000 Teilnehmern arabische und kurdische Slogans und forderte den Sturz des Regimes. In Amuda wurde die Statue von Hafez al-Assad zerstört.⁴⁹ Auch in arabischen Städten fanden Solidaritätskundgebungen statt. Jedoch erwies sich die kurdische Protestbewegung als zu schwach, um das Momentum aus Empörung und Solidarisierung nachhaltig zu nutzen.⁵⁰ Darüber hinaus veranlasste die verschärfte Repression viele Aktivisten, Syrien zu verlassen. Auch verlagerte die

Union der Koordinierungskomitees der kurdischen Jugend nach ihrem Beitritt zum SNR den Schwerpunkt ihrer Arbeit aus Sicherheitsgründen ins Exil.⁵¹

Mit dem Kurdischen Nationalrat und der Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft bildeten sich jene zwei Blöcke heraus, die bis heute in scharfer Konkurrenz um die politische Repräsentation der Kurden stehen.

Die kurdischen Parteien setzten indessen ihre Bemühungen fort, sich so zu formieren, dass sie gegenüber Damaskus und der verfassten syrischen Opposition effektiver auftreten könnten.⁵² Mit dem am 26. Oktober 2011 in Qamischlo gegründeten Kurdischen Nationalrat in Syrien (KNR) und dem durch die PYD am 16. Dezember 2011 in Derik geschaffenen Volksrat von Westkurdistan bzw. der in der Folge relevanteren Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft (TEV-DEM) bildeten sich jene zwei dominanten Blöcke heraus, die bis heute in scharfer Konkurrenz um die politische Repräsentation der Kurden stehen. Beide Blöcke können sich auf eine recht breite Anhängerschaft stützen,⁵³ wobei die PYD-geführte Seite ein (innerkurdisches) Gewaltmonopol innehat und die Strukturen der DSA wirkmächtiger sind.

Therefore the regime gave direct instructions to eliminate this man«, »Interview mit Muhammad al-Nasir« [wie Fn. 36].

45 Im September 2017 in Istanbul gegründete Dachorganisation der Opposition, die ein breites politisches Spektrum zu vereinen suchte.

46 »Al-Qamishli: Mish'al at-Tammu Assassinated«, *Kurdwatch*, 10.10.2011, <www.kurdwatch.org/?aid=2077&z=en> (Zugriff am 4.6.2017). Zur Frage, ob die PYD den Mord ausführte, siehe Gunter, *Out of Nowhere* [wie Fn. 16], S. 100f., und ICG, *Syria's Kurds: A Struggle within a Struggle*, Erbil/Damaskus/Brüssel, 22.1.2013 (Middle East Report Nr. 136), S. 10, Fn. 44.

47 »Al-Qamishli: Two Dead and Numerous Injured at Demonstrations«, *Kurdwatch*, 11.10.2017, <www.kurdwatch.org/?cid=232&z=en> (Zugriff am 4.6.2017).

48 Seit Herbst 2011 nutzt die Opposition die grün-weiß-schwarze Fahne, die Syrien erstmals in der Phase der Unabhängigkeit gehisst hatte, als Symbol der Revolution.

49 »Syria Security Forces »Open Fire at Kurd's Funeral«, *BBC*, 8.10.2011, <www.bbc.com/news/world-middle-east-15227172>; »Dicht gedrängte Demonstration beim Trauerzug für den Märtyrer Mish'al Tammu« (Arab.), *Ugarit News*, 8.10.2011, <www.youtube.com/watch?v=e_hYqG3p7AQ> (Zugriff jeweils am 4.6.2017); »Al-Qamishli: Two Dead and Numerous Injured« [wie Fn. 47].

50 EZKS, *Who Is the Syrian-Kurdish Opposition?* [wie Fn. 7], S. 27–28.

Die Politik der PYD

Die systematische Verfolgung ihrer Mitglieder zwischen 2003 und 2011 machte die PYD zu einem Akteur innerhalb der Opposition gegen Assad. Dies ließ 2011 die Erwartung zu, dass sie eine dynamische Kraft der Protestbewegung werden könnte. Die PYD folgt jedoch politischen Grundsatzentscheidungen, die durch Vertreter der Union der Gemeinschaften Kurdistans (Koma Civakên Kurdistan, KCK) und der PKK getroffen werden. Diese Repräsentanten sind vor allem auf die kurdische Frage in der Türkei fokussiert. Auf dieser Entscheidungsebene sind syrische

51 Weitere kurdische Koordinierungsgruppen waren *Sawa* (»Gemeinsam«) und *Avahi* (»Aufbau«). Auch sie sahen sich zunehmender Repression ausgesetzt.

52 Allsopp, *The Kurds of Syria* [wie Fn. 1], S. 201–205.

53 Der KNR gab Anfang 2016 bekannt, über 600 000 Unterschriften von Unterstützern gesammelt zu haben. »Der Kurdische Nationalrat gibt die Sammlung von über 600 000 Unterschriften bis jetzt an« (Arab.), *Ara News*, 22.1.2016, <<http://bit.ly/SWP18Ssrt03>> (Zugriff am 23.6.2017).

Kurden zwar vertreten, aber kaum maßgeblich.⁵⁴ Die PKK-Führung hatte die kurdischen Gebiete in Syrien in der Vergangenheit in erster Linie als Rekrutierungsterrain und, wenn möglich, Sprungbrett für Operationen in der Türkei betrachtet.⁵⁵ Es gibt Hinweise, dass sie im Frühjahr 2011 erwog, die Zweckallianz mit Assad wiederaufleben zu lassen, weil dies neben militärischen Vorteilen auch Gelegenheit geboten hätte, Öcalans Konzept des »demokratischen Konföderalismus« in einem größeren Gebiet erstmals praktisch auszutesten.⁵⁶ Das vage Konzept des »demokratischen Konföderalismus«, das Öcalan unter dem Einfluss der Schriften Murray Bookchins⁵⁷ in den Jahren seiner Inhaftierung als neuen Ansatz zur Lösung der »kurdischen Frage« formuliert hat, sieht die Errichtung basisdemokratischer Verwaltungsräte vor, die staatliche Aufgaben übernehmen, sich ausbreiten, vernetzen und eine Selbstverwaltung konstituieren.⁵⁸

Öcalan übermittelte im April und Mai 2011 über seinen Anwalt mehrere Nachrichten an seine Anhänger, die unter anderem den Auftrag an die PYD enthielten, mit Präsident Assad zu verhandeln.⁵⁹ Die PYD sollte Assad ihre Unterstützung gegen die syrische Opposition anbieten, wenn dieser im Gegenzug demokratische Reformen durchführen und den Kurden kulturelle Rechte, die Anerkennung ihrer Identität und den Freiraum für eine »demokratische

Selbstverwaltung« gewähren würde.⁶⁰ Die PYD müsse, so Öcalan, als »Avantgarde« das kurdische Volk anführen und als dessen politischer Repräsentant Assad gegenüberreten.⁶¹ Im Mai deutete Öcalan die Option einer regionalen Einigung der PKK mit Iran und Syrien an.⁶² Diese Zielvorgabe kristallisierte sich anschließend als Kurs der PYD heraus.

Im Herbst 2011 begann die PKK, bewaffnete Kämpfer aus dem Irak und der Türkei in die kurdischen Gebiete Syriens zu bringen.

Der PYD-Vorsitzende Salih Muslim, der im April 2011 aus dem Exil in Kandil nach Syrien zurückgekehrt war, wurde von Präsident Assad amnestiert und konnte als ein von der Regierung akzeptierter Politiker agieren.⁶³ Etwa ab Juli 2011 genoss Muslim

60 Am 6. April teilte Öcalan mit: »Wenn Syrien und Assad demokratische Reformen durchführen, dann werden wir sie unterstützen, sofern dies die Anerkennung der kulturellen Rechte und [...] der demokratischen Selbstverwaltung mit einschließt, beispielsweise die Administration der Rathäuser. Man könnte den Kurden einräumen, ihre Angelegenheiten selbst zu verwalten, und ihre Identität anerkennen. Wenn sie das tun, werden wir sie unterstützen« (Übersetzung der Autorin), siehe arabischsprachige Website der Volksverteidigungskräfte (HPG) der PKK: »Text des Treffens des Anführers mit seinem Anwalt« (Arab.), *hezenparastin.com*, 6.4.2011, <www.hezenparastin.com/ar/index.php?option=com_content&view=article&id=1150:2011-04-10-07-07-01&catid=67:2009-10-08-17-42-55&Itemid=123> (Zugriff am 26.6.2017).

61 Am 13. April erkundigte sich Öcalan, ob Assad die PYD offiziell als politischen Repräsentanten empfangen habe und ob die PYD die Rolle der »Avantgarde« spiele, siehe »Text des Treffens des Anführers mit seinem Anwalt« (Arab.), *hezenparastin.com*, 13.4.2011, <www.hezenparastin.com/ar/index.php?option=com_content&view=article&id=1157:2011-04-16-12-58-15&catid=67:2009-10-08-17-42-55&Itemid=123> (Zugriff am 26.6.2017).

62 Am 18. Mai äußerte Öcalan im Rahmen seiner Analyse der US-Politik, die ihm zufolge unter anderem gegen Syrien, Iran und die PKK gerichtet war: »In dieser Phase können die Kurden eine Übereinkunft mit Iran und Syrien anstreben. [...] Sie [Iran und Syrien] müssen sich mit den Kurden versöhnen. Man kann zu einer Einigung auf Basis der demokratischen Selbstverwaltung gelangen« (Übersetzung der Autorin), »Text des Treffens des Anführers mit seinem Anwalt« (Arab.), *hezenparastin.com*, 18.5.2011,

<www.hezenparastin.com/ar/index.php?option=com_content&view=article&id=1204:2011-05-21-18-12-24&catid=67:2009-10-08-17-42-55&Itemid=123> (Zugriff am 26.6.2017).

63 Gunter, *Out of Nowhere* [wie Fn. 16], S. 105 – 106.

54 Zur Rolle von PKK-Kadern in der PYD und YPG siehe ICG, *The PKK's Fateful Choice in Northern Syria* [wie Fn. 15], S. 5 – 11; Barak Barfi, *Ascent of the PYD and the SDF*, Washington, D.C.: The Washington Institute for Near East Policy, April 2016 (Research Notes Nr. 32), S. 7 – 9.

55 ICG, *The PKK's Fateful Choice in Northern Syria* [wie Fn. 15], S. 2, 5.

56 ICG, *Flight of Icarus? The PYD's Precarious Rise in Syria*, Erbil/Brüssel, 8.5.2014 (Middle East Report Nr. 151), S. 5 – 6.

57 Der amerikanische Sozialphilosoph Murray Bookchin (1921 – 2006) hat zu Dezentralisierung, Selbstorganisation und Selbstverwaltung auf kommunaler Ebene und allgemein zur Begründung legitimer politischer Ordnung geforscht und das Konzept des Konföderalismus geprägt. Für eine Synopse des Konzepts siehe Gunter, *Out of Nowhere* [wie Fn. 16], S. 122 – 124.

58 Darüber hinaus wird in Öcalans Konföderalismus-Konzept idealiter eine Vernetzung mit vergleichbaren Strukturen in den kurdischen Gebieten aller relevanten Staaten der Region angestrebt, ohne dass Staatsgrenzen verändert werden müssen, siehe Jongerden/Akkaya, »Democratic Confederalism as a Kurdish Spring« [wie Fn. 14], S. 170 – 181.

59 Ossi, »Die Partei der Demokratischen Union (PYD): Das Verhängnis der Identität ... (Teil 2)« (Arab.) [wie Fn. 32].

volle Bewegungsfreiheit. Parallel dazu trat die PYD dem Nationalen Koordinierungsbüro für Demokratischen Wandel (NCB) in Damaskus bei, einer mit dem SNR in Konkurrenz stehenden Formation gemäßiger Oppositionsparteien, die sich damals für einen bedingten Dialog mit Assad aussprachen.⁶⁴

Im Herbst 2011 begann die PKK, bewaffnete Kämpfer aus dem Irak und der Türkei in die kurdischen Gebiete Syriens zu bringen.⁶⁵ Bis heute haben kurdische Kader aus der Türkei innerhalb der PYD-Strukturen hohe Entscheidungsgewalt in politischen und sicherheitspolitischen Fragen.⁶⁶ Vorausgegangen war eine Vereinbarung zwischen Damaskus, Teheran und der PKK über eine Kooperation im Sicherheitsbereich mit dem Ziel, den kurdischen Nordosten von der Opposition im übrigen Syrien abzuschirmen.⁶⁷ Ab dem 19. Juli 2012 zog Damaskus seine Sicherheitsorgane aus den kurdischen Ortschaften (außer Qamischlo und Haseke-Stadt) ab und ließ zu, dass die PYD die Verantwortung für die Sicherheit und einen Teil der Verwaltung in diesen Gebieten übernahm.⁶⁸ Die syri-

sche Armee konnte sich auf diese Weise auf bewaffnete Oppositionsgruppen an anderen Fronten konzentrieren und eine Überdehnung ihrer Kräfte von Dar'aa bis Derik im Nordosten vermeiden.⁶⁹

Im März 2016 riefen Vertreter der drei Kantone den Konstituierenden Rat des »Demokratischen Föderalen Systems Rojava/Nord-Syrien« ins Leben.

Am 13. November 2013 – etwa zeitgleich mit der Bildung der Interimsregierung durch die syrische Opposition – rief die PYD die sogenannte Demokratische Selbstverwaltung (DSA) in den Kantonen Afrin, Kobane und Cizire aus und fasste das so entstandene, territorial nicht zusammenhängende Gebiet unter dem kurdischen Wort für »Westen« (*rojawa*) zusammen. Am 9. Dezember 2015 gründete die PYD mit ihren Verbündeten den Demokratischen Rat Syriens (SDC) als politischen Arm der Demokratischen Kräfte Syriens (SDF), eines von den kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) geführten Militärbündnisses. Der SDC trat somit in Konkurrenz zu dem zeitgleich in Riad geschaffenen Hohen Verhandlungskomitee (HNC), das ein breites Spektrum der syrischen Opposition repräsentierte (darunter den KNR). Am 17. März 2016 riefen Vertreter der drei Kantone (Kobane war inzwischen um Tall Abyad erweitert worden) den Konstituierenden Rat des »Demokratischen Föderalen Systems Rojava/Nord-Syrien« ins Leben.⁷⁰

Heute bedient die Politik der DSA unterschiedliche Erwartungen der syrischen Kurden: Sie pflegt einen kurdischen Nationalismus und verfolgt gleichzeitig das Konzept des demokratischen Konföderalismus jenseits des Nationalstaatsparadigmas. Auf ihrer Website (Rubrik »Die innere Ordnung«) nennt die PYD unter ihren Programmpunkten die »Entwicklung des Systems der demokratischen Selbstverwaltung in Rojava« und dessen Ausweitung auf ganz Syrien. Ziel soll ein brüderliches Zusammenleben aller Bevölkerungsgruppen Syriens sein. Die PYD strebt die Verwirklichung einer sogenannten »nationalen kurdistanischen Einheit« an, und zwar nach dem Prinzip

64 Gespräch mit Hosheng Ossi, 22.6.2017. Zum Ursprung des NCB siehe »National Coordination Body for Democratic Change«, *Carnegie Endowment for International Peace* (online), 15.1.2012, <<http://carnegieendowment.org/2012/01/15/national-coordination-body-for-democratic-change/b80j>> (Zugriff am 25.6.2017).

65 Öcalan wies am 4. Mai an, Assad mitzuteilen, dass ein Sieg der Muslimbrüder für die Alawiten und die Kurden katastrophal wäre und die PYD daher »Einheiten zur Selbstverteidigung des Volkes in Syrien aufbauen werde«, siehe »Text des Treffens des Anführers mit seinem Anwalt« (Arab.), *hezenparastin.com*, 4.5.2011, <www.hezenparastin.com/ar/index.php?option=com_content&view=article&id=1187:2011-05-08-19-24-47&catid=67:2009-10-08-17-42-55&Itemid=123> (Zugriff am 26.6.2017).

66 ICG, *The PKK's Fateful Choice in Northern Syria* [wie Fn. 15], S. 7–11.

67 Die Einigung wurde wahrscheinlich von der PUK im Irak vermittelt, vgl. Eva Savelsberg/Jordi Tejel, »The Syrian Kurds in ›Transition to Somewhere‹«, in: Ahmed/Gunter (Hg.), *The Kurdish Spring* [wie Fn. 14], S. 189–217 (208–209); vgl. ferner ICG, *The PKK's Fateful Choice in Northern Syria* [wie Fn. 15], S. 3–4.

68 »The PYD did not liberate Kurdish areas of Syria: it moved in where the regime receded«, zitiert in ICG, *Flight of Icarus?* [wie Fn. 56], S. 23. Rana Khalaf schreibt: »While the PYD highlights that it had to fight the regime for control over these areas, there is no evidence for major sustained conflict«, Rana Khalaf, *Governing Rojava. Layers of Legitimacy in Syria*, London: Chatham House, Dezember 2016 (Chatham

House Research Paper), S. 9; siehe auch Gunter, *Out of Nowhere* [wie Fn. 16], S. 110–111.

69 Für eine weitergehende Erörterung der Motivation der syrischen Führung siehe Savelsberg/Tejel, »The Syrian Kurds in ›Transition to Somewhere‹« [wie Fn. 67], S. 210f.

70 Ossi, »Die Partei der Demokratischen Union (PYD): Das Verhängnis der Identität ... (Teil 2)« (Arab.) [wie Fn. 32].

eines »demokratischen gesellschaftlichen Konföderalismus ohne Antasten der politischen Grenzen«. Fernziel ist demnach die Schaffung eines »demokratischen konföderalen Mittleren Ostens«. ⁷¹

Ursprünglich hatte die PYD den kurdischen Charakter des DSA-Projekts herausgestellt. Von dieser Akzentsetzung hat sie sich offenbar auf Weisung der PKK seit 2016 dezidiert verabschiedet: Der Name des DSA-Gebiets änderte sich von »Rojava« bei Beginn der Selbstverwaltung im Jahr 2013 zu »Rojava/Nord-Syrien« bei Ausrufung des föderalen Systems am 17. März 2016, wobei auch gleichzeitig ein Bekenntnis zur Einheit Syriens ausgesprochen wurde. ⁷² Auf einer Konferenz in Rumeilan am 28. Dezember 2016 wurde der Begriff »Rojava« fallengelassen und die deskriptive Bezeichnung »Demokratisches Föderales System Nord-Syrien« beschlossen. ⁷³ Schon im Juli 2016 hatte der KCK-Außenbeauftragte Riza Altun erklärt, dass die Bezeichnung Rojava ein Fehler sei, da sie einseitig auf eine kurdische Identität des Gebiets verweise. Es müsse aber vielmehr eine föderale Struktur mit Gleichberechtigung für alle Gemeinschaften geschaffen werden. Das Streben nach einem kurdischen Staat sei ein Irrweg, so Altun. ⁷⁴ Ähnlich äußerte sich 2016 der KCK-Ko-Vorsitzende Cemil Bayik. ⁷⁵ Diese Linie vertritt auch Sinam Mohamed, die Außenbeauftragte der DSA in Europa: Die PYD strebe ein föderales System für ganz Syrien an, das auf geogra-

fischer, nicht ethnischer Basis zu bilden sei. Aufgrund der mosaikartigen Vielfalt der in Nord-Syrien lebenden Volksgruppen sei die Errichtung einer »kurdischen Region« nicht umsetzbar. ⁷⁶

Am 28. Juli 2017 wurde für das »Demokratische Föderale System Nord-Syrien« eine neue Verwaltungsstruktur festgelegt. Sie besteht aus drei Regionen und sechs Kantonen: Die Region Cizire setzt sich aus den Kantonen Haseke und Qamischlo zusammen, die Region al-Furat (Euphrat) aus Tall Abyad und Kobane und die Region Afrin aus Afrin und Shahba. ⁷⁷ Insgesamt steht die PYD vor der Herausforderung, für ihr politisches Projekt eine klare Linie zwischen Betonung und Relativierung des kurdischen Charakters der DSA zu finden. Denn wie Rana Khalaf zeigt, genießt die PYD keine unangefochtene Legitimität in Nord-Syrien. Unter den Kurden gründet sich ihre Attraktivität vielmehr auf die »Untertöne eines kurdischen Nationalismus«, ⁷⁸ die bei ihr wahrnehmbar sind, nicht auf die von ihr beworbene Idee eines transnationalen Konföderalismus.

In der Bildungspolitik verfolgt die DSA einen Kurs, der die von ihr verwalteten Schulen und Hochschulen vom Rest des Landes abkoppelt. ⁷⁹ 2015 wurden neue Curricula für die Grundschule (Klasse 1–6) eingeführt. Kurmançî ist jetzt Lehrfach und wird für viele Fächer auch als Unterrichtssprache verwendet. In einigen christlichen Schulen wird Assyro-Aramäisch gelehrt, das zentrale Medium ist aber dort weiter Arabisch. Auch in kurdischen Schulen ist Arabisch grundsätzlich Schulfach. ⁸⁰ 2016 wurden im Kanton Cizire alle Privatschulen offiziell der DSA unterstellt. Um den Betrieb weiter aufrechtzuerhalten, mussten diese Schulen eine Genehmigung einholen und ihre

71 »Die innere Ordnung« (Arab.), *Partiya Yekîtiya Demokrat* (online), 27./28.9.2017, <<http://bit.ly/SWP18Ssrt04>> (Zugriff am 27.6.2017).

72 »Document of the Democratic Federal System of Rojava – Northern Syria«, *MESOP* (online), 13.6.2016, <www.mesop.de/official-document-of-the-democratic-federal-system-of-rojava-northern-syria/> (Zugriff am 26.6.2017).

73 Vgl. hierzu Hisham Arafat, »Rojava« No Longer Exists, »Northern Syria« Adopted Instead«, *Kurdistan 24* (online), 28.12.2016, <www.kurdistan24.net/en/news/51940fb9-3aff-4e51-bcf8-b1629af00299/rojava-no-longer-exists--northern-syria-adopted-instead>, und »Die Gründungskonferenz des Demokratischen Föderalen Systems beschließt die Entfernung des Begriffs »Rojava« aus seinem Namen« (Arab.), *Rudaw*, 29.12.2016, <www.rudaw.net/arabic/kurdistan/291220167> (Zugriff am 13.6.2017).

74 ICG, *The PKK's Fateful Choice in Northern Syria* [wie Fn. 15], S. 4–5, Fn. 12. Altun wird mit folgenden Worten zitiert: »Establishing a Kurdish nation-state would exacerbate existing problems [...] We prefer the use of North Syria Federation and call for the removal of Rojava from the name, because Rojava denotes a federation of Kurdish identity«.

75 ICG, *The PKK's Fateful Choice in Northern Syria* [wie Fn. 15], S. 4.

76 Gespräch mit Sinam Mohamed, Berlin, 19.6.2017.

77 »Text des Gesetzes über die administrative Aufteilung von Nord-Syrien« (Arab.), *Xendan*, 1.8.2017, <<http://www.xendan.org/ar/detailnews.aspx?jicare=10893&babet=70&relat=8030>> (Zugriff am 22.5.2018).

78 Khalaf, *Governing Rojava* [wie Fn. 68], S. 2 (»undertones of Kurdish nationalism«).

79 In den Schulen der oppositionellen Interimsregierung gelten die staatlichen Lehrpläne, allerdings bereinigt um Elemente der Baath-Ideologie (z.B. das Fach Bürgerkunde).

80 »Rojava Administration Launches New Curriculum in Kurdish, Arabic and Assyrian«, *Ara News*, 7.10.2016, <<http://aranews.net/2016/10/rojava-administration-launches-new-education-system-kurdish-arabic-assyrian-2/>> (Zugriff am 2.6.2017).

Lehrpläne nach den Vorgaben der DSA ändern.⁸¹ Außerdem hat die DSA zwei Hochschulen gegründet (in Afrin und Qamischlo).⁸² Im Schuljahr 2017/18 wurden im Kanton Cizire schließlich auch für die Mittelstufe (Klasse 7–10) neue Curricula eingeführt und auch die bisher vom syrischen Staat verwalteten Schulen der DSA unterstellt. Staatliche Lehrkräfte, die weiterbeschäftigt werden wollen, müssen sich registrieren lassen und für eine Fortbildung anmelden. Nur der Lehrplan für das Abitur basiert vorerst nach wie vor auf den Vorgaben von Damaskus.⁸³ Kritiker der PYD nehmen vor allem an den neuen kurdischen Schulbüchern Anstoß, da sie die arabisch-nationalistische Baath-Ideologie durch die Ideologie Öcalans und eine kurdisch-nationalistische Sicht auf die Geschichte ersetzen würden.⁸⁴

Dass die DSA die Bildungsreform trotz des konfliktbedingten Ausfalls von Schulgebäuden und der Abwanderung von Lehr- und Fachkräften rasch umgesetzt hat, ist ein Indiz für den hohen Stellenwert, den sie der Kontrolle über das Schulwesen als zentralem Instrument ihrer Herrschaft zumisst. Zwar ist die Aufwertung des Kurmancî zur Unterrichtssprache ein zentrales Petitum der Kurden gewesen, aber auch die Unterstützer dieser Reform üben Kritik am Tempo und an der Rücksichtslosigkeit, mit der das Bildungssystem umgestaltet wird: Die DSA steht vor der Herausforderung, in kurzer Zeit ausreichend Kurdisch-Lehrer zu qualifizieren, um das Unterrichtsniveau halten zu können.⁸⁵ Das fundamentalste Problem der

Reform besteht jedoch in der fehlenden Anerkennung der Lehrpläne und Prüfungen durch Damaskus und das Ausland. Viele Kinder besuchen daher eine der verbliebenen staatlichen Schulen, die dem Damasener Lehrplan folgen, oder legen Prüfungen doppelt ab.⁸⁶

Die DSA hat seit 2013 versucht, verschiedene ethnische Kräfte als Verbündete zu gewinnen und diese in die Selbstverwaltung strukturell einzubinden.

Fabrice Balanche zufolge nehmen nicht-kurdische Bevölkerungsgruppen in Cizire die Reform überwiegend als ein exklusiv-kurdisches Projekt wahr: »Die Kurdifizierung des Bildungssystems wird unter Christen und muslimischen Arabern, die sich ihre Zukunft nicht in einem kurdischen Kanton vorstellen, eine neue Abwanderungswelle hervorrufen.«⁸⁷

Die DSA hat seit 2013 versucht, verschiedene ethnische Kräfte als Verbündete zu gewinnen und diese in die Selbstverwaltung strukturell einzubinden. Für die Organisationen der betreffenden Volksgruppen hieß das, dass sie sich in das Projekt der DSA einzufügen und auf abweichende politische Aktivitäten weitgehend zu verzichten hatten. Unter den Assyrern ist beispielsweise die »Syriac Union Party« Teil des Verbands TEV-DEM und steht damit fest an der Seite der PYD. Die »Assyrian Democratic Organization« (ADO),

81 »Kurds Pass Labour and Other Laws«, *The Syria Report*, 22.11.2016, <<http://www.syria-report.com/news/economy/kurds-pass-labour-and-other-laws>> (Zugriff am 2.6.2017).

82 »Kurds to Launch New University«, *The Syria Report*, 18.10.2016, <www.syria-report.com/news/education/kurds-launch-new-university> (Zugriff am 2.6.2017). In Afrin gibt es keine staatliche Universität und in Haseke bislang nur einen kleinen Campus der staatlichen Furat-Universität von Deir ez-Zor.

83 Verfügung der Allgemeinen Schulverwaltung von Jazira (6.5.2017), der Autorin vorliegend.

84 Khalaf, *Governing Rojava* [wie Fn. 68]; Silvia Ulloa, *Assyrians under Kurdish Rule. The Situation in Northeastern Syria*, Brüssel: The Assyrian Confederation of Europe, Januar 2017, S. 7–8; »New PYD Curricula in Northern Syria Reveal Ideological, Linguistic Faultlines«, *Syria Direct* (online), 21.10.2015, <<http://syriadirect.org/news/new-pyd-curriculum-in-northern-syria-reveals-ideological-linguistic-fault-lines/>> (Zugriff am 2.6.2017).

85 Gespräch mit einem kurdischen Aktivisten, der im Mai 2017 Qamischlo besucht hat, 20.6.2017. Die NGO Fraternity Foundation for Human Rights (Biratî) hat in einem Bericht

über Kinderarbeit in Kobane, Tall Abyad und Haseke 2016 die Einschätzung von Lehrern dokumentiert, dass das Unterrichtsniveau durch die Reform gesunken sei und dies als einer der Faktoren angesehen werde, die Schulabbruch begünstigten. Auch wurde festgestellt, dass arabische Kinder Schwierigkeiten hätten, in kurdischen Schulen mitzuhalten, und sich dem Unterricht häufiger entzögen, siehe Fraternity Foundation for Human Rights, *Bericht über Kinderarbeit in Syrien 2016* (Arab.), 16.6.2016, S. 12–13, <<http://fraternity-sy.org/ar/4842>> (Zugriff am 20.6.2017).

86 Khalaf, *Governing Rojava* [wie Fn. 68], S. 18; Fraternity Foundation for Human Rights, *Bericht über Kinderarbeit in Syrien 2016* (Arab.) [wie Fn. 85], S. 12–13.

87 »The Kurdification of the education system will provoke a new wave of departures among Christians and Muslim Arabs who do not conceive of their future in a Kurdish canton«, Fabrice Balanche, *From Qamishli to Qamishlo: A Trip to Rojava's New Capital*, Washington, D.C.: The Washington Institute for Near East Policy, 8.5.2017, <<http://www.washingtoninstitute.org/fikraforum/view/from-qamishli-to-qamishlo-a-trip-to-rojavas-new-capital>> (Zugriff am 2.6.2017).

die Mitglied im Oppositionsbündnis »Nationale Koalition« (SOC) ist, wird hingegen an freier Betätigung gehindert.⁸⁸ Darüber hinaus kritisieren vor allem assyrische Christen, dass die DSA seit 2015 das Eigentum emigrierter Personen konfisziert, eine Maßnahme, die die christlichen Gemeinschaften mit ihrem hohen Auswanderungsanteil besonders massiv trifft.⁸⁹ Auch mit Blick auf weitere Bevölkerungsgruppen Nord-Syriens fällt die Bilanz der selektiven Einbindung in die DSA gemischt aus. Akteure, die Teil der verfassten syrischen Opposition (z.B. SOC) geworden sind, misstrauen der PYD und werden von dieser umgekehrt als Gegner angesehen. Mit Damaskus direkt verbündete Kräfte kommen wiederum als Alliierte nur bedingt in Frage.⁹⁰ Stattdessen hat sich die DSA verstärkt darauf verlegt, politisch flexible arabische Clans einzubinden, was ihr zum Beispiel mit einem Teil der Shammar unter der Führung von Humaidi Daham al-Hadi gelungen ist.⁹¹

Nach der Befreiung der Stadt Manbij vom IS geriet die PYD in die Kritik, weil sie den Aktivisten und Mitgliedern des oppositionellen Lokalrats, die vor dem IS in die Türkei geflohen waren, die Rückkehr verwehrt und stattdessen den Vertreter eines in der Region maßgeblichen Clans, der für seine Assad-Treue bekannt ist, an die Spitze des Zivilrats (und späteren Legislativrats) berief. Es handelt sich um Farouq al-Mashi, Sohn Diab al-Mashis, der von 1955 bis zu seinem Tod 2009 Mitglied im syrischen Parlament war. In Omar Amir alays Dokumentarfilm *A Flood in Baath*

88 Die ADO beklagt regelmäßig Behinderungen ihrer Tätigkeit. So schlossen Sicherheitskräfte des kurdischen Inlandsgeheimdienstes, sogenannte Asayisch, unter anderem im März 2017 das Büro der ADO in Hasaka; »Die Assyrische Organisation verurteilt die Schließung ihres Büros in Hasaka« (Arab.), *Arta FM*, 16.3.2017, <www.artafm.com/news/3850> (Zugriff am 30.4.2017).

89 Ulloa, *Assyrians under Kurdish Rule* [wie Fn. 84], S. 7 – 10.

90 Siehe zur Politik der syrischen Regierung gegenüber den kurdischen Gebieten das Kapitel »Der Einfluss des syrischen Machtapparats«, unten S. 72.

91 Humaidi Daham, das Oberhaupt des Jarba-Clans im Shammar-Stammesverband, dem auch der ehemalige SOC-Vorsitzende Ahmed Jarba angehört, wurde 2013 Ko-Gouverneur der DSA für Jazira. Er gründete die mit der YPG verbündete Sanadid-Miliz, die vor allem gegen den IS kämpft und Beziehungen zu Damaskus unterhält, vgl. Nicholas A. Heras, »A Profile of Syria's Influential Sunni-Arab Tribal Militia Leader — Shaykh Humaydi Daham al-Hadi Jarba«, in: *Militant Leadership Monitor*, 6 (November 2015) 11, S. 8 – 11.

Country (2003) wird Diab al-Mashi als Inbegriff der korrupten Baath-Herrschaft in der Peripherie Syriens porträtiert.⁹² Das Signal, das die PYD in Manbij setzte, deutet auf eine Wiederkehr der alten Eliten hin.

Der Verlust von Afrin im März 2018 hat das DSA-Projekt tief erschüttert.

Unterstützt von der US-geführten Internationalen Koalition, die im Kampf gegen den IS im Euphrat-Tal zahlenmäßig starke, ethnisch vielfältige Einheiten benötigte, haben auch die von der YPG dominierten SDF bereitwillig arabische und turkmenische Männer, teils tribaler Herkunft, rekrutiert. Die von der PYD praktizierte selektive Einbindung politisch loyaler oder loyal gemachter Gruppierungen verschiedener ethnischer und religiöser Zugehörigkeit hat durchaus Vorläufer in Herrschaftsmodellen der Region. Lokal dominierende Familien, Clans und Stämme agieren jedoch grundsätzlich pragmatisch und sind darin geübt, die Seiten zu wechseln, wenn es vorteilhaft erscheint. Es ist daher wahrscheinlich, dass diese sich anderen politischen Angeboten zuwenden, sollte nach der Vertreibung des IS die internationale Unterstützung für die SDF nachlassen.

Der Verlust von Afrin an das von den türkischen Streitkräften geführte Militärbündnis im März 2018 hat das DSA-Projekt tief erschüttert. Die PYD hat feststellen müssen, dass sie zur Bewahrung ihres Gebietsanspruchs im Nordwesten Syriens keine internationale Hilfe erhalten hat, und steht vor der Frage, mit welchen Allianzen – und zu welchem politischen Preis – sie weitere Herausforderungen dieser Art künftig abwehren kann.

Die Politik der KNR-Parteien

Die meisten kurdischen Parteien, die sich Ende Oktober 2011 zum Kurdischen Nationalrat zusammenschlossen, nahmen gegenüber der Protestbewegung eine abwartende Haltung ein. Dafür gab es eine Reihe von Gründen:⁹³ die institutionelle Schwäche dieser

92 Ein Clan-Mitglied wurde in den letzten Jahren ferner als IS-Befehlshaber bekannt, vgl. Khalaf, *Governing Rojava* [wie Fn. 68], S. 20; »Das Dorf Al-Mashi... Die Fantasie von ›Assads Syrien‹ zwischen IS-Selbstmordattentätern und der PKK« (Arab.), *Al-Ghorab*, 26.10.2017, <<http://alghorab.com/?p=5195>> (Zugriff am 22.6.2017).

93 Vgl. zur Krise der Parteien Harriet Allsopp, »The Kurdish Autonomy Bid in Syria Challenges and Reactions«, in:

Parteien, ihre Distanz zu der mobilisierten Jugend, Furcht vor dem Sicherheitsapparat und – vor allem auf Seiten der älteren Kader – Misstrauen gegenüber der syrisch-arabischen Opposition.⁹⁴ Für die Aktivisten war diese Zurückhaltung eine Enttäuschung und viele ehemalige Protagonisten des Protests stehen den KNR-Parteien bis heute ablehnend gegenüber.⁹⁵ Andererseits sah auch Damaskus keine Basis für eine Zusammenarbeit mit den meisten kurdischen Parteien, nachdem diese ein Treffen mit Assad im Juni 2011 abgelehnt hatten.⁹⁶ Damaskus wandte sich in der Folge der PKK/PYD zu, um die Protestbewegung und die KNR-Parteien einzuhegen.

Den KNR-Parteien fällt es schwer, operative Fähigkeiten, etwa im Dienstleistungsbereich, zu entwickeln.

Trotz interner Konflikte und Richtungsstreitigkeiten⁹⁷ ist der KNR – nach mehreren Änderungen in der Zusammensetzung – in den Bürgerkriegsjahren zu einer Koordinierungsplattform geworden, die sich institutionell behauptet hat. Parallel zum Niedergang der unabhängigen Jugendbewegung,⁹⁸ die teils durch Repression und Abwanderung ausgedünnt wurde, teils den Bevormundungsversuchen von Seiten des KNR und der PYD nachgab, gewannen die Parteien als politischer Akteur wieder an Gewicht. Der KNR erweiterte durch die Einbeziehung parteiloser Intellektueller und zivilgesellschaftlicher Organisationen seine Basis. Mitte 2018 hatten sich im KNR 13 Parteien,

Ahmed/Gunter (Hg.), *The Kurdish Spring* [wie Fn. 14], S. 218–249 (226–233).

94 Die Polarisierung, die sich im Zuge der »kurdischen Intifada« vom 12. März 2004 gezeigt hatte, bildete eine zentrale negative Erfahrung. Zugleich ist festzustellen, dass die kurdische Protestbewegung mit arabischen Oppositionsgruppen zusammenarbeiten konnte. In Verhandlungen zwischen kurdischen und arabischen Aktivisten wurde beispielsweise erreicht, dass Freitag, der 9. März 2012, syrienweit zum »Freitag der Treue zur kurdischen Intifada von 2004« ausgerufen wurde und die Demonstrationen überall unter diesem Motto abgehalten wurden, Gespräch mit Jamshid Hussein, 15.7.2017.

95 Gespräche der Autorin mit ehemaligen Mitgliedern der Jugendbewegung.

96 EZKS, *Who Is the Syrian-Kurdish Opposition?* [wie Fn. 7], S. 20.

97 Allsopp, »The Kurdish Autonomy« [wie Fn. 93], S. 230–231.

98 Ebd.; Savelsberg/Tejel, »The Syrian Kurds in ›Transition to Somewhere« [wie Fn. 67], S. 204–205.

11 Frauen- und Jugendvereinigungen und der »Rat der syrischen Jesidi« zusammengeschlossen.⁹⁹

Es fällt den KNR-Parteien jedoch schwer, operative Fähigkeiten, zum Beispiel im Dienstleistungsbereich, zu entwickeln und zu erweitern. Ein Grund dafür liegt in der geringen praktischen Kompetenz der meisten Parteien. Darüber hinaus hat sich das Reservoir qualifizierter Parteimitglieder durch die Abwanderung Tausender Kurden, gerade auch der Mittelschicht, aus der sich ein guter Teil der KNR-Mitglieder rekrutiert, stetig verringert.¹⁰⁰ Zudem ist die Politik der PYD gegenüber den Parteien, die ihren Führungsanspruch nicht anerkennen, harsch und wird von Letzteren häufig als kurdisches Spiegelbild der Baath-Herrschaft bezeichnet.¹⁰¹ Kundgebungen der KNR-Parteien werden behindert, Parteibüros geschlossen, Aktivisten entführt oder verhaftet, in einigen Fällen ermordet.¹⁰² Der Handlungsspielraum im Inland reduziert sich, weshalb die Spitzen der meisten Parteien ab 2013 nach und nach ins Exil ausgewichen sind. Im August 2016 wurde der damalige KNR-Vorsitzende Ibrahim Biro (Yekîti) in Qamischlo von Sicherheitskräften entführt und in die Region Kurdistan-Irak ge-

99 Zu den KNR-Mitgliedsparteien siehe Kurdish National Council, *About the KNC*, <http://knc-geneva.org/?page_id=49&lang=en> (Zugriff am 19.6.2018); ferner Auskunft des KNR vom 10.5.2017; schriftliche Auskunft der Vorsitzenden des »Rates der syrischen Jesidi« vom 19.7.2017.

100 Die von der DSA durchgesetzte Rekrutierung kurdischer Männer, mitunter auch von Frauen und Minderjährigen, in die YPG ist für viele Kurden Nord-Syriens ein Grund zur Flucht, vgl. EZKS, *Forcible Recruitments and the Deployment of Child Soldiers by the Democratic Union Party in Syria*, Berlin, Mai 2015 (Kurwatch Report Nr. 10). Zum sozialen Hintergrund der Parteien siehe ICG, *The PKK's Fateful Choice in Northern Syria* [wie Fn. 15], S. 7–9; zur Migration siehe ferner »Jazirah: Almost Two-Thirds of the Village Population Has Fled«, *Kurwatch*, 11.12.2015, <www.kurwatch.org/index.php?e3692> (Zugriff am 13.7.2017).

101 Vgl. das Kurwatch-Interview mit Ibrahim Biro, 30.6.2016, <<http://kurwatch.org/index.php?e3881>> (Zugriff am 21.6.2017): »Like the Ba'ath party, the PYD is afraid of democracy. It obtained control over the Kurdish regions by force of arms, not by vote«; vgl. ferner ICG, *Flight of Icarus?* [wie Fn. 56], S. 17.

102 Vgl. Human Rights Watch, *Under Kurdish Rule: Abuses in PYD-run Enclaves of Syria*, New York, Juni 2014, <www.hrw.org/sites/default/files/reports/syria0614_kurds_ForUpload.pdf> (Zugriff am 13.7.2017).

bracht, wobei ihm im Fall eines Rückkehrversuchs mit dem Tod gedroht wurde.¹⁰³

Im März und Mai 2017 schlossen kurdische Sicherheitskräfte Büros von KNR-Parteien und verhafteten vorübergehend führende Politiker. Die DSA verlangte von den Parteien, sich zu registrieren und für ihre Tätigkeit eine schriftliche Genehmigung einzuholen.¹⁰⁴ Die KNR-Parteien widersetzten sich dieser Anweisung, da sie die Autorität der PYD-geführten DSA nicht anerkennen.¹⁰⁵ Von Einschränkungen betroffen sind auch Journalisten und Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die unabhängig sind oder zu Parteien außerhalb des TEV-DEM-Kreises gehören.¹⁰⁶ NGOs müssen sich ebenfalls bei der DSA registrieren, um arbeiten zu können. Sie müssen einzelne Maßnahmen genehmigen lassen und die Themen und Teilnehmerlisten von Veranstaltungen vorab übermitteln.¹⁰⁷

Die KNR-Parteien haben keine erfolgreiche Strategie gegen diese Repression. Sie haben in der Regel bisher auf zweierlei Weise reagiert. Zum einen suchen sie den Verhandlungsweg: Unter Vermittlung des damaligen Präsidenten der Kurdischen Regionalregierung (KRG) von Irakisch-Kurdistan Masud Barzani einigte sich der KNR 2012 mit dem Volksrat von Westkurdistan auf das Erbil-Abkommen und 2014 mit TEV-DEM auf das Dohuk-Abkommen. Die Vereinbarungen sahen eigentlich eine politische Machtteilung und eine intensivere Koordination zwischen den Blöcken vor, scheiterten jedoch vor allem an der

Frage der Sicherheitskooperation.¹⁰⁸ Zum anderen versuchten einige Parteien, durch den Aufbau von bewaffneten Einheiten eine militärische Komponente neben der YPG zu etablieren. Diese Einheiten wurden von der YPG immer stärker bedrängt und aufgelöst. Idris 'Abdulwahhab Amin, Kommandeur der kurdischen »Schnellen Interventionskräfte«, wurde von der PYD bedroht und Ende 2013 von Unbekannten ermordet.¹⁰⁹ Übrig geblieben sind bewaffnete Einheiten syrischer Kurden im Nord-Irak, die unter dem Schirm der KRG ausgebildet werden. Diese Einheiten werden »Roj Peschmerga« genannt und sind seit Juli 2015 politisch dem KNR unterstellt. Der KNR strebt ihre Verlegung nach Syrien an, was die PYD ablehnt.¹¹⁰

Innenpolitisch verfolgt der KNR die Vision eines föderal strukturierten Syriens mit einer weitgehend eigenständigen kurdischen Region.

Im Hinblick auf den innersyrischen Konflikt hat der KNR eine strategische Wende vollzogen und sich der verfassten Opposition angeschlossen. Im September 2013 trat er nach langen Verhandlungen über die Berücksichtigung kurdischer Rechte der »Nationalen Koalition der syrischen Oppositionskräfte« (SOC) bei.¹¹¹ Der KNR ist auch im »High Negotiations Committee« (HNC) der Opposition vertreten, das im Dezember 2015 in Riad gegründet wurde und nach einer Erweiterung und Neustrukturierung im November 2017 inzwischen »Syrian Negotiations Commission« (SNC) heißt. Damit ist der KNR seit Januar 2016 an den

103 *President of the KNC Abducted and Deported by the PYD*, Press Release, Genf/Berlin: Kurdish National Council (KNC), 16.8.2016, <<http://knc-geneva.org/?p=657&lang=en>> (Zugriff am 23.6.2017).

104 Sardar Milla Drwish, »What's Behind Kurdish Organizations Being Shut Down in Syria«, *Al-Monitor*, 5.4.2017, <www.al-monitor.com/pulse/en/originals/2017/04/syria-kurdish-administration-close-offices-groups.html> (Zugriff am 9.7.2017); Kyle Orton, »Analysis: Repression Increases in the Syrian Kurdish Areas«, *The Henry Jackson Society*, 16.3.2017, <<http://henryjacksonsociety.org/2017/03/16/analysis-repression-increases-in-the-syrian-kurdish-areas/>> (Zugriff am 22.6.2017); KNR-Statement vom 9.5.2017: <<http://bit.ly/SWP18Srt05>> (Zugriff am 10.5.2017).

105 Schriftliche Auskunft von Abdulhamid Tammo, 1.6.2017.

106 Drwish, »What's Behind Kurdish Organizations Being Shut Down in Syria« [wie Fn. 104].

107 Khalaf, *Governing Rojava* [wie Fn. 68], S. 20; Gespräch mit einem parteilosen kurdischen NGO-Vertreter am 14.5.2017 und am 9.7.2017.

108 Zum Erbil-Abkommen vgl. ICG, *Flight of Icarus?* [wie Fn. 56], S. 2 – 3; die Umsetzung des Dohuk-Abkommens stockt seit März 2015, vgl. »Al-Qamishli: Kurdish National Council Ends Participation in Kurdish Decision-making Body«, *Kurdwatch*, 20.3.2015; <www.kurdwatch.org/index.php?aid=3378&z=en&cure=1029> (Zugriff am 10.7.2017).

109 »Al-Hasakah: Activist Murdered«, *Kurdwatch*, 30.12.2013, <www.kurdwatch.org/index.php?aid=2993&z=en> (Zugriff am 10.7.2017).

110 Vgl. das Kurdwatch-Interview mit Ibrahim Biro [wie Fn. 101]. Die Zusammenstöße zwischen Roj-Peschmerga und PKK-nahen Shingal-Verteidigungseinheiten in Khanasor, Nord-Irak, Anfang März 2017, haben die Lage verkompliziert, »Tensions Continue between Kurds after Sinjar Violence«, *ARA News*, 8.3.2017, <<http://wp.me/p4CTok-7RK>> (Zugriff am 10.7.2017).

111 EZKS, *What Does the Syrian-Kurdish Opposition Want?* [wie Fn. 17], S. 9 – 11.

Genfer Gesprächen unter der Ägide der Vereinten Nationen beteiligt.¹¹²

Innenpolitisch verfolgt der Kurdische Nationalrat die Vision eines föderal strukturierten Syriens mit einer weitgehend eigenständigen kurdischen Region. Dazu gehört der Entwurf einer Modellverfassung für die »Region Kurdistan-Syrien«, wie der KNR sie nennt.¹¹³ Diese Region wird geografisch nicht genau definiert, es wird aber deutlich, dass damit ein zusammenhängendes Gebiet gemeint ist, das von Afrin im Nordwesten bis zur irakischen Grenze im Nordosten reicht (Art. 3.1). Die Region soll über eigene Polizei- und Sicherheitskräfte (Art. 51, 52) und über ein eigenes Gerichtswesen (Art. 85) verfügen und in begrenztem Maße auch Außenpolitik betreiben dürfen (Art. 13.4). Innenpolitisch ist die Trennung von Staat und Religion vorgesehen (Art. 10); die Verwaltung der Region soll sich auf Stadt- und Gemeinderäte mit starken Eigenkompetenzen stützen. Gegenden mit arabischer Mehrheit sollen das Recht haben, eigene Gemeinderäte zu bilden (Art. 53–55). Die Region hätte drei offizielle Sprachen: Kurdisch, Arabisch und Assyro-Aramäisch, wobei alle Schüler Arabisch und Kurdisch aktiv beherrschen sollen (Art. 9, 108). Ein direkt gewählter Regionalrat (Art. 56) soll den Regierungschef der Region bestimmen (Art. 64), während der Regionalpräsident ebenfalls direkt gewählt werden würde (Art. 70, 71).¹¹⁴

Diese Vorstellungen sind *nicht* kompatibel mit den Positionen des HNC (bzw. SNC), der nur eine beschränkte Dezentralisierung zulassen möchte und dessen Visionen nicht ganz frei vom langen Schatten des Panarabismus sind. Das vom HNC im September 2016 veröffentlichte Rahmendokument für den politischen Übergang in Syrien enttäuschte den KNR aufgrund der dort augenfälligen Betonung von arabischer Identität und islamischer Kultur (Prinzipien 1 und 2).

112 Aron Lund, *Syria's Opposition Conferences: Results and Expectations*, Beirut: Carnegie Middle East Center, 11.12.2015, <<http://carnegie-mec.org/diwan/62263>> (Zugriff am 10.7.2015).

113 »Rudaw veröffentlicht den Text des Verfassungsentwurfs des Kurdischen Nationalrats für die Verwaltung des syrischen Kurdistans« (Arab.), *Rudaw*, 6.1.2017, <<http://rudaw.net/arabic/kurdistan/060120172?keyword=%D8%AF%D8%B3%D8%AA%D9%88%D8%B1>> (Zugriff am 17.6.2017).

114 Das kurdische Medienhaus Rudaw hat den arabischen Text des Verfassungsentwurfs auf seiner Website verfügbar gemacht, siehe <<http://bit.ly/SWP18Ssrt06>> (Zugriff am 17.6.2017).

In dem Dokument wird zwar eingeräumt, dass die kurdischen Rechte in der Verfassung verankert werden sollen (Prinzip 6), doch bleibt der Entwurf in diesem Punkt vage: »Die kurdische Sache soll als nationales syrisches Anliegen angesehen werden, und es sollen Maßnahmen zur Sicherstellung ihrer [der Kurden] ethnischen, sprachlichen und kulturellen Rechte in der Verfassung ergriffen werden.«¹¹⁵

Über alle Trennlinien hinweg wollen die Kurden vermeiden, dass die Entscheidung über den Status der kurdischen Gebiete vom Parlament in Damaskus abhängt.

Erheblichen Anstoß nimmt der KNR an den Ausführungen zur künftigen Struktur des syrischen Staates (Prinzip 8). »Der syrische Staat soll das Prinzip der administrativen Dezentralisierung bei der Verwaltung der Angelegenheiten des Landes annehmen, wobei den Menschen in jedem Gouvernorat und Distrikt eine Rolle bei der Gestaltung ihrer lokalen Angelegenheiten gegeben werden soll: dies im Hinblick auf wirtschaftliche, kommunale und das tägliche Leben betreffende Angelegenheiten in einer Weise, die nicht die Einheit des Landes beeinträchtigt.«¹¹⁶ Während viele arabische Syrer befürchten, dass sich der Föderalismus als Sprungbrett für Separatismus erweisen könnte, sind viele Kurden besorgt, dass mit der Formel »administrative Dezentralisierung« die Tür zur verfassungsrechtlichen Anerkennung politischer Rechte der Kurden zugeschlagen würde. Über die

115 The High Negotiation Commission (HNC), *Executive Framework for a Political Solution Based on the Geneva Communiqué* (2012), September 2016, S. 9 (»The Kurdish cause shall be considered a national Syrian cause and action shall be taken to ensure their ethnic, linguistic, and cultural rights in the constitution«), <<http://english.riadhijab.com/userfiles/HNC%20Executive%20Summary%20-%20English.pdf>> (Zugriff am 18.6.2017). Zu den Kritikpunkten siehe KNR, *Release: The HNC's »Executive Framework« Will Neither Bring Peace Nor Equality*, Press Release, Genf/Berlin, 20.6.2016, <<http://knc-geneva.org/?p=710&lang=en>> (Zugriff am 18.6.2017).

116 HNC, *Executive Framework* [wie Fn. 115], S. 10 (»The Syrian state shall adopt the principle of administrative decentralization in managing the country's affairs, giving the people of each governorate and district a role in managing their local affairs: economic, communal, and daily life affairs in ways that do not adversely affect the unity of the country«).

politischen Trennlinien hinweg wollen die Kurden vermeiden, dass die Entscheidung über den Status der kurdischen Gebiete vom Parlament in Damaskus abhängt.¹¹⁷ Mitglieder des KNR unternahmen daher seit 2017 verstärkt Anstrengungen, innerhalb der Opposition und mit anderen Bevölkerungsgruppen über politische Dezentralisierung und föderale Konzepte zu diskutieren und um Unterstützung für ihre Ziele zu werben.¹¹⁸

Das Verhältnis der kurdischen und arabischen Kräfte innerhalb von SOC und SNC hat sich durch die türkische Militäroperation in Afrin verschlechtert. Denn einige Gruppierungen der bewaffneten Opposition haben die Intervention Ankaras militärisch unterstützt und SOC hat sie politisch gebilligt. Der KNR forderte öffentlich die Einstellung der Offensive.¹¹⁹ Viele Kurden sehen in der türkischen Operation nicht nur einen Angriff auf die PYD, die wegen ihrer Nähe zur PKK ins Visier Ankaras geraten ist, sondern einen Angriff auf jegliche Bestrebungen kurdischer Selbstverwaltung in Syrien. Neben Kritik an dem militärischen Vorgehen der Türkei und der Empörung darüber vertreten manche Parteien im KNR aber auch die Haltung, dass man sich über die fortgesetzte Mitwirkung in SOC und SNC den Spielraum bewahren müsse, die Zukunft Afrins vielleicht mitgestalten zu können.¹²⁰

117 Dies ist auch ein kurdischer Vorbehalt gegenüber dem russischen Vorschlag für die Verfassung Syriens, dem zufolge die Statusregelung der »Kurdish Cultural Autonomy« einem einfachen Gesetz überlassen sein soll (Art. 15.4), vgl. »Full Text of the New Draft Syrian Constitution«, *Sputnik*, 31.1.2017, <<https://sptnkne.ws/dy4>> (Zugriff am 18.6.2017).

118 KNR, *First Dialogue Workshop of the Kurdish National Council in Syria with other Representatives of the Opposition Receives Positive Response*, Press Release, Genf/Berlin, 10.5.2017, <<http://knc-geneva.org/?p=1444&lang=en>> (Zugriff am 18.6.2017).

119 Der KNR hat sich von der SOC-Erklärung distanziert, in der die türkische Offensive gutgeheißen wurde, siehe: »Der Kurdische Nationalrat bekräftigt seine strikte Ablehnung der Erklärung der Nationalen Koalition, die die türkische Intervention in Afrin unterstützt« (Arab.), *Yekiti Media*, 22.1.2018, <<http://bit.ly/SWP18Ssrt07>>, und »Syrian Kurdish Political Coalition Breaks Rank with Mainstream Opposition to Condemn Turkish Attack on Afrin«, *Syria Direct* (online), 22.1.2018, <<http://syriadirect.org/news/syrian-kurdish-political-coalition-breaks-rank-with-mainstream-opposition-to-condemn-turkish-attack-on-afrin/>> (Zugriff jeweils am 25.2.2018).

120 Gespräch mit Ibrahim Biro, 18.3.2018.

Der Einfluss des syrischen Machtapparats in den von der PYD kontrollierten kurdischen Gebieten

Das Misstrauen, mit der die Regierung in Damaskus die gegenwärtige Realität der DSA-Selbstverwaltung betrachtet, brachte im März 2016 der damalige Gouverneur von Haseke, Za'al al-'Ali, in einem Interview des syrischen Staatsfernsehens auf den Punkt, als er in Bezug auf die Provinz Haseke konstatierte, dass Damaskus diesen Landesteil nicht aufgeben und keiner einzelnen Bevölkerungsgruppe überlassen werde.¹²¹ Regierungsvertreter betonen, dass die PYD zwar ein Partner sei, den man – auch mit Waffen – unterstütze, dass diese Partei ihre Möglichkeiten aber nicht überschätzen sollte.¹²² Im Januar 2017 äußerte sich Bashar al-Jaafari, syrischer UN-Botschafter in New York und Leiter der Regierungsdelegation in den Genfer Gesprächen, zum Projekt der PYD: Er nannte die Idee des Föderalismus »verrückt« und riet Salih Muslim und den Anhängern des Föderalsystems, Schmerzmittel einzunehmen.¹²³

Damaskus kontrolliert in Cizire strategische Punkte mit Militär- und Geheimdienstpräsenz und stellt behördliche und soziale Dienstleistungen bereit, insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Telekommunikation. In Qamischlo kontrolliert die Assad-Regierung den Flughafen, das sogenannte Sicherheitskarree im Stadtzentrum und den geschlossenen Grenzübergang zur Türkei (Nusaybin). In Haseke-Stadt, dem Sitz des Gouverneurs, verfügt Damaskus über einen Armeestützpunkt am Stadtrand und kontrolliert die Geheimdienstzentrale und die staatlichen Behörden, zum Beispiel das Passamt. In beiden Städten werden arabisch oder christlich geprägte Stadtteile mit Hilfe von regierungstreuen

121 Siehe <<https://www.youtube.com/watch?v=KFZQI2y0G38>> (Zugriff am 21.6.2017), Minute 22:00 – 22:35.

122 In dem erwähnten Fernsehinterview [wie Fn. 121] sprach Gouverneur al-'Ali von Waffenlieferungen an die YPG und warnte, dass die YPG ohne Luftunterstützung durch »bestimmte Verbündete« (d.h. USA) wenig erreichen könne; vgl. »President Bashar al-Assad Interview with the Portuguese State TV«, *The Syria Times* (online), 4.3.2015, <<http://syriatimes.sy/index.php/interviews/16906-president-bashar-al-assad-interview-with-the-portuguese-state-tv>> (Zugriff am 10.7.2017).

123 »Al-Jaafari spottet über den kurdischen Föderalismus...« (Arab.), *Syrian Press Center*, 25.1.2017, <<http://bit.ly/SWP18Ssrt08>> (Zugriff am 27.6.2017).

Milizen kontrolliert. In Qamischlo untersteht das Viertel des arabischen Stammesverbands der Tayy im Süden der Stadt der Miliz von Muhammad al-Faris, das überwiegend von Christen bewohnte zentrale Viertel al-Wusta wiederum der regierungstreuen assyrischen Sootoro-Miliz. Weitere Pro-Assad-Milizen firmieren unter dem Namen Nationale Verteidigungskräfte (engl. NDF) und sind in beiden Städten aktiv.¹²⁴ Im Juni 2017 wurde der ehemalige Oppositionelle Nawaf al-Bashir, der über Einfluss im Baggara-Stammesverband verfügt, von Damaskus mit dem Aufbau einer tribalen Miliz beauftragt, die nahe Haseke-Stadt ausgebildet wird; am 8. Februar 2018 war sie an Angriffen auf die SDF bei Deir ez-Zor beteiligt, die durch US-Luftschläge gestoppt wurden.¹²⁵

In Cizire hat es mehrfach militärische Auseinandersetzungen zwischen Regierungskräften bzw. Assad-treuen Milizen und der YPG gegeben, jedoch ohne den Versuch, die jeweils andere Seite völlig zu vertreiben. Bei allen Differenzen überwiegt der Nutzen des Status quo. Im August 2016 kam es in der Stadt Haseke zu Gefechten zwischen der YPG, Assad-freundlichen NDF-Milizen und dem syrischen Militär, in deren Folge das direkte Herrschaftsgebiet der Regierungstreitkräfte auf das Sicherheitskarree um den

Gouverneurssitz und die Basis am Stadtrand beschränkt wurde.¹²⁶ Dies hat zu einer Neujustierung der Machtverhältnisse geführt: Die von der Regierung kontrollierte Zone hat sich zwar verringert, dafür verfügt Damaskus aber weitgehend über die finanzielle und administrative Zuständigkeit für die mehrheitlich arabisch besiedelte Provinzhauptstadt. Syrische Kabinettsmitglieder besuchten Haseke im September 2016 und sagten eine Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen zu.¹²⁷ Im Oktober 2016 wurde Jayez Sawada al-Moussa neuer Gouverneur von Haseke, ein früherer Stabschef der Luftwaffe, der in die Bombardierung ziviler Ortschaften im Umland von Damaskus involviert gewesen sein soll. Al-Moussa gehört zum Stammesverband der Albumanea aus Deir ez-Zor, die nicht als kurdenfreundlich gelten. Seine Ernennung wird als latente Drohung gegenüber der PYD verstanden.¹²⁸

Die Zentralregierung beharrt auf der Souveränität über die Verwaltung der Bevölkerung der DSA-Gebiete.

Der Flughafen Qamischlo, der unter anderem Verbindungen nach Damaskus und Beirut bietet und im Jahr 2016 den zweitgrößten Flugumsatz in Syrien verzeichnete, unterliegt der Kontrolle der syrischen Sicherheitskräfte.¹²⁹ Dies hat ironischerweise zur Folge, dass Personen, die von der PYD keine Ausreisegenehmigung erhalten, dank des Flughafens über eine Alternative verfügen – sofern sie nicht von der

124 Gespräch mit einem kurdischen Aktivistin, der Qamischlo im Juni 2017 besucht hat, Berlin, 20.6.2017; »Ein zum Regime loyal stehender Clan-Chef bekräftigt die Unterstützung Irans für die »Al-Maghawir«-Milizen in Al-Hasaka« (Arab.), *Rojava News*, <<https://rojavanews.com/arabic/index.php/ku/item/7581-rojavanews>> (Zugriff am 13.6.2017). Neben der regierungstreuen »Sootoro« (auch »Sutoro« geschrieben) gibt es die mit der PYD verbündete »Sutoro« der Syriac Union Party; zu den assyrischen Milizen siehe Khalaf, *Governing Rojava* [wie Fn. 68], S. 24–25, und Aymenn al-Tamimi, »Assad Regime Lacks the Total Support of Syria's Christians«, in: *The National*, 24.3.2014, <www.thenational.ae/assad-regime-lacks-the-total-support-of-syria-s-christians-1.313882> (Zugriff am 13.6.2017).

125 Nawaf al-Bashirs Miliz gehört zur iranisch unterstützten Pro-Assad-Miliz »Liwa' al-Baqir«, vgl. »Quelle: Von Nawaf al-Bashir geführte Milizen bereiten den Boden für die Vollendung des schiitischen Halbmonds in al-Hasaka« (Arab.), *Rojava News*, <<https://rojavanews.com/arabic/index.php/ku/item/21064-rojavanews>> (Zugriff am 13.6.2017); »Tötung zweier Söhne von Nawaf al-Bashir in Dayr az-Zawr« (Arab.), *Geroun*, 10.2.2018, <<https://geroun.net/archives/110351>> (Zugriff am 7.3.2018); Christoph Reuter, »The Truth about the Russian Deaths in Syria«, *Spiegel online*, 2.3.2018, <www.spiegel.de/international/world/american-fury-the-truth-about-the-russian-deaths-in-syria-a-1196074.html> (Zugriff am 7.3.2018).

126 Aron Lund, »Bombers over Hassakah: Assad Clashes with the Kurds«, *Carnegie Middle East Center* (online), 22.8.2016, <<http://carnegie-mec.org/diwan/64375>> (Zugriff am 10.7.2017).

127 »Government Sends Ministers to Reaffirm Stake in Hassakeh«, *The Syria Report*, 27.9.2016, <www.syria-report.com/news/economy/government-sends-ministers-reaffirm-stake-hassakeh> (Zugriff am 2.6.2017).

128 »Government Appoints Hard-Line Hassakeh Governor«, *The Syria Report*, 18.10.2016, <www.syria-report.com/news/economy/assad-appoints-hard-line-hassakeh-governor> (Zugriff am 2.6.2017); »Bashar al-Assad ernannt einen neuen Gouverneur in al-Hasaka« (Arab.), *Yekiti-Media*, 16.10.2016, <<http://ara.yekiti-media.org>> (Zugriff am 22.7.2017).

129 »Qamishli Airport Remains the Main Gate to Syria's Northeast«, *The Syria Report*, 30.8.2016, <www.syria-report.com/news/transport/qamishli-airport-remains-main-gate-syria%E2%80%99s-northeast> (Zugriff am 2.6.2017).

Regierung gesucht werden.¹³⁰ Im April 2017 wurde eine Reisebusverbindung von Qamischlo nach Damaskus eröffnet. Die beschwerliche Route führt via Manbij und Aleppo durch Gebiete, die von der SDF und der Regierung kontrolliert werden.¹³¹

Die Zentralregierung beharrt auf der Souveränität über die Verwaltung der Bevölkerung. Die Bewohner der DSA-Gebiete bleiben bei melderechtlichen Anliegen, der Ausstellung von Reisepässen und allen sonstigen Personenstandsangelegenheiten auf die Regierungsbehörden in den Provinzhauptstädten Haseke und Aleppo angewiesen. Von der DSA ausgestellte Dokumente genießen weder auf Seiten der Organe der Zentralregierung noch außerhalb Syriens offizielle Anerkennung. Dies gilt auch für die Gerichtsurteile der DSA.¹³² Der syrische Fiskus zahlt weiterhin die Gehälter bzw. Pensionen der Staatsbediensteten und kommt für einen Teil der öffentlichen Infrastruktur (staatliche Schulen, öffentliche Krankenhäuser und Bereiche des Telekommunikationsnetzes) auf. Obwohl der syrische Staat grundsätzlich auch in jenen Zonen Gehälter und Pensionen zahlt, die von der bewaffneten arabischen Opposition kontrolliert werden, können diese Leistungen nur auf dem Territorium der Regierung bezogen werden, da Damaskus in den Oppositionsgebieten keine Behörden unterhält. Hingegen besteht in Qamischlo und Haseke-Stadt ein behördliches Nebeneinander, so dass mitunter in ein und demselben Gebäude Staatsangestellte und Mitarbeiter der DSA arbeiten.¹³³ Die aus Kobane (und – bis vor der türkischen Offensive – Afrin) nach Aleppo führenden offenen Verkehrswege machen es Einwohnern der DSA-Gebiete relativ leicht, staatliche Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, sofern der Betroffene keine geheimdienstliche Verfolgung fürchtet. Dies ist für Menschen in den Territorien, die unter Oppositionskontrolle stehen, ungleich schwieriger.

Damaskus versucht zunehmend, loyale Kurden politisch sichtbarer zu platzieren: Im April 2017 wurden Landwirtschaftsminister Ahmad al-Qadiri und der Parlamentsabgeordnete Riad Tawus, beides Kurden aus Amuda, ins Baath-Zentralkomitee aufgenom-

men.¹³⁴ Der Vorsitzende der »Patriotischen Initiative der syrischen Kurden« im Damaszener Parlament, Omar Ossi, ist seit 2016 Mitglied der Verhandlungsdelegation der syrischen Regierung im Genfer Prozess.¹³⁵

Im Umgang mit der türkischen Afrin-Offensive hat Assad sichtbar gemacht, dass er eine Schwächung der PYD zur Ausdehnung seines Einflusses zu nutzen versucht. Die Entsendung von Assad-treuen Milizen nach Afrin an die Seite der YPG (Februar 2018) erfolgte im Austausch für den Abzug der YPG aus Teilen von Aleppo, die der Regierung bzw. NDF-Milizen überlassen wurden.¹³⁶

Ausblick

Ohne Zweifel ist die PYD heute die mächtigste kurdische Kraft in den DSA-Gebieten. Gleichzeitig ist aber nur schwer zu bemessen, wie groß ihr Rückhalt in der Bevölkerung effektiv ist. Ihr universeller Reprä-

134 »Syrien. Zum ersten Mal kurdische Persönlichkeiten in der Führung der Baath-Partei« (Arab.), *Rudaw*, 24.4.2017, <www.rudaw.net/arabic/middleeast/syria/240420174> (Zugriff am 17.6.2017).

135 Omar Ossi war ein enger Mitarbeiter Öcalans in Damaskus. Er wandte sich später von der PKK ab und steht seit etwa 15 Jahren an der Seite Assads, Interview mit Hosheng Ossi, 26.3.2017. Zur Regierungsdelegation in Genf 2016 siehe »Genf 3 beginnt verschämt...« (Arab.), *Al-Watan*, 30.1.2016, <<http://alwatan.sy/archives/38991>>; zum Jahr 2017 siehe »In ›Genf 4‹ eine mit einer starken Position bewaffnete Regierungsdelegation ...« (Arab.), *Al-Watan*, 23.2.2017, <<http://alwatan.sy/archives/92994>> (Zugriff am 22.6.2017).

136 Betroffen sind Viertel, die Ende 2016 nach Vertreibung der Opposition von der YPG eingenommen wurden (u.a. Bustan al-Basha, al-Hullokk) sowie arabische Orte in Aleppo-Land (u.a. Tall Rifaat), Gespräch mit der kurdischen Aktivistin Sabiha Khalil, 26.2.2018; siehe auch »Erklärung der Volksverteidigungseinheiten in Aleppo« (Arab.), *ANHA*, 22.2.2018, <<http://bit.ly/SWP18srt09>>, Carlotta Gall, »Syrian Militias Enter Afrin, Dealing a Setback to Turkey«, in: *The New York Times*, 22.2.2018, <www.nytimes.com/2018/02/22/world/middleeast/syria-afrin-kurds-ypg.html>, und Wladimir van Wilgenburg, »Kurds Say the Kurdish Neighbourhood in Aleppo Still under Kurdish Control, Send Aleppo Forces to Afrin«, *The Region*, 25.2.2018, <<http://theregion.org/article/12903-kurds-say-kurdish-neighbourhood-in-aleppo-still-under-kurdish-control-send-aleppo-forces-to-afrin>>; »Kurdish YPG Agrees to Hand Control over Tell Rifaat to Syrian Army«, *Sputnik*, 22.2.2018, <<https://sptn.kne.ws/gNEH>> (Zugriff jeweils am 17.4.2018).

130 Gespräch mit einem parteilosen kurdischen NGO-Vertreter am 14.5.2017.

131 »Damascus-Qamishli Road Reopens«, *The Syria Report*, 25.4.2017, <www.syriareport.com/news/economy/damascus-qamishli-road-reopens> (Zugriff am 2.6.2017).

132 Khalaf, *Governing Rojava* [wie Fn. 68], S. 19.

133 Ebd.

sentationsanspruch wird von den Parteien des KNR in Frage gestellt, die ihrerseits über eine signifikante Anhängerschaft verfügen. Auch stehen viele Kurden beiden Blöcken kritisch-distanziert gegenüber. Die kurdische Jugendbewegung, die 2011 eine enge Vernetzung mit der gesamtsyrischen Opposition erreichte, ist heute politisch marginalisiert. Jedoch hat die von ihr initiierte kurdisch-arabische Koordination eine Basis geschaffen, auf der die kurdischen Parteien mit Blick auf eine weitergehende Zusammenarbeit mit der nicht-kurdischen Opposition prinzipiell aufbauen könnten.

Der KNR verfolgt die Strategie, kurdische Interessen als Teil einer Gesamtlösung für Syrien mit dem Ziel der politischen Transition zu verwirklichen. Zu diesem Zweck engagieren sich Teile des KNR in einem keineswegs einfachen Dialogprozess mit der nicht-kurdischen Opposition. SNC (früher HNC) und SOC haben aufgrund ihres inklusiven Anspruchs und der Gegnerschaft zur PYD ihrerseits ein Interesse daran, einen kurdischen Partner in ihren Reihen zu halten. Allerdings hat die Afrin-Operation das kurdisch-arabische Verhältnis erheblich belastet. Darüber hinaus ist unklar, in welchem Grade die verfasste Opposition an der weiteren Gestaltung Syriens effektiv beteiligt sein wird.

Die PYD kalkuliert eine Fortdauer der Herrschaft Assads ein und könnte sich mit einem solchen Ergebnis des Konflikts arrangieren.

Im Gegensatz dazu steht der Ansatz der PYD: Die dominierende Kurdenpartei kalkuliert eine Fortdauer der Herrschaft Assads ein und könnte sich mit einem solchen Ergebnis des Konflikts arrangieren, unabhängig davon, ob für Syrien eine politische Übergangslösung gefunden wird oder nicht. Voraussetzung für die längerfristige Sicherung ihres Gebietsanspruchs ist jedoch, dass die PYD künftig ausreichend externe Unterstützung erhält. Die 2013 gegründeten Kantone (Cizire, Kobane und Afrin) bilden das Herzstück dessen, worum es der PYD geht – faktisch autonome Zonen im kurdischen Kernsiedlungsgebiet entlang der türkischen Grenze. Ob der Verlust Afrins die PYD dazu bewegen wird, sich bei der Suche nach Partnern politisch mehr zu öffnen, bleibt abzuwarten.

Kulturelle und politische Selbstverwaltung zu sichern, ist ein gemeinsames Interesse der meisten syrischen Kurden. Die PYD und die KNR-Parteien könnten einen erneuten Anlauf hin zur Einigung auf

eine gemeinsame Plattform unternehmen. Jedoch stehen dem die Knackpunkte entgegen, an denen frühere Initiativen (Abkommen von Erbil und Dohuk) gescheitert sind: die Unwilligkeit der PYD, mit den anderen kurdischen Parteien auf Augenhöhe zusammenzuarbeiten, insbesondere im Bereich der Sicherheitskooperation, wie sich zum Beispiel am Ausschluss der Roj-Peschmerga durch die YPG zeigt. In Anbetracht des Umgangs der PYD mit ihren politischen Konkurrenten begegnen die anderen kurdischen Akteure ihr mit erheblichem Misstrauen. Daher wird der innerkurdische Konflikt voraussichtlich andauern, was es den Kurden erschwert, in den nationalen und internationalen Foren, die möglicherweise die Zukunft Syriens bestimmen werden, ihre Interessen wirksam zu artikulieren.

Damaskus hat auf die Strategie gesetzt, die kurdischen Akteure von der Dynamik der landesweiten Proteste zu isolieren und sicherheitspolitisch gegeneinander auszuspielen. Aktuell kann die syrische Regierung ihren Kontrollanspruch auf die DSA-Gebiete (ohne Afrin) mit recht begrenztem Ressourcenaufwand aufrechterhalten. Angesichts des andauernden Konflikts mit bewaffneten Oppositionsgruppen und den Überresten des IS in einigen Teilen des Landes ist dieser Status quo vorteilhaft. Eine Schwächung der PYD – wie durch die türkischen Angriffe in Afrin – wird Damaskus gleichwohl ausnutzen. Sollte sich Assad über die nächsten Jahre an der Macht behaupten können, ist es nur eine Frage der Zeit, bis er seine ungeteilte Aufmerksamkeit dem Projekt der PYD zuwenden wird.

Der Ansatz »Teile und herrsche!« könnte sich für Assad politisch auszahlen.

Annex 1

Überblick über die wichtigsten syrisch-kurdischen Parteien (Stand Mai 2018)

<i>Name</i>	<i>Vorsitz</i>	<i>Politische Richtung</i>	<i>Anmerkungen</i>
Kurdische Partei der Einheit in Syrien (Yekîti)	Ibrahim Biro	Kurdischer Nationalrat in Syrien (KNR, gegründet im Oktober 2011)	
Kurdistanische Demokratische Partei in Syrien (KDP-S)	Sa'ud Mala	KNR; steht Barzanis KDP nahe	Entstand im April 2014 aus: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Kurdische Demokratische Partei in Syrien (El-Partî), Vors.: Abdulhakim Bashar ▪ Kurdische Partei der Freiheit in Syrien (Azadî), Vors.: Mustafa Jum'a, ▪ Kurdische Partei der Freiheit in Syrien (Azadî), Vors.: Mustafa Osso, ▪ Kurdistanische Unions-Partei, Vors.: Abdulbasit Hamo
Kurdische Reformbewegung – Syrien	Faisal Yousef	KNR	Spaltete sich: die Abspaltung wird von Amjad 'Uthman geleitet; (siehe unten)
Kurdische Partei der Demokratischen Gleichheit in Syrien	Ni'mat Dawud	KNR	
Kurdische Demokratische Patriotische Partei in Syrien	Tahir Sa'dun Sifuk	KNR	
Kurdische Demokratische Partei in Syrien (El-Partî)	vakant	KNR	Spaltete sich Anfang 2015 von Nasruddin Ibrahims Partei ab (siehe unten)
Kurdische Partei der demokratischen Einheit in Syrien	Hajar 'Ali	KNR	Abgespalten von Kamiran Haj 'Abdus Kurdistanischer Partei der Demokratischen Einheit
Kurdistanische Partei der Demokratischen Einheit in Syrien	Frau Fasla Yousef	KNR	Spaltete sich Anfang 2015 von Muhiyuddin Sheikh 'Alis Demokratischer Yekîti ab (siehe unten)
Kurdische Demokratische Linke Partei in Syrien	Shalal Gaddo	KNR	Spaltete sich 2015 von Salih Gaddos gleichnamiger Partei ab (siehe unten)
Kurdistanische Linke Partei – Syrien	Mahmud Mala	KNR	
Kurdische Zukunftsbewegung in Syrien	Fadi Mar'i	KNR	Die Kurdische Zukunftsbewegung spaltete sich Anfang 2012 in zwei Parteien

<i>Name</i>	<i>Vorsitz</i>	<i>Politische Richtung</i>	<i>Anmerkungen</i>
Kurdische Zukunftsbewegung in Syrien	Siamend Hajo	KNR (Anm.: Der KNR hat die Mitgliedschaft dieser Partei im KNR im April 2018 auf Eis gelegt.)	Die Kurdische Zukunftsbewegung spaltete sich Anfang 2012 in zwei Parteien
Kurdistanische Avantgarde-Partei – Syrien	Isma'il Hassaf	KNR	
Rat der syrischen Jesidi	Frau Mezgin Yousef	KNR	Politische Organisation, keine Partei im klassischen Sinne
Kurdische Demokratische Progressive Partei in Syrien	'Abdulhamid Haj Darwish	Unabhängig; steht Talabanis PUK nahe	Trat 2013 aus dem KNR aus
Kurdische Linke Partei in Syrien	Muhammad Musa Muhammad		Ehem.: Kurdische Linke Partei – Kongress; wurde 2014 aus dem KNR ausgeschlossen
Kurdische Demokratische Partei der Einheit in Syrien (Demokratische Yekitî)	Muhyiuddin Sheikh 'Ali	Kurdische Nationale Allianz; gegründet im Februar 2016; steht der PYD nahe	Spaltete sich Anfang 2015: Kamiran Haj 'Abdu leitet die Abspaltung, die dem KNR beigetreten ist (siehe oben)
Kurdische Demokratische Partei in Syrien (El-Partî)	Nasruddin Ibrahim	Kurdische Nationale Allianz	Spaltete sich Anfang 2015: die Abspaltung, deren Vors. gegenwärtig offen ist, trat dem KNR bei (siehe oben)
Kurdische Demokratische Linke Partei in Syrien	Salih Gaddo	Kurdische Nationale Allianz	Wurde 2014 aus dem KNR ausgeschlossen und spaltete sich: die von Shalal Gaddo geleitete Abspaltung trat dem KNR bei (siehe oben)
Kurdische Reformbewegung in Syrien	Amjad 'Uthman	Kurdische Nationale Allianz	Spaltete sich von Faisal Yousefs gleichnamiger Partei (siehe oben)
Kurdistanische Partei der Demokratischen Übereinkunft	Nash'at Muhammad	Kurdische Nationale Allianz	Spaltete sich 2004 von der PYD ab
Kurdistanische Zukunftsbewegung in Syrien	Frau Narin Matini	Unabhängig, steht der PYD nahe	Hat sich von der Kurdischen Zukunftsbewegung in Syrien (Fadi Mar'i) Anfang 2018 abgespalten

Annex 1

Überblick über die wichtigsten syrisch-kurdischen Parteien (Stand Mai 2018) – Forts.

<i>Name</i>	<i>Vorsitz</i>	<i>Politische Richtung</i>	<i>Anmerkungen</i>
Partei der Demokratischen Union (PYD)	Doppelspitze (seit 2012); Salih Muslim Muhammad und Frau Asya Abdullah (2012 – 2017); Shahoz Hasan und Frau Aysha Hisso (seit September 2017)	Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft (TEV-DEM); PYD steht im Wirkkreis des KCK	
Kurdistanische Partei der Liberalen Union (PYLK)	Ferhad Tello	TEV-DEM	
Demokratische Friedenspartei der syrischen Kurden (PADKS)	Talal Muhammad	TEV-DEM	
Stern-Union (Yekîtiya Star)	Frau Rojîn Remo	TEV-DEM	Feministische Frauenorganisation, keine Partei im klassischen Sinne

Günter Seufert

Resümee: Eine insgesamt ernüchternde Bilanz kurdischer Politik und westlichen Engagements im Nahen Osten

Die hier versammelten Fallstudien über die Lage der Kurden im Nord-Irak und in Syrien vermitteln ein insgesamt ernüchterndes Bild von den Kapazitäten kurdischer Politik zur Lösung aktueller und struktureller Probleme. Doch auch die Politik der westlichen Länder gegenüber kurdischen Akteuren hat nicht zur Minderung der Spannungen unter den Kurden und der Konflikte zwischen ihnen und den nahöstlichen Staaten beigetragen.

Das Referendum der irakischen Kurden über die Unabhängigkeit vom Irak

Selten stand die Intensität der nationalen Aspirationen einer Volksgruppe in einem solchen Kontrast zu ihrem Mangel an politischer Einigkeit wie im Fall des Unabhängigkeitsreferendums der irakischen Kurden, das diese am 25. September 2017 abgehalten haben. Fast 93 Prozent der Einwohner der kurdischen autonomen Region und der Gebiete, deren Zugehörigkeit zu Bagdad oder zu Kurdistan umstritten ist, stimmten für die Eigenstaatlichkeit. Die Wahlbeteiligung lag bei über 72 Prozent. Der Wunsch nach Unabhängigkeit, der sich in diesem Votum ausdrückte, konnte jedoch die eklatanten Interessengegensätze unter den drei führenden irakisch-kurdischen Parteien nicht überdecken. Das tiefsitzende Misstrauen zwischen ihnen hat die Zusammenführung aller kurdischen Milizen (Peschmerga) unter einem Kommando verhindert, den Ausgleich divergierender wirtschaftlicher Interessen unmöglich gemacht und der politischen Führung um Präsident Masud Barzani ein gutes Stück ihrer Legitimität geraubt. So gravierend war die dadurch entstandene politische Schwächung der kurdischen Führung, dass in- und ausländische Kritiker den damaligen Präsidenten des kurdischen Teilstaats beschuldigen konnten, er habe das Referen-

dum trotz aller Risiken vor allem deshalb angesetzt, um durch die nationale Begeisterung, die er damit entfachte, von innenpolitischen Missständen abzulenken. Der nationale Aufbruch habe die einseitige Bevorzugung von Barzanis eigener Partei in der Energiepolitik, die fehlende Transparenz des Regierungshandelns, den Missstand der verbreiteten Korruption, die gewohnheitsmäßige Verquickung von wirtschaftlicher und politischer Macht und die Perpetuierung der politischen Herrschaft weniger Großfamilien überdecken sollen. Deshalb habe Barzani alle Warnungen der Nachbarstaaten, der internationalen Gemeinschaft und selbst des UN-Sicherheitsrats in den Wind geschlagen. Wie dem auch sei: Fest steht, dass die innere Schwäche Kurdistans es der irakischen Zentralregierung leichtgemacht hat, den Kurden als Vergeltung für die Durchführung des Referendums quasi im Handstreich die umstrittenen Gebiete – darunter das erdölreiche Kirkuk – zu entreißen. Bagdad konnte den Kurden auch fast alle anderen Einkommensquellen abnehmen, sie damit wirtschaftlich erneut von sich abhängig machen und sie politisch und militärisch in die Ecke drängen.

Überaus selten anzutreffen ist die Geschlossenheit, mit der sich nahezu alle internationalen Akteure gegen die Durchführung des Referendums stellten. Die Einheitsfront der Ablehnung umfasste Staaten, die sonst im Nahen Osten ganz gegensätzliche Interessen haben: die USA und den Iran, die syrische Regierung in Damaskus und die EU, Ankara, das in den letzten Jahren durch eine pro-sunnitische Ausrichtung seiner Politik aufgefallen war, und das schiitisch dominierte Bagdad.

Am leichtesten noch war der unbändige Widerstand Bagdads zu verstehen. In gewisser Weise gilt dies auch für den Iran, der glaubte, ein unabhängiges Kurdistan werde zum Spielball Israels, der USA und

der Türkei werden.¹ Nur in Tel Aviv stand man hinter dem Referendum.² Die Türken äußerten sich fast feindseliger als die irakische Regierung, und das, obwohl es in den letzten Jahren Ankara gewesen ist, mit dessen Hilfe Kurdistan-Irak die wirtschaftliche Basis für eine potentielle Eigenstaatlichkeit gelegt hat – eine Entwicklung, von der auch die Türkei stark profitiert hat. Doch da der Waffengang in Syrien zumindest vorläufig zu Ende zu gehen scheint, wollte und will die türkische Führung um jeden Preis verhindern, dass kurdische Staatlichkeit im Nahen Osten zur Normalität wird.

Die USA und die großen europäischen Staaten stellten sich gegen die Abstimmung, weil sie fürchteten, dass der Einfluss Irans auf Bagdad weiter zunehmen könnte, wenn die Regierung Haider al-Abadi geschwächt wird. Sie ließen sich in dieser Haltung auch dadurch nicht beirren, dass Teheran selbst das Referendum strikt ablehnte. Die USA waren und sind der Meinung, sie könnten Teherans Einwirkungsmöglichkeiten im Irak am besten begrenzen, indem sie den amtierenden Ministerpräsidenten Abadi gegen seinen innerparteilichen Konkurrenten und Vorgänger im Ministerpräsidentenamt Nuri al-Maliki stützen, der dem iranischen Einfluss als erster Tür und Tor geöffnet und die Sunniten des Landes politisch und institutionell marginalisiert hat. Masud Barzani, der Präsident der Kurdischen Regionalregierung (KRG), hatte geglaubt, sich gerade die Befürchtung der USA vor einer weiteren Stärkung des Iran in der Region zunutze machen zu können, und Kurdistan als ein Bollwerk gegen Teheran präsentiert.

Mehr als zwei Monate nach dem Urnengang spricht wenig dafür, dass die Ablehnung des Referendums durch die westlichen Mächte wirklich dazu beigetragen hat, den Aktionsradius des Iran in dessen westlicher Nachbarschaft zu beschneiden.

Denn bei der militärischen Übernahme der umstrittenen Gebiete, die Bagdad nach dem Referendum im Oktober angesichts der internationalen Isolation

der Kurden glückte, spielten die meist schiitischen Einheiten der Volksmobilisierung eine zentrale Rolle.³ Ihre Einsätze wurden von Qassem Soleimani, dem Chef der iranischen Al-Quds-Brigaden im Irak, koordiniert. Mahnungen westlicher Politiker, Bagdad möge die Einheiten stärker bremsen, und Forderungen nach deren Auflösung wurden im Irak als unerwünschte Einmischung in die inneren Angelegenheiten zurückgewiesen. Mehr noch, die westlichen Vorstöße haben die ohnehin bestehenden Intentionen dieser Einheiten, sich auch parteipolitisch zu formieren, eher befördert.⁴ Die vorläufigen Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 12. Mai 2018 haben diese Befürchtungen bestätigt. Die Al-Fatah-Koalition der pro-iranischen Volksmobilisierungseinheiten gingen als zweitstärkste Liste aus den Wahlen hervor, vor ihnen nur die Sairun-Koalition, ein Bündnis der Anhänger des strikt anti-amerikanischen schiitischen Geistlichen Muktada al-Sadr mit der Kommunistischen Partei.⁵ Hinter den Kulissen heißt es, Qassem Soleimani spiele bei den politischen Überlegungen der Al-Fatah-Koalition für die kommende Zeit eine zentrale Rolle.⁶ Der irakische Sicherheitsapparat ist heute nahezu untrennbar mit den schiitischen Milizen verbunden, die sich in ihrer Mehrheit bereits vor der aktuellen Bedrohung durch den »Islamischen Staat« gebildet hatten und sich eng an Teheran orientieren.⁷ Nichts spricht dafür, dass die Regierung Abadi, die große Teile der Milizen auf die Gehaltsliste des Verteidigungsministeriums gesetzt hat, bereit und in

1 Galip Dalay, »Eine neue Phase in den Beziehungen der Kurden der Region zum Iran« (Türk.), *Karar* (online), 14.8.2017, <www.karar.com/yazarlar/galip-dalay/bolgesel-kurtlerle-iran-iliskilerinde-yeni-donem-4695> (Zugriff am 15.5.2018).

2 Ofra Bengio, *Has Israel's Support for Kurdistan's Independence Helped or Harmed the Kurds?*, Ramat Gan: The Begin-Sadat Center for Strategic Studies (BESA), 9.11.2017 (BESA Center Perspectives Paper Nr. 637), <<https://besacenter.org/perspectives-papers/kurdistan-independence-israel/>> (Zugriff am 15.5.2018).

3 Arzu Yilmaz, »How the US Did Iran a Favour in the Middle East«, *Al Jazeera* (online), 14.11.2017, <www.aljazeera.com/indepth/opinion/iran-favour-middle-east-171114085029321.html> (Zugriff am 15.5.2018).

4 Ali Mamouri, »As Calls for Disbanding Iraq's PMU Rise, Their Influence Expands«, *Al-Monitor*, 10.12.2017, <<https://rojname.com/3570041>> (Zugriff am 15.5.2018).

5 Ali Mamouri, »Iraqi Election Results Shock Political Class«, *Al-Monitor*, 14.5.2018, <www.al-monitor.com/pulse/originals/2018/05/iraq-election-sadr-fateh.html> (Zugriff am 28.6.2018).

6 Mona Alami, »Iraq's Shiite Militias Hope Battlefield Wins Can Secure Electoral Victory«, *Al-Monitor*, 27.4.2018, <www.al-monitor.com/pulse/originals/2018/04/iraq-election-shiite-militias-iran.html> (Zugriff am 15.5.2018).

7 Stefan Lukas, »Quo vadis Nordirak? Vom kurdischen Dilemma zur Verschiebung der Einflussphären in der Region«, Berlin: Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS), 2017 (Arbeitspapier Sicherheitspolitik 31/2017), S. 1 und 3, <www.baks.bund.de/sites/baks010/files/arbeitspapier_sicherheitspolitik_2017_31.pdf> (Zugriff am 15.5.2018).

der Lage wäre, diese Einheiten einzuhegen und deren dominante Stellung im Sicherheitsapparat zu begrenzen. Das vorrangige Ziel der Verbände ist der Abzug aller fremden Truppen aus dem Irak.⁸ Die relative Hilflosigkeit der USA dieser Entwicklung gegenüber wird daran deutlich, dass das US-Repräsentantenhaus einzelne Gruppen der Volksmobilisierungseinheiten auf die Terrorliste setzen will.⁹

Doch damit nicht genug, fast wäre Kurdistan-Irak, das seit der US-amerikanischen Invasion im Irak unbestritten zu Washingtons primären Einflusszonen im Nahen Osten gehört, komplett unter iranische Kontrolle geraten. So verzweifelt war die Lage Barzanis, dass er den USA drohte, sich hilfesuchend an den Iran zu wenden, um den Zugriff irakischer Truppen auf das Territorium der Autonomen Region Kurdistan abzuwehren. Es war diese Drohung, die die USA am 24. Oktober bewog, ihr Gewicht in die Waagschale zu werfen und den weiteren Vormarsch der irakischen Truppen zu stoppen.

Trotzdem ist der Iran der eigentliche Sieger der jüngeren Entwicklungen in Kurdistan. Denn das Referendum war primär das Projekt Barzanis und seiner Demokratischen Partei Kurdistans (KDP), die bis dato eng mit der Türkei kooperierten. Nach dem Scheitern aller Hoffnungen, die sie mit dem Plebiszit verbunden hatten, gehen Barzani und seine Partei geschwächt aus der Referendumsangelegenheit hervor und das Vertrauen zwischen Ankara und Erbil ist schwer erschüttert. Ganz anders steht es um Barzanis Konkurrentin, die Patriotische Union Kurdistans (PUK), die sich stets an den Iran angelehnt hat. In den Tagen nach dem Referendum hat sich die PUK früh mit dem Iran verständigt und eine Verschlechterung ihrer Beziehungen mit Teheran abgewendet.

Doch auch die westlichen Staaten müssen sich fragen lassen, ob ihre einhellige und bedingungslose Ablehnung des kurdischen Referendums der richtige Weg gewesen ist, um ein anderes wichtiges Ziel zu erreichen: die Stabilisierung des irakischen Staates. Sicher ist bislang nur, dass das von niemandem behinderte Vorgehen Bagdads gegen Erbil Irakisch-Kurdistan und damit die einzige Region des Irak, in der bis dato ein gewisses Maß an Stabilität und Sicherheit

geherrscht hatte, wirtschaftlich und politisch schwer erschüttert hat. Die Zentralregierung hat die Kurden nicht nur von ihren Energiequellen abgeschnitten und ist nicht nur fest entschlossen, auch die Grenzübergänge Kurdistans in den Iran und in die Türkei, die hohe Zolleinnahmen abwerfen, wieder unter ihre Kontrolle zu bekommen; das irakische Parlament berät auch über eine Senkung des Anteils der Kurden an den Staatseinnahmen von 17 auf 12,5 Prozent.¹⁰ In ihrer Gesamtheit untergraben diese Maßnahmen die finanzielle Basis aller Behörden des kurdischen Teilstaats und damit dessen weiteres Funktionieren. Der gesellschaftliche Frieden, der die Autonome Region lange Zeit kennzeichnete, ist schon jetzt dahin. Die Regierung reagierte auf Demonstrationen mit Gewalt, willkürlichen Festnahmen und der Unterdrückung der Berichterstattung.¹¹ Auch die Hoffnung westlicher Diplomaten, die Verfassung des Irak könne eine geeignete Grundlage darstellen für das Austarieren der künftigen Beziehungen zwischen Bagdad und Erbil, wird sich wohl nicht erfüllen. Denn Bagdad arbeitet offensichtlich darauf hin, den Autonomiestatus der Kurdenregion zu unterminieren. In der Vorlage des neuen Haushalts für den Gesamtstaat ist bereits nicht mehr von »Kurdistan« die Rede, sondern nur noch von den »nördlichen Provinzen«.¹² Eine erneute Eskalation im Irak ist vorprogrammiert.

Die energiepolitischen Potentiale Irakisch-Kurdistans

Mehr als 180 000 Personen, meist Kurden, sind vor und während der Offensive Bagdads gegen die Kurdische Regionalregierung vor den Einheiten der Volksmobilisierung und anderen irakischen Truppen in das Territorium der Autonomen Region Kurdistan geflohen. Doch dies ist nur ein Element innerhalb des Destabilisierungsprozesses, der durch die sich über-

⁸ Alami, »Iraq's Shiite Militias« [wie Fn. 5].

⁹ Mustafa Saadoun, »US Sanctions on PMU Put Iraq in Tough Spot«, *Al-Monitor*, 29.11.2017, <www.realcleardefense.com/2017/11/29/us_sanctions_on_pmu_puts_iraq_in_tough_spot_298610.html> (Zugriff am 15.5.2018).

¹⁰ Omar Sattar, »Baghdad Increases Pressure on KRG with Budget Cut«, *Al-Monitor*, 17.11.2017, <www.iraq-businessnews.com/2017/11/20/baghdad-increases-pressure-on-krq-with-budget-cut/> (Zugriff am 15.5.2018).

¹¹ Judit Neurink, »Expect Change in Iraq when Embattled Kurds Cast Ballots«, *Al-Monitor*, 4.4.2018, <www.al-monitor.com/pulse/originals/2018/04/kurdistan-protest-violence-iraq.html> (Zugriff am 15.5.2018).

¹² Adnan Abu Zeed, »Baghdad Looks to Take Control over KRG Oil«, *Al-Monitor*, 6.11.2017, <<http://iraqieconomists.net/en/2017/11/18/baghdad-looks-take-control-krq-oil-adnan-abu-zeed/>> (Zugriff am 15.5.2018).

schlagenden Ereignisse ausgelöst wurde. Die Strategie der Zentralregierung, die irakischen Kurden durch Wegnahme ihrer Einkommensquellen und eine radikale Reduzierung ihres Anteils am gesamtirakischen Budget zu disziplinieren und ihr Gemeinwesen auf den Status einer gewöhnlichen Provinz herabzustufen, droht in kürzester Zeit zum Zusammenbruch der kurdischen Verwaltung und damit in eine politische und wirtschaftliche Krise zu führen. Die Bestrebungen Bagdads, die bislang einzige ökonomische Basis Irakisch-Kurdistans, den Energiesektor, zu zerstören, gefährden mittelfristig die Existenz der autonomen Region. Der Verlust der Ölfelder in der Region Kirkuk hat die KRG um rund die Hälfte ihrer Exportmöglichkeiten beraubt.

Dank des vergleichsweise hohen Grades an innerer Stabilität, einer – für die Region – sehr guten Sicherheitslage und der fruchtbaren politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Türkei hatte es die KRG in den letzten Jahren vermocht, türkische, westliche und zuletzt auch russische Großinvestoren zu gewinnen und die Energieförderstruktur im bis dahin planmäßig benachteiligten Nord-Irak auszubauen. Profitiert hatten davon primär die Türkei, Israel und westliche Energiekonzerne. Die Türkei fungierte als Transitland, Investor und Auftragnehmer für Infrastrukturprojekte, und hat aus dieser Rolle viele Vorteile gezogen. Israel trat als Abnehmer günstigen kurdischen Öls auf¹³ und begrüßte die Festigung kurdischer Staatlichkeit als Gegenwicht zum wachsenden Einfluss Irans in der Region. Westliche Investoren erhielten äußerst vorteilhafte Production Sharing Contracts. Sie hatten sich im kurdischen Nord-Irak unter anderem auch deshalb finanziell engagiert, weil sie darauf rechneten, zukünftig kurdisches Öl – und später Gas – auch auf dem europäischen Markt anbieten zu können, was der EU bei der Diversifizierung ihrer Energiequellen zugutegekommen wäre. All dies steht nun zur Disposition. Am 9. Dezember 2017 gab der irakische Ölminister Jaber al-Luaibi bekannt, dass Bagdad ein neues Abkommen mit Teheran geschlossen habe. Demnach sollen fortan bis zu 45 Prozent des Öls, das bislang von Kirkuk aus in die Türkei gepumpt wurde, in das

13 Yaron Cohen-Tzemach, »The Mystery of the Disappearing Tankers that Carry Kurdish Oil to Israel«, *Haaretz*, 10.4.2018, <www.haaretz.com/middle-east-news/premium-the-disappearing-tankers-that-carry-kurdish-oil-to-israel-1.5980420> (Zugriff am 15.5.2018).

iranische Kermanschah umgeleitet werden.¹⁴ Die energiepolitische Kooperation mit der Türkei war finanziell und politisch zum Nutzen der KDP, der Hauptbetreiberin des Referendums. Nun kontrolliert Bagdad über Kirkuk die wirtschaftliche Entwicklung Kurdistans und lässt deutlich sein Interesse erkennen, die Konkurrentin der KDP, die PUK, zu stärken, die gute Beziehungen mit Iran pflegt und dem Referendum skeptisch gegenüberstand. Ein klares Zeichen dafür ist, dass die irakische Zentralregierung Ende Dezember 2017 Erbil mit einer Intervention drohte für den Fall, dass die KDP-dominierte Regierung Kurdistans Anti-KDP-Demonstrationen mit Gewalt unterdrücken sollte.¹⁵

Somit ist der Iran auch im innerkurdischen Machtspiel der eigentliche Gewinner, während die Türkei wirtschaftlich und politisch an Einfluss verliert. Analysten sprechen bereits von der Möglichkeit, nach einer Beruhigung der Lage in Syrien die Pipeline von Kirkuk zum syrischen Mittelmeerhafen Baniyas zu reaktivieren – eine Lösung für den Export des Öls aus Kirkuks, die angesichts der bestehenden Lagerbildung im Nahen Osten mehr als wahrscheinlich ist.

Die KDP und die PKK in Sindschar

Als im Oktober 2017 militärische Verbände der sogenannten Volksmobilisierung auf Befehl aus Bagdad die Stadt und den Distrikt Sindschar im Nordwesten des Irak einnahmen, zogen sich die Peschmerga der KDP von dort nicht zurück, sondern einigten sich mit den von der Zentralregierung gesandten Einheiten auf die vorübergehende gemeinsame Kontrolle des Gebiets. Möglich war eine solche Verständigung nur, weil sowohl die Truppen unter dem Kommando Bagdads als auch die dortigen Peschmerga-Einheiten aus Kämpfern der religiösen kurdischen Minderheit der Jesidi bestanden. Auch die PKK, die seit 2003 zum Missfallen der Türkei in Sindschar aktiv ist, hat eigene Jesidi-Milizen aufgebaut und kann deshalb bis

14 Dies und das Folgende nach Mahmut Bozarslan, »Baghdad Could Take Oil in New Direction – away from Turkey«, *Al-Monitor*, 18.12.2017, <www.hellenicshippingnews.com/baghdad-could-take-oil-in-new-direction-away-from-turkey/> (Zugriff am 15.5.2018).

15 »Die irakische Regierung warnt die KRG: ›Sollten die Demonstranten Schaden nehmen, greifen wir ein‹ (Türk.), *Diken*, 19.12.2017, <www.diken.com.tr/irak-hukumeti-kbyiyi-yardi-gostericilere-zarar-verilirse-mudahalede-bulunuruz/> (Zugriff am 15.5.2018).

heute ihre Präsenz in der Gebirgsregion aufrecht erhalten.

Stadt und Distrikt Sindschar befinden sich an den Südhängen des gleichnamigen Gebirgszugs, der sich von der syrisch-irakischen Grenze nach Westen bis zur Wüste von Mossul zieht und sowohl für die KRG als auch für die kurdischen Kantone in Syrien von hohem strategischem Wert ist. Nach dem Sturz Saddam Husseins und der Schwächung der irakischen Zentralregierung übernahm die KDP die Kontrolle in Sindschar, und zur gleichen Zeit begann die PKK dort kurdischsprachige Jesidi politisch und militärisch zu organisieren. Es ist weithin bekannt, dass der Sindschar damit zu einem weiteren Schauplatz der Rivalität zwischen beiden kurdischen Strömungen wurde.

Wenig jedoch weiß man über konkrete militärische Absprachen zwischen den Milizen der KDP und Kombattanten der PKK im Kampf gegen den »Islamischen Staat«. Selten zur Kenntnis genommen wird auch, dass sich ungeachtet der Konkurrenz und der Konflikte zwischen den beiden Parteien ein pankurdisches Nationalbewusstsein herausgebildet hat. Mindestens ebenso wichtig ist die Erkenntnis einer fortschreitenden Stärkung der PKK und ihrer Nebenorganisationen zulasten der KDP. Für diese Entwicklung gibt es mehrere Gründe: Die PKK kann sich als einzige Kurdenbewegung auf stabile Organisationen in allen vier Staaten des Nahen Ostens mit großen kurdischen Minderheiten stützen. Im Gegensatz zur KDP hat sie eine Vision für ein Kurdistan jenseits der bestehenden nationalstaatlichen Grenzen, die primär jüngere Kurden anspricht, und last but not least verfügen ihre militärischen Verbände über eine weit höhere militärische Schlagkraft als die anderer kurdischer Parteien.

Die Situation in Sindschar zeigt deshalb wie unter einem Brennglas, auf welchem dünnem Eis sich die bisherige Kurdenpolitik westlicher Staaten bewegt, die von einer nahezu kategorischen Gegnerschaft der beiden kurdischen Bewegungen ausgeht und auch davon, dass die Machtbalance zwischen ihnen mehr oder weniger festgeschrieben sei.

Die Lage in den kurdischen Gebieten Syriens: Politische Akteure und ihre Entwicklung seit 2011

Nirgends sind die politische Dynamik der PKK-Präsenz und die militärische Stärke PKK-naher Strukturen

deutlicher hervorgetreten als in Syrien. Dort konnte sich die erst 2003 gegründete Partei der demokratischen Union (PYD) im innerkurdischen Wettbewerb gegen kurdische Parteien durchsetzen, die auf eine mehr als 50-jährige Erfahrung in der Interaktion mit dem syrischen Staat zurückblicken. Sicher war für diesen Erfolg auch die Bereitschaft der PYD maßgebend, einen Ausgleich mit der Führung in Damaskus zu suchen, ein Strategiewechsel, der sich etwa ab Mitte 2011 beobachten lässt. Diese Politik versetzte die Partei in die Lage, in den von ihr militärisch kontrollierten Territorien eine Selbstverwaltung aufzubauen. Doch ohne ihre Fähigkeit zur Mobilisierung der syrischen Kurden, in erster Linie der Jugend, und mehr noch ohne transnationale kurdische Unterstützung, primär durch die »türkische« PKK, wäre die PYD – im Gegensatz zu den anderen kurdischen Parteien – nicht imstande gewesen, kampffähige Milizen aufzubauen und sich zu einem ernstzunehmenden Verbündeten US-amerikanischer Militärstrategen zu mausern. Die Fähigkeit zum Aufbau dieser Milizen rührt einerseits vom gesamtkurdischen Ansatz der PKK her, die bereits seit Jahrzehnten Kurden aus Syrien in ihren Reihen aufnimmt, und andererseits von ihrem Charakter als einer sozialen Bewegung der leichter zu radikalierenden Unter- und unteren Mittelschichten. Die aus all dem resultierende militärische Stärke der PYD hat es ihr nicht nur ermöglicht, sich trotz begrenzter Absprachen mit der Zentralregierung eine weitgehende Selbständigkeit gegenüber Damaskus zu bewahren. Sie konnte sich darüber hinaus als schlagkräftiger militärischer Partner der USA auf dem syrischen Bürgerkriegsschauplatz etablieren und in dem bewaffneten Konflikt gleichzeitig eine begrenzte Kooperation mit den russischen Streitkräften eingehen.

Aber es gibt auch scharfe Kritik an der PYD, an ihrem zentralistischen Aufbau, an der von ihr verfolgten Ausgrenzung, ja Unterdrückung konkurrierender kurdischer Parteien, an Menschenrechtsverletzungen sowie daran, dass sie nur solche Organisationen anderer Volksgruppen einbindet, die ihre Führungsrolle akzeptieren. Diese Kritik ist durchaus berechtigt, auch wenn die genannten Praktiken angesichts des Bürgerkriegs in Syrien nicht überraschen können.

Der Feldzug der türkischen Armee und ihrer sunnitischen Proxies gegen die syrisch-kurdische Stadt und Provinz Afrin,¹⁶ der von Januar bis März 2018

¹⁶ Vgl. Rayk Hähnlein/Günter Seufert, *Der Einmarsch der Türkei in Afrin. Grenzüberschreitender »Kampf gegen die PKK«* zur

dauerte, hat der PYD nachdrücklich vor Augen geführt, wie prekär ihre Lage ist. Russland hatte der Türkei grünes Licht für die Aktion gegeben, und die USA nahmen die empfindliche Schwächung ihres militärischen Partners hin. Das Frühjahr 2018 verging, ohne dass sich das Weiße Haus, das US-Außenministerium und das Pentagon auf eine auch nur mittelfristige Strategie für Syrien einigen konnten. Meldungen, in den Haushalt des Pentagons seien für 2019 größere Summen für die Unterstützung der PYD eingestellt worden,¹⁷ kontrastierten mit Äußerungen Donald Trumps, die USA würden sich alsbald komplett aus Syrien zurückziehen, und Initiativen des neuen Nationalen Sicherheitsberaters John Bolton, der befreundete arabische Staaten für ein militärisches Engagement in Syrien gewinnen wollte.¹⁸

Die EU und die europäischen Staaten werden aus einer ganzen Reihe von Gründen nicht umhinkommen, ihr Verhältnis zu den Kurden Syriens und damit auch zur PYD zu überdenken. Auf normativer Ebene wird einer europäischen Öffentlichkeit, die den Kurden deutliche Sympathien entgegenbringt, nur schwer zu vermitteln sein, warum dieser Volksgruppe im Irak kollektive politische Rechte, wie sie sich im Autonomiestatus der KRG niederschlagen, zugestanden werden, den Kurden Syriens hingegen nicht. Schwerer wiegen sicher die Argumente, die den französischen Präsidenten Emmanuel Macron jüngst dazu bewogen haben, Frankreichs Engagement in der Region zu erhöhen.¹⁹ So würde ein abrupter Rückzug der westlichen Staaten aus Syrien das Land iranischem Einfluss überlassen. Blicke die Macht Bashar al-Assads nach dem Bürgerkrieg uneingeschränkt, würde damit außerdem die politische Ausgrenzung der sunnitischen Mehrheit, die circa siebzig Prozent der Bevölkerung umfasst, festgeschrieben und sehr wahrscheinlich eine neue Welle sunnitischer Radi-

militärischen Lösung der eigenen Kurdenfrage, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, März 2018 (SWP-Aktuell 21/2018).

17 »Budget von 550 Millionen für die PYD aus den USA« (türk.). in: *Dünya*, 12.2.2018, <www.dunya.com/dunya/abdden-pydye-550-milyon-dolarlik-butce-haberi-402970> (Zugriff am 15.5.2018).

18 »Die USA planen die Etablierung einer arabischen Streitmacht für den Norden Syriens nach ihrem Rückzug von dort« (Türk.), *BBC*, 17.4.2018, <www.bbc.com/turkce/haberler-dunya-43793866> (Zugriff am 15.5.2018).

19 Vgl. zum Folgenden Pascal-Emmanuel Gobry, »Macron Offers Trump a Third Way in Syria«, *Bloomberg*, 24.4.2018, <www.bloomberg.com/view/articles/2018-04-24/macron-offers-trump-a-third-way-in-syria> (Zugriff am 15.5.2018).

kalisierung ausgelöst. In Anbetracht eines solchen Szenarios gewinnt die Forderung der syrischen Kurden an Überzeugungskraft, die politische Herrschaft im Nachkriegssyrien weitgehend zu dezentralisieren. In einer solchen semiföderalen Struktur könnten die Kurden eine wichtige Rolle als ausgleichender Faktor zwischen der Regierung und der sunnitischen Mehrheit spielen.²⁰

Überlegungen dieser Art haben in der Vergangenheit offensichtlich auch Moskau bewogen, sich zugunsten kurdischer Anliegen in einem zukünftigen Syrien aus dem Fenster zu lehnen. So hat Russland einen Entwurf für die künftige Verfassung Syriens vorgelegt, der eine begrenzte Autonomie für kurdisch besiedelte Territorien vorsieht, und für die Teilnahme der PYD an einer »Konferenz der Völker Syriens« gewonnen.²¹

Freilich wird jeder noch so lose Kontakt mit der PYD die Beziehungen besonders westlicher Mächte zu Ankara unvermeidlich weiter belasten. Gleichwohl spricht im Augenblick wenig dafür, dass es der Türkei gelingen könnte, das Rad der Zeit zurückzudrehen und die kurdische Selbstverwaltung in Syrien vollkommen zu zerschlagen.

Braucht es eine europäische Kurdenpolitik?

Die Kurdenfrage ist einer der wirksamsten Destabilisierungsfaktoren im Nahen Osten. Europa ist stärker als andere Weltregionen von nahöstlichen Energie-ressourcen abhängig und bekommt die Folgen politischer und wirtschaftlicher Instabilität in diesem Raum in Form von Terror und Flüchtlingsströmen direkt zu spüren. Nirgendwo sind Exilkurden stärker präsent als in Europa und nirgendwo sonst finden kurdische Anliegen ein so großes Echo in der Zivilgesellschaft wie hier. Gleichwohl ist der alte Kontinent als Akteur mit eigener Vision und Strategie im Nahen Osten nicht präsent, weder in der Form einer koordinierten Politik der großen EU-Staaten noch in Gestalt der Europäischen Union. Den großen Wurf eines westlichen Konfliktlösungsprojekts wird es angesichts der Schwere und Komplexität der Probleme

20 So auch Etyen Mahçupyan, »Es kommt zu keinem [Welt]Krieg und Assad bleibt« (türk.), *Karar*, 15.4.2018, <www.karar.com/yazarlar/etyen-mahcupyan/savas-cikmaz-esad-kalir-6727> (Zugriff am 15.5.2018).

21 Freilich hat die Türkei beide Vorstöße blockiert.

im Nahen Osten auch in Zukunft nicht geben. Was man jedoch erwarten könnte, ist eine kritische Reflexion über die bisherige westliche Politik kurdischen Akteuren gegenüber.

Drei Grundlinien der bisherigen westlichen Politik gegenüber kurdischen Akteuren

Die Politik des Westens gegenüber den Kurden folgt bestimmten konventionellen Leitlinien. Erstens trennt sie – zumindest in der Theorie – zwischen legitimen und illegitimen kurdischen Akteuren. Spätestens seit der US-amerikanischen Invasion im Irak 2003 gelten die beiden großen Kurdenparteien des Landes, allen voran die KDP unter Masud Barzani, als legitime Repräsentanten ihres Volkes. Die Kooperation Washingtons mit Erbil legte den Grundstein dafür, dass die Kurden des Irak zu Partnern des Westens werden konnten, eine notwendige Voraussetzung für das zivile und militärische Engagement Deutschlands in Kurdistan-Irak gegen den »Islamischen Staat« seit 2014. Dass die KDP sich auf eher traditionelle soziale Eliten stützt und für ein privatkapitalistisches System eintritt, das zu der Ölrentenökonomie von Kurdistan-Irak passt, hat diese Einschätzung sicherlich befördert.

Anders die westliche Politik gegenüber der PKK, deren Aktivitäten sich gegen die Regierung der Türkei, eines Nato-Mitglieds, richten und die sowohl in den USA als auch in der Europäischen Union als Terrororganisation gelistet ist. Die »Arbeiterpartei Kurdistans« ist aus einer militanten sozialistischen Studentenorganisation hervorgegangen, und in ihrer Ideologie spielen Ideen von Gemeineigentum und Wirtschaftsplanung keine geringe Rolle, was in Zeiten des Kalten Krieges zur negativen Bewertung der PKK im Westen beigetragen hat.

Zweitens ist die Politik der westlichen Staaten gegenüber den Kurden stark von der engen Zusammenarbeit mit der Türkei und der gemeinsamen Mitgliedschaft in der Nato konditioniert. So haben Interventionen Ankaras maßgeblich dazu beigetragen, dass die PKK als Terrororganisation eingestuft wurde, ohne dass bis heute ernsthaft darüber diskutiert würde, ob dieser Schritt die Türkei der Lösung ihres Kurdenproblems wirklich nähergebracht hat. Dass die USA und die EU damals die Position der Türkei eins zu eins übernommen haben, ohne gleichzeitig auf die Schaffung von Formaten zu drängen, in denen die

Kurden ihre Forderungen hätten vorbringen können, hat die Möglichkeiten Washingtons und Brüssels nachhaltig beschränkt, auf die Türkei einzuwirken. Noch heute bringt dieses Versäumnis einzelne europäische Länder regelmäßig in die Defensive. In der Diskussion über die Zukunft Syriens ist die unnachgiebige Haltung der Türkei einer der Stolpersteine auf dem Weg zur Entwicklung einer föderativen Struktur des Landes, die das einzige realistische Konzept zur Aufrechterhaltung der Einheit des Staates ist. Eine gewisse Parallelität zwischen westlichen Akteuren und der Türkei bestand und besteht nach wie vor auch in der Politik gegenüber den irakischen Kurden. So haben bis vor kurzem die Türkei und die KDP in Syrien an einem Strang gezogen, und die türkische Erdölimportpolitik hat den irakischen Kurden erstmals eine Perspektive auf ökonomische Selbständigkeit eröffnet.

Drittens ist die westliche Politik gegenüber kurdischen Akteuren in aller Regel sehr pragmatisch, stark von eigenen Interessen bestimmt und daher von einem stetigen Hin und Her geprägt. Das gilt für die Geburtshilfe, die Washington dem kurdischen Teilstaat im Nord-Irak geleistet hat, für das Eingreifen der USA gegen den IS im syrischen Kobane und im Nord-Irak, für die Bewaffnung irakisch-kurdischer Peschmerga durch Deutschland und für die Kooperation der USA mit der PYD in Syrien. So wechseln sich Perioden lebenswichtigen Beistands mit solchen taktischer Instrumentalisierung und offensichtlicher Indifferenz gegenüber kurdischen Belangen, Erwartungen und Forderungen ab. Jüngstes Beispiel für Letzteres ist der Verzicht westlicher Akteure, vor dem Unabhängigkeitsreferendum am 25. September 2017 die Rolle eines profilierten Vermittlers zwischen Erbil und Bagdad zu übernehmen. Ein weiterer Beleg für Indifferenz ist die Zurückhaltung der Europäischen Union gegenüber ihrem Beitrittskandidaten Türkei, als diese zwischen 2013 und 2015 erstmals über den eigenen Schatten gesprungen ist und Friedensverhandlungen mit der PKK geführt hat. Brüssel hat es damals bei allgemein formulierten Erklärungen belassen, dass es die Verhandlungen unterstütze. Die EU hat es aber versäumt, in diesem Prozess substantiell die Initiative zu ergreifen. Sie hat weder ihren Druck auf PKK-Strukturen in Europa erhöht, um die Kurdenpartei zur bedingungslosen Niederlegung der Waffen zu bewegen, noch die türkische Regierung gedrängt, eine internationale Vermittlung zu akzeptieren und das eigene Parlament in die Verhandlungen einzubeziehen. Beides sind Maßnahmen, ohne die Dialoge

über die Beilegung langandauernder bewaffneter innerstaatlicher Konflikte keine Aussicht auf Erfolg haben.

Das Gegenteil eines solchen Patchworks westlicher Politik wäre eine stärkere Orientierung an politischen Prinzipien. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre die klare Formulierung der europäischen Erwartungen an die kurdischen Akteure und an die Heimatstaaten, wann immer diese Solidarität und Unterstützung fordern.

So sollten kurdische Akteure im Irak als Gegenleistung für jede Art von Unterstützung und Zusammenarbeit darauf verpflichtet werden, Mindeststandards in Sachen Transparenz, Korruptionsbekämpfung, Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenschutz und Pressefreiheit einzuhalten.

Hilfe für die irakische Zentralregierung ist an dieselben Prinzipien und darüber hinaus an die Achtung der eigenen Verfassung zu knüpfen, die den einzigen möglichen rechtlichen und politischen Rahmen für Verhandlungen zwischen Erbil und Bagdad bildet.

Der PKK muss deutlich werden, dass jeder neue Anschlag auf türkische Ziele die Legitimität der PYD in Syrien weiter untergräbt, und zwar sowohl in den Augen der türkischen Bevölkerung als auch der internationalen Öffentlichkeit. Nichts würde den Vorwurf Ankaras, die PYD sei eine Terrororganisation, mehr entkräften als ein kategorischer Verzicht auf bewaffnete Aktionen der PKK gegen Organe der Republik Türkei. Die PKK weiß und sagt es offen, dass es keine gewaltsame Lösung der Kurdenfrage gibt. Sie muss nach dieser Einsicht handeln.

Das gilt jedoch auch für die Türkei. Die westliche Gemeinschaft sollte Ankara an das erinnern, was 2013 in der Türkei selbst schon einmal Konsens war: nämlich dass das Kurdenproblem die PKK hervorgerufen hat und nicht umgekehrt. Es geht deshalb nicht an, dass Ankara seinen Konflikt mit den Kurden in andere Länder exportiert und sich die Freiheit nimmt, dort jeweils nach eigenem Ermessen Krieg zu führen.

Anhang

Abkürzungen

ADO	Assyrian Democratic Organization	PUK	Patriotic Union of Kurdistan (Patriotische Union Kurdistans; Irak)
AKP	Adalet ve Kalkınma Partisi (Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei; Türkei)	PYD	Partiya Yekîtiya Demokrat (Partei der Demokratischen Union; Syrien)
bcm/y	billion cubic meters per year	SCIRI	Supreme Council for the Islamic Revolution in Iraq
bpd	barrels per day	SDC	Syrian Democratic Council (Demokratischer Rat Syriens)
DSA	Democratic Self-Administration	SDF	Syrian Democratic Forces (Demokratische Kräfte Syriens)
EZKS	Europäisches Zentrum für Kurdische Studien	SNC	Syrian Negotiations Commission (Syrische Verhandlungskommission)
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung	SNR	Syrischer Nationalrat
HDP	Halkların Demokratik Partisi (Demokratische Partei der Völker; Türkei)	SOC	Syrian Opposition Coalition (Nationale Koalition der syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte)
HNC	High Negotiations Committee (Hohes Verhandlungskomitee)	SOMO	State Oil Marketing Organization (Irak)
HPG	Hêzên Parastina Gel (Volksverteidigungskräfte [der PKK, s.u.])	TANAP	Transanatolische Pipeline
IOM	International Organization for Migration	TAP	Transadriatische Pipeline
IS	Islamischer Staat	Tcf	Trillion cubic feet
ISIS	Islamischer Staat im Irak und in Syrien	TEVDA	Tevgera Azadi Demokrasiye Ezidiya (Demokratischer Freiheitskongress der Jesidi)
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung	TEV-DEM	Tevgera Civaka Demokratîk (Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft)
KCK	Koma Civakên Kurdistan (Union der Gemeinschaften Kurdistans)	TSC	Technical Service Contract
KDP	Kurdistan Democratic Party (Demokratische Partei Kurdistans)	UN	United Nations
KDP-I	Kurdistanische Demokratische Partei – Iran	UNAMI	United Nations Assistance Mission for Iraq
KDP-S	Kurdistanische (bis 2014: Kurdische) Demokratische Partei – Syrien	UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
KNC	Kurdish National Council (Kurdischer Nationalrat in Syrien, s. KNR)	YBS	Yekîneyên Berxwedana Şingal (Widerstandseinheiten Sindschars)
KNK	Kurdischer Nationalkongress	YPG	Yêkîneyên Parastina Gel (Volksverteidigungseinheiten)
KNR	Kurdischer Nationalrat in Syrien		
KRG	Kurdistan Regional Government (Kurdische Regionalregierung; Irak)		
MERI	Middle East Research Institute		
MNR	Ministry of Natural Resources (Irak)		
Nato	North Atlantic Treaty Organization		
NCB	National Coordination Body for Democratic Change (Nationales Koordinierungsbüro für Demokratischen Wandel; Syrien)		
NDF	National Defence Forces (Nationale Verteidigungskräfte; Syrien)		
NGO	Non-Governmental Organization		
NOC	North Oil Company (Irak)		
OIES	Oxford Institute for Energy Studies		
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries		
PKK	Partiya Karkerên Kurdistan (Arbeiterpartei Kurdistans)		
PSC	Production Sharing Contract		

Die Autorinnen und Autoren

Dr. Gülistan Gürbey ist Politikwissenschaftlerin und Privatdozentin für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.

Katharina Lack ist Diplomatin im Auswärtigen Amt und hat von 2015 bis 2017 das Beraterteam des Syrien-Beauftragten der Vereinten Nationen Staffan de Mistura unterstützt. Frau Lacks Artikel in dieser Sammelstudie gibt ausschließlich die privaten Auffassungen der Autorin wieder.

Dr. Günter Seufert ist Senior Fellow in der Forschungsgruppe EU/Europa der SWP.

Martin Weiss ist Mitglied des Präsidiums der Südosteuropa-Gesellschaft. Er blickt auf mehrere Jahrzehnte als außenpolitischer Berater der SPD-Bundestagsfraktion zurück.

Caner Yıldırım ist Doktorand der Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin.

Arzu Yılmaz ist IPC-Mercator-Fellow an der SWP und war vorher akademische Koordinatorin für Politikwissenschaft an der American University of Kurdistan/Iraq

Weitere SWP-Publikationen zum Thema

Rayk Hähmlein/Günter Seufert

Der Einmarsch der Türkei in Afrin: Grenzüberschreitender »Kampf gegen die PKK« zur militärischen Lösung der eigenen Kurdenfrage
SWP-Aktuell 21/2018, März 2018

Rayk Hähmlein

Ohne die kurdische PYD keine Lösung für Syrien: Die USA und Russland setzen auf die PYD – Washington militärisch, Moskau auch politisch
SWP-Aktuell 17/2017, März 2017

Guido Steinberg

Die »Volksmobilisierung« im Irak: Das schiitische Milizenbündnis al-Hashd ash-Sha'bi beschleunigt den Zerfall des Staates
SWP-Aktuell 52/2016, August 2016

Markus Kaim/Oliver Tamminga

Der russische Militäreinsatz in Syrien: Operationsplan, Zielsetzungen und die Folgen für die Politik des Westens
SWP-Aktuell 88/2015, Oktober 2015

Günter Seufert (Hg.)

Der Aufschwung kurdischer Politik: Zur Lage der Kurden in Irak, Syrien und der Türkei
SWP-Studie 10/2015, Mai 2015

